

**INNER
UNGS
FUTUR**

PLURALER
GEDENK-
KALENDER
2025

Vorwort

Im Angesicht des Zusammenbruchs: Zusammenarbeit

Wir alle sind in diesem Jahr mit Herausforderungen konfrontiert, die allesamt Erinnerungskultur direkt betreffen. Die Wahlerfolge und das Erstarren rechtsextremer und faschistischer Kräfte in Europa, der andauernde Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der terroristische Angriff der Hamas auf Israel sowie der andauernde und sich ausweitende Krieg in Gaza, im Libanon, mit dem Iran, die sich verschiebenden globalen Dynamiken hin zu Autokratie und Menschenfeindlichkeit, die zuletzt durch die Wiederwahl eines verurteilten Kriminellen zum Präsidenten der USA sichtbar wird. Unter der Last dieser und so vieler weiterer Ereignisse erleben wir tagtäglich, wie zivilgesellschaftliche Bündnisse und Allianzen zerbrechen – durch fehlende Solidarität, aktive Entsolidarisierung und fehlende Empathie. Marginalisierte Gruppen werden gegeneinander ausgespielt – und spielen sich gegenseitig aus. Zu einem entscheidenden Zeitpunkt werden die gemeinsamen Visionen für unsere plurale Gesellschaft und ein solidarisches Europa empfindlich geschwächt – und die Homogenitätsfantasien rechtsextremer Kräfte und ihre Vorstellung vom Kampf als zentraler Idee der Politik werden gestärkt.

Das ist ein Learning aus dem letzten Jahr: Jedes Mal, wenn wir zeigen, dass wir nicht in der Lage sind, uns gerade in schmerzhaften Auseinandersetzungen zu begegnen, Gleichzeitigkeiten und Ambivalenzen nicht nur auszuhalten, sondern mit ihnen zu arbeiten – jedes Mal also, wenn wir scheitern, geben wir denen, die gegen eine plurale demokratische Gesellschaft arbeiten, nicht nur Millimeter, sondern wie das zurückliegende Jahr zeigt: Manchmal Zentimeter, manchmal Meter.

Die Coalition for Pluralistic Public Discourse (CPPD) und ihre Partner*innen sind hier eine Ausnahme. In einer Zeit, in der wir dafür kämpfen, dass Räume erhalten bleiben, baut die CPPD ihre Räume noch weiter aus. Im Angesicht des Zusammenbruchs setzen wir auf Zusammenarbeit. An den kollaborativen, an den pluralen, an den dialogbasierten Ansätzen unserer Arbeit hat sich im vergangenen Jahr vor allem eines geändert: Wir haben unser Engagement verstärkt, gerade weil an so vielen Stellen in der Zivilgesellschaft, im Diskurs, so tief klaffende Lücken sichtbar wurden oder sich neu und tiefer aufgetan haben. Denn darin besteht unsere Arbeit: Unser bestes darauf zu richten, dass die antidemokratischen und völkischen Kräfte nicht das tun, was sie sich wünschen und was sie offen versprechen: die Abschaffung der pluralen Demokratie.

Gegen die Selbstzufriedenheit: Erinnerungskultur als Schlüssel für das Gelingen einer pluralen, demokratischen europäischen Gemeinschaft

Die CPPD hat vor über drei Jahren ihren Beginn genommen mit der Frage, wie wir Erinnerung als Funktion der Gesellschaft stärken können. Bevor wir unsere Arbeit begonnen haben, mussten wir auf unterschiedliche Weise feststellen, dass unsere Erinnerungskultur sich in einer Selbstzufriedenheit eingerichtet hatte, die die Erinnerung an die deutsche Gewaltgeschichte vor allem dann bemühte, wenn es galt, Politiken, Überzeugungen und Handlungen in der Gegenwart zu legitimieren. Wir erleben heute, wie sehr diese Dynamik zu einer falschen Erzählung über unser Wir geführt hat: Genau jetzt, da wir einen unerträglichen Anstieg von Antisemitismus, von Rassismus, von Menschenfeindlichkeit verschiedenster Ausprägung erleben, wird die Erzählung, dass Europa aus der Shoah gelernt habe, zur Cover-Up-Story: das „Nie Wieder ist jetzt!“ verdeckt so lange ein „Immer Wieder!“, wie die Traditionen der Gewalt ihre teils tödliche Wirksamkeit in der Gegenwart weiter entfalten können.

Gleichzeitigkeit als Stärkung der Erzählung eines pluralen Wirs

Sprechen wir über Erinnerungskultur, geht dem Sprechen allzu oft ein isolierender Gedanke voraus, nämlich, dass wir verschiedene Erinnerungsmomente, Gegenstände der Erinnerung oder Erinnerungsanlässe immer getrennt voneinander, im besten Fall

nebeneinander betrachten müssen. Aber so funktioniert unser Zusammenleben, so funktionieren auch Geschichte und Gegenwart nicht. Es ist gerade die Gleichzeitigkeit, das Ineinandergreifen und Überlappen der Herausforderungen, die unsere Gegenwart prägt – und auch unser gemeinsames Erinnern.

Dieser Gleichzeitigkeit müssen wir uns stellen, auch, weil sie mit darüber entscheidet, wer zu dieser Gesellschaft dazugehört – und für ihre Verteidigung Verantwortung übernimmt. Das bedeutet nicht, dass wir Abstriche machen müssen in unserem Erinnern, weniger an der einen Stelle erinnern, um mehr an der anderen Stelle zu erinnern. Nein – Gleichzeitigkeit bedeutet eben nicht Relativierung. Gleichzeitigkeit bedeutet Stärkung der Erzählung eines pluralen Wirs. Wenn wir über plurale Erinnerungskultur denken, bedeutet es eben auch, uns vor der Realität nicht zu versperren: So plural unsere Gesellschaften sind, so plural sind die Erinnerungsmomente, so plural muss auch Erinnerungskultur gestaltet werden. Erst dann, wenn wir uns die Vergangenheit als komplexes Netz an Erinnerungsmomenten denken, werden wir ihr gerecht. Und damit auch der Gegenwart, die ja heute mehr als zu Beginn unserer Arbeit bedroht ist von einer Rückkehr der Traditionen der Gewalt. Pluralität bedeutet, auch für die deutsche und europäische Erinnerungskultur, sich immer wieder dieser Gleichzeitigkeit und teils auch Ambivalenz bewusst zu werden und sich ihnen zu stellen. Gerade dann, wenn wir verstehen, wie sehr wir mit der Vergangenheit immer auch die Gegenwart erinnern – ihre Konflikte, Kämpfe und gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse.

Für diese Gleichzeitigkeit steht auch der Plurale Gedenkkalender #Erinnerungsfutur. Er versammelt Beiträge von Mitgliedern aus dem CPPD- Netzwerk und Gastautor*innen, die in journalistischen Texten, wissenschaftlichen Abhandlungen, Interviews und kreativen Formaten verschiedenste Gedenktage reflektieren, und damit den erinnerungskulturellen Kanon erweitern und diversifizieren. Dass der Gedenkkalender nun in dritter und erweiterter Ausgabe erscheint, ist auch ein Ausdruck für die Weite erinnerungsrelevanter Themen an den Schnittstellen von Antisemitismus, Ableismus, Rassismus, Queer- und Menschenfeindlichkeit sowie Widerstandsgeschichte und offiziellen Gedenktagen.

Der Plurale Gedenkkalender zeigt eines ganz deutlich: Erinnerungskultur muss sich nach den Menschen in Europa richten, nicht nach einer Vorstellung davon, wie diese Menschen zu sein haben. Pluralität ist nicht das zentrale Problem der Gesellschaft, sondern ihre Grundlage. Es ist unsere feste Überzeugung, dass das auch für die Erinnerungskultur gelten muss: dass wir die Erinnerung gemeinsam erzählen und nicht allein, weil wir gemeinsam das gestaltet haben – und von dem gestaltet wurden – was wir heute Gegenwart nennen.

Erinnerungskultur jenseits von Territorialgeschichte und Nationalerzählung

Ein anschauliches Beispiel dafür, was das bedeutet: Im letzten Jahr ist wieder eine in Teilen menschenverachtende Migrations- und Geflüchteten-debatte entfacht. Diese Debatte trifft auch die Frage nach Erinnerungskultur im Kern. Möchten wir unser europäisches Wir erzählen, müssen wir diejenigen, die nach Europa flüchten und geflüchtet sind, einwandern und eingewandert sind, auch in ihren Erinnerungsmomenten ernstnehmen, gerade, wenn wir gleichzeitig an sie den Anspruch der demokratischen Partizipation erheben. Sie alle haben prägende, einschneidende, traumatisierende Erinnerungsmomente, kaum welche finden aber Raum in europäischer Erinnerungskultur. Ihnen Raum zu geben geht einher mit einer doppelten Herausforderung: Einerseits Erinnerungsmomente europäischer Geschichte zu vermitteln, zu der ohnehin schon eine Vielzahl an Erinnerungsmomenten mit ganz unterschiedlichen geografischen, kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Bezügen gehören. Andererseits aber Erinnerungskultur in der Vermittlung nicht als Territorialgeschichte und Nationalerzählung zu begreifen, sondern als Geflecht an Erinnerungsmomenten, das sich mit den Menschen, die in Deutschland und Europa leben, fortlaufend verändert und aktualisiert.

Begegnung als Menschen, nicht als Stellvertreter*innen

Hinzu tritt die individuelle Dimension: Was machen die vielen Herausforderungen auch mit uns als Individuen, mit uns persönlich? Wie umgehen mit der Ungleichheit in der Wahrnehmung und Sichtbarkeit von Erinnerung? Und wie mit der Verantwortung, die nicht mit der unmittelbaren Betroffenheit durch einen Erinnerungsmoment einhergeht? Auch hier gibt es Gleichzeitigkeiten, die wir thematisieren

müssen in unserer Arbeit. Das bedeutet auch, bereit zu sein dafür, kontinuierlich neu zu beginnen, Fehler zu reflektieren, und einen empathischen Blick aufeinander zu wahren, weil wir uns als Menschen begegnen und nicht als Repräsentant*innen von Gruppen oder Communities. Als CPPD haben wir immer wieder erfahren, dass gerade diese Begegnung im Individuellen – nicht ausschließlich als Vertreter*in einer Institution, geschweige denn einer gesellschaftlichen Gruppe, einer Community oder religiösen wie weltanschaulichen Überzeugung – Möglichkeiten eröffnet für solidarisches Erinnern und solidarisches Handeln.

Die CPPD ist, wie dieser Gedenkkalender auch, ein Versuchsfeld. Und die Ergebnisse, die wir erzielen, die Einsichten, die wir gewinnen, sind wie das Erinnern selbst: unabgeschlossen, unvollständig, in dauernden Prozessen der Veränderung. Daher gilt auch für die inzwischen dritte Auflage von »Erinnerungsfutur«: Wir bitten alle Lesenden, uns weitere Gedenktage und Erinnerungsmomente zu nennen, um den Kalender zu ergänzen und gemeinsam fortzuschreiben, denn: Eine resiliente Demokratie kommt ohne eine Plurale Erinnerungskultur nicht aus.

Jo Frank, Johanna Korneli & Max Czollek

JANUAR

7. Januar	Todestag von Oury Jalloh / Gedenken an die Opfer von Polizeigewalt in Deutschland	2005
7. – 9. Januar	Anschläge auf Charlie Hebdo und den koscheren Supermarkt Hyper Cacher in Paris	2015
12. Januar	Widerstand der Herero und Nama im heutigen Namibia	1904
15. – 16. Januar	Das Massaker in Reçak	1999
27. Januar	Jahrestag der Befreiung von Auschwitz / Internationaler Holocaust-Gedenktag	1945
31. Januar	Angriff auf Phan Văn Toàn	1997



Todestag von Oury Jalloh / Gedenken an die Opfer von Polizeigewalt in Deutschland

Nadja Ofuatey-Alazard

Oury Jalloh (1968–2005) wurde in Sierra Leone geboren und lebte seit 2001 als Asylsuchender in Dessau. Am 7. Januar 2005 wurde er dort von der Polizei in Gewahrsam genommen und verbrannte Stunden später, an Händen und Füßen gefesselt, in einer Zelle im Polizeirevier Dessau. In der Folge forderten und fordern seine Familie und zivilgesellschaftliche Initiativen wie die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh die vollständige Aufklärung seines gewaltvollen Todes. Nach wie vor behauptet die Polizei, Jalloh habe sich trotz Handschellen und einer brandschutzsicheren Matratze selbst angezündet. Der Fall Oury Jalloh bleibt bis heute juristisch umkämpft und ist eines der bekanntesten Beispiele für institutionellen Rassismus in Deutschland.

Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh gründete sich unmittelbar nach dem Brandtod Oury Jallohs und flankiert seit dem die mangelhaften staatlichen Ermittlungen in Sachsen-Anhalt durch eigene

7. Januar

gutachterliche Untersuchungen und zivilgesellschaftlichen Druck. So wurde bspw. die Eröffnung eines gerichtlichen Strafverfahrens erst durch das Ergebnis einer zweiten, spendenfinanzierten Autopsie ermöglicht, bei der mehrere schwere knöcherne Verletzungen am Leichnam von Oury Jalloh nachgewiesen wurden, die diesem unmittelbar vor seinem Tod zugefügt worden waren. Im November 2021 wurden auch die Ergebnisse eines erneuten unabhängigen forensischen Gutachtens veröffentlicht, nachdem im Rahmen einer tatortgetreuen Brandrekonstruktion wiederum aufgezeigt werden konnte, dass Oury Jalloh sich aufgrund der Vier-Punkt-Fixierung unter keinen Umständen selbst angezündet haben konnte, dass bei dem massiven Brand mit Sicherheit ein Brandbeschleuniger wie bspw. Benzin verwendet worden war. Außerdem muss die Arrestzellentür offen gestanden haben, damit für den Brand eine ausreichende Luftzufuhr bestanden hat.

Es ist also davon auszugehen, dass mehrere Dessauer Polizeibedienstete Oury Jalloh am 7. Januar 2005 so schwer misshandelt hatten, dass er bereits handlungsunfähig oder vielleicht sogar schon tot war, als sie ihn mit Brandbeschleuniger begossen und anzündeten – wahrscheinlich um die zuvor zugefügten Verletzungen zu ertuschen.

Mit den Ergebnissen der Brandsimulation will die Initiative zum Gedenken an Oury Jalloh, die dessen Familie im Klageverfahren unterstützt, eine Wiederaufnahme der Ermittlungen erzwingen, damit dieses vor 17 Jahren von Staatsbediensteten verübte Kapitalverbrechen endlich gesühnt wird.

7. – 9. Januar

Anschläge auf Charlie Hebdo und den koscheren Supermarkt Hyper Cacher in Paris

Benjamin Fischer

Je suis Charlie, Je suis juif, Je suis policier – vom 7. bis 9. Januar 2015 erschütterte eine Serie von Terroranschlägen, bekannt geworden als „Île-de-France-Anschläge“, Frankreich und die ganze Welt. Den Anfang machte der infame Angriff auf die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo, bei dem zwölf Menschen getötet wurden. Es folgten mehrere Schießereien mit Einsatzkräften, eine davon am 8. Januar in der Nähe einer jüdischen Schule. Am 9. Januar kam es schließlich zu einem bewaffneten Überfall auf einen Supermarkt für koschere Lebensmittel, mit Geiselnahmen und vier Toten. Ganz Frankreich, ganz Europa war starr vor Schreck. Die Terrorattacken zielten auf die Pressefreiheit, die Meinungsfreiheit und die Religionsfreiheit – und damit auf die Grundwerte Europas. Das kollektive Selbstverständnis kommt auch in den Formen des Gedenkens zum Ausdruck, auf die man sich gesellschaftlich geeinigt hat.

Die internationalen Solidaritätsbekundungen mit den Opfern der Terroranschläge und für die Presse- und Meinungsfreiheit formierten sich unter dem Slogan „Je suis Charlie“. Es kam zwar in der Folge

2015

7. – 9. Januar

zu vereinzelt Vorwürfen des Rassismus gegen das Magazin, aber ich halte sie für unberechtigt und die Verwendung des Slogans im Zusammenhang mit den Angriffen auch im Rückblick noch für durchaus vertretbar und angemessen.

Eine nicht ganz so große, aber immer noch überaus beträchtliche Anzahl von Menschen versammelte sich unter dem Slogan „Je suis policier“ zur Solidaritätsbekundung mit den Angehörigen der Polizei und des Militärs, die den von der dschihadistischen Al-Qaida koordinierten Terroranschlägen zum Opfer gefallen waren. Unter den Opfern befanden sich auch Muslime, personifizierte und tragische Beweise für die Irrationalität des von den Terroristen verbreiteten Hasses. So weit ich zurückdenken kann, haben Polizei und Militär noch nie zuvor einen so großen Zuspruch erfahren, gerade auch in signifikanten Teilen der antirassistischen Bewegung.

Und was war mit dem Slogan „Je suis juif“? – Diese Frage und der öffentliche Umgang mit den Terroranschlägen hat in der jüdischen Gemeinschaft einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Die Ereignisse vom Januar 2015 markieren einen Wendepunkt für das europäische Judentum. Dazu stellt der folgende Beitrag einige Überlegungen an, „qui était juif?“ – „Wer genau war jüdisch in diesen Tagen?“

Den Terroranschlägen vom Januar 2015 waren andere vorausgegangen, die die jüdische Gemeinschaft in Europa in Angst und Schrecken versetzten und nachhaltig verunsicherten: 2012 die Anschläge auf eine jüdische Schule in Toulouse und das Bombenattentat auf einen Bus in Burgas (Bulgarien) sowie der Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel, bei dem 2014 vier Menschen ums Leben kamen. Der tödliche Antisemitismus breitete sich in Europa aus und forderte zu viele und immer mehr Opfer – aber die breite Öffentlichkeit, so der Eindruck, ignorierte diese Realität des jüdischen Lebens wesentlich. Bereits seit dem Sprengstoffattentat auf das AMIA-Gebäude in Buenos Aires 1994 hatte sich die jüdische Gemeinschaft auf der ganzen Welt daran gewöhnen müssen, sich hinter Zäune zurückzuziehen. Die genannten Daten sind vielleicht nicht allen Leser*innen vertraut, aber für Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft sind sie fester Bestandteil eines Narrativs, das unsere aktuelle

Lage erklärt. In meiner Schule gehörten Übungen zum Verhalten bei Terrorangriffen zum Alltag. Nach dem Attentat auf Hyper Cacher mussten jüdische Einrichtungen ihre Sicherheitsvorkehrungen noch weiter verschärfen. In einigen Ländern werden sie seither von schwer bewaffneten Soldaten bewacht und dadurch in ständige Alarmbereitschaft versetzt. Der Ausnahmezustand ist also nicht etwa auf den 9. Januar 2015 beschränkt oder mit ihm vergangen, sondern vielmehr zum Status quo geworden, der das Leben von Jüdinnen*Juden bis heute prägt. Insofern ist jeder Gang durch die Metalldetektoren eines jüdischen Gemeindezentrums eine stumme Erinnerung an diesen Tag, abgesehen vom Datum selbst.

Die weltweiten Solidaritätsbekundungen, die die Attentate vom Januar 2015 auslösten, und insbesondere die beispiellose Popularität des Satzes „Je suis Charlie“ warf bei einigen Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft die Frage auf, wann endlich auch jüdische Opfer als französische, als europäische Opfer verstanden werden würden. Vor dem Hintergrund der vorangegangenen und noch folgenden Ereignisse trug die Art und Weise der damaligen öffentlichen Trauer- und Solidaritätsbekundungen also dazu bei, dass sich ein schaler Nachgeschmack eingestellt hat. Denn in diesem Trauernarrativ war offenbar kein Platz für das Gedenken der jüdischen Opfer oder die bislang und weiterhin ignorierte dauerhafte Alarmbereitschaft, in der die jüdische Gemeinschaft lebt. Der 9. Januar markiert dabei nur ein Ereignis aus einer langen Serie von Vorfällen, deren Ende nicht absehbar ist und die ihre Spuren im Erscheinungsbild unserer Gebetshäuser und Kindergärten hinterlassen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Das Unbehagen entstand nicht etwa aus der vermeintlichen Konkurrenz verschiedener Opfergruppen um die öffentliche Aufmerksamkeit. Er stellte sich vielmehr ein, weil die Attentate auf den jüdischen Supermarkt in gleich mehreren öffentlichen Stellungnahmen relativiert wurden: Diese seien angeblich auf den israelisch-palästinensischen Konflikt und die daraus resultierenden angespannten Beziehungen zurückzuführen. So entstand in Teilen der jüdischen Gemeinschaft der Eindruck: Der Angriff auf Frankreich wurde als Angriff auf ganz Europa empfunden, das sich in Solidarität zusammenschloss – aber die Attentate auf die jüdische

7. – 9. Januar

Gemeinschaft als Sonderereignis ausgeklammert, sodass sie auch nicht in die kollektive Erinnerung eingehen würden.

Ein Blick auf die öffentliche Debatte in den Tagen nach den Anschlägen hilft, diesen Eindruck besser zu verstehen. Die angespannten Beziehungen gipfelten darin, dass einer der bekanntesten französischen Komiker, Dieudonné M'bala M'bala, am 10. Januar auf Facebook postete: „Je me sens Charlie Coulibaly“ („Was mich betrifft, ich bin Charlie Coulibaly“). Dabei vermischte er den Namen der Satirezeitschrift und den Slogan „Je suis Charlie“ mit dem Namen von Amedy Coulibaly, einem der Attentäter, die an dem Anschlag auf den koscheren Supermarkt beteiligt waren: Also neben dem Zuspruch zur Solidarität mit Charlie Hebdo auch Sympathie für einen islamistischen Mörder und ausdrücklich nicht für dessen unschuldige Opfer – weil es sich dabei um Jüdinnen*Juden handelte. Dieser Satz hat Spuren hinterlassen. Die Termine für die Trauerfeiern waren noch nicht festgesetzt, schon hatte ein Komiker, der mit seinen Auftritten regelmäßig Stadien füllt, die Opfer öffentlich geschändet. Die spätere Verurteilung M'balas für seine Äußerung wiegt nicht auf, dass er als Sprachrohr seiner riesigen Fangemeinde, aber auch zahlreicher, ihrem Selbstverständnis nach antirassistischen politischen Aktivisten gelten kann. Es war, als hätte er laut ausgesprochen, was viele andere klammheimlich dachten.

Noch etwas ist in diesem Zusammenhang wichtig: Bereits vor seinem Facebook-Post war M'bala mehrfach vor großem Publikum mit Ausfällen gegen die jüdische Gemeinschaft auffällig geworden: Erwähnt sei hier etwa sein Song „Shoananas“, in dem er das Gedenken an den Holocaust verspottete, oder sein „Quenelle“ genannter umgekehrter Hitlergruß, der, wie vielleicht der eine oder die andere sich erinnern wird, von berühmten Fußballspielern beim Torjubel nachgeahmt wurde; oder von Schulkindern, die sich beim Auschwitz-Besuch in der Pose fotografierten und die Bilder in sozialen Medien verbreiteten. Die Grußgebärde – der rechte Arm wird mit der Handfläche nach unten ausgestreckt, die andere Hand legt sich quer auf Oberarm oder Schulter – tauchte auf Fotos von Geburtstags- und Hochzeitsfeiern auf, und auch Jean-Marie Le Pen ließ sich bei der Ausführung der angeblich „antizionistischen, nicht antisemitischen“ Geste ablichten. M'bala betätigte sich außerdem politisch und trat als Kandidat bei mehreren

Wahlen an, unter anderem zweimal für das Europaparlament. Mit seinen Diffamierungen der jüdischen Gemeinschaft vor großem Publikum erweiterte er die Grenzen dessen, was als zulässige Äußerung auf der Bühne durchgehen konnte. Mit jedem Gerichtsverfahren aufgrund antisemitischer Äußerungen wuchs sein Ruhm, und die Zahl der verkauften Eintrittskarten stieg. Der Tag nach dem Angriff auf den Hyper Cacher markiert zwar den Beginn von systematischen Anstrengungen, M'bala aus dem öffentlichen Leben zu verbannen – die sich über fünf Jahre hinzogen –, aber wenn ich auf die Ereignisse dieses 9. Januars zurückblicke, halt auch das ohrenbetäubende Schweigen in mir nach, auf das die Proteste der jüdischen Gemeinde gegen ihn in den Jahrzehnten zuvor gestoßen waren. Dabei geht es nicht um die Person M'balas, sondern um den vorherrschenden öffentlichen Diskurs, in dem getötete Jüdinnen*Juden jahrelang unter die Kategorie „Proteste gegen die Politik des israelischen Staates“ fielen. M'bala verkörpert lediglich eine in der europäischen Öffentlichkeit weithin akzeptierte Denkweise, die jüdisches Leben, das Leben europäischer Bürger, abwertet, indem sie ihre Ermordung mit Blick auf den Staat Israel relativiert. Wenn wir nach einer Erklärung dafür suchen, warum niemand den Slogan „Je suis juif“ postete, als jüdische Kinder vor ihrer Schule in Toulouse ermordet wurden, und warum Teile der jüdischen Gemeinschaft nicht recht wussten, was sie von der Solidaritätskampagne 2015 halten sollten, dann gehört auch dies zur bitteren Wahrheit.

Als Reaktion auf die Ereignisse vom 9. Januar 2015 hat das europäische Judentum sein Narrativ und seine politischen Forderungen drastisch verändert und politische Maßnahmen auf nationaler wie internationaler Ebene ergriffen, z. B. in Form von Gesetzesinitiativen. Selbst die sehr kleine Gruppe, die sich als Teil der jüdischen Diaspora versteht, fällt es mit Blick auf Frankreich schwer, ihre Behauptung der Assimilation aufrechtzuerhalten. Die politische Rechte hingegen behauptete, das Judentum habe in Europa keine Zukunft – ein Narrativ, gegen das sich das französische Judentum entschieden zur Wehr setzte. Bevor Benjamin Netanjahu seine Rede bei der Gedenkveranstaltung in der Großen Synagoge von Paris hielt, beschwor der französische Oberrabbiner Haïm Korsia den israelischen Ministerpräsidenten, er möge nicht offen zur Alija aufrufen. Ein Aufruf zur Auswanderung würde, wie Korsia zuvor in einem Interview erklärte, die französische jüdische Gemeinde „vor große Probleme“ stellen.

7. – 9. Januar

Der Wortlaut von Netanjahus Rede mag auf diese Sorge Rücksicht genommen haben. Man muss wissen, dass die jüdische Auswanderung aus Frankreich in den letzten zehn Jahren einen immer wieder neuen Höchststand erreicht hat, wobei der Antisemitismus wohl eine der wichtigsten Ursachen darstellt.

Wie wir heute wissen, folgten weitere Attentate in Frankreich auf das Pariser Bataclan und in Nizza, aber auch in Spanien und anderen europäischen Ländern. Ich weiß noch allzu gut, dass ich mich nach dem Terroranschlag auf das Bataclan eine ganze Woche lang zu Hause einschloss, während die Brüsseler Polizei dabei war, das Netzwerk hinter den Attentätern in meinem Wohnviertel aufzuspüren. Wir durften unsere Büros bei der European Union of Jewish Students nicht betreten, unsere Wohnung nicht verlassen und unser Telefon nicht benutzen, weil wir zur Zielscheibe geworden waren. Ganz Brüssel war über eine Woche lang abgeriegelt. Bald darauf kam es auch in Deutschland zu Attentaten – auf dem Berliner Breitscheidplatz, in Halle und Hanau. Der islamistisch oder rechtsextrem motivierte Terrorismus konfrontierte die europäische Gesellschaft mit einer Realität, die der jüdischen Gemeinschaft bereits seit Jahren nur allzu vertraut war. Wenn ich diese beiden Ideologien sowie die von ihnen verursachten Anschläge in einem Satz nebeneinanderstelle, tue ich das keineswegs, um sie gleichzusetzen, sondern weil sie beide gleichzeitig dasselbe Ziel ins Visier nehmen. Daher sollte Europa sich auch die Folgen eines Gedenkens bewusst machen, das sich kollektiv hinter die Opfer von Charlie Hebdo stellt, das Attentat auf den Hyper Cacher aber den Jüdinnen*Juden überlässt. Denn die meisten der oben genannten Attentate bergen die Gefahr, dass das Gedenken an sie Marginalisierungsprozesse zur Folge haben kann. Deshalb ist es auch so wichtig, mit dem Slogan „Je suis Charlie“ die Île-de-France-Anschläge und die Ereignisse des 9. Januar in ihrer Gesamtheit anzusprechen und sich ihrer kollektiv zu erinnern.

An der Form des Gedenkens an den 9. Januar in der jüdischen Gemeinschaft zeigt sich meines Erachtens auch noch in anderer Weise, wie Gemeinschaften von innen heraus kollektiven Zusammenhalt und Resilienz aufbauen können: indem sie das kollektive Gedenken am eigenen moralischen Kompass ausrichten. Im Juni 2015 wurde Lassana Bathily von mehreren internationalen jüdischen Organisationen für

7. – 9. Januar

seine Zivilcourage ausgezeichnet und sie verbinden die Erinnerung an den 9. Januar seitdem mit seinem Namen. Bathily, damals 24 Jahre alt, hielt sich im Untergeschoss des Supermarkts auf, als der Bewaffnete den Laden stürmte. „Ihr seid Juden und Franzosen, die beiden Dinge, die ich am meisten auf dieser Welt hasse“, rief der Geiselnnehmer, bevor er das Feuer eröffnete. Bathily, ein in Mali geborener Muslim, führte die Kunden, die sich bereits in den Keller geflüchtet hatten, in einen Kühlraum, wo sie sich während der vierstündigen Belagerung vor dem Geiselnnehmer in Schutz bringen konnten. Die kollektive Reaktion der jüdischen Gemeinschaft auf einen islamistischen Anschlag bestand also darin, Bathilys Heldentat zu feiern und antimuslimischem Hass bewusst keinen Raum zu geben. Das ist die Art und Weise, wie ich des Jahrestages der Attentate zu gedenken versuche.

Im Gedenken an Philippe Braham, 45, Yohan Cohen, 22, Yoav Hattab, 21, François-Michel Saada, 64, und die 13 weiteren Opfer, die bei den Anschlägen auf der Île-de-France ermordet wurden. Möge ihr Andenken zum Segen gereichen, Yehi Sichronam Baruch.

12. Januar

Widerstand der Herero und Nama im heutigen Namibia

Darija Davidović

Zwischen 1904 und 1908 töteten deutsche Kolonialtruppen bis zu 80.000 Angehörige der Bevölkerungsgruppen der Herero und Nama. Die Kolonialverbrechen gelten als der erste Genozid des 20. Jahrhunderts. Im Mai 2021, knapp 110 Jahre danach, erfolgte die Anerkennung der Kolonialverbrechen als Genozid vonseiten Deutschlands, die mit einem Versöhnungsabkommen mit Namibia besiegelt wurde. Das Abkommen sieht eine Wiederaufbauhilfe von rund 1,1 Milliarden Euro vor. Das Geld soll in ein Programm „zum Wiederaufbau und zur Entwicklung“ fließen. Eine direkte Entschädigung der Nachkommen ist jedoch nicht vorgesehen. Deswegen üben Vertreter*innen der Herero und Nama sowie Oppositionelle in Namibia heftige Kritik am Abkommen. Zudem wird eine fehlende Beteiligung von Opfergruppenvertreter*innen an den Verhandlungen bemängelt. Ferner lehnen Vertreter*innen der Herero den Vertrag auch deswegen ab, weil sich Deutschland moralisch, aber nicht juristisch verantwortet.

Von 1884 bis 1915 war das Deutsche Reich Kolonialmacht im heutigen Namibia, das damals als „Deutsch-Südwestafrika“ bezeichnet wurde. Als sich die Bevölkerungsgruppe der Herero und Nama gegen die Unterdrückung der Kolonialherren auflehnten, die weitflächig am 12.

1904

Januar 1904 im heutigen Zentralnamibia ihren Anfang nahm, wurden deutsche Siedler*innen und koloniale Einrichtungen angegriffen, Militärstationen belagert sowie Bahnlinien blockiert. Daraufhin erteilte Lothar von Trotha, Gouverneur und Oberbefehlshaber von Deutsch-Südwestafrika, den „Vernichtungsbefehl“: Alle Herero sollten das Gebiet der Kolonie verlassen. Alle, die sich noch innerhalb des deutschen Gebietes befanden, sollten erschossen werden. Auf Frauen und Kinder sollte ebenfalls keine Rücksicht genommen werden. Nach dem niedergeschlagenen Widerstand wurden 1904 die ersten Gefangenenlager in Ojahandja, Windhuk und Swakopund errichtet und die Gefangenen zu Zwangsarbeit genötigt. Aufgrund der Zustände in den Konzentrationslagern starben viele an Krankheit und Kälte, darunter auch Kinder.

Als „Hererotag“ bezeichnet, wird am 23. August jeden Jahres das offizielle Gedenken an den Genozid an den Herero und Nama begangen – zudem wird an die Schlacht am Waterberg von 1904 erinnert, die von Samuel Maharero angeführt wurde. An den Widerstand gegen die deutschen Kolonialherrscher, der sich in einem Zeitraum vom 12. Januar bis zum 11. Juni 1904 erstreckte, wird am 12. Januar jeden Jahres vor allem von zivilen Organisationen und Gruppen mit zahlreichen Gedenkveranstaltungen erinnert. Kern des Gedenkens ist die Auflehnung gegen die Ausbeutung, Gewalt und Unterdrückung der Herero und Nama, denen aufgrund der Ausdehnung kolonialer Machtstrukturen ihre Existenzgrundlage entzogen wurde.

Um die ökonomische Ausbeutung, die Gewalt sowie die Benachteiligung der Herero und Nama im kolonialen Rechtssystem zu legitimieren, verbreiteten sich unter der weißen Bevölkerung zunehmend rassistische Ideologien, die vor allem durch neuankommende Siedler*innen aus dem Deutschen Reich gefestigt wurden. Dagegen setzten sich Angehörige der Herero und Nama zu Wehr, indem sie sich organisierten und Waffen, Pferde und Vorräte in großen Mengen aufkauften. Indessen wurde die Gewaltbereitschaft der deutschen Siedler*innen und insbesondere des deutschen Militärs gegen Herero und Nama durch gezielte Propaganda und Hetze geschürt und das Bild bestialischer Mörder*innen verbreitet. Was folgte, war ein monatelanger Kolonialkrieg, ein äußerst brutales Vorgehen gegen

12. Januar

die Widerständischen sowie die Internierung tausender Menschen in Konzentrationslager.

Verbrechen des europäischen Kolonialismus sind bis heute weder fester Bestandteil der offiziellen deutschen noch der europäischen Erinnerungskultur. Jahrzehntelang stellte die koloniale Vergangenheit Deutschlands einen blinden Fleck in der hiesigen Erinnerungsarbeit dar. Dass sich dieser Umstand in den letzten Jahren sukzessive verändert hat und koloniale Gräueltaten sowie die damit einhergehende historische Verantwortung in ein öffentliches Bewusstsein getreten sind, ist vor allem zivilen Organisationen und Aktivist*innen zu verdanken. Sie haben die Grundlage für eine Debattenkultur geschaffen, die es ermöglicht, Fragen nach historischer Verantwortung und nach der Anerkennung der Opfer kolonialer Verbrechen zu stellen. Somit sind nicht nur jene notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben, Kolonialverbrechen und deren Opfer in ein (ziviles) kollektives Erinnern und Gedenken zu überführen, sondern auch das Augenmerk auf Kontinuitäten von kolonialen Machtstrukturen zu werfen.

Am Beispiel Namibia etwa lassen sich derartige koloniale Kontinuitäten in verschiedenen Facetten als Ist-Zustand festmachen: Rund 70% des Grundbesitzes liegt nach wie vor in der Hand von Deutsch- und Südafrikastämmigen Bewohner*innen und rund 17% in den Händen Schwarzer Einwohner*innen. Angehörige der Herero und insbesondere der Nama sowie der Oorlam werden sozial und wirtschaftlich benachteiligt. Sie leben trotz aktuellen Landreformen, die eine Aufhebung der ungerechten Landverteilung vorsieht, unter prekären Bedingungen. Neben der ökonomischen und sozialen Benachteiligung wiegt das historische Trauma schwer – es wird von Generation zu Generation weitergegeben und prägt nach wie vor Familien und Gemeinschaften maßgeblich. In Deutschland wird das erinnerungskulturelle Defizit hinsichtlich der Kolonialverbrechen mittlerweile anerkannt. Dennoch zeugen Reaktionen auf die Forderungen nach materieller Entschädigung sowie hitzig geführten Debatten – etwa um die Umbenennung von Straßennamen – von einer politisch, historisch und kulturell gefestigten Ignoranz gegenüber der eigenen kolonialgeschichtlichen Vergangenheit.

Das Massaker in Reçak

Melina Borčak

„Die Menschen schrien. Sie wurden zusammengeschlagen. Sie schrien, bis sie starben“, so erinnert sich der Überlebende Rame Shabani an das Massaker in Reçak, Kosovo. Er versteckte sich stundenlang in einem Loch im Wald. Denn: Der serbischen Polizei in die Hände zu fallen, wäre das Todesurteil gewesen. An diesem und dem darauffolgenden Tag, dem 15. und 16. Januar 1999, wurden 45 Albaner*innen von serbischen Sicherheitskräften ermordet.

Unabhängige Beobachter*innen der OSZE beschrieben das Dorf nach dem Massaker: Menschen, von hinten erschossen, durch die Augen erschossen oder geköpft. Die Untersuchung Serbiens stufte die Dorfbewohner*innen als „Terroristen“ ein – jedes einzelne Opfer, egal ob Rentner*innen oder 12 Jahre alt, ob Mann, Frau oder Kind.

In Frankreich wurden währenddessen Friedensgespräche geführt. Die Kosovo-Delegation unterschrieb den Friedensvertrag, die serbische weigerte sich – erneut. Nach vielen weiteren Massakern, nach zehn Jahren der von Milošević geführten Angriffskriege gegen Kosovo, Bosnien, Kroatien und Slowenien und nach zehn Jahren des Ignorierens von Sanktionen und internationalem Druck, beendete die Nato 1999 mit einer Militäroffensive den Angriffskrieg Miloševićs auf Kosovo.

¹ Radio Free Europe: Kosovars Remember 1999 Racak Massacre, 10.10.2022: <https://www.rferl.org/a/kosovars-remember-1999-racak-massacre/29711888.html>

15. – 16. Januar

Tausende Opfer des Krieges in Kosovo wurden mit LKWs in die Ferne gefahren und in Massengräbern innerhalb Serbiens verscharrt. Über 1600 Menschen werden noch heute vermisst.

Erinnerungskultur bedeutet auch zu verstehen, warum es für Kosovo-Albaner*innen unmöglich ist, in einem Land zu leben, dessen Regierung sie vernichten wollte, dessen Polizei sie tötete und vergewaltigte, neben dessen Hauptstadt ein Massengrab ihrer Familien ist.

Serbische Nationalist*innen leugnen und verharmlosen bis heute das Massaker von Reçak und andere Massaker. Nach jahrzehntelanger Unterdrückung hat Kosovo 2008 die Unabhängigkeit von Serbien erklärt. Da die Untersuchungen der Ereignisse bis dahin von Serbien kontrolliert und erschwert wurden, war ein Großteil der Beweise schon verschwunden. Kein Reçak-Mörder ist bis heute im Gefängnis.

Jahrestag der Befreiung von Auschwitz / Internationaler Holocaust- Gedenktag

Frederek Musall

Am 27. Januar 1945 befreiten Soldaten der 322. Infanteriedivision der 60. Armee der 1. Ukrainischen Front der Roten Armee das nahe der polnischen Stadt Oświęcim gelegene Konzentrationslager Auschwitz mit den drei Lagerbereichen Auschwitz I (Stammlager), Auschwitz II (Vernichtungslager Birkenau) und Auschwitz III (Arbeitslager Monowitz). Dort stießen sie auf etwa 7.000 überlebende Häftlinge, unter denen sich auch viele Kinder befanden. Sie waren von der SS als „marschunfähig“ zurückgelassen worden. Als Reaktion auf das Herannahen der Roten Armee im Zuge der am 12. Januar 1945 begonnenen Weichsel-Oder-Offensive, begann die SS damit, den Lagerkomplex und seine 47 Außenlager stufenweise zu räumen und aufzulösen. Nicht zuletzt, um mögliche Beweise für die von ihnen begangenen Gräueltaten zu vernichten und die überlebenden Häftlinge als Zeug*innen dieser nicht in die Hand der Alliierten fallen zu lassen. Zwischen dem 17. und dem 23. Januar 1945 wurden etwa 56.000 als „marschfähig“

27. Januar

befundene Häftlinge auf die sogenannten „Todesmärsche“ in Richtung Deutschland geschickt, auf denen etwa 10.000 Häftlinge umkamen. Dass die sowjetischen Soldaten überhaupt auf Überlebende stießen, war vermutlich dem raschen Vorrücken der Roten Armee zuzuschreiben, welches eine geplante Tötung der „marschunfähigen“ Häftlinge angesichts des Zeitdrucks des Abtransportes vereitelte.

Insgesamt wurden zwischen 1940 bis 1945 ca. 1,3 Millionen Menschen in das Konzentrationslager Auschwitz (Stammlager, Birkenau, Monowitz) sowie die dazugehörigen 47 Außenlager deportiert, darunter etwa 1,1 Millionen Jüdinnen*Juden, ca. 140.000 Pol*innen, über 20.000 Sinti* und Roma* sowie mehr als 10.000 sowjetische Kriegsgefangene und mehr als 10.000 Häftlinge anderer Nationalitäten. Exakte Zahlen zu nennen fällt allerdings schwer, da nicht alle der in das Konzentrationslager Auschwitz deportierten Häftlinge registriert wurden.

Das 1941 errichtete Vernichtungslager Birkenau mit seinen insgesamt sechs Gaskammern und vier Krematorien diente dem einzigen Ziel und Zweck, eine systematisch-industrialisierte kollektive Vernichtung der europäischen Jüdinnen*Juden sowie anderer durch das NS-Regime verfolgter Gruppen wie Sinti* und Roma* zu gewährleisten. Bereits in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944, d. h. fast ein halbes Jahr vor der eigentlichen Räumung des Vernichtungslagers, hatte die SS das sogenannte „Zigeunerlager“ im Lagerabschnitt „BIIe“ gewaltsam aufgelöst und die dort verbleibenden etwa 4.300 Sinti* und Roma* in den Gaskammern ermordet. Wissenschaftliche Untersuchungen gehen davon aus, dass insgesamt etwa 1,1 Millionen Menschen in Auschwitz ermordet wurden. Von den 960.000 ermordeten Jüdinnen*Juden, die mit weitem Abstand die größte Opfergruppe stellen, wurden ca. 865.000 bereits unmittelbar nach ihrer Ankunft in den Gaskammern ermordet.

Im Gedenken an die *Shoah* („Katastrophe“) – den Völkermord an den europäischen Jüdinnen*Juden – und den *Porajmos* („Verschlingen“) – den Völkermord an den europäischen Sinti* und Roma* – nimmt die Erinnerung an Auschwitz als beispielloses Symbol der Vernichtung eine zentrale Rolle ein. 2006 wurde im Rahmen der polnischen Erinnerungskultur der 14. Juni zum Nationalen Gedenktag für die

Opfer der deutschen Nazi-Konzentrations- und Vernichtungslager erklärt: Am 14. Juni 1940 wurden die ersten 728 polnischen Häftlinge in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert, darunter polnische Soldaten, Mitglieder des Widerstandes, Studierende, Schüler*innen sowie einige polnische Jüdinnen*Juden.

Die Initiative, den 27. Januar als nationalen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus einzurichten, geht auf Ignatz Bubis zurück: Da der 9. November als nationaler Gedenktag in Deutschland historisch ebenso vielschichtig wie ambivalent konnotiert ist, setzte sich der damalige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland ab 1994 für einen an ein „europäisches Datum“ orientierten nationalen Gedenktag ein. Wenngleich sein Vorstoß gerade bei Opfergruppen nicht unumstritten war, fand er schließlich breite politische Unterstützung im Bundestag. Auf dessen Bitte hin proklamierte am 3. Januar 1996 der damalige Bundespräsidenten Prof. Dr. Roman Herzog den 27. Januar als Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum offiziellen deutschen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

Auf Initiative des Staates Israel hin erklärten die Vereinten Nationen 2005 und anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz in der UN-Resolution 60/7 den 27. Januar zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, der auch eine besondere Emphase auf die Holocaust-Erziehung legt.

31. Januar

Angriff auf Phan Văn Toàn

Gedenkinitiative Phan Văn Toàn

Am 31. Januar 1997 wurde der ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter Phan Văn Toàn bei einem rassistisch-motivierten gewalttätigen Angriff durch zwei Männer am S-Bahnhof Fredersdorf (Märkisch-Oderland, Brandenburg) so schwer verletzt, dass er am 30. April 1997 infolge seiner Verletzungen verstarb. Die Gedenkinitiative Phan Văn Toàn organisiert antirassistisches Gedenken an ihn sowohl am Angriffs- als auch an seinem Todestag.

Wer war Phan Văn Toàn?

Phan Văn Toàn wurde am 24. Dezember 1954 in Vietnam geboren und lebte dort zusammen mit seiner Frau und seinen drei Kindern. Er kam am 10. Dezember 1988 als Vertragsarbeiter nach Eberswalde in Brandenburg und arbeitete bei der Firma „Rohrleitungsbau Finow“. Für diesen Arbeitsaufenthalt wurde er vom Militärkommando Nghệ Tĩnh des vietnamesischen Verteidigungsministeriums in die DDR geschickt. Am 20. Oktober 1990 verließ er Deutschland vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung sowie der Entlassung von Vertragsarbeiter*innen und lebte mit seiner Familie in der nordvietnamesischen Stadt Vinh.

Im Jahr 1995 kehrte Phan Văn Toàn in der Hoffnung, eine gute Arbeitsstelle zu finden, nach Deutschland zurück. Seine Hoffnung wurde jedoch enttäuscht, und er musste seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von unversteuerten Zigaretten bestreiten.

1997

Diese verkaufte er in Fredersdorf, einem kleinen brandenburgischen Ort nahe Berlin, in dem er damals auch lebte, und dort ereignete sich am 31. Januar 1997 der rassistisch-motivierte Angriff auf ihn. Nach seinem Tod am 30. April 1997 wurde sein Leichnam mithilfe der vietnamesischen Community und eines Rechtsanwalts nach Vietnam zurückgebracht. Phan Văn Toàn wurde dort von seiner Familie und seinen Freund*innen beerdigt.

Der Tatvorgang und die Einordnung der Tat

Am Vormittag des 31. Januar 1997 kommt es am S-Bahnhof Fredersdorf zum Streit zwischen Phan Văn Toàn sowie einigen Männern, die dort regelmäßig trinken und Fahrräder bewachen. Im Verlauf des Streits schlägt Uwe Z. Phan Văn Toàn ins Gesicht. Dann kommt der über 1,90 m große und 100 kg schwere Olaf S. dazu, packt Phan Văn Toàn, hebt ihn hoch und schlägt seinen Kopf mehrmals auf den Steinboden – zwei seiner Halswirbel brechen. Am 30. April 1997 verstirbt Phan Văn Toàn in einem Krankenhaus. Die nachfolgende Obduktion ergibt, dass die Todesursache die direkte Folge des Angriffs war. Die Staatsanwaltschaft geht bei dem Angriff von „Ausländerhass als bestimmendem Motiv“ aus und klagt Uwe S. wegen Mordes aus niedrigen Beweggründen an. Die 5. Strafkammer am Landgericht Frankfurt (Oder) sieht das rassistische Motiv jedoch nicht als erwiesen an und verurteilt Olaf S. ausschließlich wegen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von neuneinhalb Jahren.

Für Phans Familie und die Gedenkinitiative steht das rassistische Motiv der Tat fest. Olaf S. äußerte sich in den Ermittlungen und vor Gericht rassistisch, was die Polizei und die Staatsanwaltschaft erkannte sowie anklagte. Trotzdem wurde die Tat vom Landgericht Frankfurt (Oder) nicht als rassistisch und somit nicht als Mord verurteilt. Deshalb ist es auch gegenwärtig noch relevant, den zugrunde liegenden Rassismus der Gesellschaft und der Justiz bei der Einordnung der Tat zu benennen und weiter aufzuarbeiten.

Erinnerungsarbeit als antirassistische und antifaschistische politische Arbeit

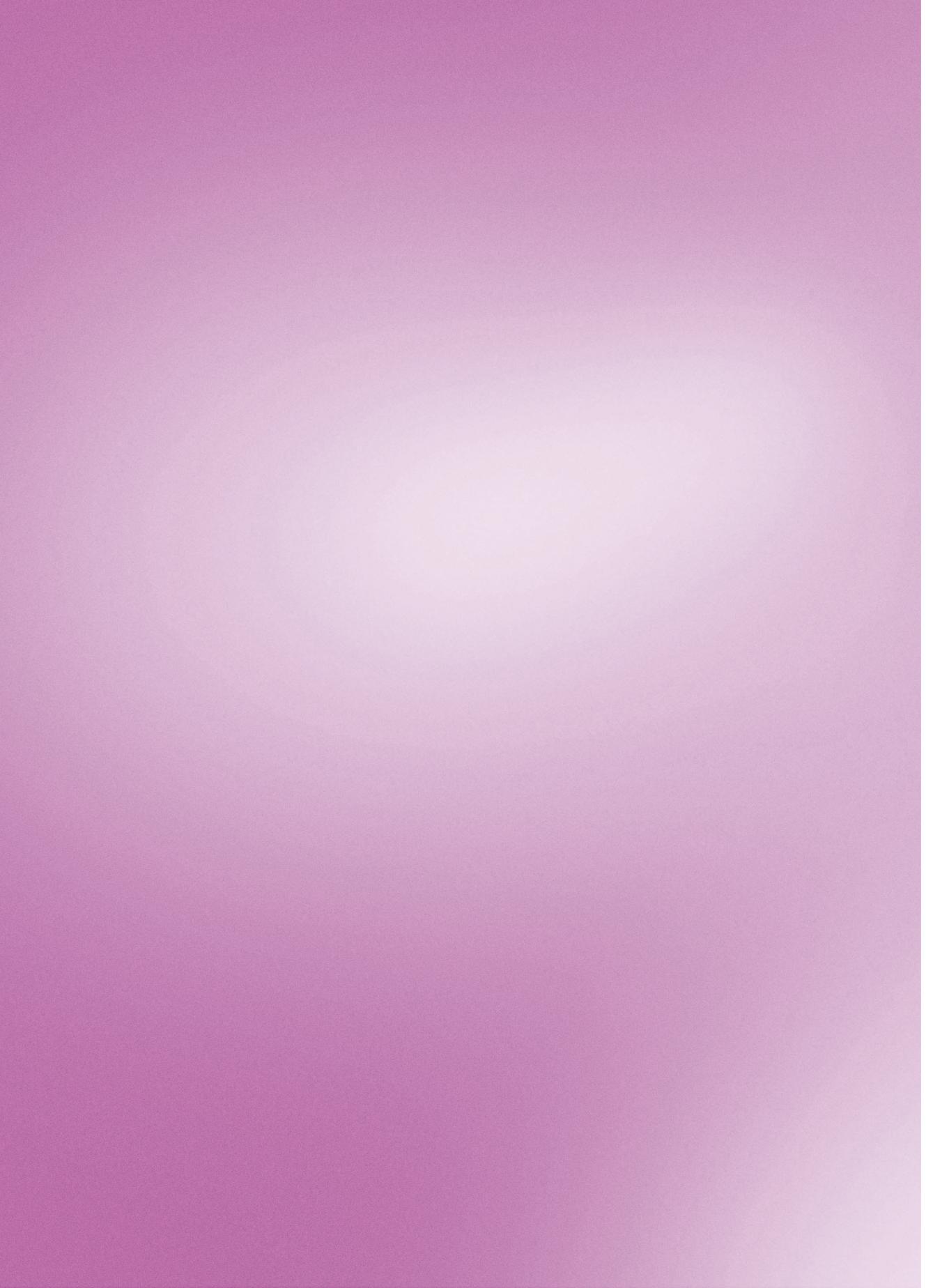
Die erste Gedenkkundgebung für Phan Văn Toàn wurde am 31. Januar 2021 am S-Bahnhof Fredersdorf von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

31. Januar

(VVN-BdA Märkisch Oderland) und der ehrenamtlichen Beratungsgruppe für Opfer rechter Gewalt (BOrg) organisiert. Einzelpersonen und der Verein korientation e. V. kamen hinzu, es formierte sich eine Gedenkinitiative. Im Frühjahr 2023 wurde Phan Văn Toàns Familie in Vietnam gefunden und seither bemüht sich die Initiative verstärkt, ihre Arbeit auf Deutsch und Vietnamesisch zu gestalten, um die Familie sowie interessierte Personen aus der vietnamesischen Community in Deutschland umfassender in die Erinnerungsarbeit einzubeziehen. Die Initiative hat sich u. a. zum Ziel gesetzt, am Tatort einen öffentlichen Erinnerungsort zu errichten.

FEBRUAR

Februar	Black History Month	
6. Februar	Gedenken der Opfer des globalen Grenzregimes / CommemorAction	
6. Februar	Erdbeben in der Türkei und Syrien	2023
13. Februar	Brandanschlag auf das Altenheim und die Synagoge der Israelitischen Kultusgemeinde in München	1970
19. Februar	Rassistischer Terroranschlag in Hanau	2020
23. Februar	Ermordung Blanka Zmigrods durch einen Rechtsterroristen in Frankfurt am Main	1992
24. Februar	Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine	2022
25. Februar	NSU-Mord an Mehmet Turgut	2004
28. Februar	Massaker von Naroda Patiya in Ahmedabad	2002



Black History Month

Peggy Piesche & Francesca Schmidt

Februar steht weltweit im Zeichen des Black History Month. Was 1926 in den USA als damals noch „Negro History Week“ begann, hat sich längst zu einer globalen Bewegung afro-diasporischer Erinnerungsgeschichten entwickelt. Auch in Deutschland gewinnt der Gedenkmonat seit den 1990er Jahren an Bedeutung. Doch die Geschichte des Schwarzen Aktivismus in Deutschland ist komplex, geht historisch viel weiter zurück und ist erinnerungsgeschichtlich nicht zuletzt auch von der deutsch-deutschen Teilung geprägt.

So beanspruchte die DDR offiziell für sich eine antirassistische Staatsideologie. Der sozialistische Staat präsentierte sich gern als Vorkämpfer für die Rechte unterdrückter Völker und in Solidarität mit jungen postkolonialen Ländern des globalen Südens wie Angola, Mosambik oder Vietnam. In der DDR selbst machten Schwarze Menschen dennoch Erfahrungen von strukturellem wie Alltagsrassismus. Sie erlebten trotz offiziellem staatlichen Schutzes rassistisch motivierte Gewalt, Ausgrenzung und Diskriminierung. Selbstorganisierungen von so genannten Vertragsarbeiter*innen und seit den 1980er Jahren von der jungen Generation Schwarzer DDR-Bürger*innen wurden trotz staatlicher Verbote und Begrenzungen vielerorts wichtige Unterstützungsräume und Netzwerke für informelles Wissen. Sie gab es in kleinen Städten, aber vor allem in den Zentren Leipzig, Dresden und Ost-Berlin.

Die BRD bot ein anderes Bild. Hier entwickelten sich ab den 1980er Jahren Graswurzelbewegungen wie ADEFRA – ein Schwarzes queer-feministisches Kollektiv, ehemals Afrodeutsche Frauen, jetzt Schwarze Frauen* in Deutschland und die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD, ehemals Initiative Schwarzer Deutscher).

Februar

Diese Organisationen konnten relativ frei agieren und setzten sich für die Rechte und Sichtbarkeit Schwarzer Menschen ein. Sie prägten den Diskurs nachhaltig und legten den Grundstein für viele Initiativen, die noch heute existieren. In ihren Treffen, Veranstaltungen und Workshops machten sie Alltagsrassismus und rassistisch motivierte Gewalt in der BRD besprechbar und entwickelten positive Selbstbezeichnungen.

Die Wendezeit markierte einen einschneidenden Moment für Schwarze Menschen und People of Color in beiden deutschen Staaten. Besonders in Ostdeutschland führte die zunehmende rassistische Gewalt nach 1989 zu einer Situation, die später als „Baseballschlägerjahre“ bekannt wurde. Die Transformationsjahre nach der deutschen Vereinigung waren aber auch davon geprägt, dass Schwarze Menschen beider deutscher Staaten zueinander fanden und zumeist in den beiden Selbstorganisationen ADEFRA und ISD ihre kollektive Selbstverortung im Verhältnis zum afrikanischen Kontinent und innerhalb einer afro-diasporischen Community stärkten. Dies erfolgte vor allem auch durch die Organisation von Veranstaltungen zum Black History Month, der eine wichtige Plattform bot, um Schwarze Identitäten, historische Präsenzen in Deutschland und deren Geschichten erinnerungsgeschichtlich zu erforschen, weiterzutragen und sich anzueignen. Der Black History Month wird durch die Schwarzen Communities über die letzten 30 Jahre regelmäßig ausgerichtet und richtet sich sowohl an die Communities selbst als auch an die Mehrheitsgesellschaft. Er ist damit mehr als nur ein Gedenkmonat – er ist eine Aufforderung an die gesamte Gesellschaft, sich mit der Geschichte und Gegenwart des Rassismus auseinanderzusetzen und aktiv an einer gerechteren Zukunft zu arbeiten.

Der Februar, der zunehmend durch den Einfluss Schwarzer queer-feministischer Aktivist*innen eine stärkere intersektionale Ausrichtung erfuhr, macht dies immer mehr in Titeln wie Black Herstory/Ourstory Month deutlich. Er ist damit bereits selbst zu ein Erinnerungsinstrument geworden, sich politisch wie gesellschaftlich nicht nur im kürzesten Monat des Jahres die Geschichte Schwarzer Menschen im eigenen Land und im globalen Kontext zu vergegenwärtigen, sondern vor allem auch die Anstrengungen zu intensivieren, um strukturellen wie Alltagsrassismus abzubauen.

6. Februar

Gedenken der Opfer des globalen Grenzregimes / CommemorAction

Alarm Phone

„Mit dem Begriff ‚CommemorAction‘ geben wir ein doppeltes Versprechen: diejenigen nicht zu vergessen, die ihr Leben verloren haben, und gegen die Grenzen zu kämpfen, die sie getötet haben. Es ist ein Raum, um aus unserem Schmerz ein kollektives Gedächtnis aufzubauen. Wir sind nicht allein und wir werden nicht aufgeben. Wir werden weiterhin täglich für die Bewegungsfreiheit aller kämpfen, indem wir Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung für die Opfer von Migration und deren Familien einfordern.

*Wir sind Verwandte und Freund:innen der Verstorbenen, der Vermissten und der Opfer des gewaltsamen Verschwindens entlang der Land- oder Seegrenzen, in Afrika, Amerika, Asien, Europa und auf der ganzen Welt. Wir sind Menschen, die es überlebt haben, Grenzen zu überqueren auf der Suche nach einer besseren Zukunft. Bürger*innen in Solidarität, die Menschen, die sich in schwierigen Situationen befinden, begleiten und retten. Wir sind Fischer, Aktivist*innen, Migrant*innen, Akademiker*innen. Wir sind eine große Familie.“*

(Aufruf zu dezentralen CommemorActions am 6. Februar 2022)

6. Februar

CommemorAction – eine Kombination aus Trauer und Wut – wurde von Verwandten, Überlebenden und Unterstützer*innen als Aufschrei gegen die anhaltenden rassistischen Morde an den Grenzen entwickelt. Bei CommemorAction geht es ums Erinnern – mit Aktionen, die politische Botschaften und künstlerische Aufführungen verbinden. Aber vor allem geht es darum, die trauernden Angehörigen mit so vielen Menschen wie möglich zu vernetzen, um kollektive Initiativen zu kreieren und um ihre Geschichten und Forderungen bekannt zu machen. Tage der CommemorAction sind Momente des Gedenkens an diese Opfer und bedeuten den Aufbau kollektiver Wege, um Familien in ihren Forderungen nach Wahrheit und Gerechtigkeit für ihre Lieben zu unterstützen.

Zehntausende Opfer des Grenzregimes bedeuten Hunderttausende oder sogar Millionen Verwandte und Freund*innen, Eltern und Kinder im globalen Süden, die ihre Angehörigen immer noch vermissen oder nach ihnen suchen. Natürlich unterscheiden sich die Arten, in denen Trauer praktiziert wird, stark. Der Großteil derer, die betroffen sind, werden ihre jeweiligen „Tragödien“ wahrscheinlich in ihren eigenen Netzwerken verarbeiten.

Seit langem sind auch Aktivist*innen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft, die in Solidarität mit Menschen auf der Flucht aktiv sind, mit dem Tod und dem Verschwinden von Menschen an Europas Außengrenzen konfrontiert. Dadurch haben sie nicht nur Netzwerke der Solidarität entwickelt, um der tödlichen Gewalt entgegenzuwirken, sondern auch Wege gefunden, um derer zu gedenken, die getötet wurden, verschwunden oder Opfer von Zwangsverschleppungen geworden sind. Seit mehreren Jahren sind diese CommemorActions zu regelmäßigen grenzübergreifenden Ereignissen geworden und haben eine Gemeinschaft an Trauernden entstehen lassen, die ihren Kampf gegen die Gewalt, die Menschen unterwegs getötet oder verschwinden lassen hat, nicht aufgeben.

Der 6. Februar wurde als gemeinsamer Tag gewählt, um auf eine dezentrale Weise und an vielen Orten gleichzeitig zu gedenken. Am 6. Februar 2014 hat die spanische Grenzpolizei mindestens 15 Personen getötet, die versuchten, bei Tarajal die Grenze zu der spanischen Enklave Ceuta zu überqueren. Nach Jahren juristischer

6. Februar

Verfahren haben spanische Gerichte die Beamten der Guardia Civil freigesprochen, indem sie entschieden, dass keine Straftat begangen wurde. Das Massaker von Tarajal ist Symbol dessen, was seit nun über 20 Jahren jeden Tag geschieht; Opfer ohne Gerechtigkeit, Gräber ohne Namen, Grenzen ohne Rechte.

Am 6. Februar 2020 haben sich Gruppen von Familien der Verstorbenen, der Vermissten und/oder der Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen in Oujda in Marokko zur ersten CommemorAction getroffen, um Grenzgewalt anzuprangern. Familien aus Marokko, Tunesien, Algerien und Kamerun kamen zusammen. Wir haben entschieden, die CommemorAction jedes Jahr am 6. Februar fortzusetzen, um unseren Schmerz in kollektives Handeln zu verwandeln.

Die Plattform www.missingattheBorders.org sammelt die Stimmen der Familien und gibt ihnen die Würde zurück, eine Stimme und die Möglichkeit, ihre Trauer gegenüber ihren Familien und der Welt zu äußern, unter dem Slogan „Menschen statt Zahlen“.

Es ist offensichtlich, dass die Familien, die auf einer transnationalen Ebene in CommemorActions engagiert und organisiert sind, für ein breiteres politisches und soziales Problem stehen, das Hunderttausende betrifft. Die Familien sind eine bemerkenswerte Kraft aus dem globalen Süden, die den globalen Norden für seine tödliche Grenzgewalt anprangert. Wir begreifen den Kampf gegen Grenzen als zentralen Kampf für gleiche soziale Rechte und deshalb müssen wir die Familien, die sich an CommemorActions beteiligen, als entscheidende Akteur*innen ansehen, die für globale Gerechtigkeit kämpfen.

6. Februar

Erdbeben in der Türkei und Syrien

Anja Fahlenkamp

Ein schweres Erdbeben mit einer Skalenstärke von 7,8 erschütterte am 6. Februar 2023 nicht nur die Türkei und Syrien, sondern die ganze Weltgemeinschaft. Die Folgen des Erdbebens waren unfassbar verheerend: Trotz umfangreicher Hilfsbemühungen, erschwert durch zerstörte Zugangsstraßen, stieg Tag um Tag die Zahl der Opfer rasant an. Die Bergungsarbeiten dauerten mehrere Monate an, bis zum 22. April 2023 wurden über 59.000 Todesopfer gezählt, davon über 50.700 in der Türkei und über 8.400 in Syrien – die tatsächliche Zahl der Toten dürfte jedoch noch höher sein. Über hunderttausend weitere Menschen wurden verletzt. Mindestens 520.000 Familien verloren ihre Wohnungen. Im Erdbebengebiet und seinem Umkreis wurden unzählige Häuser und die vorhandene Infrastruktur zerstört, die Wasser- sowie Energieversorgung brach zusammen. Die Weltgesundheitsorganisation schätzte, dass insgesamt etwa 23 Millionen Menschen in der Region vom Erdbeben und seinen Folgen unmittelbar betroffen waren. Überall auf der Welt und natürlich auch in Deutschland mussten Menschen um ihre Angehörigen und Freunde in der Türkei sowie Syrien fürchten und trauern.

Das Erdbeben machte schmerzhaft sichtbar, dass Naturkatastrophen und ihre Folgen jene, die ohnehin bereits besonders vulnerabel sind, außerordentlich und unverhältnismäßig stark treffen. Die Erdbebenregion behaust einerseits eine große kurdische Bevölkerung, die sich in der Türkei weiterhin Diskriminierungen und Unterdrückung

2023

ausgesetzt sieht. Andererseits lebt hier ein erheblicher Anteil syrischer Geflüchteter, der vor dem Krieg in Syrien geflohen ist und wirtschaftlich sowie sozial ohnehin bereits besonders vielen Herausforderungen gegenübersteht. Die Aufnahmeeinrichtungen im Südosten der Türkei, in denen bis zum Erdbeben Tausende von Syrer*innen untergebracht waren, wurden zum Teil zur Unterbringung und Betreuung der Erdbebenopfer umfunktioniert. Bei der Notunterbringung von Betroffenen landeten Syrer*innen am Ende der Prioritätenliste, ebenso wie beim Zugang zu Versorgungsleistungen und Hilfsgütern. Auch ein Jahr nach dem Erdbeben, in dem der Wiederaufbau nur schleppend vorankommen konnte, sind viele Syrer*innen in der Türkei weiterhin ohne bleibende menschenwürdige Unterkunft. Die im Land ebenso während des Wahlkampfes weiter zugespitzte kritische Haltung in weiten Teilen der türkischen Bevölkerung gegenüber syrischen Geflüchteten verschlechtert auch deren Chancen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass die Zahl syrischer Geflüchteter, die von der Türkei aus irregulär in die EU einreisen und hier Asyl beantragen, 2023 beträchtlich angestiegen ist.

Auch im Nordwesten Syriens, wo nach Angaben internationaler Organisationen bereits vor dem Erdbeben über 4 Mio. Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen waren, verschärfte sich die Lage gravierend. Um humanitäre Hilfe in das betroffene Gebiet zu bringen und die humanitäre Lage vor Ort zu verbessern, waren große internationale und diplomatische Bemühungen erforderlich. Es wurden sogar einige Sanktionen zeitweise aufgehoben – etwa in Zusammenhang mit Finanztransaktionen.

Neben Trauer und Erschütterung wurde auch bald Wut sowie scharfe Kritik an der türkischen Regierung laut, die das Erdbeben angesichts jahrelanger Warnungen hätte voraussehen und die Bevölkerung besser schützen sollen. Das Erdbeben kam nur wenige Monate vor der türkischen Parlamentswahl im Mai 2023 und so war es ein besonderes Anliegen der Regierung, vor allem Kontrolle zu projizieren, anstatt Verantwortung zu übernehmen und für die Zukunft zu lernen. Die Lage im Erdbebengebiet bleibt bis heute desolat – Wohnungsnot, Inflation, eine weiterhin schlechte Versorgungslage, von unverarbeiteten Traumata angesichts des unfassbaren menschlichen Verlusts und

6. Februar

Leids ganz zu schweigen – doch in den Medien hört man davon nichts mehr, denn es ist im Interesse der aktuellen Regierung, die Probleme stillzuschweigen, auch um ihre Chancen bei den nächsten bereits anstehenden Regionalwahlen 2024 nicht zu verschlechtern. Wenn die fortbestehenden Bedarfe jedoch nicht transparent gemacht werden, dann wird entsprechende Hilfe nicht mobilisiert – das merkt man u. a. daran, dass die EU die finanziellen Beiträge zur Unterstützung von Geflüchteten und Aufnahmegemeinden in der Türkei für die kommenden Jahre reduziert hat – viele Betroffene bleiben weiterhin auf sich allein gestellt.

Umso wichtiger ist es, dass das Verantwortungsbewusstsein in den Regierungen *aller* Länder für die Verhinderung von Naturkatastrophen und für die Linderung ihrer Folgen wächst, ganz besonders über Legislaturperioden und Regierungswechsel hinweg sowie unabhängig von kurzfristigen Sorgen um politische Wahlen und Jahreshaushalte. Die letzten Jahre haben unmissverständlich gezeigt, dass der Klimawandel nicht nur häufiger zu Naturkatastrophen führt, sondern dass diese ebenso geografisch weiterverbreitet werden – auch bis zu uns. Dies erfordert ein grenzübergreifendes, gemeinsames Handeln, realistische Notfallplanung und mutige Investitionen, um Tragödien wie die vom 6. Februar 2023 zukünftig zu vermeiden und um Betroffenen schneller sowie besser zu helfen.

Brandanschlag auf das Altenheim und die Synagoge der Israelitischen Kultusgemeinde in München

Hannan Salamat

Im Münchner Glockenbachviertel, zwischen Secondhand-Möbelläden und hippen Boutiquen steht, in der Reichenbachstr. 27, ein unscheinbares Gebäude. Kaum jemand in München kennt die Geschichte dieses Hauses. Außen ist keine Gedenktafel, kein Schild zu sehen. Erst im Inneren des Gebäudes, unten im Hausflur, hängt hinter einer Glasscheibe eine kleine Tafel:

Mit der Hilfe Gottes!

Auf diesem Platz befand sich das Gebäude der Israelitischen Kultusgemeinde, das ihr seit ihrer Wiedererrichtung am 25. Juli 1945 als Bürohaus, Versammlungsstätte und Altersheim diente. Am 13. Februar 1970 wurden die Obergeschosse des Hauses durch ein Brandattentat zerstört; in den Flammen fanden den Tod:

13. Februar

David Jakobovicz s.A.

Max Blum s.A.

Siegfried Offenbacher s.A.

Regina Becher s.A.

Leopold Gimpel s.A.

Rosa Drucker s.A.

Georg Pfau s.A.

Ehre ihrem Andenken!

Diese sieben Menschen, Überlebende der Shoah, wurden bei einem der schwersten antisemitischen Anschläge auf jüdisches Leben in der Geschichte der Bundesrepublik ermordet. Der Angriff auf das Altenheim und die Synagoge in der Reichenbachstr. 27 wurde nie aufgeklärt, fand keinen Platz in der kollektiven Erinnerung der postnationalsozialistischen Mehrheitsgesellschaft und ist heute weitgehend vergessen.

Kaum jemand kennt die wechselvolle Geschichte dieser Synagoge, kaum jemand weiß, wie es dazu kam, dass jüdische Menschen nach dem Krieg gerade in München landeten, in der Stadt, die sich in den 1920er Jahren zum Zentrum für den Aufstieg des Nationalsozialismus entwickelte; wie es dazu kam dass sie bereits kurze Zeit nach dem Krieg ihr religiöses Leben dort wieder aufnahmen und unter welch widrigen Bedingungen es sich entwickelte.

Die Geschichte der Synagoge in der Reichenbachstraße ist sehr eng mit der Geschichte der Migration osteuropäischer Jüdinnen*Juden nach München verbunden. Ab Ende des 19. Jhd. gab es im zaristischen Russland, in Ungarn und in weiten Teilen Ost- und Ostmitteleuropas wiederholt Pogrome gegen Jüdinnen*Juden, worauf viele in Richtung Westen emigrierten. Einige flohen auch nach München. 1910 stammte jede*r vierte Münchner Jüdin*Jude ursprünglich aus Osteuropa. Diese Menschen begründeten damals ein eigenständiges kulturelles Leben in München. Der Zuzug der osteuropäischen Jüdinnen*Juden sorgte unter vielen Münchner Jüdinnen*Juden für Unsicherheit. Diese waren ohnehin einem enormen Assimilationsdruck und ständigen Anfeindungen ausgesetzt. Die kulturellen und sprachlichen Unterschiede zwischen ihnen und den osteuropäischen Jüdinnen*Juden führten zu Ängsten, den eigenen Status zu verlieren und dem

zunehmenden Antisemitismus noch stärker ausgesetzt zu sein. Die Jüdinnen*Juden in München identifizierten sich damals überwiegend mit Bayern, fühlten sich dem Bayerischen Königshaus verbunden und waren stolz auf ihre beruflichen und politischen Erfolge.

Damals hatte es bereits zwei Synagogen in München gegeben: eine liberale in der Herzog-Max-Straße und eine orthodoxe, in der Herzog-Rudolf-Straße. Die Neuangekommenen strebten danach, die religiöse Kultur ihrer Herkunft zu bewahren und gründeten deswegen mehrere religiös-orthodoxe Betstuben: 1921 kauften die zwei ostjüdischen Vereine Linath-Hazedek und Agudath-Achim das Gebäude an der Reichenbachstraße 27 von der Schwabinger Brauerei AG. Das Gebäude im Hinterhof wurde fortan als Betsaal genutzt. Diese Räumlichkeiten erwiesen sich, in Anbetracht der Zahlen der in der Isarvorstadt ansässigen osteuropäischen Jüdinnen*Juden, bald als unzureichend. 1929 beschlossen die beiden Vereine daher den Bau einer Synagoge. Durch Spenden der Gemeindemitglieder und mit der Beteiligung der Israelitischen Kultusgemeinde und des Gesamtausschuss der Ostjuden wurde die Synagoge unter Leitung des Architekten Gustav Meyerstein erbaut und 1931 unter dem Namen Reichenbachschul eingeweiht. Mit der neueröffneten Synagoge gab es nun drei große Synagogenbauten in München.

Der latent vorhandene Antisemitismus der Münchner Zivilgesellschaft wurde besonders ab 1918 virulent. In den folgenden Jahren waren Übergriffe auf Jüdinnen*Juden und ihr Hab und Gut sowie der Boykott von Geschäften an der Tagesordnung. Die Synagoge der Israelitischen Kultusgemeinde in der Herzog-Max-Straße wurde im Juni 1938 auf die persönliche Anordnung Adolf Hitlers hin abgerissen. Der Abriss der Synagoge sollte die Reaktionen der Öffentlichkeit auf die staatlich angeordnete Aggression und Willkür gegen die jüdische Bevölkerung testen. Das Ausbleiben von Empörung und Widerspruch seitens der nichtjüdischen Zivilbevölkerung ebnete den Machthabern zweifellos den Weg zu den Novemberpogromen in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938.

In jener Nacht wurde auch die Reichenbachschul angegriffen, Türen und Fenster wurden eingeschlagen, Thorarollen geschändet. Da die Synagoge sich in einem Wohnblock befand, stand die Feuerwehr bereit,

13. Februar

um übergreifende Flammen auf die benachbarten Wohnhäuser zu verhindern. Die Synagoge wurde zwangsenteignet und der Münchner Allgemeinen Treuhand AG übergeben. Die Gemeindemitglieder wurden vertrieben, die meisten von ihnen überlebten die Shoah nicht. Nach Ende des Krieges konnten 84 Jüdinnen*Juden aus Arbeitslagern und Verstecken in München befreit werden.

Nachher

Ich bin zurückgekehrt – ich weiß nicht wie.

Ein sanftes Wunder ist an mir geschehen.

Ich hör' der Heimatglocken Melodie,

Die Berg' und Wälder darf ich wiedersehen.

Ich bin zurückgekehrt – mir ist so weh!

Ist alles anders, als es einst gewesen,

Weil ich's mit jenen neuen Augen seh',

Mit denen ich das Leid der Welt gelesen.

Ich bin zurückgekehrt! O frag mich nicht

Nach jenen Schatten, die die Sinne meistern

Und bei Mondes weißem Totenlicht

Des Nachts durch die zersprungne Seele geistern.

Gerty Spies (1897-1997)

In vielen osteuropäischen Ländern kam es nach 1945 zu anti-semitischen Pogromen. Mehrere Hunderttausend Jüdinnen*Juden, die die Shoah überlebt hatten, flohen in der Folge aus Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien in die westliche Besatzungszone, viele von ihnen nach München und Umgebung. Die meisten wollten nicht im Land der Täter*innen bleiben, München war für sie lediglich eine Zwischenstation. Aber nicht allen gelang die Weiterreise und so blieben manche als „Displaced Persons“ in München zurück. Die Nachkriegsgemeinde in München bestand somit neben den wenigen deutschen Jüdinnen*Juden, die die Shoah überlebt hatten zum größten Teil aus Jüdinnen*Juden, die aus Osteuropa geflohen waren. Im Gegensatz zur liberalen Tradition der Vorkriegszeit, die vor dem Nationalsozialismus in München mehrheitlich praktiziert wurde, lag der Schwerpunkt des religiösen jüdischen Lebens in München nach 1945 daher auf der orthodoxen Tradition. Im Juli 1945 wurde die Israelitische

Kultusgemeinde wiedergegründet, 1947 folgte die Wiedereinweihung der Synagoge in der Reichenbachstraße, die zur Hauptsynagoge der Stadt wurde. In dem Gebäudekomplex befanden sich neben der Synagoge Büroräume, ein Kindergarten, ein Restaurant sowie ein Wohnheim für Senior*innen und Student*innen.

Am Freitag, den 13. Februar 1970, betrat gegen 20:50 Uhr ein Unbekannter die Israelitische Kultusgemeinde in der Reichenbachstraße, verschüttete Benzin auf den Holztreppen vom vierten Stock bis ins Erdgeschoss und zündete sie an. Sieben Menschen, die die Hoffnung hatten, im Nachkriegsdeutschland weiterleben zu können, kamen bei dem Anschlag ums Leben.

Nach der Tat wurde in verschiedene politische Richtungen ermittelt. Die polizeilichen Ermittlungen nach dem*der Täter*in oder den Täter*innen wurde bereits nach kürzester Zeit eingestellt und die Identität der Täter*innen ist bis heute unbekannt. Die Ermittlungen wurden zwar 2013 erneut aufgenommen, jedoch 2017 ergebnislos wieder eingestellt. Vor allem nach Recherchen des deutschen Politikwissenschaftlers Wolfgang Kraushaar vom Hamburger Institut für Sozialforschung, führen die Indizien in die damalige linksextreme Terrorszene, eindeutig bewiesen ist das jedoch bis heute nicht.

In der Rezeption dieses Ereignisses ist oft die Rede von einem Anschlag auf ein jüdisches Altersheim. Wer jedoch die Umstände kennt und weiß, dass sich zu diesem Zeitpunkt auch die Israelitische Kultusgemeinde in den Räumen befand, kann keinen Zweifel mehr daran lassen, dass es sich hier um einen der schrecklichsten antisemitischen Gewaltakte in der deutschen Nachkriegszeit handelte, der im Kontext einer ganzen antisemitischen Terrorwelle zu betrachten ist, die sich in diesen Tagen ereignete. Nur einige Tage zuvor, am 10. Februar, wurde eine El-Al-Maschine am Münchner Flughafen angegriffen. Dabei wurde ein Fluggast getötet und neun weitere Personen schwer verletzt. Einige Tage später, am 21. Februar 1970, stürzte eine Swiss Air Maschine Richtung Tel Aviv ab, nachdem eine Bombe an Bord explodiert war. Alle 47 Passagiere starben. Die Spuren der Bombe, die als Postsendung getarnt war, führten ebenfalls nach München. Innerhalb von elf Tagen kostet diese Terrorwelle 55 Leben. Auch an diese beiden Anschläge erinnert sich heute kaum noch jemand.

13. Februar

Die Toten des Anschlags hatten keine Angehörigen. Lange Zeit war die Tat komplett aus dem Gedächtnis der Stadt gelöscht. 2020, also 50 Jahre nach der Tat, wurde durch die Initiative des Kabarettisten Christian Springer am Gärtnerplatz, ganz in der Nähe der Reichenbachstraße, ein Erinnerungs-Container installiert: mit Fotos von der Brandnacht und den Namen der Opfer. Die Hoffnung war, dass Mitwisser*innen ihr Schweigen brechen würden und neue Indizien vielleicht doch noch zu einer späten Aufklärung hätten führen können. Auch wenn die Installation den schwersten Anschlag auf jüdisches Leben im Nachkriegsdeutschland für kurze Zeit in die Erinnerung zurückholte, wissen die meisten in der Stadt München oder in ganz Deutschland nichts über diese Nacht, in der sieben Menschen starben.

In Erinnerung an ...

- das erste Todesopfer des Brandanschlags **Max Meier Blum**, 71, pensionierter Kürschner, der erst ein Jahr zuvor aus New York zurück nach München gekehrt war.
- die Hutmacherin **Rivka Regina Becher**, 59.
- **Leopold Arie Leib Gimpel**, Büroangestellter, 51.
- Koch und Gastwirt **David Jakobowicz**, 60, der bereits die Koffer gepackt hatte, um zu seiner Schwester nach Israel auszuwandern.
- Bibliothekar und Gemeindearchivar **Siegfried Offenbacher**, der wenige Tage vor dem Anschlag erst 71 wurde. 1934 war er bereits in das Konzentrationslager Dachau verschleppt worden.
- und die Eheleute **Georg Eljakim Pfau**, Tapezierer, 64 und **Rosa Drucker**, 60.

Rassistischer Terroranschlag in Hanau

Bildungsinitiative Ferhat Unvar

Der rassistische Anschlag in Hanau ist bundesweit bekannt und durch die Arbeit der Familien, Angehörigen und Überlebenden sowie deren Unterstützer*innen und solidarischen Initiativen heute noch ein beherrschender Teil des Diskurses um Rassismus und rechten Terror. Eines der Opfer in Hanau am 19. Februar 2020 war Ferhat Unvar, 23 Jahre alt, gelernter Heizungsinstallateur, gebürtiger Hanauer und Kesselstädter.

Ferhats Ermordung sowie die Ermordung von Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Said Nesar Hashemi, Gökhan Gültekin und Hamza Kurtović hat die Stadtgemeinschaft in Hanau so wie die Familien, Angehörigen, Freund*innen und Bekannte schwer erschüttert und traumatisiert. Nach dem Anschlag stand Serpil Temiz Unvar deshalb vor der Entscheidung, „ihre Wut und ihren Schmerz mit Hass zu mischen“ oder nicht. Sie entschied sich dagegen. Ihr Ziel ist nicht Vergeltung, sondern positive Veränderung zu schaffen.

Basierend auf ihren eigenen Lebenserfahrungen und auf den Erfahrungen, die sie mit ihren Kindern im deutschen Schulsystem machen musste, hat Serpil Unvar erkannt, dass die Erfahrungen mit strukturellem Rassismus und Alltagsrassismus vielen Familien

19. Februar

besonders durch die Institution Schule begegnen. Negative Kommentare, komplizierte Strukturen, wenig Unterstützung für migrantische Familien sind nur ein Teil der Problematik, der sich Serpil Temiz Unvar annehmen möchte. Für sie war nach dem 19. Februar klar: Ein Schweigen zu rassistischen Strukturen ist nicht länger hinnehmbar.

Ein Warten auf Veränderung durch die Politik ist nicht länger akzeptabel. Der Schlüssel liegt ganz klar in einer migrantischen Selbstorganisation, denn nur die migrantische Community weiß, was diese Community braucht. Hanauer Jugendliche und junge Erwachsene müssen in den „Heilungsprozess“ einbezogen werden, ihn selbst gestalten. Es muss ein Raum geschaffen werden, wo sie über ihre Probleme und Erfahrungen sprechen können. Ein Raum, der ihnen ermöglicht, ihre eigene Stimme zu entfalten, Probleme zu benennen und Lösungen zu erarbeiten. Diesen Raum bietet die Bildungsinitiative Ferhat Unvar.

Am 19. Februar 2022, jährte sich der rassistische Terroranschlag in Hanau, der neun Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft riss, zum zweiten Mal. Wir sind in diesen Tagen in Gedanken bei den Angehörigen, Freund*innen und Überlebenden in Hanau und gedenken:

Ferhat Unvar
Vili Viorel Păun
Mercedes Kierpacz
Fatih Saraçoğlu
Sedat Gürbüz
Kaloyan Velkov
Said Nesar Hashemi
Gökhan Gültekin
und Hamza Kurtović.

Entscheidend für die Aufarbeitung der Tat und die würdevolle Erinnerungsarbeit war und ist das Engagement ihrer Familien, Angehörigen und Freund*innen sowie auch der Überlebenden des Anschlags. Aus ihrer Arbeit gingen u.a. die Initiative 19. Februar Hanau und die Bildungsinitiative Ferhat Unvar hervor.

Ermordung Blanka Zmigrods durch einen Rechtsterroristen in Frankfurt am Main

Benjamin Fischer

Am 23. Februar 1992 wurde Blanka Zmigrod mit einem Kopfschuss aus nächster Nähe von einem schwedischen Neo-Nazi an der Kreuzung Kettenhofweg/Niederuau in Frankfurt am Main getötet. Ihre Geschichte und die Art und Weise, wie sie in Erinnerung gehalten wird, führen uns deutlich vor Augen, dass es in Deutschland und in Europa eine anhaltende rechte Gewalt gibt. Der Fall zeigt uns auch, wie sich eine solche Tat auf marginalisierte Gruppen auswirkt und nicht zuletzt, wie wichtig es ist, Mittel für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im Hier und Jetzt zu finden.

Zmigrod, die 1924 als Kind einer jüdischen Familie in Polen geboren wurde, hat vier Konzentrationslager überlebt – darunter auch Auschwitz. Nach der Shoah wanderte sie nach Israel aus, entschloss sich aber 1960 zu Familienmitgliedern ins Frankfurter Westend zu ziehen. Sie fasste dort Fuß, verliebte sich und machte sich selbständig. 1991 nahm sie eine Stelle in einem Restaurant an, das sie auch in der Nacht verließ, in der sie erschossen wurde. Der Mörder hieß John Ausonius. Später würde man ihn den „Lasermann“ nennen, weil er in Schweden elf rassistische Überfälle und Morde begangen hatte, wobei er sich eines Gewehrs mit Laserzielvorrichtung bediente. Trotz Zmigrods Identität und der auf ihrem Handgelenk eintätowierten

23. Februar

Häftlingsnummer fand das Gericht keinerlei Belege für eine anti-semitisch motivierte Tat. Der Täter behauptete, er habe irrtümlich angenommen, dass sie seinen Computer gestohlen hat. Zwei Tage vor dem Mord hatte Ausonius sich mit Zmigrod in dem besagten Restaurant gestritten. Dabei hatte er sie wegen ihres osteuropäischen Akzents beleidigt. Er wurde erst 2017 nach Deutschland ausgeliefert und vor Gericht gestellt. 2018 wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt.

Jahre später bezog sich der Attentäter, der 2011 die Angriffe auf Utøya verübt hatte, in seinem Manifest auf den Neo-Nazi Ausonius. Rechts-extremist*innen auf dem ganzen Kontinent trugen jahrelang T-Shirts, auf denen sie ihn und seine rassistische Mordserie bejubelten – und das lange bevor ihm der Prozess gemacht wurde. Die erschütternde Ähnlichkeit zu den als NSU-Morde bekannten Verbrechen in Deutschland weist darauf hin, dass Ausonius Taten eine Blaupause für den rechten Terror geliefert haben.

Erst 26 Jahre nach ihrer Ermordung ist der jüdischen Gemeinde in Frankfurt und Zmigrods Familie Gerechtigkeit widerfahren – zu öffentlichen Trauerbekundungen kam es so gut wie nie. Das war erst der Fall, als der jüdische Student und Aktivist Ruben Gerczikow 2020 eine Initiative startete, um die Erinnerung an Zmigrod wachzuhalten, das Trauma der Gemeinde anzusprechen und öffentlich Gerechtigkeit zu fordern. Eine Petition auf change.org erhielt etwa 40 000 Unterschriften und ein Protestmarsch in Gedenken an Zmigrod legte die bestehenden offenen Wunden der jüdischen Gemeinde in Frankfurt auf. Gerczikow lancierte die Petition mit der Forderung, am Ort des Verbrechens solle eine Gedenktafel für Zmigrod errichtet werden. Sie sollte zugleich die politische Aufmerksamkeit auf das Trauma der Gemeinde richten sowie den europäischen Naziterror gegen migrantisierte Gemeinschaften und eine Überlebende der Shoah fokussieren. Gäbe es diese Formen des Aktivismus nicht, wäre auch dieses Geschehnis, wie so viele andere, im öffentlichen Diskurs unerwähnt geblieben.

Daher räume ich Gerczikow und seinen Mitstreiter*innen meinen Respekt ein. Blanka Zmigrods Familie und der Familie eines jeden Opfers der abscheulichen Mordtaten von Ausonius spreche ich mein tiefstes Beileid aus. Möge uns die Erinnerung an sie ein Segen sein.

Blanka Zmigrod, unvergessen.

Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine

Jelena Jeremejewa

Der Text ist ein Auszug aus dem Ukraine-Tagebuch „Seit September will ich nach Kiew“ von Jelena Jeremejewa, 2022 im Verlag parasitenpresse erschienen.

24.2.

Klassisch: Um 6:30 klingelt mein Telefon. „Es hat angefangen!“ Mein Bruder ist dran; dem klar geworden ist, dass vor unserem Haus nicht nur die Oper sondern in 100 Metern Entfernung auch das SBU, der ukrainische Sicherheits- und Geheimdienst Gebäudekomplex liegt und alle bereits evakuiert wurden. „Packt die Sachen und seid in 10 Minuten unten.“ Ich spüre wie alles, was vor diesem Anruf lag, zu zerfallen beginnt ... es bröckelt und bröckelt und bröckelt und bröckelt und zerfällt in zusammenhanglose Stücke, die ich nicht mehr zusammen bekomme.

Völlig leere Innenstadt, gedämpfte Geräusche, das Leben ist gewichen – leeres Haus, verängstigte Concierge, und Fassungslosigkeit in den Gesichtern. Online bekomme ich kein Zugticket und ich spüre ein starkes Verlangen noch mal durch meine Stadt zu gehen ...

24. Februar

zum Bahnhof, um vielleicht doch ein Ticket zu bekommen. Jemand ist zum Beten in Volodymirskij Sobor und ein großer weißer Hund wartet, angebunden an eine Bank. So würdevoll ... und friedlich.

Die Leere ist gespenstisch, Menschen mit Koffern, Taschen, nicht wissend wohin. Das sind Koffer, die man sonst auf den Flughäfen sieht, wie sie über glatte Böden der Flughäfen rollen, hier und heute wirken sie deplatziert ... genau wie ich ... Prospekt Pobedy, voll.

11:33 Rauchgeruch in der Innenstadt – jetzt glaube ich zu verstehen, was „hier und jetzt“, diese Abstraktion, eigentlich bedeutet. Das kann einem keine Mediationspraktik vermitteln. Mein Bruder ist mit seinem, für ukrainische Straßen völlig ungeeigneten Fahrzeug in Kiew. Mein Vater hat nicht gepackt, kocht Haferschleim und schaut Fernsehen. Auf die Aufforderungen zu packen – Weigerung. Ich setze meinen Haferbrei auf, meine Hände schnippeln Obst, Datteln, raspeln zwei Nüsse und suchen Leinsamen im Kühlschrank. Beim Essen merke ich, dass ich nichts schmecke und Schwierigkeiten habe, das Essen herunterzuschlucken. Jetzt weiß ich, wie sich Angst anfühlt – ich spüre meinen Herzschlag, das sonst unmerkliche Pumpen wird vordergründig, ich habe Schwierigkeiten, Luft zu holen, als ob etwas Großes und Schweres auf meiner Brust lasten würde. Ich gehe von der Küche ins Schlafzimmer, vom Schlafzimmer ins Bad, dann wieder in die Küche, ich weiß nicht, was zu tun ist und was ich tue. Sammle gefiltertes Wasser in allen möglichen Gefäßen, ich lasse das Bad voll. Ich telefoniere und versuche, alle in Berlin zu beruhigen. Der Himmel ist bedeckt, den vertrauten Ausblick kann ich nicht genießen, ich ertappe mich bei dem Gedanken, dass ich ihn permanent abscanne. Psalm Nr. 90.

Meine Expeditionstasche ist gepackt, ich habe vor drei Tagen die neuen Bücher von Serhij Zhadan gekauft, auch von Lina Kostenko, und mir vorgenommen, mehr ukrainische Dichter und Schriftsteller zu lesen. Alles bleibt hier in Kiew, ich werde zurückkommen.

Das Auto ist voll, also muss ich meine Tasche umpacken – ich nehme meine Kleider mit, ein paar Rollis und einen Pullover, den ich mir in Lissabon gekauft habe. Jeans, Socken und Unterwäsche werden vergessen. Wir teilen uns mit meinem Papa eine REWE-Einkaufstasche,

nehmen nur das Nötigste mit. Wir wollen morgen wiederkommen und Müll rausbringen. Heute ist es nur für eine Nacht, einfach raus aus der Stadt.

Ich hasse es, wenn ich energisch werden muss. Mein Bruder wird wütend, Sirenen heulen, ich werfe Papas Klamotten in den Koffer, er schaut hilflos und beschimpft uns, will bleiben. Wir überlegen, ob wir mit dem Aufzug fahren sollen. Es tut mir so leid, ihm das antun zu müssen, sein Viertel, sein Geburtshaus, sein Leben. Es ist seine zweite Evakuierung im Grunde. Die erste erlebte er als Zweijähriger vor 79 Jahren mit seiner Mutter, Großmutter und dem vierjährigen Bruder 1941. Damals fuhren sie tagelang vor den Viehwaggons Nazis nach Slatoust, im Uralgebirge.

2022 sehen wir Menschen, die in Kiew bleiben, die kein Auto haben oder nicht fahren können, die ratlos mit ihren Haustieren und Koffern an der kleinen unterirdischen Garage stehen und scheinbar auf jemanden warten, alles noch nicht fassen können. Ich traue mich nicht, ihnen in die Augen zu blicken. Wir stopfen noch die Tasche in den vollen Kofferraum und brechen auf. In dem Moment habe ich den Gedanken nicht gedacht, ob ich wieder kommen werde, ich habe keinen traurigen Blick aus dem Fenster geworfen, keine Träne vergossen. Aber das Gefühl war da, nur überlagert von der Sorge, die richtige Entscheidung getroffen zu haben, Scham, niemanden mitnehmen zu können in eine vorübergehende Sicherheit.

Es dauert, bis wir aus der Stadt kommen, uns entgegen fahren Panzer, ukrainische Jungs sitzen oben und winken uns zu. Auch hier schaue ich in den Himmel und scanne ihn nach Flugkörpern ab ... hört es irgendwann wieder auf oder ist mein Verhältnis zum Himmel für immer ruiniert? Um uns herum fahren Menschen wie wir, ebenfalls raus aus der Stadt, wir sind mit die letzten, die das Unmögliche lange genug für unmöglich hielten, bis es eintraf. Ich habe in Deutschland oft erklären müssen, ob Russisch und Ukrainisch ähnlich sind und die Menschen sich verstehen könnten. Gerade glaube ich selbst etwas nicht verstanden zu haben und es liegt nicht an der Sprache, sondern an etwas anderem.

24. Februar

Wir fahren zu einer befreundeten Familie. Riesenhaus, Riesengartenanlage, Pool, Seen und Golfelder, Kirschgärten, Bienenstöcke, zwei wunderschöne Deutsche Schäferhunde, die eingesperrt werden müssen, damit wir aussteigen können. Als wir ankommen, sehen wir mehrere Helikopter vorbeikommen, die erstaunlich niedrig fliegen. Im Haus eine sehr große Familie, Söhne, ihre Frauen, Geschwister, Kinder und Schwiegereltern sitzen im Erdgeschoss und ohne Licht. Erwachsene schauen Fernsehen, telefonieren, essen und trinken. Kinder rennen herum, spielen auf dem iPad Kriegsspiele. Panzer auf dem iPad, Panzer im Fernsehen. Matratzen werden von oben nach unten getragen, an Schlafen ist nicht zu denken. Im Wohnzimmer liegen Munition und die Waffen auf dem Couchtisch. Ich bin in Sorge um die Menschen, die in Kiew sind.

Eingelegte Tomaten, Pelmeni, Vareniki, Nalistinki, Vodka. Hier fühle ich mich sicherer als im 8. Stockwerk in der Nähe des ukrainischen Geheimdienstes.

Alle warten mit Anspannung auf die Ansprache von Biden. Nicht der Rede wert.

NSU-Mord an Mehmet Turgut

Hannan Salamat

Mehmet Turgut wurde am 02. Mai 1979 in der Türkei geboren. Seine Familie stammt aus dem kurdischen Bergdorf Kayalik in Ostanatolien. Der 25-Jährige lebte in Hamburg und war gerade nach Rostock gezogen, als er am 25. Februar 2004 durch drei Schüsse in einem Imbiss, wo er als Aushilfe arbeitete, vom sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) ermordet wurde.

Zu diesem Zeitpunkt ist Mehmet Turgut das fünfte Opfer des NSU.

Knapp eine Woche nach der Tat schrieb die Mordkommission in einer Pressemitteilung: „Ein ausländerfeindlicher Hintergrund kann derzeit ausgeschlossen werden.“ Darauf folgte eine Reihe absurder Anschuldigungen und Verdächtigungen. Die deutschen Ermittler fuhren nach Kayalik und befragten dort Freund*innen, Verwandte und Nachbarn des Ermordeten. Dieses Verhalten der deutschen Behörden löste Gerüchte unter Bewohner*innen des Dorfs aus und die Familie von Mehmet Turgut wurde verdächtigt, in den Mord verwickelt zu sein. Mehmet's jüngster Bruder, Mustafa Turgut, erzählt später in Interviews, wie aus seinem Bruder, dem Opfer deutscher Neonazis, ein Verdächtiger wurde. Das Leben im Heimatdorf wurde unerträglich und die Familie sah sich gezwungen, wegzuziehen. Auch der Betreiber des Imbisses, an dem die Tat begangen wurde, berichtete, dass er von dem Ermittler*innen nicht wie ein Geschädigter behandelt, sondern ebenfalls verdächtigt wurde.

25. Februar

Mehmet Turgut war nicht das letzte Opfer des NSU. Auf die ersten fünf Morde sollten noch drei weitere folgen. In allen Fällen gingen die Ermittlungsbehörden auf dieselbe Weise vor: Die Polizei suchte nicht nach rassistischen Motiven, sondern machte die Opfer zu Täter*innen, beschuldigte die Familien. Die Ermittlungen selbst waren von Rassismus geprägt und die Medien hinterfragten die Narrative der zuständigen Behörden nicht. Die Berichterstattung rund um die NSU-Morde ist bis heute eines der erschreckendsten Beispiele für strukturellen Rassismus in der deutschen Medienlandschaft.

Erst sieben Jahre später, als sich die Terrorzelle im November 2011 selbst enttarnete, wurde klar, dass alle neun Morde auf ein rechtes Netzwerk zurückgehen, von dem wir heute wissen, dass es weitaus mehr als nur drei direkte und indirekte Täter*innen und Mitwisser*innen umfasste und umfasst. Der NSU-Komplex ist kein Einzelfall. Die Morde, und wie die Öffentlichkeit auf diese reagierte, zeugen von einem roten Faden an rassistischen und menschenverachtenden Einstellungen, der sich durch alle Ebenen der deutschen Gesellschaft zog und zieht und der sich seither weiter verdichtet hat.

Enver Şimşek, 2000 in Nürnberg
Abdurrahim Özüdoğru, 2001 in Nürnberg
İsmail Yaşar, 2005 in Nürnberg
Habil Kılıç, 2001 in München
Theodoros Boulgarides, 2005 in München
Süleyman Taşköprü, 2001 in Hamburg
Mehmet Turgut, 2004 in Rostock
Mehmet Kubaşık, 2006 in Dortmund
Halit Yozgat, 2006 in Kassel
Michèle Kiesewetter, 2007 in Heilbronn

Diese Namen stehen nicht nur für unzählige Fälle rechtsextremer und rassistischer Gewalt im postnationalsozialistischen Deutschland. Sie zeigen auch die Empathielosigkeit von Behörden, Medien und Gesellschaft gegenüber dem Schmerz der Angehörigen von Opfern rassistischer Gewalt. Der fehlende Aufklärungswille und die Verdächtigungen haben ein tiefes Trauma für Hinterbliebene und Opfer rechter Gewalt hinterlassen. Gerade Menschen, die am meisten

Schutz brauchen, wurden und werden im Stich gelassen. Dies hatte einen massiven Verlust an Vertrauen in staatliche Institutionen und Sicherheitsbehörden zur Folge.

10 Jahre nach der Selbstenttarnung ist die Liste der offenen Fragen immer noch sehr lang. Die Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern und der Prozess in München konnten die Rolle der V-Männer, Sicherheitsbehörden und weitere Verstrickungen bis heute nicht lückenlos aufklären. Die NSU-Akten bleiben unter Verschluss. Was bleibt, ist der Schmerz der Angehörigen, niemals zu wissen, warum es ihre Liebsten traf.

Verschiedene Initiativen wie NSU-Watch, das interdisziplinäre Theaterprojekt *Kein Schlussstrich!* und das Projekt *Offener Prozess* entwickeln Formate der Aufklärung und Aufarbeitung des NSU-Komplex, um die Erinnerung an die Opfer aufrecht zu erhalten und die Perspektiven der Familien der Opfer und von Rassismus Betroffenen in den Fokus der Öffentlichkeit zu bringen.

Es braucht mehr Räume und verschiedene Formen des Gedenkens, um die Auseinandersetzung mit institutionellem und strukturellem Rassismus in unseren Gesellschaften zu ermöglichen. Denn auf die Morde des NSU folgten die Gewalttaten von München, Halle, Hanau, Kassel und zahlreiche weitere. Sie alle waren keine Einzelfälle.

28. Februar

Massaker von Naroda Patiya in Ahmedabad

Prasanna Oommen

„Wenn wir um Hilfe baten, sagte man uns, du musst sterben, so lautet der Befehl von oben. Mein zwei Monate alter Neffe wurde bei lebendigem Leib verbrannt ... was soll er getan haben?“ So erinnert sich eine überlebende Person an den 28. Februar 2002, den Tag des Pogroms von Naroda Patiya, einem Stadtteil von Ahmedabad in Indien, bei dem 97 muslimische Einwohner getötet und unzählige andere vertrieben wurden.

Aus zahlreichen Berichten ergibt sich, dass die Morde an der muslimischen Bevölkerung von einem 5.000-köpfigen Mob verübt wurden, unter Anstiftung und Koordination der hindunationalistischen Milizorganisation Bajrang Dal, und mit vermutlicher Unterstützung der Regierung des Bundesstaates Gujarat. Unter Rückgriff auf eine islamophobe Medienkampagne, in der zu Gewalttätigkeiten aufgestachelt wurde, und auf die Unterdrückung einer kritischen Berichterstattung wurde behördliches Eingreifen hinausgezögert. Es dauerte zehn Stunden, bis die öffentliche Ordnung wiederhergestellt werden konnte. In dieser Zeit kam es zu zahlreichen Vergewaltigungen, Plünderungen, Verbrennungen bei lebendigem Leib und Zerstörungen von Gebetsstätten – begangen von Hindus an ihren muslimischen Nachbarn. Die Überlebenden wurden in eilig errichtete Notlager gezwungen und viele kehrten nie wieder an den Ort zurück, der einst ihr Zuhause gewesen war.

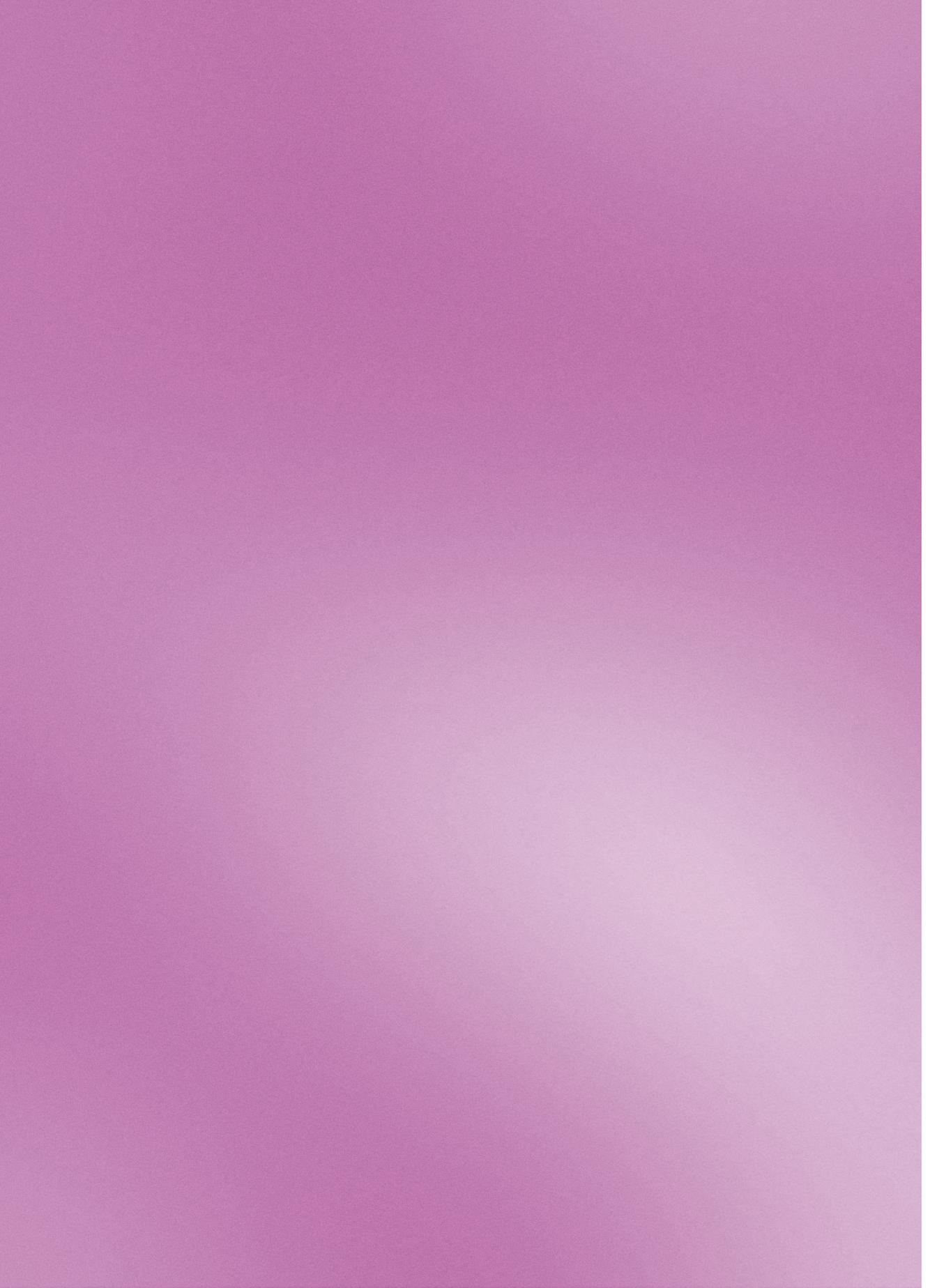
2002

Für die wenigen Zurückgekehrten ist das Massaker von Naroda Patiya nicht nur Teil der Erinnerungskultur, sondern Teil eines nicht nachlassenden Kampfes für Gerechtigkeit. „Ich habe 2002 in Naroda Patiya gewohnt und wohne auch heute noch hier. Ich habe meine gesamte Familie verloren, meine Mutter, meinen Bruder, vier unschuldige Kinder. Ich bin hier geblieben, weil wir nicht gehen, bis wir zu unserem Recht gekommen sind.“

Dieses Verbrechen gegen die muslimische Minderheit in einer säkularen Demokratie hätte weltweit zu Protesten führen müssen, tatsächlich aber wurde es kaum beachtet. Ich frage mich, wann sich das endlich ändert. Wie lange wird es in unserer angeblich so zivilisierten Welt noch zu Völkermord und ethnischen Säuberungen kommen, ohne dass das den Westen sonderlich kümmert oder betrifft? Wie lange wird die Währung für Sichtbarkeit und Solidarität noch weiß und westlich sein? Wie lange wird Globalisierung noch als ökonomisches Schlagwort statt als Aufruf zu einer Weltgemeinschaft des Mitgefühls verstanden werden? Mein Eindruck ist: Noch sehr lange! Deshalb ist eine plurale Erinnerungskultur, die für öffentliche Aufmerksamkeit weltweit sorgt, der einzige Weg zu mehr Sichtbarkeit und Gerechtigkeit.

MÄRZ

März	Internationale Wochen gegen Rassismus	
8. März	Internationaler Frauen*kampftag	
8. März	Romnja* Power Month	
11. März	Europäischer Gedenktag für die Opfer des Terrorismus	
15. März	Beginn der syrischen Revolution	2011
15. März	Internationaler Tag gegen Polizeigewalt	
15. März	Jahrestag des antimuslimischen Terroranschlags in Christchurch	2019
20. März	Errichtung des ersten Konzentrationslagers bei Dachau	1933
25. März	Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer der Sklaverei und des transatlantischen Sklavenhandels	
31. März	Zwangsassimilation ethnisch türkischer Menschen in Bulgarien	



Internationale Wochen gegen Rassismus

Safiyye Aydin

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus, die jedes Jahr im März stattfinden, bieten eine wichtige Gelegenheit, die vielfältigen Facetten und Auswirkungen von Rassismen auf verschiedenen Ebenen zu untersuchen. Rassismus geht weit über persönliche Feindseligkeiten gegenüber Gruppen hinaus. Er ist ein systemisches Problem, das tief in den Strukturen unserer Gesellschaft verwurzelt ist und sich in zahlreichen Formen äußert.

Die Tragweite rassistischer Praktiken können für die Betroffenen verheerend sein. Angefangen von alltäglichen Mikroaggressionen bis hin zu struktureller Benachteiligung leiden die Betroffenen häufig unter negativen Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit, ihr Selbstwertgefühl und ihre Lebensqualität. Rassismus führt nicht nur zu sozialer Ausgrenzung auf persönlicher Ebene, sondern auch zu Bildungsungleichheit, wirtschaftlicher Benachteiligung und sogar physischer Gewalt. Darüber hinaus wirkt sich Fremdenhass auf die Gesellschaft als Ganzes aus, indem er Trennungen zwischen Bevölkerungsgruppen schafft und Vorurteile verstärkt, die den sozialen Zusammenhalt untergraben sowie die Schaffung einer intersektionellen, gerechten und harmonischen Gesellschaft behindern.

Es ist von entscheidender Bedeutung, anzuerkennen, dass Rassismus kein individuelles, sondern ein strukturelles und institutionelles Phänomen ist, das die gesamte Gesellschaft betrifft. Um Rassismus wirksam zu bekämpfen, müssen wir uns gemeinsam für umfassende Veränderungen auf persönlicher und struktureller Ebene einsetzen.

März

Dies erfordert kontinuierliche Selbstreflexion, Bildung und vor allem den Einsatz für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung für alle Menschen. Insbesondere Allyship, das Bündnis mit und die Unterstützung von marginalisierten Gruppen durch privilegierte Personen oder Gruppen, ist eine entscheidende Maßnahme zur Bekämpfung von Rassismus. Durch aktives Zuhören, das Lernen von den Erfahrungen anderer, das Eintreten für Gerechtigkeit und die Übernahme von Verantwortung für das eigene Handeln können Allys dazu beitragen, rassistische Strukturen und Vorurteile zu erkennen sowie abzubauen.

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus bieten die Gelegenheit, diese wichtige Diskussion zu führen, das Bewusstsein zu schärfen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um Fremdenhass in all seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen. Indem wir uns gemeinsam gegen Rassismus aussprechen und uns für eine gerechtere sowie integrativere Gesellschaft einsetzen, können wir eine Zukunft gestalten, in der Vielfalt als Stärke betrachtet wird und jeder Mensch die gleichen Chancen und Möglichkeiten hat, sein volles Potenzial zu entfalten.

8. März

Internationaler Frauen*kampftag

Andrea Hanna Hünninger

Es ist mittlerweile eine beinahe traurige Tradition, jedes Jahr auf den sogenannten Equal Pay Day hinzuweisen. Das Datum beziffert seit 2008 den Tag im neuen Kalenderjahr, bis zu dem Frauen rechnerisch weiterarbeiten müssten, um auf dasselbe Gehalt zu kommen, das Männer in denselben Berufen im Laufe des Vorjahrs verdient haben. Dieses Jahr fiel der Equal Pay Day auf den 7. März – und damit unmittelbar vor den Internationalen Frauentag, der durch die Erhebung zum Feiertag (in Berlin) noch mehr dazu verleitet, emanzipatorische Handlungen durch symbolische Gesten zu ersetzen.

Diese symbolischen Gesten haben inzwischen etwas so Bitteres und Zynisches. Frauen verdienen nicht nur im Schnitt 18 Prozent weniger als Männer, in der Hochphase der Corona-Krise waren es zudem wieder einmal überwiegend Frauen, die die Arbeitszeit verringern mussten, um sich mehr um Kinder und Pflegebedürftige kümmern zu können.

Ich habe mich in den letzten Tagen häufig gefragt, wie die Männer, die or Wochen eine Politikerin wie Annalena Baerbock noch als eine Art Schulsprecherin infantilisierten, um sie schließlich nach ihrer UN-Rede plötzlich zu heroisieren – wie diese Männer ihren eigenen Frauen privat begegnen.

8. März

Denn nirgendwo sonst ist das Private so politisch wie in der Frauenfrage. Vielleicht lässt sich deshalb ein Diktator wie Putin ein paar Tage vor dem Frauentag mit Stewardessen der russischen Fluglinie Aeroflot fotografieren? Und wussten Sie, dass Diktator Putin 18 Tage vor seiner Wahl zum russischen Präsidenten im Jahr 2000 ganz viel Wert darauf legte, zum internationalen Tag der Frauen eine Weberei zu besuchen, um im Blitzlichtgewitter der Fotografen den fleißigen Arbeiterinnen rote Nelken zu überreichen? Es lassen sich mit derlei hohlen Symbolen eben doch noch Wahlen gewinnen. Oder zumindest schöne Bilder generieren.

Und auch heute wird uns irgendetwas gratulieren. Wozu wird eigentlich gratuliert? Zu dem Kampf der Frauen um Gleichstellung und den Erfolgen, die damit bisher erzielt wurden? Zum Frausein an sich? Zu dem, was Frauen in der Gesellschaft leisten? Könnten die zahlreichen Hände, die uns heute gereicht werden, vielleicht mal was tun, statt nur zu schütteln?

Aber kurz werde auch ich mich darüber freuen. Einfach, damit ich selbst mal kurz vergessen kann, dass ich in der Menschheit als Frau nach wie vor an zweiter Stelle stehe.

8. März

Romnja* Power Month

RomaniPhen

Der Romnja* Power Month findet jährlich seit 2016 vom 8. März bis zum 8. April statt und wird somit vom internationalen feministischen Kampftag und dem Internationalen Tag der Rom*nja eingerahmt.

IniRomnja & RomaniPhen

Aus der IniRomnja, eine Initiative und Frauen*gruppe von Romnja* und Sintizze*, die sich aktiv gegen die Feindseligkeiten der Gesellschaft einsetzt, hat sich 2019 unsere Selbstorganisation RomaniPhen e.V. gegründet. Wir sind ein feministischer, rassismuskritischer als auch ein empowernder Verein von Romnja* und Sintizzi* und arbeiten im Bereich der außerschulischen, historischen und politischen Bildung. Einen Schwerpunkt unserer Arbeit ist es, in unseren Materialien Heldinnen des Widerstandes hervorzuheben – durch Videobeiträge, wissenschaftliche Artikel, Interwies und Bildungsmaterialien. Einerseits machen wir Arbeit die uns direkt selbst betrifft, andererseits schließen wir auch Koalitionen mit anderen Selbstorganisationen der Sinti*zze und Rom*nja sowie People of Color und Migrantinnen.

Im Romnja* Power Month stehen wir im Mittelpunkt

Nicht nur in den Medien, auch in der Wissenschaft finden sich oft rassistische Darstellungen über Sinti*zze und Rom*nja. Diesen abwertenden und homogenen Darstellungen wollen wir besonders im Romnja* Power Month entgegenwirken, indem wir mit dieser besonderen und in Deutschland einzigartigen Veranstaltungsreihe

8. März

Romnja* und Sintizzi* wertschätzen und sie als künstlerisch, wissenschaftlich und gesellschaftskritisch handelnde Akteurinnen* hervorheben und ihre Arbeiten einem breiten Publikum vorstellen. Der Romnja* Power Month macht pluralistische als auch generationsübergreifende Gesellschaftsanalysen, Beiträge, Geschichte, Themen von Rom*nja und insbesondere auch von Frauen* sowie feministische Perspektiven sichtbar.

Zusammenkommen

In diesem Monat freuen wir uns auf das Zusammenkommen, den Austausch innerhalb als auch außerhalb der Community. Wichtig ist es uns, auch mit anderen Romani Vereinen bundesweit als auch international Veranstaltungen zu gestalten und somit außerhalb unseres Vereins themenübergreifend Sichtbarkeit zu schaffen.

Abschlussveranstaltung des Romnja Power Month

Am 8. April, dem internationalen Rom*nja Tag sind alle herzlich eingeladen mit uns zusammen zu feiern! An diesem Tag bieten wir verschiedenen Romani Künstler*innen die Bühne. Von Lesungen bis Live Bands bietet unser Abendprogramm ein vielfältiges feministisches Programm.

Opre Romnja*!

Europäischer Gedenktag für die Opfer des Terrorismus

Benjamin Fischer

Der 11. März, der Europäische Gedenktag für die Opfer des Terrorismus, geht auf jenen Tag zurück, an dem 2004 in Madrid Bombenattentate auf Pendlerzüge ausgeführt wurden. Der Gedenktag soll all jene ins Licht rücken, die die tödlichen Folgen von gewalttätigem Extremismus am eigenen Leib erfahren haben – entweder als Überlebende von Terrorangriffen oder als Angehörige der Opfer. So unerlässlich es ist, ihre Stimmen in die Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus einzubeziehen, so wichtig ist es auch, ihr Leid anzuerkennen und den Betroffenen die Gelegenheit zu bieten, ihre Rolle in diesem Diskurs selbst zu bestimmen.

Wer durch gewalttätigen Extremismus körperlich Schaden genommen oder Angehörige verloren hat, hat nicht die Wahl, weiterzuleben wie zuvor. Die Opfer von rechtem oder islamistischem Terror haben es verdient, das ganze Jahr über unsere Aufmerksamkeit zu erfahren. Doch die europäischen Gesellschaften haben sich nur allzu oft dafür entschieden weiterzumachen und einfach wieder zur Normalität überzugehen. Solidarisch wäre es hingegen, politische Resilienz aufzubauen und sich nicht mit einer Rede oder einem symbolischen Akt zu begnügen.

11. März

Dazu würde gehören, die Strafverfolgungsorgane besser zu schulen, damit nie wieder jemand so behandelt wird, wie die Opfer von Hanau nach dem Anschlag. Und es müsste eine konstruktive Debatte über Terrorismus gefördert werden, die jegliche Form von politischem Extremismus ausschließen würde.

Am 22. März 2016 erlebte Brüssel zwei terroristische Anschläge: Bei zwei koordinierten Selbstmordanschlägen in der U-Bahn und am Flughafen Zaventem kamen 32 Menschen ums Leben und Hunderte wurden verletzt. Ich erinnere mich, wie ich kurz nach seiner Wiederöffnung 2016 in der Haupthalle des Flughafens gestanden habe. In meiner Zeit als Präsident der Europäischen Union jüdischer Student*innen pflegte ich zwei- bis dreimal die Woche hierher zu kommen. Dieses Mal musste ich meinen Pass 16 Mal vorzeigen und Dutzende von Sicherheitschecks durchlaufen. Erst durch die Tausenden und Abertausenden Solidaritätsbotschaften, die sich über das, was von der Haupthalle übrig war, verteilten, ergriff mich die Erkenntnis, dass unsere Stadt zum Ziel barbarischer Gewalt geworden war. Die genervten Rufe um mich herum wurden zum Hintergrundgeräusch und mir schossen Tränen in die Augen. Diese Tage sollten das Leben in der Stadt für immer prägen. Seitdem patrouillieren schwer bewaffnete Soldaten durch das Europaviertel. Manchmal stehen sie neben einem in der U-Bahn. Doch statt mir ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln, erinnern sie mich nur an die ständige Bedrohung.

Als ich zehn Stunden später in den Vereinigten Staaten landete, bat man mich in der Park Avenue Synagoge darüber zu sprechen, wie die Stadt mit den Attentaten umgeht. Ich sagte, dass sich für die jüdische Gemeinde nichts verändert habe, denn wir seien seit dem Angriff auf das Jüdische Museum im Jahr 2014 und auch schon lange davor in einer unsicheren Lage gewesen. Dann sprach ich darüber, wie aufgrund der höchsten Terroralarmstufe in der Stadt, das öffentliche Leben 2015 in Brüssel stark eingeschränkt wurde.

Nach einer Woche des Hausarrests begriff ich, dass unsere Organisation, dass wir als Individuen 2015 zu potentiellen Zielen geworden waren, was zu den angsteinflößendsten Erfahrungen meines Lebens gehört. Während die gesamte Bewohner*innenschaft der Stadt wegen

dieser Terrordrohung Haus und Wohnung nicht verlassen konnte, ging das Leben nach Beendigung der Terrorwarnung weiter wie bisher, so als sei nichts geschehen. Auf Twitter wimmelte es von lustigen Memes zum Hausarrest: Galgenhumor als eine Form des Widerstands. Waren wir dabei, uns kollektiv eine Resilienz zu erwerben, indem wir versuchten weiterzugehen oder wollten wir uns so verhalten, als wäre nichts geschehen?

Ich begann spontan die schwereren Terrorangriffe aufzuzählen, die seit dem Madrider Anschlag von 2004 in Europa stattgefunden hatten. Mein Publikum in New York schien sich an das eine oder andere Ereignis zu erinnern, doch selten wurden diese Vorfälle in einem Satz erwähnt. Das Argument dafür ist schlicht: die Zeiten, in denen Europa von terroristischer Gewalt verschont war, sind längst vorbei. Doch zu einem öffentlichen Konsens darüber, dass diese Erscheinung gemeinsam im öffentlichen Leben anzusprechen sei, ist es nie gekommen. Statt sich auf eine konstruktive Debatte einzulassen, in deren Mittelpunkt die Opfer stehen, hat man das Thema gemieden. Der Drang, so schnell wie möglich zur Normalität zurückzukehren, ist zunächst ein Akt des Widerstands, ein Bewältigungsmechanismus. Auf lange Sicht aber beeinträchtigt er eine kollektive Anerkennung, die frei von Extremismus ist. Resilienz wird durch Auseinandersetzung, nicht durch Vermeidung aufgebaut.

Der 11. März ist ein Gedenktag, der in unseren öffentlichen Debatten kaum eine Rolle spielt – dabei sollte er eine Plattform für öffentliche Trauer, Debatten und den Aufbau von Resilienz darstellen, die einem aktiven Konsens entspringt. Etwas Ähnliches wie das von Hillel Deutschland ins Leben gerufene „Festival of Resilience“ habe ich in ganz Europa nicht gefunden. Damit sie ihre eigenen Erinnerungsnarrative formulieren können, bringt das „Festival“ Opfer und Angehörige der Serie von rechtsextremen Terroranschlägen zusammen, die in den letzten Jahrzehnten in Deutschland stattgefunden hat. Zu Recht sind wir schnell dabei, unsere Solidarität mit den Opfern von Hanau, Halle, dem Breitscheidplatz usw. zum Ausdruck zu bringen. Doch wenn wir ihnen zuhörten, dann müssten wir uns von der Vorstellung leiten lassen, dass derartiges wieder geschehen wird, und dass letzten Endes nur der Zufall und die Identität

11. März

darüber befinden, wie unmittelbar es uns das nächste Mal treffen wird. Der israelische Jom haZikaron dient genau diesem Zweck – an diesem Tag steht das ganze Land still um der Opfer terroristischer Gewalt zu gedenken.

Eine öffentliche Austragung dieser Debatte ist vielleicht ein guter Indikator dafür, in welchem Maße Europa sich seiner politischen Realitäten stellt. Letztlich zielt die extremistische Gewalt vor allem darauf ab, die demokratischen Strukturen zu destabilisieren. Sich dieser Vorstellung zu verweigern ist ein Brandbeschleuniger für politische Extremist*innen.

Der Brüsseler Flughafen wurde erst Monate später ganz regulär wiedereröffnet. Nur wenige durchreisende Touristen werden begreifen, was es bedeutet, dass die ganze Stadt seine Mauern mit Trauer- und Solidaritätsbekundungen bedeckt hat. Der Flughafen ist für die Stadt das Tor zur Welt, der Ort, an dem unbeschwerte Urlaubs-erlebnisse beginnen, und nun auch der Ort, an dem unschuldige Menschen ihr Leben verloren haben. Möge es nie wieder nötig sein, diese Wände zu bedecken, aber wir schulden den Familien der 32 Toten und der 300 Verletzten das Versprechen, dass wir nicht so tun, als wäre nichts geschehen. Wir schulden ihnen eine kollektive Reaktion, die nicht damit endet, dass wieder riesige Werbetafeln die Hauptabflughalle schmücken. Schließlich gibt es andere Möglichkeiten, an der Normalität eines angstfreien Alltags festzuhalten, die nicht auf Ignoranz gründen. Mindestens aber sollten wir eine Infrastruktur bereithalten, die es uns erlaubt, angemessen für jene zu sorgen, die nie wieder beim Einstieg in ein Flugzeug am Brüsseler Flughafen an Urlaub denken können.

Meine Solidarität gilt all denen, die Angehörige verloren haben oder unter einem Trauma leiden und ich gedenke der Opfer des Terrors auf dem ganzen Kontinent.

Beginn der syrischen Revolution

Luna Ali

Lange bevor Schwarze Löcher bewiesen werden konnten, gab es die Vorstellung eines solchen Phänomens. Man vermutete, dass sie existieren müssten. Lange bevor die syrische Revolution stattfand, träumten Menschen vom Ende der Assad-Diktatur nach 40-jährigem Andauern. Ein Schwarzes Loch ist physisch gesehen ein Nullpunkt. Alle Gesetze des Universums verlaufen sich darin: unendliche Dichte, unendliches Volumen, die Zeit in ihnen vergeht langsamer als um sie.

Auch Revolutionen sind ein Nullpunkt. Sie setzen die Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Lebens außer Kraft. Sie sind, wie Walter Benjamin schrieb, die wahre Herbeiführung des Ausnahmezustandes für jene, die bereits im Ausnahmezustand leben. Am 15. März 2011 gingen Menschen in Damaskus inspiriert von den Protesten in Ägypten und Tunesien auf die Straße, um demokratische Reformen zu fordern. Sie ahnten nicht, dass sie einen Bruch in der Geschichte herbeiführten, einen Neuanfang im bereits Bestehenden setzten.

Ihre Worte waren „Allah, Syrien, Freiheit und sonst nichts“. Eine Antwort auf „Allah, Syrien, Bashar und sonst nichts“.

Ihre Worte waren auch „Das Volk will den Sturz des Systems“. Eben jene Worte, die bereits den ägyptischen Diktator Mubarak und Ben Ali in Tunesien zu Fall gebracht hatten. Nun waren diese Worte gegen das syrische Regime gerichtet. „System“ meint nämlich nicht nur Bashar al-Assad, sondern einen verbrecherischen Militär- und Geheimdienstapparat, welcher die asymmetrische ethnisch-religiöse

15. März

Machtverteilung im Land aus der Kolonialzeit vorführte. Daher waren unter den Protestierenden auch Worte zu hören wie „Eins. Eins. Eins. Das syrische Volk ist eins“. Parallel versammelten sich Eltern im südlichen Teil des Landes, in Daraa, und forderten die Freilassung ihrer Kinder, die auf eine Wand geschrieben hatten: „Du bist als nächstes dran, Doktor.“¹

Auf die Proteste folgten Verhaftungen und Tote, denn eine Diktatur kennt keinen Dialog. Die Menschen begannen, sich zu organisieren, vieles lief über Facebook. Jeden Freitag riefen die entstandenen Revolutionäre Koordinationskomitees neue Banner aus, unter denen sich immer mehr Menschen versammelten. Zu den Hochzeiten der Proteste waren ganze Städte wie Homs und Hama auf den Straßen. Es entstanden Revolutionslieder sowie neue Zeitungen, Theatergruppen, Bildungseinrichtungen, humanitäre und künstlerische Gruppen gründeten sich. Für ein paar Monate, vielleicht ein halbes Jahr, war man sich sicher, das Regime stürzen zu können. Doch mit der zunehmenden staatlichen Gewalt gegen die Proteste – erst waren es Scharfschützen, später Fassbomben und Belagerungen ganzer Städte – bröckelte die Gewissheit und der Protest militarisierte sich. Je mehr internationale Kräfte sich beteiligten, desto mehr strömten Syrer*innen in die Welt hinaus.

Erinnerungen erzählt man vom Moment der Gegenwart: Seit 2011 hat fast die Hälfte der syrischen Bevölkerung Syrien verlassen. Mehr als eine halbe Million Menschen sind getötet worden. Hunderttausend sind verschwunden. Unzählige Verbrechen wurden begangen.

Es gibt Theorien, die besagen, der Urknall sei ein kollabiertes Schwarzes Loch.

Wie gedenkt man also einer gescheiterten Revolution? Indem man die ständige Arbeit der Erinnerung leistet. Indem man von diesem einen Moment erzählt, an dem sich ein Bruch ereignete, der noch bis heute und weltweit ausstrahlt. Denn es gibt Theorien, die besagen, Schwarze Löcher seien Wurmlöcher in andere Universen.

¹ Eine Anspielung darauf, dass Bashar al-Assad Medizin studierte, um Augenarzt zu werden.

15. März

Internationaler Tag gegen Polizeigewalt

Laura Kotzur

Der Internationale Tag gegen Polizeigewalt entstand auf Initiative von *C.O.B.P. (Collectif Opposé à la Brutalité Policière)* aus Montréal und dem anarchistischen Kollektiv *Black Flag* aus der Schweiz. Der Tag erinnert an einen brutalen Übergriff der Schweizer Polizei am 15. März 1996 auf zwei Kinder. Dass dieser Tag seit 1997 international in vielen Teilen der Welt begangen wird, ist gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden transnationalen Vernetzung von Polizeistrategien und -technologien besonders relevant. Während ein polizeikritischer Blick aus nationalstaatlicher Perspektive immer mehr im öffentlichen Diskurs ankommt, finden die globalen Verknüpfungen von Militarisierung und polizeilichen Praktiken weniger Beachtung. Dabei sind Polizeieinsätze, also die Entsendung von Polizist*innen, längst wesentlicher Bestandteil von außen- und sicherheitspolitischen Interventionen durch die Vereinten Nationen oder die Europäische Union. Als vermeintlich „zivile“ Kräfte sollen sie durch Beratung und Ausbildung von Sicherheitskräften und durch Reformen der Sicherheitsinstitutionen für mehr Sicherheit und Stabilität sorgen. Dabei werden Aufstandsbekämpfung, die Niederschlagungen von friedlichen Protesten, die Stärkung schon bewaffneter Kräfte und staatlicher Gewalt für die eigenen neokolonialen Interessen wie Flucht- und Migrationsbekämpfung in Kauf genommen/benutzt.

15. März

Vor diesem Hintergrund ist es gerade am Internationalen Tag gegen Polizeigewalt naheliegend, auf die Kolonialität und inhärente Gewalt des globalen Polizierens hinzuweisen.

Schon Frantz Fanon schrieb, dass in den Kolonien die brutalen Praktiken von Militär und Polizei verschwimmen. Die mit internationalen Polizeieinsätzen einhergehende Militarisierung der Polizei setzt diese Dynamik weiter fort, bringt sie aber auch zurück in die ehemaligen Zentren des Kolonialismus, wo die Idee einer „zivilen“ Polizei vorherrscht, die für den Schutz der Bürger*innen zuständig ist. Ganz zentral zeigten die Black Panthers in den 1960er-Jahren jedoch schon, dass auch die Polizei in den seinerzeit kolonial-imperialistischen Metropolen Formen kolonialer Gewalt auf Bürger*innen anwendet. Durch rassistisches Othering werden, so ihre Analyse, Bürger*innen als gefährlich und minderwertig konstruiert und damit als koloniale Subjekte markiert. Die Grenzen zwischen polizeilich „zivilen“ und militärischer Gewalt verschwimmen dann genau wie die Grenzen zwischen (neo-)kolonialer Peripherie und Metropole.

Seit 1990 sind mehr als 250 rassifizierte Personen in Polizeigewahrsam in Deutschland gestorben. Laut Death in Custody wurden im letzten Jahr mindestens 20 Personen in Deutschland durch rassistische Polizeigewalt getötet. Darunter befinden sich Gizo Brigvadze, Ertekin Özkan, Vitali Novacov, Denys P., Mamadou „Johnson“ B. und in diesem Jahr Ibrahima Barry. Neben ihnen gehören noch viele weitere Menschen dazu, deren Namen wir nicht kennen, sowie weitere, die zur Dunkelziffer zählen.

In Berlin erinnert seit 2020 das Mahnmal auf dem Oranienplatz an sie. Am Internationalen Tag gegen Polizeigewalt gedenken wir den Opfern, Überlebenden und Angehörigen von Polizeigewalt. Es ist auch ein Tag, an dem der Kampf gegen Polizeigewalt gewürdigt wird und an dem wir uns daran erinnern, dass eine Welt ohne Polizei möglich ist.

Jahrestag des antimuslimischen Terroranschlags in Christchurch

Bekim Agai

Am 15. März 2019 wurden in Christchurch, Neuseeland, 51 Menschen getötet, die sich zum Freitagsgebet versammelt hatten, unter ihnen Neuseeländer*innen, Menschen mit biographischen Bezügen zu Ägypten, Bangladesch, den Fiji-Inseln, Indonesien, Jordanien, Kuwait, Pakistan, Tunesien, Somalia, Syrien, den VAE und weiteren Ländern. Der Täter streamte den Anschlag per Action-Cam live auf Facebook, für ein tatsächliches oder imaginiertes Publikum. Seine Social-Media-Aktivitäten und ein hinterlassenes „Manifest“ gaben Einblick in ein verschwörungsmythisches Weltbild, dessen Kern anti-muslimisch-rassistische Überzeugungen waren.

Während der Aufarbeitung des Anschlags wurde einmal mehr die enorme Vernetzung rechter Netzwerke und ihrer Referenzen sichtbar und wie weit verbreitet die Gewaltbereitschaft gegen Muslim*innen in diesen weltweit ist. Von Australien aus lässt sich die immer weiter fortschreitende antimuslimische Radikalisierung des Täters anhand seiner Reisen zu antimuslimischen Wallfahrtsorten in ganz Europa und seiner Kontakte in die rechtsextreme Szene, die er in diesen Jahren aufnahm, nachverfolgen. In den Rekonstruktionen

15. März

seiner Online-Aktivitäten wird deutlich, wie Rechtspopulismus, Zuwander*innenfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus in Verbindung mit rassistischen Vorstellungen einer White Supremacy global verbreitet und miteinander verbunden sind. Selbst wenn der Täter an diesem Tag allein handelte – ihn als „Einzeltäter“ zu bezeichnen, ist irreführend. Wie im Falle vieler solcher „Einzeltäter“ wurde dessen Tat durch seine Online- wie Offline-Aktivitäten in diesen hermetischen Netzwerken mit vorbereitet. Mit seinen Überzeugungen war der Täter nicht allein.

Sowohl die Chronologie seiner Social-Media-Beiträge als auch die Referenzen, die er u.a. auf den Tatwaffen hinterließ, stellen eine ganze Genealogie antimuslimischer Verweise dar, die bei den Kreuzrittern beginnt und sich über die Ehrung von Soldaten, die gegen die Osmanen gekämpft hatten, bis hin zu Rechtsterroristen erstreckt, die in der jüngeren Vergangenheit bereits Moscheen in den USA und Kanada attackiert hatten und ihre traurigen Höhepunkte in Referenzen auf den Attentäter von Utøya und den serbischen Kriegsverbrecher und verurteilten Völkermörder Radovan Karadžić findet.

Wie die rassistischen Attentäter von Utøya und Hanau schrieb der Täter ein „Manifest“, das Einblicke in die ideologischen Voraussetzungen für die Tat liefert. Was diese Manifeste und die Menschen, die sich auf sie beziehen, eint, ist die Verbindung verschiedener Rassismen mit antimuslimischen, antisemitischen und misogynen Überzeugungen.

Der Täter von Christchurch gab seinem Manifest den Titel „Der Große Austausch“. Die Verschwörungserzählung vom „Großen Austausch“ ist eine der Hauptreferenzen rechter Gruppen weltweit. In der Mitte dieser Ideologie steht das Feindbild „Muslim*in“. Immer wieder wird auf Europa und Deutschland Bezug genommen. Der Täter konnte sich im Geiste mit vielen vereint wissen, denn diese rassistische Ideologie, die besonders Muslim*innen ins Visier nimmt und ihre bloße Existenz mit der Gefahr eines „Volkstods“ europäischer Gesellschaften und einer „Umvolkung“ der „weißen Rasse“ in Zusammenhang bringt, diese Ideologie vereint auch in Deutschland die Neue Rechte mit Rechtsterrorist*innen. Ideologische Verbindungslinien, die heute bis in die Landtage und den Bundestag reichen.

Neuseeland mag geografisch weit weg sein, aber da der Anschlag sich ausschließlich gegen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte richtete, hier dezidiert Muslim*innen, war er für viele Muslim*innen in Deutschland und andere von rassistischer Gewalt Betroffene ein einschneidendes Erlebnis. Die Gewalt war weitaus näher an ihrer eigenen Lebenswirklichkeit, als dies die geographische Entfernung vermuten lassen könnte: Der Anschlag reiht sich für Muslim*innen in Deutschland in eine lange und schmerzhafteste Gewaltgeschichte ein. Er ist für sie verbunden mit der (lange Zeit weitgehend ignorierten) Bedrohungslage von Muslim*innen und anderen BiPoC, die sich seit den frühen 90er Jahren, seit den Morden und gewaltvollen Übergriffen von Solingen/Mölln, nicht abgeschwächt hat. Im Gegenteil: Sei es durch den Mord an Marwa El-Sherbini in einem deutschen Gericht, durch die Gewalt des NSU, oder die jüngsten Anschläge von Halle und Hanau – die Bedrohungslage ist aktuell und akut. Ganz zu schweigen von den zahlreichen Anfeindungen und tätlichen Übergriffen auf Menschen, Moscheen oder Friedhöfe. All das gehört zu dem Komplex des antimuslimischen Rassismus, einer Diskriminierungsform, die erst seit kurzer Zeit als gesamtgesellschaftliches Problem adressiert wird. Aus muslimischer Perspektive wurde das Gefahrenpotential von antimuslimischem Rassismus für Muslim*innen in Deutschland bis zuletzt politisch unterschätzt. Es war ein langer Weg zur Aufnahme antimuslimischer Straftaten in die Kriminalstatistiken und ein langer Weg, bis nach dem Attentat von Hanau ein Innenminister das erste Mal von antimuslimischem Rassismus als Problem sprach.

Der Terroranschlag war angesichts der gefühlten Verbundenheit mit den Opfern aber auch ein Moment, in dem viele Muslim*innen sich eine stärkere Identifikation der nichtbetroffenen deutschen Öffentlichkeit mit den Opfern gewünscht hatten. Eine hörbare Kritik war, dass man sich mehr öffentliche Anteilnahme, beispielsweise in Form von offiziellen Schweigeminuten, gewünscht hätte. Muslim*innen und mit ihnen solidarische Menschen stellten sich die Frage, ob die öffentliche Anteilnahme anders ausgefallen wäre, wären die Opfer nicht muslimische Migrant*innen gewesen. Auf den Social-Media-Plattformen wurden die Attentate unter Muslim*innen in Deutschland deutlich stärker und deutlich länger rezipiert, während sie für die Mehrheitsgesellschaft schon bald wieder in Vergessenheit gerieten.

15. März

Wie eine vielfältige Gesellschaft mit sehr unterschiedlichen Betroffenen mit einem solchen Ausmaß von gruppenbezogener Gewalt umgehen kann, ist eine Frage, die über dieses konkrete Ereignis hinausgeht. Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang, eine Sprache zu finden, die sich gegen Opferkonkurrenz, Relativierung und politische Instrumentalisierung verwehrt. In diesem Fall ist es mir ganz persönlich wichtig, dass alle eine gemeinsame Verantwortung dafür tragen, diskursive Radikalisierungen überall zu verhindern und sich deshalb niemand seiner Verantwortung für die Ideen von „Einzeltätern“ entziehen kann.

Der Balanceakt einer gemeinsamen Erinnerung an das Ereignis, der dennoch die besondere Situation der direkt Betroffenen berücksichtigt, scheint in Neuseeland gelungen. In Neuseeland wurde beispielhaft gezeigt, wie es einer Einwanderungsgesellschaft gelingen kann, nicht zu verwischen, dass die Opfer aus einer konkreten Gruppe sind und zugleich dafür Raum zu schaffen, dass alle Mitglieder der Gesellschaft ihrer Betroffenheit Ausdruck verleihen können. Dieser Umgang wurde auch von muslimischen Organisationen in Deutschland gewürdigt. Premierministerin Arden betonte, man sei stolz auf das, was der Täter ablehnte, eine Gesellschaft der Vielfalt, und brachte die Verbundenheit aller Neuseeländer*innen mit den Opfern zu Ausdruck. „They are us“ wurde ein Slogan, mit dem man sich der Negierung der Zugehörigkeit der Opfer zur neuseeländischen Gesellschaft entgegenstellte. Es ging bei diesem Statement der Premierministerin nicht nur darum, Empathie mit den Opfern zu zeigen oder sich zu ihnen zugehörig zu erklären. Sie wählte bewusst kein „Je suis...“ oder „Heute sind wir alle...“, also die Gleichsetzungen, die auch in vorherigen Fällen durch von Rassismus Betroffenen kritisiert wurden, da eben niemand über ein Statement die Bürde von Rassismus mittragen kann, der nicht davon betroffen ist. Mit dem Statement „They are us!“ wurden die Betroffenen ins gemeinsame Wir geholt. Genau das hatte ja der Täter nicht akzeptieren wollen. Auf symbolischer Ebene wurde die Identifikation mit den Betroffenen teilweise durch das demonstrative Tragen eines Kopftuches bei Veranstaltungen durch Neuseeländerinnen nach außen getragen, u.a. der Premierministerin.

Dies sind Eindrücke und Gesten, die dem Augenblick geschuldet waren, Bilder und Statements, die einige Tage lang um die Welt gingen. Längerfristig wirksam bleibt, dass man nach der Tat in Neuseeland konsequent nicht den Namen des Täters erwähnte und Medien ihn im Prozesszusammenhang nur verpixelt darstellten, um ihm nicht die Aufmerksamkeit zuteilwerden zu lassen, die er sich durch die Tat erhoffte – ein Ansatz, der auch in Deutschland Einzug hielt. Was das öffentliche Gedenken in Neuseeland angeht, werden die Betroffenen bis heute einbezogen. Auch dieses Jahr, zum dritten Jahrestag des Anschlags, wurden die Angehörigen der Opfer nach ihren Bedürfnissen gefragt. Von dieser konsequenten Ausrichtung des Gedenkens an den Bedürfnissen derer, die unter dem Anschlag in erster Linie zu leiden hatten, sollten wir ebenfalls lernen.

Auch wenn es in der Folgezeit Nachahmer gab, die sich in ihren Gewalttaten gegen Muslim*innen, aber auch Jüdinnen*Juden, auf den Attentäter bezogen, gab es auf der anderen Seite auch viel Solidarität, aus der neue Allianzen entstanden. In der Bewältigung des Ereignisses waren die Angehörigen der Opfer nicht allein. Von privater und staatlicher Seite gab es Unterstützung. Bemerkenswert ist hier die Unterstützung der Jewish Federation of Greater Pittsburgh (650.000 Dollar), die ihrerseits ihre Dankbarkeit und Verbundenheit mit den Muslimen ausdrücken wollte, die die Jüdische Gemeinde von Pittsburgh unterstützte, nachdem bei einem antisemitischen Angriff auf eine Synagoge im Jahr zuvor 11 Jüdinnen*Juden ermordet wurden. Das Weltbild der beiden Täter wies Parallelen auf, aber Menschen werden eben nicht nur über den Hass miteinander verbunden, sondern auch über Empathie und Solidarität. Die Verbindung von Betroffenen rechtsextremistischer Gewalt und die Entstehung von Netzwerken der Unterstützung füreinander ist nicht nur ein Zeichen, sondern eine wichtige Handlungsoption, um eine breite Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass die Phänomene miteinander in Verbindung stehen – und um sie zum Handeln zu bewegen.

Auch die Diskussion über die Gefahr der Radikalisierung in digitalen Räumen und die Verantwortung der Betreiber*innen von Social-Media-Plattformen erhielt in Neuseeland Auftrieb. Der Terroranschlag zeigte, dass antimuslimischer Rassismus keine isolierte persönliche Meinung einzelner, sondern neben Antisemitismus und Misogynie

15. März

ein Kernelement rechtsextremer rassistischer Ideologien mit großer Anschlussfähigkeit ist, die immer wieder zu extremen Gewalttaten führen und auch in Zukunft führen werden, wenn ihnen nicht entschlossen entgegengetreten wird. Wir müssen der Betroffenenperspektive Raum geben. Betroffene spüren viel früher die Bedrohung im Alltag. Wie bei anderen Formen des Rassismus müssen wir Sprache auch bei antimuslimischem Rassismus als ein Frühwarnsignal begreifen. Wir müssen genau hinhören, damit Worten nicht Taten folgen können.

Errichtung des ersten Konzen- trationslagers bei Dachau

Marko Dinić

Neben den ehemaligen Vernichtungslagern im heutigen Polen (Sobibor, Treblinka, Blezec, Kulmhof, Majdanek, Auschwitz) steht kaum ein anderes Lager innerhalb des nationalsozialistischen Lagersystems sinnbildlich für die an der Bevölkerung Europas begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie jenes in der bayerischen Kleinstadt Dachau gelegene, wenige Wochen nach der Machtergreifung errichtete, erste Konzentrationslager der Nazis.

Im Jahr 2023, also neunzig Jahre nach dessen Errichtung, strahlt das zynische Wesen dieses Lagerkomplexes bis in die Gegenwart, wo es sein trauriges Äquivalent in Lagern wie Omarska, Lora, Trnopolje, den Konzentrationslagern Nord-Koreas oder in den sogenannten „Umerziehungslagern“ von Xinjiang findet. Zunächst als Lager für politische Häftlinge gedacht, entwickelt sich das Konzentrationslager Dachau mit seinen 169 Außenlagern zwölf Jahre lang zu einem von der SS geschaffenen „Staat im Staat“, in dem für die aus über 40 Ländern kommenden Häftlinge eigene „Gesetze“ gelten. Die am ehemaligen Lagerkomplex gelegene Gedenkstätte führt bis zu 200.000 Todesopfer an. Obgleich das Konzentrationslager Dachau in der offiziellen

20. März

Geschichtsschreibung nicht als Vernichtungslager angeführt wird, gilt es zu betonen, dass während seines Bestehens im Lager das Prinzip „Vernichtung durch Arbeit“ galt. In den nach dem Sieg über Nazi-Deutschland geführten Dachauer-Prozessen waren 1.672 Personen angeklagt (u. a. auch jene, die in anderen Konzentrationslagern wie Mauthausen, Flossenbürg, Dora-Mittelbau oder Buchenwald Verbrechen verübten), von denen zwei Drittel bis Ende der 1950er Jahre aus der Haft entlassen wurden.

Dass in Deutschland Aussagen wie jene von Marko Martin: „Es gibt kein Blut in deutschen Gassen, weil die deutschen Juden wurden ermordet in Teilen Osteuropas und sie sind in Rauch aufgegangen“ im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nickend und unwidersprochen zur Kenntnis genommen werden, ist auch der Tatsache geschuldet, dass die Rolle von Lagerkomplexen wie Dachau bei der Vernichtung der europäischen Jüdinnen*Juden in öffentlichen, erinnerungskulturellen Debatten kaum Erwähnung findet. Dennoch ist sich die Forschung diesbezüglich einig: Gerade nach dem 9. November 1938 diente das Konzentrationslager Dachau als Sammellager für Jüdinnen*Juden aus Deutschland, die von hier aus in die Vernichtungslager gen Osten abtransportiert wurden – wenn sie nicht vorher den Tod im Konzentrationslager Dachau fanden. Auf einer Tafel am Gelände der Gedenkstätte Dachau steht jedenfalls auf Jiddisch geschrieben: *Kejnmol mer – Nie wieder.*

25. März

Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer der Sklaverei und des transatlantischen Sklavenhandels

Márcia Moser

Vom frühen 16. Jahrhundert an bis in das 20. Jahrhundert hinein wurden von Westafrika aus schätzungsweise 12 Millionen Menschen gewaltsam verschifft und in den Americas zur Arbeit gezwungen. Was diese Zahl nicht abbildet: Bei den gewaltvollen Entführungen, während strapaziösen Wartezeiten in den Kerkern vor Antritt der Überfahrt, und insbesondere bei dieser Überfahrt selbst, kamen unzählige Menschen ums Leben. Die Zahl der Menschen, die im Rahmen des Transatlantischen Sklavenhandels in Afrika verschleppt wurden, lag also wesentlich höher. Der Widerstand gegen die Versklavung war vielfältig, wie die Menschen, die dieser unterworfen waren. Die Beispiele sind unerschöpflich. Da sie immer noch viel zu selten thematisiert werden, möchte ich diesen Beitrag nutzen, um auf drei populäre und zugleich sehr unterschiedliche Beispiele aus Brasilien aufmerksam zu machen.

25. März

Die Quilombo Palmares existierte von ca. 1600 bis 1694. Sie war die größte und ist bis heute die bekannteste Quilombo Brasiliens. Quilombos sind wehrhafte Siedlungen, die von aus der Versklavung entflohenen Menschen gegründet wurden. Neben jenen, die aus Afrika verschleppt und sich in Brasilien aus der Sklaverei befreit hatten, lebten in diesen Gemeinschaften auch Menschen arabischer und europäischer Herkunft. Gemein war ihnen der Widerstand gegen die Kolonialmächte. Seit Anfang des 17. Jahrhunderts wuchs die Anzahl dieser Siedlungen in der Region Palmares im Norden Brasiliens. Ab den 1640ern schlossen sich einzelne Quilombos dort immer öfter zusammen; gut zwanzig Jahre später berichten erste Quellen von einer zentralen Verwaltung und Führung nach westafrikanischem Vorbild: Palmares war nun eine wehrhafte Siedlung mit einer Einwohner*innenzahl von bis zu 20.000 Menschen. Seit den Gründungen der ersten Siedlungen widersetzten sich die Bewohner*innen von Palmares fast ein Jahrhundert lang der Einnahme durch portugiesische und niederländische Kolonisatoren.

Mit der Geschichte von Palmares sind die Biografien einiger legendenumwobener Persönlichkeiten verbunden: Die kongolesische Prinzessin Aqualtune Ezgondidu Mahamud da Silva Santos hatte bereits auf dem afrikanischen Kontinent gegen die Portugiesen gekämpft, bevor sie als Gefangene nach der verlorenen Schlacht von Ambuila (29. Oktober 1665) nach Pernambuco im Norden Brasiliens verschleppt worden war. Sie gilt als eine der Gründer*innen von Palmares und wurde dort nach ihrer Flucht aus der Versklavung zu einer wichtigen Persönlichkeit. Ihr Sohn Nganga Nzumbi, bekannter unter dem Namen Ganga Zumba, wurde nach der Zusammenführung der einzelnen Quilombos deren erster König.

Zumbi und Dandara dos Palmares führten als Königspaar von Palmares von 1665–1695 den Widerstand der Siedlung gegen die Kolonialmächte an. Beide starben 1694 bei der letzten Schlacht zur Verteidigung der Quilombo gegen die Portugiesen. Dandara nahm sich am 06. Februar 1694 das Leben, Zumbi wurde 1695 enthauptet. Sein Todestag ist Datum des wichtigsten afro-brasilianischen Feiertags: Jedes Jahr werden am 20. November anlässlich des Dia da Consciência Negra in Brasilien die Denkmäler für Zumbi zeremoniell gereinigt und mit Blumen geschmückt, begleitet von Gesängen und Tanz.

Revolta dos Malês. Neben der Errichtung wehrhafter Siedlungen, kam es seit dem frühen 16. Jahrhundert auf dem gesamten amerikanischen Kontinent regelmäßig zu Revolten, deren zentrale Akteur*innen häufig afrikanische, in den Amerikas versklavte Muslim*innen waren. Die Revolta dos Malês in der Provinz Bahia wurde in Brasilien zur Legende. Muslim*innen wurden zu dieser Zeit in Bahia *malês* genannt, hergeleitet von *imale*, der Selbstbezeichnung muslimischer Yoruba. In der Nacht vom 24. auf den 25. Januar 1835 rebellierten hunderte, aus Afrika verschleppte und in Brasilien versklavte Menschen in den Straßen von Salvador, Bahia. Über Stunden lieferten sie sich einen Kampf gegen die Polizei und bewaffnete Zivilist*innen. Ganze Straßenzüge wurden blockiert. Die Revolte scheiterte. Knapp 70 ihrer Anhänger*innen starben, mehrere hundert wurden laut Quellen zum Tode, zu Gefängnisstrafen, und zu Peitschenhieben verurteilt oder verbannt. Dennoch erzeugte die Revolta dos Malês innerhalb der brasilianischen Gesellschaft einen immensen Widerhall. Davon zeugt die schier unüberschaubare Menge an Dokumenten parlamentarischer und gerichtlicher Verhandlungen. In der gesamten Republik folgte eine Verschärfung der Überwachung freier und versklavter Afrikaner*innen, da Nachahmungen befürchtet wurden. Die Haitianische Revolution von 1791 hatte gezeigt, dass nicht jeder Widerstand gebrochen werden kann.

Mahommah Gardo Baquaqua. Das letzte der drei Beispiele erzählt von individuellem Aufbegehren. Mahommah Gardo Baquaqua wurde im Alter zwischen 15 und 25 Jahren aus dem heutigen Bénin nach Brasilien verschleppt. Er lebte zwei Jahre versklavt in Brasilien, zunächst in Olinda, dann in Rio de Janeiro. Dort war er gezwungen, für einen Kapitän auf einem Schiff zu arbeiten. Als dieses im Juni 1847 im New Yorker Hafen anlegte, gelang es ihm und zwei weiteren Personen mit Unterstützung von New Yorker Abolitionist*innen das Schiff zu verlassen. Obwohl in den Nordstaaten der USA die Versklavung von Menschen zu diesem Zeitpunkt offiziell bereits verboten war, sperrte man ihn ein und zwang ihn anschließend zur Rückkehr auf das Schiff. Als ihm die Flucht von dort erneut gelang, reiste er weiter nach Haiti. Dort machte Baquaqua Bekanntschaft mit einem Baptistenpfarrer, der ihn Französisch und Englisch lehrte und mit einem Netzwerk baptistischer Abolitionist*innen in den USA vertraut machte. Baquaqua, der in einer muslimischen Familie groß geworden war, konvertierte zum

25. März

Christentum. 1849, zwei Jahre nach seiner Ankunft in Haiti, zog er erneut in die USA. Unterstützt durch Abolitionist*innen studierte er drei Jahre am New York Central College in MacGrawville. Bereits während seiner Zeit in Haiti hegte Baquaqua den Wunsch nach Afrika zurückzukehren. Unter den baptistischen Abolitionist*innen ging man davon aus, er würde zukünftig in Afrika als christlicher Missionar wirken. Von den USA aus zog er 1854 jedoch zunächst weiter nach West-Kanada, später lebte er in Liverpool. Seine Spur verliert sich 1857 nach einer jahrelangen Odyssee.

Mahommah Gardo Baquaqua hinterließ seine Lebensgeschichte in Form einer Autobiografie, die er vermutlich in den Jahren seines Studiums verfasste. 1854 wurde die Autobiografie von dem Unitarier Samuel Downing Moore in Detroit publiziert. Es ist die bis heute einzige vorliegende Slave Narrative eines in Brasilien versklavten Menschen.

Zwangs- assimilation ethnisch türkischer Menschen in Bulgarien

Melina Borčak

„Mein Vater starb vor vielen Jahren. Sie fragten nach seinem Namen. ‚Rüstem‘, sagte ich. Sie änderten es zu ‚Radi.‘“ So beschreibt ein älterer Mann den Moment, als er von bulgarischen Beamten gezwungen wurde, den Grabstein seines eigenen Vaters zu schänden. „Die Namen waren auf den Stein geschrieben. Sie befahlen uns, sie zu übermalen.“

Ethnisch türkische Menschen waren dem sozialistisch-nationalistischen Regime Bulgariens ein Dorn im Auge. Erst mussten türkische Namen verschwinden, dann die Sprache, die Kultur, ihre Religion, der Islam, und schließlich, 1989, die Menschen selbst.

Ab Mitte der 1940er verfolgte die sozialistische Regierung Bulgariens eine brutale Assimilationspolitik gegen die Minderheiten im Land. Jede Andeutung von Vielfalt, jede Abweichung von der Mehrheitsgesellschaft musste einer ethnisch und kulturell einheitlichen Vorstellung von der bulgarischen Nation weichen.

Besonders aggressiv war die Politik gegen Muslim*innen, ethnisch türkische Menschen, Pomak*innen, sowie muslimische Rom*nja.

31. März

Seit Jahrhunderten lebten sie in ihren Dörfern und Städten, kannten keine andere Heimat. Doch sie waren für die Regierung nicht bulgarisch genug.

Die Verfolgung bulgarischer Türken intensivierte sich ab 1984. Die Regierung nannte diese Kampagne der Zwangsassimilierung damals „Wiedergeburt“. Es begann mit der Änderung von Namen. Ethnisch türkische Menschen mussten bulgarische, christliche Namen annehmen.

Das Dorf Gorski Izvor, an der bulgarischen Grenze zu Griechenland, musste als Prototyp des Terrors herhalten. Mitten in der Nacht wurde es umzingelt von Polizisten mit Hunden und Soldaten mit Panzern. Sie gingen von Tür zu Tür, rissen die Menschen aus dem Schlaf und aus ihren Betten. Sie verteilten neue Ausweise mit christlichen, slawischen Namen.

Dies, so befahlen es Polizei und Militär unter Androhung von Waffengewalt, dies würden die neuen Namen und Identitäten der Menschen sein. Wenn bulgarische Beamte entschieden, jemand würde von nun an Hristo oder Marija heißen dann konnte man nicht widersprechen, musste die Zuweisung neuer Namen, Ausweise und Identitäten über sich ergehen lassen.

Heute vor 37 Jahren, am 31. März 1985, verkündete die bulgarische Regierung, sämtliche türkische Namen seien nun in bulgarische geändert worden – und dass die Assimilierung weitergehen würde.

Als nächstes folgte unter Androhung von Strafen das Verbot, in der Öffentlichkeit Türkisch zu sprechen. Türkischsprachige Zeitungen wurden verboten, türkische Schulen sowie Moscheen geschlossen, letztere teilweise als Mülldeponien benutzt.

Proteste gegen diesen Rassismus wurden mit Panzern und Waffen in Blut ertränkt. Besonders erschütternd für die Gemeinde war der Mord an Türkan Feyzullah, die zum Zeitpunkt ihres Todes ein nur 18 Monate junges Baby war. Bei einer friedlichen Demonstration gegen die Bulgarisierung wurden sie und zwei weitere Menschen getötet, Dutzende verwundet. Türkan starb sofort, in den Armen ihrer Mutter.

Auch außerhalb dieser Demonstrationen war es gefährlich. Teilnehmende massenhafter Hungerstreiks wurden verhaftet und durch Abschiebungen nach Österreich ins Exil gezwungen, ohne dass sie ihre Familien kontaktieren konnten. Andere Menschen, die sich gegen das Auslöschen ihrer Identität wehrten, wurden gefangen genommen und in Lager transportiert. Tausende Menschen wurden eingesperrt – ohne Anklage, ohne Gerichtsprozess, sie wurden gefoltert und zur Zwangsarbeit gezwungen.

Das größte dieser Lager war Belene, das auf einer Insel in der Donau lag. Belene wurde früher offiziell als „Arbeits- und Umerziehungslager“ bezeichnet, doch heute wird es auch in Bulgarien oft als Konzentrationslager eingestuft. Erst als Gefängnis für politische Gegner des Regimes benutzt, wurde es ab Mitte der 1980er zu einem Ort des Grauens für ethnisch türkische Menschen. Viele Menschen starben durch die grausame Behandlung in den Lagern, durch Hunger, Folter oder Erschöpfung durch Zwangsarbeit.

1989 wurde klar, dass der bulgarischen Regierung nicht einmal die Zwangsassimilation dieser Menschen genug war. Die jahrelange Verfolgung bulgarischer Türken kulminierte darin, dass der Präsident Bulgariens sie offen dazu aufforderte, das Land zu verlassen und die Grenzen des Landes öffnete. Tausende Gefangene und ihre Familien wurden aus dem Land deportiert, andere flüchteten aus Angst. 360.000 ethnisch türkische Menschen mussten ihre Heimat verlassen.

Doch nicht alle wurden vertrieben: Teenager und junge Erwachsene, die ihren Militärdienst noch nicht abgeschlossen hatten, waren oft gezwungen zu bleiben. Wut, Verzweiflung und Angst, ihre eigene Gemeinde ermorden zu müssen, verbreiteten sich. Einige junge Männer begingen Suizid.

Viele Bulgaren nutzten das Leid, um die Häuser ihrer vertriebenen Nachbarn zu lachhaften Preisen zu kaufen. Denn wer vertrieben wird, wer gezwungen ist, in einem unbekanntem Land von null anzufangen, der ist verzweifelt oder hilflos genug, das eigene Zuhause auch für wenig Geld herzugeben.

31. März

Nach dem Fall des kommunistischen Regimes durften die Menschen wieder zurück. Doch nach all dem, was sie zuvor überlebten, entschied sich weniger als die Hälfte der Menschen für eine Rückkehr in ihre Heimat. Trotz allem sind ethnisch türkische Menschen auch heute die größte Minderheit im Land. Rund eine von zehn Personen in Bulgarien ist ethnisch türkisch.

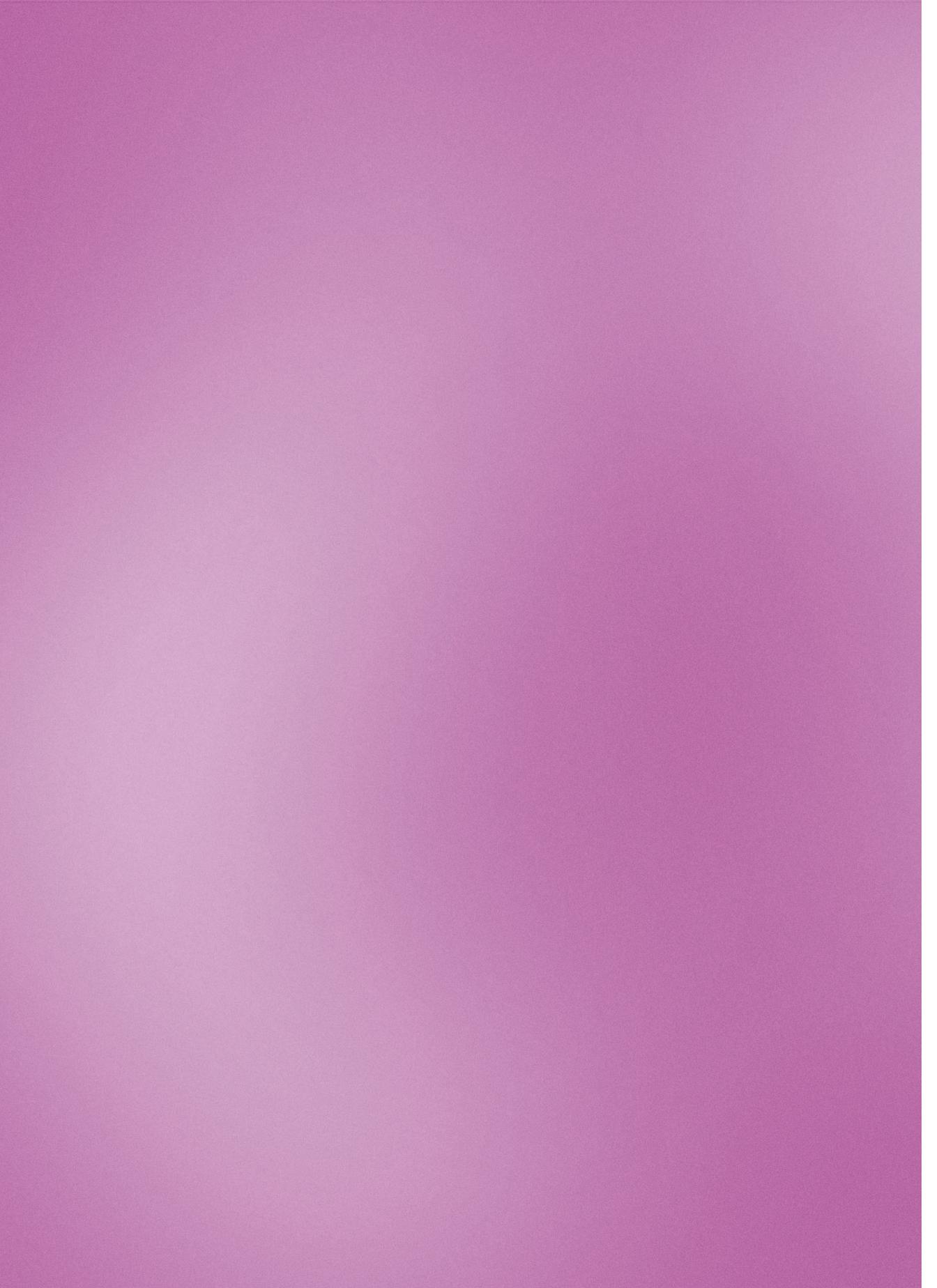
Obwohl das Lager Belene in Bulgarien mittlerweile auch als Konzentrationslager bezeichnet wird, ist die Aufarbeitung der Verbrechen, die dort stattgefunden haben, bis heute erschwert: Die linke Bulgarische Sozialistische Partei blockiert die Öffnung des Konzentrationslager-Archivs, obwohl deren Öffnung im Assoziierungsvertrag mit der EU als Bedingung festgelegt wurde.

Erst 2012 hat das bulgarische Parlament diese Verbrechen verurteilt. Doch bisher wurde niemand dafür gerichtlich bestraft, die Opfer erhielten keine Entschädigung und die Erinnerung an die Ungerechtigkeit hat in Bulgarien kaum Raum. Die EU hat all das scheinbar vergessen und bemüht sich nicht darum, Gerechtigkeit für die Überlebenden zu fordern.

Doch während im Laufe der Jahre aus Überlebenden Tote werden, gibt es für die Gemeinde einen schwachen Trost: Ihre Grabsteine können endlich wieder die richtigen, türkischen Namen tragen.

APRIL

4. April	NSU-Mord an Mehmet Kubaşık	2006
5. April	Beginn der Belagerung Sarajevos	1992
6. April	Tod von Jorge Gomondai	1991
6. April	NSU-Mord an Halit Yozgat	2006
7. April	Internationaler Gedenktag an den Genozid in Ruanda	
8. April	Internationaler Roma*-Tag	
16. April	Jahrestag des Kriegsverbrechens in Ahmići	1993
19. April	Aufstand im Warschauer Ghetto	1943
22. April	An Jasenovac erinnern	1945
24. April	Gedenktag an die Opfer des türkischen Völkermordes an den Armenier*innen	
24. April	NSU-Mord an Michèle Kiesewetter	2007
26. April	Internationaler Tag des Gedenkens an die Tschornobyl-Katastrophe	1986
26. April	Internationaler Tag für lesbische Sichtbarkeit	
27. April	Massaker von Meja	1999
29. April	Erster CSD in Deutschland	1972
27. Nissan	Jom haScho'a	1933



NSU-Mord an Mehmet Kubaşık

NSU-Watch

Mehmet Kubaşık wurde am 1. Mai 1966 in Hanobası (Türkei) geboren, wo er aufwuchs und schon als Jugendlicher seine spätere Ehefrau Elif kennenlernte. 1991 floh er gemeinsam mit ihr und der gemeinsamen Tochter Gamze nach Dortmund. Dort bekam das Paar zwei weitere Söhne. Die Familie nahm später die deutsche Staatsbürger*innenschaft an.

Nach einem Schlaganfall machte sich Mehmet Kubaşık selbstständig. Er eröffnete einen Kiosk in der Dortmunder Nordstadt, in dem die ganze Familie aushalf. In diesem Kiosk wurde Mehmet Kubaşık am 4. April 2006 vom NSU erschossen.

Elif Kubaşık berichtete im NSU-Prozess, sie sei an diesem Tag in Richtung des Ladens gegangen, weil eine Nachbarin angerufen habe. In der Straße habe sie die Beamt*innen gesehen: „Ich dachte an einen Unfall.“ Es sei alles abgesperrt gewesen. Die Polizist*innen hätten sie nicht in den Laden gelassen. Dann hätten die Polizist*innen einen Krankenwagen geholt, dort seien sie eingestiegen. „Meine Tochter zitterte und sagte: ‚Mein Väterchen, mein Väterchen‘“, berichtete Elif Kubaşık. Der Sanitäter habe ihr dann gesagt, dass ihrem Mann in den Kopf geschossen worden sei.

Der Mord an Mehmet Kubaşık war der achte Mord des NSU. Obwohl 2006 vollkommen klar war, dass es zwischen den Opfern der Mordserie keine persönlichen Verbindungen gab, richteten sich

4. April

die Ermittlungen – wie zuvor schon bei den anderen Opfern der rassistischen Morde – gegen die Familie und das Umfeld des Ermordeten. Elif Kubaşık sagte bei ihrer Aussage im NSU-Untersuchungsausschuss Nordrhein-Westfalen, schon am ersten Tag nach dem Mord sei ihnen durch die Hausdurchsuchungen bei der Familie der „Stempel aufgedrückt“ worden: „Wir sind von der Mafia, wir sind in Drogengeschäfte verwickelt.“ Gamze Kubaşık sagte vor dem Ausschuss: „Die Polizei ist dafür verantwortlich, dass man uns jahrelang das Leben weggenommen hat. Vielleicht könnte ich verarbeiten: Ja, mein Vater ist nicht mehr da, das Leben geht weiter.“ Die Polizei aber habe jede Bewältigung des Ereignisses unmöglich gemacht. Denn „die ganze Nachbarschaft hat gesagt: ‘Dein Vater hat Drogen verkauft’“.

Elif und Gamze Kubaşık kämpfen weiter für Aufklärung, für die Aufklärung des Neonazi-Netzwerks, das den Mord an ihrem Ehemann und Vater ermöglichte, und für die Aufklärung der Rolle von Verfassungsschutz und Polizei. Sie fordern, die Erinnerung an Mehmet Kubaşık aufrecht zu erhalten.

Beginn der Belagerung Sarajevos

Melina Borčak

Heute vor 30 Jahren begann der „Blutige Frühling“, der Anfang des letzten Genozids an den Bosniak*innen. Der blutige Frühling wurde zum blutigen Sommer und schließlich zu vier blutigen, schmerzvollen Jahren, die mit Worten kaum zu beschreiben sind. Der Genozid begann am 1. April 1992 mit den Massakern von Bijeljina, einer Stadt 200 km nordöstlich von Sarajevo, es folgte die Verbrennung von über hundert Menschen, überwiegend Kinder und Frauen, bei lebendigem Leibe an verschiedenen Orten in Višegrad, die Vergewaltigungslager in Foča, die Todeslager von Prijedor und die Auslöschung ganzer Ortschaften. Und heute vor 30 Jahren, am 05. April 1992, begann die Belagerung der Hauptstadt Bosniens, Sarajevo.

Sarajevo liegt dicht gepresst in einem atemberaubenden Tal, umschlossen von Bergen. In der Enge drängt sich eine europäische Metropole, die in den 1980ern Olympia-Gastgeberin und das Herz der regionalen Rockszene war. Wenige Jahre später, Anfang der 1990er wurde sie zum Symbol der Vernichtung, des Terrors und der politischen Gleichgültigkeit der internationalen Staatengemeinschaft.

Der aggressive serbische Nationalismus Slobodan Miloševićs (Präsident der Republik Serbien innerhalb Jugoslawiens von 1989 bis 1997) beschleunigte das Bestreben der Menschen aller Länder

5. April

des ehemaligen Jugoslawiens nach Unabhängigkeit. Bosnien war bereits unabhängig und als Staat international anerkannt, als die Jugoslawische Volksarmee (nur noch aus Serbien und Montenegro bestehend) in die Hauptstadt Sarajevo einmarschierte, den Präsidenten gefangen nahm und begann, die Bürger*innen der Stadt zu ermorden.

Barrikaden wurden aufgestellt, der Flughafen beschossen und die Stadt umzingelt. Niemand konnte Sarajevo verlassen. Essen, Wasser, Medizin, Strom, Wärme – all das war entweder Mangelware oder gar nicht mehr vorhanden. Die Berge wurden von Olympia-Schauplätzen und Ausflugsorten zu Orten des Terrors, von denen aus die serbischen Truppen die Stadt angriffen und über Jahre hinweg mordeten – über vier Jahre hinweg. Die längste Belagerung einer Hauptstadt in der modernen Geschichte.

Insgesamt wurde die Stadt mit mehr als 500.000 Bomben und Projektilen beschossen. Die Menschen Sarajevos waren den Mördern wie auf einem makabren Silbertablett ausgeliefert. Sie versuchten ihr Leben hinter großen Planen und zerstörten Bussen zu schützen, versteckten sich in Kellern, zählten die Sekunden zwischen Sniperschüssen und rannten dann um ihr Leben. Mehr als 11.500 Mal war es vergeblich. Mehr als 11.500 Menschen wurden ermordet auf Spielplätzen, in Krankenhäusern, in ihren Betten, auf der Straße, bei der Arbeit. Beim Schlafen, während sie versuchten, sich vor Bomben in Sicherheit zu bringen oder während sie in langen Schlangen verzweifelt und ausgehungert für Brot oder Wasser anstanden. Sie wurden ermordet beim Versuch, anderen das Leben zu retten. Beim Versuch, die blutigen, warmen Leichenteile ihrer Liebsten einzusammeln. Beim Versuch, sie zu begraben in immer enger und dichter werdenden improvisierten Friedhöfen.

In den Nachbarschaften Grbavica, Vraca und Kovačići fand Horror innerhalb des Horrors statt: Sie waren nicht belagert, sondern okkupiert – serbische Truppen hielten sich jahrelang in diesen Nachbarschaften auf. Den Einwohner*innen war es verboten, die Wohnungstüren zu schließen, so konnten die serbischen Truppen zu jeder Zeit nach Belieben vergewaltigen, foltern und morden. Ich werde nicht aufhören, es zu wiederholen: Über vier Jahre hinweg. Und mit „serbische Truppen“ meine ich nicht nur Soldaten, sondern auch

am Morden beteiligte serbische Zivilisten, Paramilitärs, freiwillig Angereiste aus Russland und vielen anderen östlich-orthodoxen Ländern. Und besonders gruselig: Tschetniks, also Anhänger serbischer Nazikollaborateure aus dem Zweiten Weltkrieg, deren Anführer schon im Zweiten Weltkrieg einen Genozid an bosnischen Muslimen verübt haben.

Dieses Sammelsurium der von Großserbien träumenden Mörder terrorisierte die Einwohner*innen der Stadt. Beim angsterfüllten Gang zur Synagoge, zur Kirche, und insbesondere beim Gang zur Moschee. Denn Muslim*innen, also Bosniak*innen, sollten im Genozid vernichtet werden. Christ*innen, die trotz Vorwarnungen und Tipps in Sarajevo blieben, waren Verräter*innen. Jüdische Leben waren den Mördern ohnehin egal. Und das in einer Stadt, in der die teilweise gleichen Jüdinnen*Juden nicht einmal 50 Jahre zuvor schon einmal um ihr Leben gekämpft hatten.

Der Jahrhunderte alte jüdische Friedhof Sarajevos wurde von serbischen Truppen als Stützpunkt missbraucht und desekriert. 95% der Grabsteine wurden zerstört oder durch Schüsse beschädigt, ebenso wie mehrere Holocaust-Mahnmale. Beim Abzug aus der Stadt hinterließen die serbischen Truppen Landminen und nicht explodierte Sprengkörper an zivilen Orten: Auf dem jüdischen Friedhof, in der okkupierten Nachbarschaft Grbavica und auf dem Spielplatz meiner Grundschule, um gezielt Kinder zu ermorden.

*Wir Kinder hatten damals allerdings Landminensicherheit als Schulfach. Wir überlebten und sind nun hier, um die Geschichten unserer Stadt, unserer verwundeten, traumatisierten und ermordeten Nachbar*innenn zu erzählen. Die zu schnell beendeten Lebensgeschichten der über 1600 Kinder die, allein in Sarajevo, von serbischen Truppen ermordet wurden. Damit all das nie vergessen wird und nicht verharmlost werden kann. Und damit die Gefahr, die immer noch vom serbischen Nationalismus und antimuslimischen Rassismus ausgeht, endlich gesehen, ernstgenommen und bekämpft wird.*

6. April

Tod von Jorge Gomondai

Katharina Wüstefeld

Am Nachmittag des 6. April 1991 starb Jorge Gomondai in der Medizinischen Akademie in Dresden. Er hatte den rassistischen Angriff in der Straßenbahn wenige Tage zuvor und die daraus resultierenden schweren Kopfverletzungen nicht überlebt. Er lag sechs Tage im Koma auf der Intensivstation. Mehrere Operationen konnten ihn nicht retten. Er starb, ohne das Bewusstsein noch einmal wiedererlangt zu haben.

Jorge Gomondai war das erste Todesopfer rassistischer Gewalt in Sachsen nach der Wiedervereinigung.

Jorge Gomondai

Jorge Gomondai wurde im Dezember 1962 in der Provinz Manica in Mosambik geboren. Mosambik war zu diesem Zeitpunkt noch portugiesische Kolonie, erst 1975 gewann das südostafrikanische Land seine Unabhängigkeit.

Im Februar 1979 schlossen Mosambik und die DDR ein Regierungsabkommen, das unter anderem die zeitweilige Beschäftigung junger mosambikanischer Arbeitskräfte in der DDR vorsah.

Gerade achtzehn Jahre alt geworden, bewarb sich Jorge Gomondai für eine Ausbildung und Arbeit in der DDR. Im Sommer 1981 verließ er Mosambik und flog in die DDR, wo er im VEB Fleischkombinat in Dresden, im Schlachthof, zu arbeiten begann.

1991

Mit dem Ende der DDR wurden auch die Regierungsabkommen zwischen der DDR und der Volksrepublik Mosambik für ungültig erklärt. Jorge Gomondai kämpfte nach dem Fall der Mauer um Aufenthaltsgenehmigung, Wohnung und Arbeit.

Kurz vor dem Osterwochenende 1991 kehrte er von einem dreiwöchigen Arbeitsaufenthalt in Rotterdam nach Dresden zurück. In den frühen Morgenstunden des 31. März 1991 war Jorge Gomondai mit der Linie 7 auf dem Heimweg in das Wohnheim im Stadtteil Johannstadt. Kurz nach 4 Uhr stiegen am Platz der Einheit in der Dresdner Neustadt die letzten Fahrgäste aus und etwa zehn Neonazis zu Jorge Gomondai in den hintersten Waggon ein.

Diese Gruppe aus ost- und westdeutschen Neonazis war schon vorher gewalttätig durch das alternative Viertel Neustadt gezogen und hatte dort Kneipen angegriffen und mindestens eine weitere Person zusammengeschlagen. Bei der Polizei waren deshalb in dieser Nacht schon mehrere Notrufe eingegangen. Die Polizei hatte diese Gruppe den gesamten Abend über beobachtet und kurz vor dem Betreten der Straßenbahn am Platz der Einheit noch kontrolliert – allerdings ohne Folgen.

Zeug*innen beschrieben später vor Gericht, dass die Neonazis unmittelbar auf Jorge Gomondai losgingen. Die Männer im Alter von 17 bis 27 Jahren traktierten ihn mit Schlägen, beleidigten ihn, bedrohten ihn. Sie hangelten sich an den Haltestangen entlang und imitieren Affenlaute.

Bis heute sind zentrale Fragen über den weiteren Tatverlauf offen: Wurde Jorge Gomondai von den Neonazis schließlich aus der fahrenden Straßenbahn gestoßen? Oder versuchte er aus Angst vor seinen Angreifern aus dem Waggon zu springen? Videoaufzeichnungen der Polizei aus der Tatnacht wurden von Beamten ohne vorherige Auswertung gelöscht. Der Straßenbahnwaggon wurde ohne Spurensicherung und technische Untersuchung an der Tür verschrottet. Die verschleppten, fehler- und lückenhaften polizeilichen Ermittlungen und das mehr als zwei Jahre nach der Tat verhängte Urteil in einem späten Gerichtsverfahren am Landgericht Dresden brachten keine Antworten darauf. Unstrittig ist, dass Jorge Gomondai bei dem Sturz

6. April

aus der Straßenbahn schwerste Verletzungen am Kopf erlitt und bewusstlos auf dem Pflaster liegen blieb.

Ein Taxifahrer, der den Bewegungslosen nach dem Sturz auf der Straße liegen sah, verständigte über Funk die Polizei. Währenddessen leisteten die beiden Frauen, die bei ihm mitgefahren waren, erste Hilfe. Obwohl die Polizei die Gruppe von Neonazis die ganze Nacht beobachtet, begleitet und gefilmt und sogar kurz vorher noch ihre Personalien kontrolliert hatte, war sie zum entscheidenden Zeitpunkt nicht vor Ort. Nachdem sie schließlich dort eintraf, sagten weitere Augenzeug*innen vor Ort aus, dass Jorge Gomondai geschlagen und aus der Bahn gestoßen worden war.

Trotzdem reagierten die Beamten nicht und nahmen keine Ermittlungen auf. Stattdessen behaupteten sie, der Schwerverletzte sei betrunken, und ohne einen Strafantrag durch ihn könnten sie nichts unternehmen.

Jorge Gomondai wurde anschließend auf die Intensivstation der Medizinischen Akademie „Carl Gustav Carus“ Dresden eingeliefert. Er erlangte das Bewusstsein nicht mehr wieder.

Die Vernehmung des Leiters der damaligen mobilen Einsatzgruppe vor dem Dresdner Landgericht 1993 ergab, dass ein entschiedenes Eingreifen der Polizei den Tod von Jorge Gomondai möglicherweise hätte verhindern können.

Er starb nach sechs Tagen im Koma am 6. April 1991 um 14:45 Uhr im Alter von 28 Jahren.

NSU-Mord an Halit Yozgat

NSU-Watch

Halit Yozgat wurde 1985 in der Holländischen Straße in Kassel geboren. Er war das vierte Kind seiner Eltern, Ayşe und İsmail Yozgat, die aus der Türkei stammen. Nachdem er die Schule abgeschlossen hatte, eröffnete Halit Yozgat im Jahr 2004 mit der Unterstützung seiner Familie ein Internetcafé in der Holländischen Straße. Neben seiner Arbeit dort besuchte er die Abendschule, um sein Abitur nachzuholen. Er wollte Informatik studieren.

Am 6. April 2006 sollte İsmail Yozgat seinen Sohn im Internetcafé ablösen. An diesem Tag verspätete er sich. Sein Sohn hatte ihm Geld gegeben, damit er sich selber ein Geschenk zu seinem Geburtstag am darauffolgenden Tag aussuchen könne. Als İsmail Yozgat in das Café kam, fand er seinen Sohn leblos hinter dem Tresen. Im hessischen Untersuchungsausschuss sagte İsmail Yozgat am 27. November 2017 gemeinsam mit seiner Frau Ayşe aus. Er stellte die Tatortszene nach, indem er Stühle und Tische im Tagungsraum des Ausschusses anordnete. Er beschrieb:

„Halit ist nicht am Tisch. Und ich frage mich, ist er vielleicht in den hinteren Raum gegangen. Aber hier, genau da sind zwei rote Flecken. Was ist passiert, mein Sohn, sage ich. Ich habe noch nie in meinem Leben eine Schusswunde gesehen. Ich sehe, dass er links zwei Schusswunden hat. Ich rufe Halit, Halit, was machst du. Er gibt keine Antwort. Ich lege ihn hin, behutsam. Ich wollte telefonieren,

6. April

aber konnte nicht. Ich bin raus durch die Tür, es gibt ein türkisches Café. Freunde, meinem Halit ist was passiert. Drei, vier, fünf Minuten später haben wir den Tisch weggeräumt, dann kam die Polizei und hat mich rausgenommen.“

Wenige Wochen nach dem Mord an Halit Yozgat organisierten Menschen aus dem Umfeld der Familie Yozgat einen Trauermarsch. Mehrere Tausend Menschen, darunter Angehörige mehrerer Opfer der rassistischen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), die damals noch nicht als solche bekannt war, zogen am 6. Mai 2006 durch die Innenstadt und forderten die Aufklärung der Morde. Sie benannten Rassismus als naheliegendes Motiv für die Mordserie und forderten: „Kein 10. Opfer!“

Halit Yozgat war das letzte bekannte Mordopfer der rassistischen Mordserie des NSU. Er wurde nur zwei Tage, nachdem Mehmet Kubaşık erschossen worden war, ermordet. Auch bei dieser Tat – fast sechs Jahre nach dem ersten bekannten Mord der Serie – ermittelten die Behörden wieder gegen die Familie: Obwohl es auch bei dieser Tat keine Hinweise auf ein innerfamiliäres Motiv gab, wurde die Familie abgehört und sogar ein verdeckter Ermittler eingesetzt.

Gleichzeitig stellte sich heraus, dass ein hauptamtlicher Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes während des Mordes im Internetcafé war: Andreas Temme, beim Landesamt für Verfassungsschutz unter anderem für die V-Mann-Führung von rechten V-Leuten verantwortlich. Der hessische Verfassungsschutz verweigerte tiefgehende Ermittlungen, unter anderem die Vernehmung von V-Leuten, die Temme geführt hatte.

Bis heute ist die Rolle von Andreas Temme im NSU-Komplex ungeklärt. Er behauptet, zufällig im Internetcafé gewesen zu sein und die Leiche von Halit Yozgat nicht gesehen zu haben. Temme musste zwar den Verfassungsschutz verlassen, blieb aber im Staatsdienst.

Die Familie von Halit Yozgat kämpft bis heute um Aufklärung und Anerkennung. Seinen Geburtstag feierte İsmail Yozgat 15 Jahre lang nicht mehr. Auf Wunsch seiner Enkel feiert er ihn wieder.

7. April

Internationaler Gedenktag an den Genozid in Ruanda

Darija Davidović

1990 brach im ostafrikanischen Staat Ruanda ein Bürgerkrieg aus, der 1994 in zahlreiche Gewaltakte und schließlich im Genozid gegen die Tutsi-Minderheit mündete. Zwischen dem 7. April und dem 15. Juli 1994 töteten rassistische und radikale Hutu vor den Augen der Weltöffentlichkeit innerhalb von 100 Tagen zwischen 800.000 und 1 Million Menschen. Trotz jahrelanger und enger Partner*innenschaft mit Ruanda sowie einer zurückliegenden deutschen Kolonialgeschichte auf dem Gebiet intervenierten deutsche Behörden und Organisationen nicht, als es 1994 zu den Gewaltausbrüchen kam. Auch die internationale Gemeinschaft griff trotz stationierter UN-Truppen nicht ein. Schließlich beendete die Ruandische Patriotische Front (RPF) nach drei Monaten den Genozid militärisch.

Die Opfer waren überwiegend Tutsi sowie oppositionelle und gemäßigte Hutu, aber auch weitere Oppositionelle und Minderheiten. Seit 2003 gilt der 7. April als internationaler Gedenktag an den Völkermord sowie als „Tag der Reflexion“. Die Vereinten Nationen fordern alle Mitgliedstaaten dazu auf, den Gedenktag zu begehen.

Vom 7. April bis zum 4. Juli wird in Ruanda jährlich eine 100-tägige Staatstrauer begangen und unter anderem am *Kigali Genocide Memorial* den Opfern des Genozids gedacht. Die Gedenkstätte und

7. April

Bildungseinrichtung in der ruandischen Hauptstadt Kigali dient zugleich als Ruhestätte für mehr als 250.000 Opfer des Völkermords, die in Gemeinschaftsgräbern bestattet sind. Weitere bedeutende Erinnerungsorte und Gedenkstätten der insgesamt 250 Gedenkstätten befinden sich in Murambi im Süden Ruandas, in Ntarama, Bisesero, Nyarubuye sowie in Nyamata. Während die Gedenkstätte in Bisesero neu erbaut wurde, wurde für die anderen auf bereits vorhandene, mit dem Genozid direkt verbundene Gebäude zurückgegriffen, wie etwa auf ehemalige Kirchengebäude, in denen Menschen vor Verfolgung und Gewalt Schutz suchten sowie auf ein Gebäude auf einem ehemaligen Schulgelände in Murambi, auf dem schätzungsweise bis zu 43.000 Menschen ermordet wurden. An all diesen Orten wurden Massaker an der Tutsi-Minderheit begangen und anschließend Massengräber ausgehoben. Viele der Opfer konnten bis heute nicht identifiziert werden.

Noch vor Beginn des Bürgerkrieges kam es immer wieder zu zahlreichen Konflikten und Gewaltakten zwischen den sozialen Gruppen der Tutsi und Hutu. Die Ursprünge dafür liegen auch in der Kolonialherrschaft Deutschlands in „Deutsch-Ostafrika“ begründet, das ebenfalls das heutige Gebiet von Ruanda umfasste: Basierend auf der aus Europa importierten rassistischen „Hamitentheorie“ wurde die Überlegenheit einer in Nordafrika verorteten „hamitischen Rasse“ aufgrund ihrer vermeintlichen Verwandtschaft zu Europäer*innen gegenüber der sogenannten „negroiden“ Bevölkerung geltend gemacht. Die Fortsetzung der belgischen Kolonialherrschaft in Ruanda während des Ersten Weltkrieges führte schließlich zur Ethnisierung der sozialen Gruppen der Tutsi und Hutu und zur Einteilung in verschiedene „Stämme“, woraus sich der weit verbreitete Irrglaube speist, dass es sich im Kontext des Genozids in Ruanda um „Stammeskonflikte“ gehandelt habe. Für die Einteilung in unterschiedliche „Stämme“ von Seiten der Kolonialmächte wurde auf rassistische Kriterien zurückgegriffen, wie etwa auf vermeintliche körperliche Spezifika sowie besondere Charaktereigenschaften der jeweiligen Gruppen. Wo es vorher also keine ethnischen Differenzen gegeben hatte, wurden diese von außen geschaffen, um zwischen den sozialen Klassen der landwirtschaftlichen Arbeiter*innen der Hutu und der Viehzüchter*innen der Tutsi zu unterscheiden sowie die eigene Kolonialmacht zu stärken, indem die vermeintlich überlegene Gruppe

politisch unterstützt wurde. Die ethnische Zugehörigkeit wurde zudem in Dokumenten vermerkt und führte zu rassistischen Zuschreibungen. Die Übernahme politischer Macht von Angehörigen der Tutsi sowie die Unterdrückung von Mitgliedern der Hutu wurde von deutscher sowie belgischer Seite gefördert und führte zu sozialer Ungleichheit und systematischen Unterdrückungsmechanismen. Tatsächlich war die soziale Durchlässigkeit jedoch vor der Einteilung in unterschiedliche Ethnien durch die Kolonisor*innen noch vorhanden gewesen: wer also zunächst der sozialen Gruppe der Hutu angehörte, konnte später als Viehzüchter*in und somit als Mitglied der Tutsi gelten.

Der europäische Kolonialismus trug somit dazu bei, Konflikte innerhalb der ruandischen Gesellschaft zu schüren und schuf zugleich die Grundlage ideologischer Implikationen des Genozids.

Auch heute ist die Beschäftigung mit dem Genozid in der internationalen Gemeinschaft präsent: Frankreich räumte 2021 zum Beispiel seine Mitverantwortung für den Genozid ein, nachdem eine Historiker*innenkommission damit beauftragt wurde, Dokumente auszuwerten. Waffenlieferungen Frankreichs sowie die Hinnahme der rassistischen Hetze führten unter anderem zur Stärkung des damaligen ruandischen Regimes unter der Führung von Juvénal Habyarimana. Die Kommission wirft in ihrem Abschlussbericht der damaligen Regierung unter Präsident Mitterrand „Blindheit“ und „Versagen“ vor und kommt zu dem Schluss, dass Frankreich eine „schwere“ und „erdrückende“ Verantwortung am ruandischen Genozid zu tragen habe. Während Frankreich jahrelang um die Aufarbeitung seiner Rolle im Genozid in Ruanda gerungen hat und nun offiziell um Vergebung bittet, gilt es weiterhin, sich der historischen Verantwortung für das koloniale Erbe bewusst zu werden.

8. April

Internationaler Roma*-Tag

Amdrita Jakupi & Gianni Jovanovic

Etwa eine halbe Million Rom*nja und Sinti*zze wurden während des Nationalsozialismus ermordet. Jahrzehntlang wurde dieser Genozid nicht anerkannt. Deutschland ignorierte die Geschichte und wehrte sich gegen eine Aufarbeitung. Doch mindestens genauso energisch kämpften Aktivist*innen aus der Community der Rom*nja und Sinti*zze gegen das Vergessen. Ihnen ist es zu verdanken, dass 1971 der erste Welt-Roma-Kongress in London organisiert wurde. Seitdem markiert der 8. April einen Meilenstein in der Emanzipationsbewegung von Sinti*zze und Rom*nja. Hunderttausende Menschen demonstrieren am Internationalen Roma* Day für ihre Rechte oder solidarisieren sich mit der Gemeinschaft.

Heute feiern wir unsere Geschichte und unsere Gegenwart. Wir stehen auf für unsere Sichtbarkeit. Heute zeigen wir allen, dass wir hier sind. Wir stärken einander und teilen, was wir haben, damit wir gemeinsam heilen. Wir stehen ein für unsere Autonomie und schämen uns nicht für unsere Emotionen: Angst, Schmerz, Freude, Liebe – wir leben all unsere Gefühle. Wir wachsen an unseren Traumata und darüber hinaus.

Auch individuelle Perspektiven und Lebensrealitäten anerkennen

Wir zeigen jedem Mitglied unserer Gemeinschaft Wertschätzung, indem wir auch individuelle Perspektiven und Lebensrealitäten anerkennen.

Wir geben den Menschen in unserer Gemeinschaft Unterstützung und Freiraum. Als Community schaffen wir den schützenden Raum, in dem Menschen sich entfalten können. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob sie eine Behinderung haben oder nicht, welches Geschlecht sie haben oder wen sie lieben. Wenn wir als Sinti*zze und Rom*nja achtsam miteinander sind, ist das der Schlüssel zur Selbstfürsorge. Community-Care bedeutet Self-Care – und umgekehrt. Wer sich um sich selbst kümmert, hat auch die Kraft, fürs Kollektiv zu sorgen und Verantwortung zu übernehmen. Self-Care ist in unterdrückten Gemeinschaften wie der unsrigen nicht nur ein echter Akt des Widerstandes, sie ist auch ein Dienst an der Gemeinschaft.

Wir sind eine kleine Mehrheit und in uns steckt viel Kraft!

Sinti*zze und Rom*nja werden immer wieder als Minderheit bezeichnet. Es ist ein Versuch der Mehrheitsgesellschaft, uns herunterzumachen und klein zu halten. Es ist ein System, das Minderwertigkeitskomplexe schürt und uns von Ressourcen fernhält. Dieses System nährt sich von Ausbeutung, Rassismus, Hierarchisierung, Machtmissbrauch und Vernichtung. Deshalb müssen wir uns selbst immer wieder bewusst machen: Wir sind handlungsfähig und unsere Stimmen zählen. Wir sind nicht weniger wert als andere oder weniger handlungsunfähig, wie es der Begriff der Minderheit suggeriert. Durch unsere Selbstbestimmtheit schaffen wir ein neues Narrativ. Wir sind eine kleine Mehrheit und in uns steckt viel Kraft.

Wir stehen hier und repräsentieren inter- und transkulturelle Communities. Wir haben viele unterschiedliche Diskriminierungsformen erlebt, Leid ertragen und ausgehalten. Damit sind wir nicht allein. Wir sind viele. Wir sind nicht nur starke Individuen, sondern auch Mitglieder einer starken Gemeinschaft. Doch die dominante Mehrheitsgesellschaft versucht uns zu spalten, abzustufen und abzulenken, damit wir uns gegenseitig sabotieren. Das lassen wir niemals zu! Wir leiten einen Paradigmenwechsel ein und durchbrechen den Kreislauf von jahrhundertelanger Gewalt.

Wir brauchen in allen gesellschaftlichen Bereichen echte Repräsentation unserer Communities

Wir müssen über die transgenerationalen Aspekte von Trauma sprechen. Im Zuge dessen reden wir über uns, die Menschen, die Nachfahren von

8. April

Überlebenden sind. Die meisten Opfer von kollektiver Gewalt leben nicht mehr. Sie haben eine Leere in uns hinterlassen, die wir anerkennen und mitdenken müssen. Zu viele unserer Angehörigen können nicht mehr von ihren Erfahrungen berichten. Ihr Wissen vermissen wir schmerzlich. Damit Sinti*zze und Rom*nja transgenerationale Traumata verarbeiten können, die durch Gewalt, Verfolgung und Vernichtung entstanden sind, brauchen wir sichere Räume.

Wir brauchen und fordern ein nationales, politisches und soziales Umfeld, in dem wir selbstbestimmt leben und heilen können. Was das im Klartext bedeutet? Wir brauchen in allen gesellschaftlichen Bereichen echte Repräsentation unserer Communities. Sinti*zze und Rom*nja müssen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt sein und Entscheidungen mittreffen können. Sie gehören als Lernende und Lehrende in Schulen. Sie brauchen Arbeit in Ämtern, in der freien Wirtschaft und in Medien. Sie müssen die gleichen Chancen auf ein angenehmes Wohnumfeld haben wie alle anderen auch. Sie müssen sich in Jugendzentren, Sportvereinen, Kirchengemeinden oder anderen Treffpunkten wohlfühlen können.

Wir müssen den Dialog zwischen den Generationen fördern

Auch innerhalb unserer Gemeinschaft stehen wir vor einer großen Herausforderung. Dort, wo möglich, müssen wir den Dialog zwischen den Generationen fördern, denn er bietet große Heilungspotenziale. Unsere vielen Traumata belasten unsere Ressourcen, trotzdem ist Heilung für Individuen in unseren Gemeinschaften möglich und wichtig. Sinti*zze und Rom*nja profitieren von einem großen Erfahrungsschatz, wenn es darum geht, Altes hinter sich zu lassen und neue Wege zu finden. Indem jede*r Einzelne von uns individuell beginnt zu heilen, schaffen wir es, den Schleier der weißen Vorherrschaft gemeinschaftlich zu lüften. Auch wir selbst haben leider rassistische Ideen verinnerlicht, so wurden wir alle sozialisiert. Reden wir darüber! Wir müssen unser Schweigen brechen, denn nur so dekonstruieren wir die rassistischen, gewaltvollen und verkrusteten Strukturen, unter denen wir leiden. Wir werden reden, aber die Dominanzgesellschaft muss uns zuhören und sich verändern. Denn durch Rassismus und

Diskriminierung wurden Sinti*zze und Rom*nja in allen Lebensbereichen dauerhaft entrechtet und benachteiligt. Sie mussten in ständiger Angst leben und das führte zu kollektiven, zunehmenden Traumata.

Sinti*zze und Rom*nja werden weltweit immer noch ausgegrenzt und stigmatisiert

Die Geschichte der Sinti*zze und Rom*nja ist reich aber in der soziokulturellen und medizinischen Betrachtung wurde sie im Laufe der Zeit deformiert und ausradiert. Sinti*zze und Rom*nja wurden exotisiert und kriminalisiert. Komplexe Traumata resultierten unter anderem aus der Gewalt, die unsere Gemeinschaften im Nationalsozialismus erlebt haben. Doch bis heute erfahren sie in Europa Unterdrückung. Sie erleben Abschiebung, Zwangsräumungen und leiden häufig unter einem unsicheren Bleiberecht. Diese gewaltvollen Methoden und Mechanismen sind retraumatisierend und entmenschlichend. Schließlich wurden vor beinahe 80 Jahren fast eine halbe Million Sinti*zze und Rom*nja während des Porajomas vernichtet. Überlebende, Angehörige oder Nachfahren der Opfer werden aber noch immer systematisch ausgegrenzt. In Deutschland und weltweit werden Sinti*zze und Rom*nja entweder kriminalisiert oder anderweitig zu einer Problemgruppe stilisiert. Dadurch werden Romaphobie und Gadjé-Rassismus legitimiert und Rom*nja und Sinti*zze unfreiwillig unsichtbar gemacht.

Wir stehen heute hier, um das zu ändern. Heute feiern wir unsere Gegenwart und Zukunft!

16. April

Jahrestag des Kriegsverbrechens in Ahmići

Darija Davidović

Das Kriegsverbrechen an der bosniakischen Zivilbevölkerung im Dorf Ahmići jährt sich am 16. April dieses Jahres zum 30. Mal. Dabei kamen mindestens 116 Menschen ums Leben, darunter 32 Frauen und elf Kinder, das jüngste Opfer war drei Monate alt.

In Ahmići und Umgebung werden bei den diesjährigen zentralen Gedenkveranstaltungen bis zu 2.000 Menschen erwartet. Insgesamt sind an elf Tagen verschiedene künstlerische sowie religiöse Veranstaltungen in enger Zusammenarbeit mit lokalen Opferverbänden geplant, die im Zeichen des Erinnerns und Gedenkens an die zivilen Opfer stehen.

Ahmići liegt im zentralbosnischen Lašva-Tal bei Vitez. Bis zum 16. April 1993 hatte das Dorf etwa 800 Einwohner*innen, davon waren ca. 90 Prozent Bosniak*innen. Zu Beginn des Krieges in Bosnien und Herzegowina (1992-1995) suchten schätzungsweise 300 Geflüchtete, die zuvor aus anderen Gebieten gewaltsam vertrieben worden waren, in dem Dorf Zuflucht. Das Verbrechen an der Zivilbevölkerung in Ahmići wurde während des Krieges in Bosnien und Herzegowina im Kontext des kroatisch-bosniakischen Krieges, der auch als „Krieg im Krieg“ bezeichnet wird, verübt. Die Täter waren unter anderem Mitglieder des 4. Bataillons der Militärpolizei des Kroatischen Verteidigungsrates

1993

(HVO) – einer sich bereits im Sommer 1991 formierenden Einheit der bosnischen Kroat*innen in der West-Herzegowina. Weitere Täter gehörten der Spezialstreitkraft der Militärpolizei der HVO an, die sogenannten „Joker“, die etwa aus dreißig Mitgliedern bestand sowie Mitglieder der Spezialeinheit „Vitezovi“, „Die Ritter“.

Am Morgen des 16. April 1993 wurde Ahmići umzingelt und dabei Scheunen sowie naheliegende Moscheen in Brand gesetzt. Die Moschee von Ahmići wurde mit mehreren Kilogramm Sprengstoff zerstört. In Kleingruppen drangen die Täter in die Häuser der Bewohner*innen ein, zündeten diese an und ermordeten gezielt die bosniakische Zivilbevölkerung. Hinsichtlich der Brutalität und des Ausmaßes des Kriegsverbrechens sowie der breiten medialen Aufmerksamkeit, wurden vonseiten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) unmittelbar danach Untersuchungen eingeleitet.

Die sozialen, politischen sowie ideologischen Hintergründe der Verbrechen in Ahmići sind vielschichtig und komplex; die politische (Mit-) Verantwortung des 1991 gegründeten kroatischen Staates unter der Führung des damaligen Präsidenten Franjo Tuđman galt lange als umstritten. Annexionspläne von Teilen Bosnien und Herzegowinas sowie die Unterstützung des ultranationalistischen Flügels HDZ (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) in Bosnien und Herzegowina vonseiten der HDZ in Kroatien sprechen von einer Mitverantwortung. Ferner fand der Lokalpolitiker und verurteilte Kriegsverbrecher Dario Kordić, unter dessen Führung die Gewalttaten in Ahmići begangen wurde, enorme Unterstützung aus Zagreb.

Die Verbrechen in Ahmići sind historisch demnach im Kontext des kroatisch-bosniakischen Krieges zu verorten, der offiziell vom 18. Oktober 1992 bis zum 23. Februar 1994 datiert wird und zwischen der Armee der Kroat*innen in Bosnien und Herzegowina beziehungsweise dem bereits erwähnten Kroatischen Verteidigungsrat und der Armee der Republik Bosnien und Herzegowina (ARBiH) geführt wurde. Bevor es zu militärischen Kampfhandlungen und Menschenrechtsverletzungen durch beide Seiten kam, kämpften die HVO und die ARBiH gemeinsam gegen die Armee der bosnischen Serben sowie die Jugoslawische Volksarmee. Das Bündnis zerfiel, nachdem der ultranationalistische Flügel der bosnisch-kroatischen HDZ die sogenannte

16. April

Herceg-Bosna ausrief und die mehrheitlich von der bosniakischen Zivilbevölkerung bewohnten Gebiete von der HVO erobert wurden. Befeuert wurden die militärischen Auseinandersetzungen zwischen der HVO und der ARBiH von xenophober und rassistischer Propaganda. Dabei wurde unter anderem auf rassistische Stereotype aus dem Zweiten Weltkrieg zurückgegriffen. Die Hetze gegen Bosniak*innen nahm dabei rasant zu und führte vermehrt zu rassistischen Zuschreibungen.

Von allen in Bosnien und Herzegowina geführten, kriegerischen Auseinandersetzungen der 1990er Jahre gilt der kroatisch-bosniakische Krieg als am wenigsten erforscht, was bis dato zu Unstimmigkeiten hinsichtlich seines historischen Narrativs führt. Für Kroatien erscheint dieser Umstand erinnerungspolitisch günstig, da dadurch das Opfernarrativ des Landes nicht herausgefordert wird. In den vergangenen Jahren wurde jedoch vonseiten ziviler Organisationen sowie NGOs in Kroatien, wie etwa der Youth Initiative of Human Rights Zagreb oder der Organisation Centre for Women War Victims Zagreb – ROSA im öffentlichen Raum an die Opfer der Verbrechen in Ahmići gedacht. Dennoch ist dieser Abschnitt der Kriegsvergangenheit im Kontext der Aufarbeitung in Kroatien ein weißer Fleck.

In einem breiten europäischen Kontext spielt das Gedenken an die Opfer der Verbrechen in Ahmići hinsichtlich einer Pluralisierung europäischer Erinnerungskulturen eine bedeutende Rolle, um nicht zuletzt auch daran zu erinnern, dass die Opfer ein Teil der pluralen Gesellschaften Europas waren.

Aufstand im Warschauer Ghetto

Frederek Musall

Am 19. April 1943 (14. Nissan 5703) begann der bewaffnete Aufstand im Warschauer Ghetto. Er fiel auf den Vorabend des Pessach-Festes, der Erinnerung an die Befreiung der Israelit*innen aus der Knechtschaft in Ägypten. Während des Aufstandes setzten sich die im Ghetto verbliebenen Jüdinnen*Juden gegen die gewaltsame Liquidation des Ghettos und die anstehende Massendeportation durch Nationalsozialist*innen zur Wehr. Die jüdische Bevölkerung von Warschau zählte vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und des Überfalls Deutschlands auf Polen ungefähr 400.000, in dem am 1. April 1940 errichteten Ghetto mussten bereits im Oktober 1940 fast 450.000 Jüdinnen*Juden auf einer Fläche von 3,07 km² unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. Bereits vor dem Beginn der Massendeportationen im Sommer 1942 waren fast 100.000 Jüdinnen*Juden durch Krankheit und Hunger gestorben.

Organisiert wurde der Aufstand maßgeblich von der 1942 gegründeten ŻOB (Żydowska Organizacja Bojowa oder „Jüdische Kampforganisation“), einem Zusammenschluss verschiedener jüdisch-sozialistischer und zionistischer Jugendorganisationen. Dazu zählten der Bund, Ha-Shomer Ha-Tzair, Ha-Bonim Dror, Beitar und Bnei Akiva, der sich u. a. in Reaktion auf die systematischen Massendeportationen im etwa 80 km von Warschau entfernten

19. April

Vernichtungslager Treblinka formiert hatte. Zum Zeitpunkt des Aufstandes lebten nur noch etwa 56.000 Jüdinnen*Juden im Warschauer Ghetto.

Der Aufstand konnte beinahe vier Wochen lang aufrecht gehalten werden. Nach den anfänglichen Erfolgen der Widerstandskämpfer*innen gegen Waffen-SS, SS-Hilfstruppen und Polizeikräfte befahl der leitende SS-Kommandant schließlich die systematische Inbrandsetzung sowie Sprengung von Gebäuden und Vierteln des Ghettos. Der Aufstand endete schließlich am 16. Mai 1943 mit der symbolträchtigen Zerstörung der Großen Synagoge von Warschau durch die SS.

13.000 Jüdinnen*Juden wurden während des Aufstandes ermordet, fast die Hälfte kam in Rauch und Flammen um. Die überlebenden 40.000 Jüdinnen*Juden wurden erschossen oder in die Vernichtungslager Majdanek und Treblinka deportiert.

Der Aufstand im Warschauer Ghetto diente dem Polnischen Widerstand zum Vorbild. Einige Überlebende des Aufstandes, darunter Jitzchak „Antek“ Zuckerman (1915-1981), der stellvertretende Kommandant des ŻOB, gründeten nördlich von Akko 1949 das Kibbutz Lochamei Ha-Geta'ot („Ghetto-Kämpfer“).

Ursprünglich sollte in Erinnerung an den Aufstand im Warschauer Ghetto der 14. Nissan als Datum für Jom ha-Shoah oder Jom ha-Zikaron le-Shoah ve-ha-Gevurah, dem Gedenktag an die Opfer der Shoah in Israel gewählt werden. Das Datum wurde jedoch wegen seines unmittelbaren Bezugs zum Pessach-Fest auf den 27. Nissan verlegt. Dennoch spielt in vielen jüdischen Familien und Gemeinden die Erinnerung an den Aufstand eine wichtige Rolle während der Pessach-Erzählung am Sederabend.

An Jasenovac erinnern

Marko Dinić

Am 22. April 1945 versuchten 600 Menschen aus dem vom kroatischen Ustascharegime geführten Konzentrationslager in Jasenovac zu fliehen.

In der Aufarbeitung der Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs und der Shoa bleiben wegen des Fokus auf die deutsche Vernichtungsmaschinerie im Osten Europas Lagerkomplexe wie etwa das vom kroatischen Ustascharegime geführte Jasenovac des Öfteren außen vor.

Sowohl Friedländer als auch Hilberg widmen Jasenovac nur wenige Seiten, und auch die frühen Bestrebungen jugoslawischer Historiker*innen, die Verbrechen in einem der – den Gefangenenzahlen nach – größten Sammel-, Arbeits- und Vernichtungslager Europas aufzuarbeiten, muten angesichts der geschichtsrevisionistischen Tendenzen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien vergeblich an. Allein die Zahl der Opfer – obgleich von Wissenschaftler*innen minutiös eruiert – bleibt bis heute umkämpftes politisches Terrain. Eine Tendenz, die jeglicher würdevoller Aufarbeitung spottet.

Zu Beginn der Sezessionskriege diente Jasenovac der Polarisierung beider Seiten: Unter Franjo Tuđman waren im Kroatien der frühen 90er Jahre etliche Ustascha wie beispielsweise Mile Budak rehabilitiert und als Kämpfer*innen für ein von Serb*innen reines,

22. April

unabhängiges Kroatien stilisiert worden. Auf serbischer Seite diente der Vergleich der Kroat*innen zu den Ustascha der Angstmache vor einem erneuten Genozid am serbischen Volk.

Damit eine solche, heute nach wie vor stattfindende Instrumentalisierung unterbunden wird, bedarf die Geschichte des Lagers Jasenovac dringend einer europäischen Perspektive. Laut der Politikwissenschaftlerin Ljiljana Radonjić war Jasenovac das einzige Vernichtungslager in Europa, in dem ohne deutsche Beteiligung planmäßig gemordet wurde.

Die Jasenovac Gedenkstätte führt eine Liste von 83.145 namentlich bekannten Opfern (47.627 Serb*innen, 16.173 Rom*nja, 13.116 Jüdinnen*Juden, 4.255 Kroat*innen, 1.974 Andere) – eine vorläufige Zahl, wie Historiker*innen meinen. Diese Tatsachen gehören in ein kollektives europäisches Gedächtnis überführt, um revisionistischen bzw. nationalistischen Aspirationen die Grundlage zu entziehen.

24. April

Gedenktag an die Opfer des türkischen Völkermordes an den Armenier*innen

Efsun Kızılay

„Aghet“ – die Katastrophe; die Tat, die ins Innere dringt und zerstört – so bezeichnen Armenier*innen den Völkermord an der armenischen Bevölkerung ab 1915 im Osmanischen Reich. Historiker*innen zufolge fielen diesem ca. 1,5 Millionen Armenier*innen zum Opfer.

Im Osmanischen Reich wurden Armenier*innen zwar als „nicht-muslimische“ Minderheit geduldet, gegenüber der muslimischen Bevölkerung war ihr Status jedoch nachrangig. Sie wurden von Regierungstätigkeiten oder dem Waffendienst ausgeschlossen. Bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wurden Armenier*innen im Osmanischen Reich als „innere Feinde“ tituliert, man misstraute ihnen und nicht selten wurden sie Opfer von antiarmenischen Stereotypen und Diskriminierung.

24. April

Von 1913 bis 1918 wurde das Osmanische Reich von einem jung-türkischen „Komitee für Einheit und Fortschritt“ regiert. Vorsitzende dieses Komitees waren Talat Pascha, Enver Pascha und Cemal Pascha, welche ihre Macht über das sich im Zerfall befindende Osmanische Reich erhalten wollten. Sie gelten als Hauptverantwortliche des Völkermords an den Armenier*innen. Die jungtürkische Regierung verfolgte das Ziel einer ethnischen Homogenisierung. Zur Durchsetzung dieser Politik sollte ein islamisch geprägter türkischer Nationalstaat errichtet werden, der Armenier*innen erneut zu Feinden machte. Für die Umsetzung dieses Vorhabens ordnete Talat Pascha am 24. April 1915 als Innenminister die Verhaftung zahlreicher armenischer Politiker*innen und Intellektueller in Istanbul an. Ziel war zunächst vor allem die Zerstörung der intellektuellen und wirtschaftlichen Elite der Armenier*innen. Der 24. April 1915 gilt daher als der Beginn des Völkermords an der armenischen Bevölkerung. Die Verhafteten wurden verhört, gefoltert und anschließend getötet. Ab Ende Mai 1915 richtete sich die Gewalt gegen die restlichen Armenier*innen des Landes und wurde systematisch. Mit dem Inkrafttreten des „Gesetzes über die Bevölkerungsumsiedlung“ wurden Armenier*innen aus den östlichen Siedlungsgebieten, wo die meisten von ihnen lebten, auf wochenlangen Fußmärschen in die syrische Wüste nach Aleppo geschickt. Armenier*innen aus dem Westen wurden in Viehwagen der Bagdadbahn dorthin deportiert. Armenische Männer wurden dabei meist in den Dörfern ermordet, Frauen und Kinder hingegen auf Todesmärsche geschickt. Sie erlebten Folter, sexuelle Gewalt, Hunger und Durst. Die meisten überlebten die Todesmärsche nicht.

Der Genozid ereignete sich während des Ersten Weltkrieges. In diesem Kontext hatten hunderte deutsche Offiziere den operativen Befehl über die Armee des türkischen Kriegsverbündeten. Deutsche Generäle waren sogar an der Planung und Durchführung der Deportationen beteiligt. Auch die sogenannte Bagdadbahn, mit der die Deportationen durchgeführt wurden, entstand unter deutscher Regie. Das Deutsche Reich sah hierbei keinen Grund zu intervenieren.

Hatten Armenier*innen die Todesmärsche durch die syrische Wüste überlebt, wurden sie dort in Lagern interniert und starben täglich zu Tausenden an Hunger, Durst und Epidemien, die sich schnell in den Lagern ausbreiteten. 1916 beschloss der neu eingesetzte Gouverneur des

Osmanischen Reiches die Lager zu schließen und die dort verbliebenen Armenier*innen ebenfalls zu ermorden. Über 200.000 Armenier*innen verloren in diesem Zusammenhang ihr Leben, nur ca. 1.000 Menschen überlebten – schwer gezeichnet und traumatisiert – die Massaker.

Viele armenische Waisen, die den Genozid überlebt hatten oder ihren Familien entrissen worden waren, wurden an türkische Familien übergeben und dort einer assimilatorischen Erziehung unterzogen. Trotz der Massaker, Gewalt und Folter, denen die armenische Bevölkerung ausgesetzt war, gab es auch Überlebende, die sich aufmachten, um sich im Exil ein neues Leben aufzubauen.

Einer großen Zahl von Überlebenden, oftmals als die einzigen ihrer Familien, gelang Anfang der 1920er die Flucht nach Frankreich und in die USA. Andere wiederum blieben im Libanon, im britischen Mandatsgebiet Palästina, Syrien, Irak und auch weiterhin in der Türkei. Sie erlebten einen Bruch ihrer Sprache, ihrer Geschichte und ihrer Familien. In der Diaspora mussten sie sich alles neu aufbauen.

Während der Genozid von der Türkei geleugnet wurde und bis zum heutigen Tag keine Anerkennung erfährt, kämpften die Überlebenden einerseits um die Anerkennung der grausamen Taten als Völkermord und andererseits um die Verarbeitung der eigenen Traumata. Die Leugnung des Völkermords stellte für sie eine weitere Bürde in diesem Kampf dar. Auch heute setzen sich ihre Angehörigen und Armenier*innen weiterhin auf der ganzen Welt für eine Anerkennung des Genozids ein, welcher inzwischen – vor allem durch ihre unermüdlichen Bemühungen – von vielen Staaten als solcher bezeichnet wird. Das kollektive Gedächtnis der Armenier*innen wird jedoch durch die Leugnung seitens der Türkei auch weiterhin infrage gestellt und die Erinnerungsgemeinschaft einer anhaltenden Kränkung unterzogen.

Auch heute sind Armenier*innen in der Türkei Anfeindungen und Diskriminierung ausgesetzt. Der Mord am armenischen Journalisten Hrant Dink durch einen türkischen Nationalisten am 19. Januar 2007 zeigte schmerzlich auf, dass die Gefahr für armenische Menschen auch weiterhin allgegenwärtig ist.

25. April

NSU-Mord an Michèle Kiesewetter

NSU-Watch

Michèle Kiesewetter wurde am 10. Oktober 1984 in Oberweißbach in Thüringen geboren. Ihr Onkel war Polizist und 2002 entschied auch sie sich, zur Polizei zu gehen. Ab 2003 war sie Teil der Landesbereitschaftspolizei Baden-Württemberg.

Am 25. April 2007 verbrachte sie gemeinsam mit ihrem Kollegen Martin A. die Mittagspause auf der Theresienwiese in Heilbronn. Im gemeinsamen Dienstwagen sitzend sahen sie die sich von hinten nähernden Täter nicht kommen. Die Täter schossen dann vermutlich unvermittelt. Martin A. überlebte den Anschlag schwer verletzt. Er sagte am 75. Verhandlungstag im Münchener NSU-Prozess aus. Im Krankenhaus, so Martin A., habe es zunächst geheißt, er habe einen Unfall gehabt. Schließlich sei ihm auf die Frage nach seiner Kollegin erklärt worden, dass „Michèle nicht mehr da“ sei und dass er mit einem Kopfschuss im Koma gelegen habe. Da sei er in Tränen ausgebrochen und habe dem Kollegen in den Bauch geboxt, weil er gedacht habe, der wolle ihn hochnehmen. Zu weiteren Auswirkungen des Anschlags auf sein Leben heute befragt, erzählte Martin A., dass es da sehr viele gebe. Vor allem das Trauma: „So'n Attentat steckt man nicht so einfach weg!“ Seine Kollegin sei danach einfach weg gewesen. Er schlafe nicht gut, wache auf. Sein Kindertraum, ein normaler Polizist zu werden, sei dahin.

2007

Nach dem Mord an Michèle Kiesewetter gingen die Ermittler*innen so sorgsam mit der Familie um, wie das nach der Ermordung einer nahen Angehörigen normal und wünschenswert sein sollte. Die Täter wurden aber auch bei dieser Tat nicht gefunden, bis zur Selbstenttarnung des NSU im November 2011 blieb der Mord unaufgeklärt. Da die Täter hier eine andere Waffe als bei der „Ceska-Mordserie“ verwendeten, war er bis dahin auch nicht mit der Mordserie in Verbindung gebracht worden. Erst das Bekenntnisvideo des NSU brachte hier Klarheit.

Der Mord an Michèle Kiesewetter hätte wohl verhindert werden können, wenn die Polizei auf die Angehörigen der Mordopfer der rassistischen Mordserie gehört und in Richtung eines rechten Motivs ermittelt hätte. Die Angehörigen demonstrierten 2006 in Kassel und Dortmund und forderten: „Kein 10. Opfer“. Dieses zehnte Opfer wurde ein knappes Jahr später Michèle Kiesewetter. Sie ist das letzte bekannte Mordopfer des NSU.

26. April

Internationaler Tag des Gedenkens an die Tschornobyl- Katastrophe

Olesya Yaremchuk

In der Nacht zum 26. April 1986 hörten Anwohner*innen zwei Explosionen im Kernkraftwerk Tschornobyl in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Der Reaktor des vierten Kraftwerksblocks wurde vollständig zerstört, auf dem Dach brach ein Feuer aus. Die Überreste des Reaktors schmolzen und eine Mischung aus Metall, Sand, Beton und Brennstoffpartikeln breitete sich unter dem Reaktorgelände aus.

Feuerwehrlente wurden geschickt, um das Feuer zu löschen und ahnten nicht, welche Folgen diese Nacht für ihre Gesundheit haben würde. Kinder gingen morgens zur Schule und deren Eltern zur Arbeit. Die Bewohner*innen von Prypjat, einer Stadt in der Region Kyiv, die in unmittelbarer Nähe zu Tschornobyl für die Arbeiter*innen dort errichtet worden war, wurden nicht über das Ausmaß der Katastrophe informiert, die bis heute die größte in der Geschichte der zivilen Nutzung von Kernenergie ist.

Eine radioaktive Wolke zog vom Unfallort aus über das Territorium der Sowjetunion (UdSSR) hinweg – am stärksten betroffen waren Belarus,

1986

Russland und die Ukraine. Aber auch Schweden, Finnland, Österreich, Norwegen, Bulgarien, Schweiz, Griechenland, Slowenien und Italien litten unter den Folgen.

Aus dem kontaminierten Gebiet rund um den Reaktor wurden in den kommenden Tagen und Wochen 300.000 Menschen evakuiert, über die genauen Umstände des Unfalls aber im Dunkeln gelassen. So gingen die Einwohner*innen von Prypjat von einer vorübergehenden Evakuierung aus: Als sie in die Busse stiegen, nahmen sie nur das Nötigste mit, eine Thermoskanne mit Tee und eine Tüte belegte Brote. Haustiere wurden zurückgelassen, in der Erwartung, man würde bald zurückkehren können.

Über das tatsächliche Ausmaß der Tragödie wurde geschwiegen. Informationen über die größte menschengemachte Umweltkatastrophe in der Geschichte der Menschheit wurden von der Partei- und Staatsführung und den Sonderdiensten der UdSSR sofort als geheim eingestuft. Erst als in Schweden höhere Strahlenwerte als gewöhnlich festgestellt wurden, erfuhr der Rest der Welt von dem Reaktorunglück in Tschornobyl.

Eine wichtige Rolle bei der anfänglichen Vertuschung spielte der sowjetische Geheimdienst, das sogenannte „Komitee für Staatssicherheit“ (KGB). So heißt es in einem der ersten Berichte des KGB-Büros in Kyiv, der am 26. April an das KGB der UdSSR geschickt wurde:

„Um das Durchsickern von Informationen zu verhindern, falsche und panische Gerüchte zu verbreiten, wird die Kontrolle der ausgehenden Korrespondenz organisiert, der Zugang von Abonnenten zu internationalen Kommunikationsleitungen ist begrenzt.“¹

Statt aufzuklären beeilten sich viele KGB-Kräfte, s. g. „von Panik ergriffene Redner“ zu identifizieren. Mit ihnen wurden täglich „Vorgespräche“ geführt, zweimal am Tag mussten die Regionalabteilungen solche „Panikmacher“ bei der Geschäftsleitung melden.

¹ Sammlung von Dokumenten zur Tschornobyl-Katastrophe: „Tschornobyl KGB-Akte. Öffentliche Stimmung. Kernkraftwerk Tschornobyl in der Zeit nach dem Unfall“, <https://uinp.gov.ua/elektronni-vydannya/knyga-chornobylske-dosye-kgb1>

26. April

Dass der Wind eine radioaktive Wolke über Kyiv blies, hielt die Staatsführung nicht davon ab, die Einwohner*innen an einem der wichtigsten ideologischen Feiertage der Sowjetunion zu einer überfüllten Parade auf die Straßen zu schicken: Der Leiter des KGB berichtete dem Sekretär des Zentralkomitees, Volodymyr Shcherbytsky in den Tagen nach dem Unfall, er habe trotz allem eine angemessene Kontrolle über die Abhaltung der Feierlichkeiten zum 1. Mai sichergestellt.

Meine Großmutter erzählte mir von diesen Tagen – davon, wie dunkle und schmutzige Wolken über ihrem Dorf in der Nähe von Lviv wirbelten. Meine Mutter wurde, wie alle Angestellten in der Fabrik, in der sie arbeitete, am 1. Mai losgeschickt, um rote Fahnen durch die Straßen von Lviv zu schwenken.

Am Morgen des 3. Mai 1986 wurden 911 Patienten mit Symptomen von Strahlenschäden in der Ukraine ins Krankenhaus eingeliefert. Am nächsten Tag 1.345, darunter 330 Kinder. Ein paar Jahre später musste meine Mutter sich einen Tumor in ihrer Schilddrüse entfernen lassen. Lag es an Tschornobyl? Schwer zu überprüfen. Bei zahlreichen Personen, die der nuklearen Strahlung ausgesetzt waren, wurden später Krankheiten wie Schilddrüsenkrebs, Leukämie und akute Strahlenkrankheit diagnostiziert.

Der ukrainische und amerikanische Historiker Serhij Plohiy hat ausführlich über diese Tragödie in dem Buch „Tschornobyl. Geschichte der Atomkatastrophe“ geschrieben. Die ukrainische Schriftstellerin Kateryna Mikhalitsyna hat mit „Flowers near the Fourth“ und „Reactors Do Not Explode. A Brief History of the Chornobyl Disaster“ Bücher veröffentlicht, die der jüngeren Generation helfen, die Katastrophe von Tschornobyl zu verstehen.

Seit dem Reaktorunglück sind 36 Jahre vergangen. Heute geht von Tschornobyl erneut Gefahr aus: Am 24. Februar 2022, dem ersten Tag der großangelegten russischen Invasion in der Ukraine, eroberten die russischen Besatzer*innen das Kernkraftwerk und nahmen die Tschornobyl-Arbeiter*innen als Geiseln. In der Station befanden sich etwa 500 russische Soldat*innen und 50 Einheiten, ausgestattet mit schweren Waffen.

1986

Laut dem ukrainischen Energieminister Herman Galushchenko wurden die Arbeiter*innen der Station gefoltert. Erst am 20. März 2022, fast einen Monat später, war es möglich, das Tschornobyl-Personal teilweise abzulösen und Menschen zu evakuieren, die sich auf dem besetzten Territorium befanden. Die Arbeiter*innen waren mehr als 600 Stunden im Einsatz und haben ihre beruflichen Pflichten heldenhaft erfüllt, um ein angemessenes Sicherheitsniveau aufrechtzuerhalten.

Die Gefahr einer neuen nuklearen Katastrophe war dennoch sehr hoch, denn die russischen Besatzer*innen zögerten nicht, auf die Stationen zu schießen. Auch das Kernkraftwerk Zaporizhzhya im Süden der Ukraine wurde mit Raketen beschossen. Diese trafen in der Nähe von Stationsgebäuden ein und verursachten ein großes Feuer.

Die russischen Besatzer*innen wählten ausgerechnet den sogenannten „Roten Wald“ aus, um dort Schützengräben auszuheben. Dies ist ein zehn Quadratkilometer großer Nadelwald, der nach dem Unfall von Tschornobyl dem größten Teil der Strahlungsemissionen ausgesetzt war. Nach wie vor manifestiert sich hier ein erhöhtes Strahlungsvorkommen. Ohne Grundkenntnisse über das Verhalten in radioaktiv verseuchten Gebieten, ohne persönliche Schutzausrüstung und ohne Beachtung der Regeln des Atom- und Strahlenschutzes, gefährdeten die russischen Besatzer*innen sich ebenfalls.

Nach Angaben des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine wurden mehrere russische Soldat*innen, die während ihres Aufenthalts in der Sperrzone von Tschornobyl erheblichen Strahlendosen ausgesetzt waren, im wissenschaftlich-praktischen Zentrum für Strahlenmedizin und Humanökologie in Gomel, Belarus, untergebracht.

Der russische Staat belügt nicht nur den Rest der Welt über den Krieg in der Ukraine, auch die eigenen Soldat*innen werden ungeschützt und uniformiert in radioaktiv verseuchte Gebiete geschickt.

Die Ereignisse aus den ersten Kriegswochen haben noch einmal gezeigt, dass die Sicherheit kerntechnischer Anlagen unter allen Umständen Vorrang haben muss, um Tragödien ähnlicher Art in Zukunft zu verhindern.

26. April

Internationaler Tag für lesbische Sichtbarkeit

Stephanie Kuhnen

Der Internationale Tag für lesbische Sichtbarkeit ist kein Gedenktag, an dem an ein genau datierbares Ereignis erinnert oder gefeiert wird, sondern eine international verabredete und individuell ausgestaltete Strategie und Kampagne, um an einem selbstgewählten Datum einer folgenreichen Erfahrung entgegenzuwirken, die lesbische Frauen weltweit machen müssen. Selbstverständlich ist kein Mensch tatsächlich unsichtbar. Sehen ist in diesem Fall eine Machtpraktik. Unsichtbarkeit bedeutet keine oder unzureichende Teilhabe an sozialem und kulturellem Kapital wie Anerkennung, Wertschätzung und Zugang zu Ressourcen. Auch wenn lesbische Frauen mindestens die Hälfte der Homosexuellen darstellen, so werden sie doch immer als „die anderen Homosexuellen“ mitgemeint, ihre Bedarfe jedoch marginalisiert oder die Verantwortung, die Ungleichverhältnisse zu beenden, an die Zugehörigkeit zur Gruppe der Frauen verschoben. So bleibt Lesbischsein gefangen zwischen Sexismus und Homophobie und Lesben werden sowohl als „Frauen“ sowie als „Homosexuelle“ diskriminiert.

Die Kritik an der sogenannten „Unsichtbarkeit“ von lesbischen Frauen analysierte bereits die Dichterin und Autorin Emma Trosse Ende des 19. Jahrhunderts, die sich als erste mit lesbischer Sexualität öffentlich und wissenschaftlich auseinandersetzte. Auch in der

weltweit ersten – soweit bisher bekannten – lesbepolitischen Rede von 1904, gehalten in Berlin vor dem Wissenschaftlich-humanitären Komitee (WhK) debattierte die Journalistin Anna Rüling (Pseudonym) die Ursachen und Folgen der Unsichtbarkeit von weiblichen Homosexuellen. Rüling:

„...daß man im Allgemeinen, wenn von Homosexuellen die Rede ist, nur an die urnalischen Männer denkt und übersieht, wie viele homosexuelle Frauen es gibt, von denen freilich weniger geredet wird, weil sie – ich möchte fast sagen ‚leider‘ – keinen ungerechten und aus falschen sittlichen Anschauungen hervorgegangenen Strafgesetzparagraphen zu bekämpfen haben.“

Durch die unterschiedlichen Verfolgungsformen von homosexuellen Männern und Frauen entstand so über mehrere Staatsformen und Jahrzehnte hinweg zwangsläufig in der Aufarbeitung eine Opferkonkurrenz zweier Gruppen, die sich in ihrem unterschiedlich erlittenen Unrecht nicht auf Augenhöhe solidarisch nebeneinanderstellen konnten, sondern nach wie vor hierarchisch innerhalb des Begriffes „Homosexualität“ angeordnet blieben. Dieser Konflikt hält bis heute an: Lesben wird die eigene, heterogene Verfolgungs- und Diskriminierungsgeschichte trotz sich allmählich verbessernder, aber immer noch prekärer Quellenlage nicht zuerkannt und eine Kanonisierung verhindert oder maximal als ein Orchideenfach der Homosexuellenforschung betrachtet.

Beispielsweise erinnern Gedenktafeln an Opfer der nationalsozialistischen Homosexuellenverfolgung, meinen hiermit jedoch die unter dem Paragraphen 175 verfolgten schwulen, bisexuellen Männer und trans Frauen, nicht aber die lesbischen, bisexuellen Frauen und trans Männer. Bis in die späten 1980er wurde offiziell im westdeutschen Bundestag noch von „Homosexuellen und Lesbierinnen“ gesprochen. Es ist der politischen und strategischen Weitsicht der damaligen Grünen Bundestagsabgeordneten Jutta Oesterle-Schwerin (heute Jutta Schwerin) zu verdanken, dass die unterschiedlichen Positionierungen benennbarer wurden. Sie setzte durch, dass mit den Bezeichnungen „Schwule“ und „Lesben“ Bedarfe präziser formuliert und Differenz sichtbar gemacht werden konnte. Seit einigen Jahren ist es möglich, die systematischen Sorgerechtsentzüge, die lesbische

26. April

Frauen bei einer Trennung von ihrem Ehemann fast unweigerlich erlitten, historisch und politisch aufzuarbeiten. Als in diesem Jahr erstmalig der homosexuellen Opfer der NS-Diktatur im Bundestag gedacht wurde, wurden tatsächlich schwule und lesbische Opfer auf Augenhöhe und gleichermaßen repräsentiert.

Das wohlwollende Sehen von Lesben ist lebensentscheidend in vielen Bereichen. In vielen Ländern der Welt werden Schwule und Lesben nach wie vor staatlich verfolgt, ermordet und hingerichtet. In einigen dieser Länder steht nur die männliche Homosexualität unter Strafe. Dies bedeutet jedoch nicht, dass lesbische Frauen nicht auch von Gewalt betroffen sind: Ein selbstbestimmtes Leben wird von vornherein durch staatliche, gesellschaftliche und familiäre Kontrolle verunmöglicht. Ein Mangel an Bewusstsein (oder auch Interesse) dafür führt beispielsweise dazu, dass lesbische Asylsuchende weniger Chancen auf ein Bleiberecht in Deutschland haben und in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, wo ihnen Zwangsverheiratung, Vergewaltigung und familiäre Gefangenschaft drohen.

Wenn am 26. April an vielen Orten gleichzeitig „lesbische Sichtbarkeit“ eingefordert wird, dann ist das niemals eine rein eigennütze Teilhabekampagne, sondern dies geschieht auch in dem Bewusstsein, dass es Sichtbarkeit und Gesehenwerden braucht, um politisch produktiv und wirksam solidarisch mit allen marginalisierten und prekarierten Menschengruppen zu sein! Denn Lesben sind überall und überall ist Lesbengeschichte.

Massaker von Meja

Melina Borčak

Dämmerung, 5 Uhr morgens. Eine Gruppe von Männern klopft, schlägt an die Tür: „Raus aus eurem Haus, denn wir werden es verbrennen!“ So erinnert sich eine Teenagerin an den 27. April 1999.

Die Männer waren von der Polizei Serbiens, die Teenagerin und ihre Familie Albaner*innen aus Kosovo. Mehr müsste man eigentlich nicht sagen, damit alle erkennen, was für ein Grauen mit diesem Tag verbunden ist. Doch leider sind die Kriegsverbrechen Serbiens an Albaner*innen so unbekannt, dass man es immer wieder und wieder sagen muss. Deshalb hier die Geschichte des Massakers in Meja.

Am frühen Morgen fuhren die Armee und Polizei Serbiens in mehrere Orte rund um das Dorf Meja, plünderten und verbrannten albanische Häuser und vertrieben deren Bewohner*innen. Sie zwangen die Menschen zum zentralen Ort des Verbrechens: nach Meja. Dort wurden sie erneut ausgeraubt. Die Polizei, der „Freund und Helfer“, zwang alle Vertriebenen, ihr letztes Hab und Gut zu übergeben, drohte ihnen und schlug sie zusammen.

Brüder wurden von Schwestern getrennt, Väter von Kindern, Söhne von Müttern. Männer und Jungen wurden gezwungen zu schreien: „Lang lebe Serbien! Lang lebe Milošević!“. Sie wurden geschlagen, gefoltert. Auf dem Boden kniend, aus Schmerzen oder durch Zwang und mit verbundenen Händen, wurden sie ermordet.

27. April

All das berichteten Zeug*innen der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. „Die Straße war voller Blut“, erinnerte sich ein Überlebender.

Mindestens 377 Menschen wurden ermordet, an einem Tag. Monate später, als NATO-Truppen nach Meja kamen, sahen sie Haufen aufeinandergeworfener Leichen. Sie sahen Leichen mit abgetrennten Köpfen, komplett zertrennte Körper. Verstreute Gegenstände und gebrochene Knochen, die einst Menschen gehörten. Menschen, die dem jahrhundertealten Traum von „Großserbien“ zum Opfer fielen.

Doch das war nicht alles: Ein Teil der Leichen wurde in LKWs gepackt und in ein Massengrab nahe Belgrad gefahren.

Nur wenige der Mörder wurden zur Verantwortung gezogen. Der Hauptverantwortliche, General Vladimir Lazarević, wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt. Später wurde die Strafe auf 14 Jahre reduziert und nachdem er zwei Drittel abgesessen hatte, wurde er 2015 ganz freigelassen. Zehn Jahre Haft für Tausende gestohlener Lebensjahre.

In Serbien wurde er als Held empfangen und lehrt nun als Professor an der Militärakademie, um neue Generationen der Armee Serbiens auszubilden. Bitte denkt daran, wenn jemand behauptet, „Kosovo ist Serbien“ oder sich über die notwendige Unabhängigkeit Kosovos oder den ebenso notwendigen NATO-Einsatz beschwert.

Für die Menschen von Meja und den umliegenden Orten ist es zu spät. Aber die Überlebenden, tief traumatisiert und verwundet, leben mitten unter uns in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Sie beweisen, warum Erinnerungskultur keine Vergangenheit ist.

Erster CSD in Deutschland

Andrea Hanna Hünninger

„Wir schwulen Säue wollen endlich Menschen werden und wie Menschen behandelt werden!“ Die provokante Forderung stammt aus Rosa von Praunheims Skandalfilm „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt“ von 1971. Geschrieben hat sie der Drehbuchautor und spätere Frankfurter Sexualwissenschaftler Martin Dannecker, einer der wichtigsten Mitbegründer der deutschen Schwulenbewegung.

Ein Jahr nach Uraufführung des umstrittenen, für den WDR gedrehten Films, folgt der damals 30-jährige Praunheim-Mitstreiter Dannecker einer Einladung der Homosexuellen Studentengruppe Münster (HSM). Zusammen mit allen bereits existierenden Homosexuellen-Gruppen plant die HSM in der erzkonservativen westfälischen Bischofsstadt die Gründung eines deutschen Dachverbandes. Am 29. April 1972 endet das Treffen mit einem historischen öffentlichen Ereignis: der ersten Schwulen-Demonstration in Deutschland.

Die perverse Situation der Homosexuellen beginnt schon mit der Gründung der Bundesrepublik. Denn der infame § 175 des Nazi-Strafrechts, der im Dritten Reich Tausende das Leben kostete, geht 1949 unverändert ins Strafgesetz der Bundesrepublik ein. Selbst das Bundesverfassungsgericht bestätigt ihn 1957: „Gleichgeschlechtliche Betätigung verstößt eindeutig gegen das Sittengesetz.“ Erst 1969 streicht die sozialliberale Koalition die Strafandrohung für Homosexualität unter erwachsenen Männern. Von gleichgeschlechtlichem Sex unter Frauen wird noch nicht gesprochen.

29. April

Die meisten Deutschen verurteilen Homophilie allerdings weiter als perverse Verirrung. Schwule müssen deshalb unverändert ein Doppelleben führen oder sich mit einer verachteten Existenz am Rand der Gesellschaft abfinden. „Lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder“, bringt CSU-Chef Franz Josef Strauß 1970 auf einem CDU-Parteitag unter großem Gelächter Volkes Stimme auf den Punkt. Doch in New York fand kurz zuvor ein Ereignis statt, das den schwul-lesbischen Kampf auch in Deutschland nachhaltig prägt. Dort wehrten sich im Juni 1969 in der Christopher Street erstmals Homosexuelle mit tagelangen Demonstrationen gegen schikanöse Razzien der Polizei.

In der Bundesrepublik ist die politisierte Student*innenschaft Keimzelle des schwulen Protests. Auch bei dem Treffen 1972 in Münster wird der Kampf gegen Ausgrenzung als Teil des gesamtpolitischen Engagements gegen die bürgerlich-kapitalistischen Strukturen in der BRD propagiert. „Brüder und Schwestern, ob warm oder nicht, den Kapitalismus bekämpfen ist unsere Pflicht“, schreibt Martin Dannecker deshalb auf sein Transparent bei der ersten Schwulen-Demo, die am 29. April mitten in den Münsteraner Einkaufstrubel platzt.

Die Kundgebung der einigen Dutzend zumeist männlichen Teilnehmer erregt zwar großes Aufsehen, geht aber friedlich über die Bühne. Doch trotz der sexuellen Revolution steht der Bewegung ein langer Marsch bis zur gesellschaftlichen Akzeptanz und offen demonstrierter „Gay Pride“, also queerem Stolz, bevor. Noch in den 80ern können Städte mit richterlichem Segen Infostände homosexueller Gruppen wegen angeblicher Jugendgefährdung verbieten. Erst in den 90er-Jahren beginnt die Tradition der schrill-bunten Paraden zum Christopher Street Day, die inzwischen, etwa in Köln, als eine Art schwuler Sommer-Karneval Hunderttausende Zuschauer*innen jeder sexuellen Orientierung anziehen.

„Ich bin schwul, und das ist auch gut so“, erklärt der SPD-Politiker Klaus Wowereit 2001. Der Ausbruch von Lesben und Schwulen aus der Isolation scheint also gelungen, die Angst vor Diskriminierung überwunden. Und doch hat es bis heute kein aktiver deutscher Fußballprofi gewagt, sich als Homosexueller zu outen – wahrscheinlich aus naheliegender Grund. Die Stigmatisierung und Rollenzuschreibungen Homosexuellen gegenüber sind nach wie vor verbreitet. Sie sind noch immer als „die anderen“ gesellschaftlich randständig.

1972

Jom haScho'a

Benjamin Fischer

Am 27. Nissan (üblicherweise Ende April/Anfang Mai) begeht Israel den Jom haZikaron laScho'a weLaGwura (Gedenktag für den Holocaust und jüdisches Heldentum), im Volksmund als Jom haScho'a bekannt, seinen nationalen Holocaust Gedenktag. Ursprünglich sollte er auf den Jahrestag des Aufstandsbeginns im Warschauer Ghetto fallen, doch da dieser mit der Nacht vor dem Pessachfest (14. Nissan) zusammenfiel, wurde ein späterer Tag im Aufstand zu Israels nationalem Gedenktag. Das Wort *Shoah* („Katastrophe“) stammt aus dem Hebräischen und bezeichnet den Genozid an den europäischen Jüdinnen*Juden während des Nationalsozialismus, vergleichbar ist es dem Romaniwort „Porajmos“. Religiöse Jüdinnen*Juden lehnen das Wort *Holocaust* häufig ab, da es der christlichen Theologie entspringt. Dennoch benutzen viele Gemeinden es zur Bezeichnung aller von den Nazis begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und nicht nur für die an ihrem Kollektiv begangenen. Über diese Begrifflichkeiten ließen sich Seiten füllen. So viel sei aber noch gesagt: Der anglo-amerikanische Gebrauch der Terminologie unterscheidet sich stark von dem in anderen nationalen Kontexten.

Der Jom haScho'a gehört neben dem Jom haAtzma'ut und dem Jom Yerushalaim zu einer Reihe nationaler Feiertage, die vor der Gründung des Staates Israel nicht Teil des traditionellen jüdischen Kalenders waren. Üblicherweise wird der Tag mit einer öffentlichen Feier in Yad Vashem begangen, eine Sirene lässt das ganze Land stillstehen und alle Menschen zwei Minuten in Schweigen verharren. Während der sechs Millionen Jüdinnen*Juden gedacht wird, die im Holocaust ermordet worden sind, bleiben auf der Autobahn die Fahrzeuge auf der Standspur stehen, im ganzen Land ruhen die Geschäfte

27. Nissan

und es herrscht vollkommene Stille. Der Gedanke, einer nationalen Katastrophe zu gedenken, indem die Erinnerung an den heroischen Aufstand im Warschauer Ghetto hochgehalten wird, wurzelt darin, wie der junge Staat Israel sich seit seiner Gründung zum Völkermord gestellt hat. Seit ihrer Gründung und bis heute betrachtet die Nation die jüdische Selbstbestimmung als Gegensatz zum Opferdasein, als die einzige Garantie dafür, dass Jüdinnen*Juden nie wieder wehrlos in Gaskammern geschickt werden können. Der Pioniergeist des neugegründeten jüdischen Staates brachte sogar viele Überlebende dazu, sich ihres Opferseins zu schämen. Schließlich war schon manch ein Ruf an sie ergangen, den jungen jüdischen Staat in seinen frühen Kriegen mit Waffengewalt zu verteidigen. Daher war es der heldenhafte, wenngleich vergebliche Versuch, sich gegen die Nazis in Warschau zu erheben, der in die Erinnerung eingehen sollte und nicht etwa die Befreiung eines Konzentrationslagers. Der jüdische Staat sorgte dafür, die Erinnerung an den jüdischen Widerstand ebenso lebendig zu erhalten wie die an das jüdische Opfersein. Auch wenn es – aus einer historischen Perspektive – nur wenige jüdische Widerstandsakte gegeben hat, ist es nur allzu begreiflich, dass die Erinnerung ihnen gelten sollte. Heute wissen wir selbstverständlich, warum es nur so wenige gegeben hat: aufgrund der entsetzlichen Raffinesse und des industriellen Vorgehens der deutschen Tötungsmaschinerie. Erst nach dem in den frühen 60er Jahren öffentlich ausgestrahlten Prozess gegen Eichmann begannen viele Überlebende ihre Geschichten zu erzählen, denn das Ausmaß des Völkermords, die schiere Vernichtung war nun der ganzen Nation deutlich geworden. Seitdem hat sich in Israel der Tag, und wie er begangen wird, einschneidend verändert.

Jüdische Gemeinden auf der ganzen Welt pflegen den Tag als eine eher intime, auf die Gemeinde beschränkte Form der Erinnerung zu begehen. Daneben wird noch ein in den Ländern entsprechend gefeierter Gedenktag begangen – oft ist dies der 27. Januar. In diesem Sinne ist ein israelischer Nationalfeiertag in den jüdischen Kalender von heute eingegangen. Politiker*innen und Vertreter*innen des Staates werden nur selten zu den Feierlichkeiten am Jom haScho'a eingeladen, doch religiöse Zeremonien finden an diesem Tag oft statt. Es werden besondere Gebete gesprochen, etwa eine eigene Version des El Male Rachamim (Der Herr ist voller Barmherzigkeit). Gemeinden fordern die noch unter uns weilenden Überlebenden auf, das Wort

zu ergreifen, mehrere Generationen der Familien begegnen sich im Gespräch und hängen persönlichen Formen der Erinnerung an.

Die jüdische Gemeinde in Berlin beginnt beispielsweise damit, die Namen der 55.696 ermordeten Berliner Jüdinnen*Juden vor ihrem Gemeindezentrum in der Fasanenstraße vorzulesen. Normalerweise koordiniert der lokale Jugendverband das Ereignis und allein diese Zeremonie nimmt mehrere Tage des ununterbrochenen Vorlesens in Anspruch. Eine Delegation von etwa 17.000 Jugendlichen begibt sich jedes Jahr auf den „Marsch der Lebenden“ – um einen Kontrapunkt zu den Todesmärschen zu setzen. Oft singen und tanzen sie dabei gemeinsam mit ihren Verwandten, die überlebt haben. Nachdem sie eine Woche in Polen verbracht, viele der Lager besucht und manches über jüdisches Leben im Vorkriegspolen erfahren haben, reisen viele von ihnen weiter nach Israel, um dort den Unabhängigkeitstag am 5. Ijar zu feiern.

Als ich in Berlin als Jugendleiter tätig war, pflegten wir oft die Lücken im Zeitplan für das Vorlesen der Namen auszufüllen, sodass wir oft ganze Nächte hindurch lasen. Damals sagte jemand zu mir, wir müssten, wollten wir nur für jeden der sechs Millionen während des Holocausts ermordeten Juden eine Schweigeminute einlegen, ungefähr elfeinhalb Jahre schweigen.

MAI

1. Mai	Todestag von Marcus Omofuma	1999
2. und 3. Mai	Massaker von Studime in Vushtrri	1999
5. Mai	Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung	
6. Mai	Das Konzentrationslager Ebensee in Österreich und die Befreiung	1945
8. – 9. Mai	Das Kriegsende im kollektiven Gedächtnis der Ukraine	1945
10. Mai	Bücherverbrennung	1933
13. Mai	Gedenktag für die im Nationalsozialismus verfolgten Chinesen in Hamburg („Chinesenaktion“)	1944
16. Mai	Widerstand war vielfältig – Sinti*zze und Rom*nja im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau	1944
17. Mai	Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit	
18. Mai	Mullivaikkal Remembrance Day	
21. Mai	Welttag der kulturellen Vielfalt für Dialog und Entwicklung	
26. Mai	Todestag der Lyrikerin und Aktivistin Semra Ertan	1982
26. Mai	Der „Asylkompromiss“	1993
29. Mai	Der Mordanschlag von Solingen	1993
31. Mai	Tag der weißen Bänder	1992
31. Mai	Tod von Falko Lüdtko	2000



Todestag von Marcus Omofuma

Marko Dinić

Am 1. Mai 1999, neun Tage vor seinem 26. Geburtstag, starb während eines Abschiebeflugs nach Bulgarien Marcus Omofuma, ein nigerianischer Staatsbürger, der wegen politischer Verfolgung zunächst in Deutschland und dann in Österreich um Asyl ansuchte, um in letzter Instanz abgewiesen und unter Folter abgeschoben – und getötet zu werden.

Polizist*innen hatten den gegen seine Abschiebung sich wehrenden Marcus Omofuma mit Klebeband an einen Flugzeugsitz gefesselt. Mit dem Band wurden ebenfalls sein Mund und seine Nase abgeklebt. Marcus Omofuma erstickte während des Flugs. Ein in Bulgarien gefertigtes Gutachten über die Todesursache ergab zudem, dass Druck auf Marcus Omofumas Brust ausgeübt wurde – eine Darstellung, die später von der österreichischen Regierung, die ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben hatte, als falsch abgewiesen wurde. Zwei weitere Gutachten bestätigten schließlich die Untersuchung des bulgarischen Arztes Stojcho Radanov: Marcus Omofuma war einen Erstickungstod gestorben.

Beim Gerichtsverfahren im Falle Marcus Omofuma trat ein Schema hervor, das im Kontext von rassistisch motivierten Polizeiverbrechen nur allzu bekannt sein sollte: Die drei Beamt*innen bekamen wegen fahrlässiger Tötung acht Monate bedingte Haft und durften danach ihrem Beruf weiter nachgehen.

1. Mai

Marcus Omofuma war einer der ersten prominenten Fälle von Polizeigewalt in Österreich in einer nicht enden wollenden Reihe an „Einzelfällen“ von Gewalt gegen Asylbewerber*innen und BIPOC. Er trieb einen Teil der Gesellschaft auf die Straßen und dient heute noch als abschreckendes Beispiel für ein rassistisches System innerhalb des Polizeiapparats. Die Ähnlichkeit zu vielen weiteren Fällen, die in neuerer Zeit in Bewegungen wie *Black Lives Matter* mündeten, ist beschämend für eine europäische Gesellschaft, die sich die Wahrung der Menschenrechte hoch auf die Fahnen schreibt.

So soll auch Marcus Omofumas Tod als mahnendes Beispiel dafür dienen, dass Rassismus keinen Platz in einer pluralen Gesellschaft hat. In Wien an der Ecke Mariahilfer Straße und Museumsplatz erinnert ein Mahnmal an den viel zu jung gestorbenen, von Polizisten ermordeten Marcus Omofuma.

Massaker von Studime in Vushtrri

Vatan Ukaj

Das Massaker von Studime ereignete sich im Rahmen des Kosovokriegs im Zuge der Jugoslawienkriege. Durch die gewaltvolle Okkupation der serbischen Streitkräfte über die Stadt Vushtrri und einige ihrer umliegenden Dörfer wurden die albanischen Bewohner*innen gezwungen, ihre Häuser zu verlassen, um vor Misshandlung, Mord und Terror der Serb*innen zu fliehen. Albanisch sprechen war bereits seit 1990 durch die erlassenen Dekrete der Regierung Milošević verboten.

Die Vertreibung, Vernichtung und Auslöschung der Nachfahren der Illyrer, die damaligen Dardanët und heute ethnischen Albaner*innen in Kosovë, waren für die Serben unter Führung von Slobodan Milošević ein wichtiges politisches Ziel. Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Ein Konvoi von rund 1.000 albanischen Kosovarë machte sich auf den Weg, um vor den serbischen Truppen östlich von Vushtrri zu fliehen. Die serbische Polizei und paramilitärische Einheiten erreichten den südwärts fahrenden Konvoi. Im Konvoi wurden weiße Friedensflaggen gehalten. Zwischen dem 2. und 3. Mai wurden 120 Menschen zwischen Studime e Epërme und Studime e Poshtme nahe Vushtrri getötet.

Der Rückzug der Befreiungsarmee des Kosovo (UÇK) wurde von den serbischen Streitkräften ausgenutzt, um albanische Dörfer niederzubrennen. Zuerst wurden die Dörfer Melenicë, Shalë e Bajgorës, Tërllabuq, Kurullojë, Skoçë und weitere attackiert, gefolgt von

2. und 3. Mai

mehreren anderen Dörfern im nordöstlichen Teil von Vushtrri und schließlich Studime e Epërme. Dort schlossen sich insgesamt etwa 30.000 bis 40.000 Zivilist*innen aus verschiedenen Orten wie Ceceli, Sllakovc, Drenicë, Llap und weiteren zusammen. Ihnen stand nur eine Straße zur Flucht zur Verfügung, die Route führte von Studime e Epërme über Studime e Poshtme nach Vushtrri.

Ein Konvoi von Zivilist*innen setzte sich auf Befehl von serbischen Polizeibeamten in Richtung Vushtrri in Bewegung, wobei sie gezwungen waren, die einzige verfügbare Route zu nutzen. „Die Flucht war von Angst vor den serbischen Truppen begleitet, da die Menschen befürchteten, dass Tschetnik-Paramilitärs und serbische Soldaten bald kommen und uns, alle albanischen Menschen, umbringen würden“, wie von Shukri Gërxhaliu, einem Überlebenden, berichtet wurde.

Die serbischen Paramilitärs erreichten Studime e Epërme nach dem Niederbrennen der Dörfer und begannen ein Massaker an der albanischen Zivilbevölkerung.

Das Eintreffen der serbischen paramilitärischen Kräfte bedeutete das Ende für viele Zivilist*innen im Konvoi. Die Paramilitärs setzten die albanische Bevölkerung unter Druck, zerstörten Fahrzeuge und begannen schließlich gegen Abend mit Morden und Massakern an 120 albanischen Zivilist*innen.

Ein Teil des Konvois entkam dem Massaker und wurde in das Rathaus Vushtrri gebracht, das unter strenger Kontrolle serbischer Paramilitärs stand. Die Bedingungen dort waren miserabel, da die Menschen ohne Essen, Trinken und unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen übernachten mussten. Während ihres Aufenthalts im Rathaus wurden einige Zivilist*innen von serbischen Kräften abgeholt und hingerichtet. Eine Gruppe von Frauen, älteren Menschen und einigen Männern wurde in ein anderes Ortsviertel gebracht, während eine Gruppe von Männern im Gefängnis von Smrekonica festgehalten und misshandelt wurde.

Die Ermordung der albanischen Zivilist*innen in Studime war keine zufällige Handlung, sondern geschah aufgrund eines Befehls,

2. und 3. Mai

wie verschiedene Zeug*innen berichteten. Am 3. Mai versuchten die Serben, die Leichen zu bergen und zu beseitigen, wurden jedoch von UÇK-Soldaten aufgehalten, was ihr Vorhaben vereitelte. Schließlich gelang es zwei UÇK-Soldaten mithilfe von Zivilist*innen, die Leichen des Massakers zu begraben. Die Beerdigung dauerte drei Tage, vom 3. bis zum 5. Mai.

Der Ermittler des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) Romeu Ventura gab an, dass am 2. Mai 120 Zivilist*innen von serbischen Truppen ermordet und zwei Tage später fünf Meilen östlich von Vushtrri in einem Massengrab begraben wurden.

Während des ICTY in Den Haag wurde lediglich gegen den serbischen Polizeigeneral Vlastimir Đorđević der Fall Vushtrri verhandelt. In der Anklageschrift gegen Đorđević wurde festgestellt, dass durch seine Verantwortlichkeit albanische Kosovarë bei dem Massaker in der Nähe des Dorfes Studime am 2. Mai 1999 getötet wurden. Đorđević wurde zu 27 Jahren Haft verurteilt.

Der Schuldspruch gegen ihn erfasst Tatbestände wie Deportation und Vertreibung von 800.000 albanischen Kosovarë, vielfacher Mord, Zerstörung von kulturellen und religiösen Stätten. Dennoch gab es weit mehr als 100 zusätzliche Täter, gegen die im Rahmen des ICTY nicht ermittelt wurde.

5. Mai

Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Anne Gersdorff

Für eine ganze Personengruppe ist heute ein wichtiger Tag: Der 30. Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Dieser Tag wurde von der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland (ISL) ins Leben gerufen, dem deutschen Pendant zur US-amerikanischen Independent Living-Bewegung. ISL setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen nicht mehr bevormundet, betreut und diskriminiert werden. Dabei geht es zum einen darum, Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen, damit behinderte Menschen selbstbestimmt leben und teilhaben können. Zum anderen sollen Einrichtungen, die dazu führen, dass behinderte Menschen exkludiert werden, abgeschafft werden (z.B. Sonderschulen oder Werkstätten für Menschen mit Behinderungen).

Menschen mit Behinderungen werden häufig immer noch vergessen

Doch warum braucht es einen Protesttag? Auch wenn sich mittlerweile viel getan hat, was die Anerkennung und Berücksichtigung der Vielfalt in unserer Gesellschaft betrifft, werden Menschen mit Behinderungen dabei häufig immer noch vergessen. Dabei leben in

Deutschland über 10,4 Millionen Menschen mit Behinderungen. Somit hat jede*r achte Einwohner*in Deutschlands eine Behinderung. Was auch kaum jemand weiß: Die wenigsten Menschen mit Behinderungen haben diese seit ihrer Geburt. Fast 90% aller Behinderungen treten erst im Laufe des Lebens auf. Umso wichtiger ist es, dass Menschen mit Behinderungen sichtbar sind und sich laut und vehement für ihre Rechte einsetzen. Außerdem macht der Protesttag deutlich: Menschen mit Behinderungen setzen sich aktiv für ihre Rechte ein! Das hat auch einen wichtigen Aspekt von Empowerment.

Menschen mit Behinderungen sind Expert*innen in eigener Sache

Inspiriert ist der Europäische Protesttag von der weltweiten Behindertenbewegung, die in den 1960er Jahren begann (siehe dazu: Dokumentarfilm, Sommer der Krüppelbewegung, Netflix, 2020). Bei der Vertretung ihrer eigenen Interessen wurden behinderte Menschen durch die Bürger*innenrechtsbewegung Schwarzer Menschen in den USA und der von Student*innen unterstützt und motiviert. Immer mehr behinderte Bürger*innen erkannten, dass viele Schwierigkeiten weniger auf individuelle Defizite zurückzuführen sind, sondern aus gesellschaftlichen Diskriminierungen resultieren. Daraufhin wehrten sich weltweit behinderte Menschen gegen die Wohlfahrt und klassische Behindertenhilfe, die zur Institutionalisierung führt und in der professionelle Personen über das Leben von Menschen mit Behinderungen entscheiden. Menschen mit Behinderungen sind jedoch Expert*innen in eigener Sache. Zu den Aktivist*innen dieser Zeit zählen z. B. Ed Roberts, Hale Zukas, Judith Heumann, Peg Nosek, Beverly Chapman, Lex Frieden u. a.

Deutschland kommt den Beschlüssen der UN-Behindertenrechtskonvention nur ungenügend nach

Seit der Gründung des Europäischen Protesttages vor 30 Jahren hat sich für behinderte Menschen einiges entwickelt und verändert. 2009 trat unter Mitwirkung vieler behinderter Menschen die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Diese verpflichtet Deutschland und andere Staaten, alles zu tun, damit Menschen mit Behinderungen im selben Umfang wie alle anderen an der Gemeinschaft teilhaben können – zum Beispiel in den Bereichen Schule, Arbeit und Wohnen.

5. Mai

Eine inklusive Gesellschaft ist damit ein Menschenrecht. Doch Deutschland scheitert daran, diesem Anspruch umfassend nachzukommen und wird dafür regelmäßig von Menschen mit Behinderungen selbst, aber auch von der UN gerügt.

Der Weg zur Inklusion ist noch längst nicht abgeschlossen. Die jüngste aktive Behindertenbewegung zeigt, dass Menschen mit Behinderung noch nicht zufrieden sein können. Vielen Menschen mit Behinderungen geht der Prozess zu schleppend voran, weshalb heute viele Menschen für ihr volles Recht auf Selbstbestimmung, Barrierefreiheit und Teilhabe auf die Straße gehen.

Das Konzentrationslager Ebensee in Österreich und die Befreiung

Sarah Grandke

Ebensee, ein kleiner Ort am Traunsee in den oberösterreichischen Alpen, ist heute für die vielen Tourist*innen ein Ort zum Entspannen, zum Wandern und im Sommer zum Baden. Ebensee ist jedoch mehr: Dort hielten die Nationalsozialist*innen von November 1943 bis 6. Mai 1945 insgesamt über 27.000 Häftlinge des Konzentrationslagers. Ebensee galt als Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen und war eingebunden in ein weitverzweigtes System von Konzentrationslagern. Der Großteil der Ebensee-Gefangenen kam aus dem östlichen Europa: aus Polen, der Sowjetunion und Ungarn. Etwa 30 Prozent waren als jüdische Häftlinge registriert. Über 8.100 Menschen wurden in Ebensee ermordet oder kamen aufgrund der katastrophalen Umstände und extrem harschen Zwangsarbeitsbedingungen beim Stollenbau ums Leben.

Die Situation der Gefangenen im Konzentrationslager Ebensee verschärfte sich noch mehr in den letzten Kriegsmonaten, als die Nationalsozialist*innen Tausende weitere geschwächte und halb tote Häftlinge auf Todesmärschen und -transporten nach Ebensee verschleppten. Truppen der US-Armee befreiten das völlig überbelegte Konzentrationslager am 6. Mai 1945. Es war damit eines der letzten

6. Mai

großen Konzentrationslager, das alliierte Truppen erreichten. Die Fotos und Videos vom befreiten Ebensee gingen um die Welt. Diese sind zu verstörenden Bildikonen und Belegen der NS-Gewaltherrschaft und der Konzentrationslager geworden.

Reinhard Florian, ein deutscher Sinto, schrieb in seinen Erinnerungen eindringlich, dass er nach dem Überleben der deutschen Konzentrationslager, und darunter Ebensee, nicht mehr der Mensch sein konnte, der er einmal war: Seine Familie, sein Freundeskreis, sein Besitz sowie insgesamt seine Heimatstadt in Ostpreußen existierten nicht mehr.

„Durch das Leid, das wir ertragen mussten, sind wir zu Gefangenen unserer Erinnerung geworden.“¹ Befreit und doch nicht in Freiheit, so erinnerten viele Häftlinge die Zeit nach dem Danach. Der Tag der Befreiung war ohne Frage ein Tag der Erleichterung – befreit von der NS-Gewaltherrschaft – doch ebenso auch für viele einer der traurigsten ihres Lebens. Viele Überlebende beschrieben die folgende Zeit als große Leere, in der Gefühle wie Trauer, Wut, Schmerz und Unruhe vorherrschend waren. Die Freude über das eigene Überleben wandelte sich schnell in zermürbende Fragen: Was mag aus den Angehörigen geworden sein? Wohin zurückkehren? Wie soll es weitergehen? Wem kann vertraut werden? Wer hört zu? Wer versteht die eigenen traumatischen Erfahrungen?

Ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Ebensee erlebten die kommenden Wochen nach der Befreiung sehr unterschiedlich: In Ebensee beschrieben viele auch die Zeit nach dem Überleben als Hölle und vor allem als Zeit der Selbstjustiz. Einige Überlebende gingen selbst gegen ihre ehemaligen Bewacher, NSDAP- und SS-Angehörigen wie vormaligen Mitgefangenen vor. Andere waren Monate im Krankenhaus und erinnerten die unmittelbare Zeit nach der Befreiung nur kaum. Wieder andere fanden die physische wie psychische Kraft und wurden sofort aktiv. Sie engagierten sich für andere Befreite oder ihre jeweiligen nationalen Gruppen. Wieder andere besorgten sich Fahrräder oder besseres Schuhwerk und machten sich auf eigene Faust auf dem Weg nach Hause oder auf die Suche nach Angehörigen.

¹ <https://www.befreiungsfeier.at/historisches/geschichte-befreiungsfeier/reinhard-florian>

Es herrschte ein extremes Chaos; Stress und Anspannung lebten fort, wenn auch gänzlich anders als während der NS-Gefangenschaft. Hunderte Überlebende des Konzentrationslagers waren derart traumatisiert und regelrecht apathisch, dass sie selbst kaum zu Aktivitäten oder gar zu Entscheidungen in der Lage sein konnten. Wieder andere wollten so viel wie möglich ihre wiedergewonnene Freiheit genießen: Einige berichteten von ausgelassenen Feiern, Wanderungen und neuen Freund- und Liebschaften. Wieder andere, wie eine Gruppe befreiter Ukrainer, entschied sich zwar, Ebensee so schnell wie möglich zu verlassen, doch in Österreich bleiben zu wollen und sich als Polen, Tschechen und Russen auszugeben, da sie Angst vor Zwangsrückführungen und politischen Repressionen vonseiten des sowjetischen Geheimdienstes hatten. Wieder andere wollten vor allem so schnell wie möglich aus den ehemaligen Baracken des Konzentrationslagers heraus: Sie gingen in die Umgebung von Ebensee, wo sie sich teils freiwillig, teils unter Druck, teils mithilfe der US-Amerikaner*innen Räumlichkeiten und Besitz bei der österreichischen Bevölkerung aneigneten.

Zygmunt Henry Braun überlebte die NS-Verfolgung, da er seine jüdische Identität verbarg, untertauchte und sich dann als katholischer Pole ausgab. Zu welcher Gruppe gehörte er nun und wohin sollte er gehen? Er persönlich hörte zwar von Antisemitismus, doch selbst habe er dies in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht erlebt, erinnerte er 2014. Nach einigen Wochen im Krankenhaus fragte ihn ein Arzt, wohin er nach seiner Entlassung gehen wolle. Für Braun sei dies ein enormes Dilemma gewesen: „In the end, I said I wanted to go back to Ebensee (...), not really knowing where to go, (...) not knowing what to do next.“²

Alle Befreiten erhielten den Status als DPs, Displaced Person. Für die Alliierten galten DPs als Personen, die sich bei Kriegsende *außerhalb* des eigenen Herkunftslandes befanden und auf Hilfe angewiesen waren. Neben befreiten Häftlingen aus den Konzentrationslagern galten vor allem befreite zivile Zwangsarbeitende und Kriegsgefangene als „displaced“, als versetzt. Nach alliierter Vorstellung sollten DPs schnellstmöglich in die Heimat rückgeführt werden.

2 Braun, Zygmunt Henry (2014): My life 1934–1946. Melbourne.

6. Mai

Doch von insgesamt etwa elf Millionen DPs verblieb etwa eine Million vor allem in Westdeutschland, Österreich und Italien. Eine Heimat gab es für viele nicht mehr: Deren Familien und Besitz hatten die Nationalsozialisten zerstört. Dazu machten massive Grenzverschiebungen im östlichen Europa eine Rückkehr oft ohnehin unmöglich. Des Weiteren weigerten sich viele DPs, im Kommunismus zu leben: Eine Rückkehr z. B. in die Sowjetunion oder in ein Polen unter sowjetischen Einfluss war für die meisten der zurückbleibenden DPs undenkbar. Viele jüdische Displaced Persons sahen ihre eigene Zukunft nur in einem eigenen jüdischen Staat gesichert. Es folgte eine lange Zeit der Ungewissheit und des Abwartens. Am Rande der deutschsprachigen Gesellschaften sowie im Land der ehemaligen Täter*innen emigrierte ein Großteil der DPs nach oft erst drei, vier oder fünf Jahren als DPs in die USA, nach Australien, Kanada und Großbritannien. Zygmunt Henry Braun verschlug es ans andere Ende der Welt nach Melbourne. Doch egal, wohin die Überlebenden gingen, Ebensee und die Zeit im Konzentrationslager verließen sie nie.

Das Kriegsende im kollektiven Gedächtnis der Ukraine

Ihor Dvorkin

In westeuropäischen Ländern steht der 8. Mai 1945, der Tag der „bedingungslosen Kapitulation“ NS-Deutschlands, als „Tag der Befreiung“ für das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa. In der UdSSR und in einigen postsowjetischen Ländern hingegen wurde der „Tag des Sieges“ – nach der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde – am 9. Mai gefeiert. Die Sowjetunion erklärte ihn 1965 zum Feiertag, um an den „Sieg über den Faschismus“ im „Großen Vaterländischen Krieg“ 1941–1945 zu erinnern.

Gedenktag in der Ukraine nach der Unabhängigkeitserklärung

Auch nach dem Zerfall der Sowjetunion und der 1991 erklärten Unabhängigkeit wurden die Feierlichkeiten zum 9. Mai in der Ukraine fortgesetzt, in den ersten Jahrzehnten zunächst noch in der Tradition des sowjetischen „Tag des Sieges“. Begangen wurde er mit staatlich organisierten Massenveranstaltungen und Paraden, mancherorts begleitet von der Demonstration von Kriegsgerät und Aufmärschen von Kriegsveteranen. Einige Parteien nutzten den „Tag des Sieges“ für die Mobilisierung ihrer Wählerschaft und die Zurschaustellung der entsprechenden Parteisymbole. Auch der Kriegsoffer wurde an diesem Tag gedacht. Laut einer Umfrage des Razumkov-Zentrums von 2011 betrachteten 70 Prozent der Befragten den „Tag des Sieges“ als

8. – 9. Mai

„großen Feiertag“¹. Aus einer Reihe von historischen Gründen war der Zuspruch zum Gedenktag im Westen der Ukraine geringer.

Von der Kriegsheldenverehrung zum Gedenken an alle Kriegsoffer

Seit der russischen Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine 2014 hat die Erinnerungskultur in der Ukraine sich gewandelt. Der Tag wird seitdem im Gedenken an alle Kriegsoffer und nicht mehr nur der im heldenhaften Kampf des „Vaterländischen Krieges“ Gefallenen begangen. Seit 2015 wird das Kriegsende wie in Westeuropa am 8. Mai, dem „Tag des Gedenkens und der Versöhnung“ („День пам'яті та примирення“) gefeiert, während der 9. Mai, weiterhin ein nationaler Feiertag, in „Tag des Sieges über den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg“ („День перемоги над нацизмом у Другій світовій війні“) umbenannt wurde. Das Symbol beider Gedenktage ist die Mohnblüte und die Botschaft lautet: „1939–1945. Wir gedenken. Wir werden siegen“ und „Nie wieder“.

Erinnerung in Charkiw

Wie sehen diese Erinnerungspraktiken in den grenznahen Regionen zu Russland aus? Werfen wir dafür einen Blick auf das nahe an der Grenze gelegene Charkiw im Osten der Ukraine. Auch dort veränderte sich mit der Unabhängigkeit der Ukraine die Ästhetik der Feierlichkeiten, aber nicht ganz so grundlegend wie im Westen des Landes. Die Feierlichkeiten wurden von den kommunalen Behörden organisiert und im Mittelpunkt stand weiterhin die Verehrung der Kriegsveteranen etc. Im Wesentlichen wurde der Feiertag also auch in der postsowjetischen Zeit von Bevölkerung und von offizieller Seite nach wie vor nach dem „traditionellen“ sowjetischen Vorbild der Sowjetunion begangen – zum letzten Mal 2013.

Mit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine 2014 herrschte eine angespannte Atmosphäre in der Stadt. In den Folgejahren verschob sich der Schwerpunkt der Feierlichkeiten allmählich vom Gedenken an die Soldaten der Roten Armee, die im Zweiten Weltkrieg gefallen waren, auf die Opfer des Krieges insgesamt. Und nach Kriegsbeginn veränderte sich natürlich auch die Symbolik.

¹ <https://www.istpravda.com.ua/articles/2011/04/29/37267/>

Das Sankt-Georgs-Band und andere sowjetische oder russische Symbole wurden verboten, an ihre Stelle trat auch hier die Mohnblume. Seit 2017 findet am Ruhm-der-Ukraine-Denkmal keine Ehrenwache mehr statt, stattdessen versammeln sich dort Menschenmassen mit Plakaten und Bildern von ihren im Krieg gefallenen oder verstorbenen Familienmitgliedern. Auch das ein Zeichen der allmählichen Schwerpunktverschiebung von einem militärischen zu einem eher individuellen und familiären Gedenken an den Krieg.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine macht gemeinsame Erinnerungspraktiken unmöglich

2022 war der 9. Mai aufgrund des Kriegsrechts in Charkiw und in der gesamten Ukraine zum ersten Mal ein Arbeitstag. In den Jahren zuvor war er trotz der geschilderten Schwerpunktverschiebungen immer noch in großem Stil gefeiert worden. Das war dieses Jahr unmöglich. Der Hauptveranstaltungsort für die Feierlichkeiten, das Ruhm-der-Ukraine-Denkmal, war bei den seit Beginn der Invasion im Februar andauern russischen Angriffen schwer beschädigt worden. Außerdem rief Ihor Terekhov, der Bürgermeister der Stadt, die Bürger öffentlich dazu auf, das Denkmal erst wieder in Zukunft zu besuchen: „Sobald wir gesiegt haben, werden wir uns wieder gemeinsam dort versammeln, um die Menschen zu ehren, die die Ukraine in dem vergangenen Krieg gegen die faschistische Besatzung und jetzt gegen die Russen verteidigt haben.“²

Damit ist aber noch nicht das letzte Wort zu den Feierlichkeiten zum 8. und 9. Mai in der Ukraine gefallen. Das belegen die Umfrageergebnisse einer soziologischen Untersuchung der „Rating“-Group, wonach 80 Prozent der befragten Ukrainer*innen den 9. Mai als „Gedenktag“ und nur 15 Prozent ihn weiterhin als „Tag des Sieges“³ betrachten. Die Erinnerungskultur ist nicht nur im Wandel begriffen, sondern wird sich in naher Zukunft radikal verändern, da der derzeitige Krieg Russlands gegen die Ukraine gemeinsame Gedenkveranstaltungen unmöglich macht.

² <https://espreso.tv/terekhov-zaklikav-kharkivyan-9-travnya-ne-khoditi-do-memorialu-slavi-cherez-mozhlivi-provokatsii-rf>

³ Radio Voboda: „9 травня для 80% українців є Днем пам'яті – опитування“, <https://www.radiosvoboda.org/a/news-9-travnia-den-pamiati/31834560.html>

10. Mai

Bücher- verbrennung

Marko Dinić

Die Bilder von 1933 am damaligen Berliner Opernplatz und heutigem Bebelplatz vom Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund veranlassten Bücherverbrennung haben sich in das globale kollektive Gedächtnis eingebrannt. Als sogenannte „Aktion wider den undeutschen Geist“ steht die Bücherverbrennung am Anfang eines „Säuberungswahns“, der in den Nürnberger Rassegesetzen und den Pogromen des 9. Novembers 1938 münden und letztlich in der Shoa gipfeln sollte. Ob bei der Einordnung dieses Ereignisses Heines berühmt gewordenes Zitat: „dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“ als düstere Selbstprophezeiung oder als traurige Schlussfolgerung gelesen und verstanden werden kann, sei dahingestellt: Die Bücherverbrennung und die aus ihrer inneren Logik zwangsläufig hervorgehenden Verbrechen rühren an unserer Gegenwart, ohne dass die Einordnung derselben außerhalb des wissenschaftlich akademischen Diskurses einen signifikanten gemeinschaftsstiftenden Nachhall fänden. Und dabei geht es nicht nur um Deutschland und dessen Aufarbeitung der Geschichte. Ziel sollte es sein, diese Aufarbeitung als immerwährenden gemeinschaftlichen Prozess zu verstehen, der das Gedenken an derartige Ereignisse in einen globalen Kontext zu betten trachtet, um aufzuzeigen, dass diese immer auch Verbrechen gegen den Menschen an sich sind. Schließlich waren die Nazis – wenn nicht in allen Fällen – in ihrem Bestreben, die nach ihrem Maßstab „verbrennungswürdige“ Literatur aus dem

1933

kollektiven Gedächtnis auszulöschen, insofern erfolgreich, als dass Werke wie jene von Gina Kaus, Kurt Münzer, Alexander Lernet-Holenia, Maria Leitner oder Werner Türk nach wie vor der Wiederentdeckung harren.

Würde die Theorie vom globalen kollektiven Gedächtnis als einem aus den Fehlern der Vergangenheit lernenden Gedächtnis greifen, fände nicht nur der 10. Mai 1933 darin einen Platz als Negativbeispiel eines bis zum Äußersten gehenden, nationalen Überlegenheitswahns – Heines Zitat bekäme den Status eines internationalen Gesetzes. Denn seit 1933 gab es mehr als 45 Bücherverbrennungen weltweit, und es ist zu befürchten, dass dort, wo Bücher verbrannt wurden (u. a. Kambodscha, China, Jugoslawien, Afghanistan, Ukraine), die Bücherverbrennung der Nazis nicht als Negativbeispiel, sondern als Vorbild herangezogen wurde. Was darauf in aller Regel folgte, war die Tötung von Menschen.

13. Mai

Gedenktag für die im Nationalsozialismus verfolgten Chinesen in Hamburg („Chinesenaktion“)

Lin Hierse

Bereits in den 1890er Jahren kamen chinesische Seeleute nach Hamburg. Mit dem Boom der Handelsschifffahrt zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschäftigten Reedereien wie die Hapag und Norddeutscher Lloyd zunehmend Arbeiter aus China, die sie vor allem als Heizer und Kohlenzieher einsetzten, denn sie galten – rassistischen Klischees folgend – als besonders „hitzebeständig“. In Hamburg eröffneten Chinesen zu dieser Zeit vornehmlich Lokale und Wäschereien, rund um die Schmuckstraße auf St. Pauli entstand so eine Art „Chinesenviertel“. In der Öffentlichkeit wurde das Viertel häufig als gefährlich und geheimnisvoll dargestellt. Gerüchte von Drogenhandel und unterirdischen Tunnelsystemen wurden auch von Zeitungen aufgegriffen. Die rechtskonservative „Deutsche Zeitung“ schrieb 1925 von der „gelben Gefahr“.

Die rassistische Diskriminierung der chinesischen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, verschärfte sich während der

1944

Herrschaft der Nationalsozialisten von 1933 bis 1945 zunehmend. Am 13. Mai 1944 verhaftete die Geheime Staatspolizei (Gestapo) unter Leitung des Kommissars Erich Hanisch schließlich gemeinsam mit der Kriminalpolizei die in Hamburg befindlichen chinesischen Staatsangehörigen. Unter dem Vorwurf der „Feindbegünstigung“, da die chinesische Republik am 9. Dezember 1941 formell den Alliierten beigetreten war und auch Deutschland den Krieg erklärt hatte, wurden insgesamt 130 chinesische Männer vornehmlich auf St. Pauli festgenommen und in das „Polizeigefängnis“ Fuhlsbüttel gebracht, das die Gestapo damals als Konzentrationslager und Haftstätte nutzte.

Die am 13. Mai 1944 inhaftierten Chinesen wurden dort monatelang geschlagen und gefoltert. Besonders Hanisch, so berichteten mehrere der Opfer nach Kriegsende, sei für seine Brutalität bekannt gewesen. Eine Gruppe von 60 bis 80 Männern wurde im September ins „Arbeitsumerziehungslager“ Wilhelmsburg überstellt, wo sie in der umliegenden Industrie Zwangsarbeit verrichten mussten. Sie reparierten eine beschädigte Eisenbahnstrecke und arbeiteten in der Raffinerie des Mineralölunternehmens Rhenania Ossag (heute Shell), oft unter Schlägen der Wachleute. Viele litten unter Hunger.

Bei der sogenannten „Chinesenaktion“ richtete sich der Blick der Gestapo auch auf deutsche Frauen, die in Partnerschaften mit den Männern lebten. Viele von ihnen waren bereits in den vorangegangenen Jahren auch von der deutschen Bevölkerung immer wieder als Frauen ohne Anstand und Prostituierte diffamiert worden. Der NS-Rassenpolitik folgend wurde ihnen 1944 vorgeworfen, durch ihre Beziehungen zu den Chinesen „die Sicherheit des deutschen Volkes zu gefährden“. Mindestens eine wurde deswegen ins Konzentrationslager Ravensbrück eingewiesen, eine weitere Betroffene berichtet von brutalen Mord- und Gewaltdrohungen Erich Hanischs gegen das Kind eines verhafteten Chinesen.

Im Zuge der „Chinesenaktion“ beraubten Beamte der Gestapo viele Chinesen ihres Besitzes, sie plünderten Wohnungen und Lokale. Infolge der Misshandlungen und Zwangsarbeit in Fuhlsbüttel und Wilhelmsburg starben mindestens 17 der verhafteten Männer. Die genaue Zahl der Opfer ist nur schwer festzustellen, da kaum Dokumente überliefert sind.

13. Mai

Nach Kriegsende bemühten sich fast alle der Überlebenden um die offizielle Anerkennung ihrer Verfolgung durch das NS-Regime und Entschädigungszahlungen. Obwohl unter anderem der Umgang mit deutsch-chinesischen Partnerschaften auf die rassistischen Motive der Nazis hindeuteten, lehnte das Amt für Wiedergutmachung alle Anträge im Frühjahr 1951 ab, da die Chinesen nicht „wegen ihrer Rasse, sondern wegen ihrer politischen Einstellung zu den Alliierten“ festgenommen worden seien. Es berief sich mit dem Urteil auf die Einschätzung der „Feindbegünstigung“ durch die Hamburger Kriminalpolizei, die das Amt im Gegensatz zur Gestapo als „nicht belastete“ und „unpolitische“ Institution ansah – obwohl die Kriminalpolizei nachweislich an der Durchsetzung der NS-Rassenpolitik und deren Verbrechen beteiligt war.

Seit 2012 erinnert eine Gedenktafel in der Schmuckstraße auf St. Pauli an die Opfer der „Chinesenaktion“ von 1944, mittlerweile wurden auch mehrere Stolpersteine verlegt. Finanzielle Entschädigungen für die Hinterbliebenen hat es nicht gegeben.

Widerstand war vielfältig – Sinti*zze und Rom*nja im Konzentrations- lager Auschwitz- Birkenau

Sarah Grandke

„Jeder hatte etwas in der Hand, Werkzeug, Latten, Steine, Gabeln, Messer, (...). Manche hatten aber nur die bloßen Hände. In keinem Block (...) hätten die Menschen sich ohne Widerstand zu den Gaskammern transportieren lassen“, so erinnerte der damals 10-jährige Münchner Hugo Höllenreiner den 16. Mai 1944. Er war mit seiner Familie von der Kriminalpolizei aus München im Frühjahr 1943 nach Auschwitz-Birkenau in ein eigens für Sinti*izze- und Rom*nja-Familien erreichtes Teillager verschleppt worden. Nachbar*innen konnte nicht unbemerkt bleiben, dass Wohnungen frei oder Menschen abgeholt wurden, zumindest „wegkamen“. Gerüchte waren weit verbreitet und in großen Teilen auch Wissen: Wie von anderen Orten bekannt, begleiteten auch Münchner Polizisten den Deportationszug persönlich bis ins Lager. Beamt*innen in den Standesämtern

16. Mai

vermerkten auf den Einwohnermeldekarteien „verzogen nach Auschwitz“ oder auch Sterbetage und -orte. Friedhofsverwaltungen waren mit dem Krematorium in Auschwitz in Kontakt, wenn (vermeintliche) Asche für die Angehörigen geschickt wurde. Geschäftsmänner verkauften Zyklon B, machten Umsatz. Ingenieure unternahmen Dienstreisen, um die Gaskammern und Öfen technisch zu verbessern. Sekretär*innen schrieben Briefe – „stets gern für Sie beschäftigt“.

Von den über 22.000 nach Auschwitz-Birkenau deportierten Sinti*zze und Rom*nja aus vorrangig dem deutschsprachigen Raum, Polen und Tschechien kamen über 85 Prozent ums Leben: sie wurden ermordet und erschlagen, sie erfroren oder verhungerten. Ein Großteil der Verschleppten waren Kinder. Allein in dem Münchner Transport von 1943, zu dem auch die Familie Höllenreiner gehörte, waren mindestens 69 der 141 Verschleppten Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. 35 hatten das zehnte Lebensjahr noch nicht erreicht. Babys und Kinder hatten im Lager Auschwitz-Birkenau kaum eine Chance. Sie waren permanent auf Hilfe von (noch halbwegs) kräftigen Erwachsenen angewiesen. Diese waren aber in vielen Fällen selbst ohnmächtig. Überlebende berichteten von ihrer enormen Hilflosigkeit und dem unbeschreiblichen Schmerz, da sie mit ansehen mussten, wie ihre Kinder, Verwandte und Freunde verhungerten oder von der SS direkt ermordet wurden.

Obwohl die Situation der Sinti*zze und Rom*nja zumeist ausweglos war, versuchten diejenigen, die noch körperlich dazu in der Lage waren, auf die katastrophalen Verhältnisse im Lager Auschwitz-Birkenau aufmerksam zu machen: einige schmuggelten Nachrichten nach außen oder versuchten, verschlüsselte Briefe zu verschicken. Manche unternahmen Fluchtversuche. Widerstand in den Konzentrationslagern war vielfältig: von Protest als Einzelperson oder kleineren Gruppen bis hin zu größeren Aufständen. Weitere Formen umfassten das individuelle Überlisten der SS oder die versteckte Sabotage am Zwangsarbeitsplatz. Außerhalb der Lager, vor allem im östlichen und südöstlichen Europa, schlossen sich Sinti*zze und Rom*nja Partisaneneinheiten und Widerstandsgruppen gegen die deutsche Besatzungsmacht an.

Die Überlieferungen zum 16. Mai 1944 im Sinti*zze- und Rom*nja-Familienlager in Auschwitz-Birkenau und dem Widerstand vor Ort an

diesem Tag sind bis heute dünn. Neben der gesellschaftlichen Ignoranz, dem Desinteresse und der Ablehnung der europäischen Geschichte von und mit Sinti*zze und Rom*nja ist dies auch ein Grund, warum über die Ereignisse heute nur wenig bekannt ist. Zeitzeug*innenberichte gibt es nicht viele. Die wenigen verfügbaren wurden erst viele Jahrzehnte nach der Befreiung geschrieben oder aufgenommen.

Elisabeth Schneck-Guttenberger, ebenfalls aus München, erinnerte sich Anfang der 1990er Jahren an diese „tragische Geschichte“. Sie war damit eine der Ersten, die überhaupt öffentlich über eine Widerstandsaktion in Birkenau 1944 sprach: „Da haben sich unsere Sinti aus Blech Waffen gemacht. Sie haben sich die Bleche zugeschnitzt zu Messern. Damit und mit Stöcken haben sie sich bis zum Äußersten gewehrt.“ Was genau am 16. Mai 1944 geschah, wie die Vorbereitungen genau aussahen, woher die Festgehaltenen Informationen hatten und wie sie sich absprachen, wie die Ereignisse endeten und die SS reagierte, ist in weiten Teilen fraglich. Schriftliche Quellen gibt es wenige und Befragungen der Überlebenden begannen erst in den letzten 20 Jahren: Für viele offene Fragen viel zu spät.

Zudem erlebten viele Überlebende, wohl die meisten, die Zeit nach der Befreiung als zweites Trauma: nun als „Landfahrer“ stigmatisiert, überwachten die gleichen Polizeibeamten sie nach 1945 erneut. Die staatliche wie gesellschaftliche Ausgrenzung hielt also an, Entschädigungszahlung oder -renten blieben aus oder wurden erst mit Jahrzehnten Verspätung „gewährt“. Die Bundesrepublik Deutschland unter Kanzler Helmut Schmidt erkannte erst 1982 den NS-Völkermord an Sinti*zze und Rom*nja an. Dies gilt heute als erster Wendepunkt, der ein öffentliches Sprechen ermöglichte und unterstützte – wenn auch erneut mit Verzögerung und geringem gesellschaftlichen Interesse. Nur in kleinen Schritten wurde die Bereitschaft zum Zuhören bei der deutschsprachigen Mehrheitsgesellschaft größer. Auch die Forschung zur NS-Verfolgung an Sinti*zze und Rom*nja sowie deren Nachwirkungen, deren Kontinuitäten und Brüche vor 1933 und nach 1945, blieb lange aus.

Belegt ist, dass die SS am 16. Mai 1944 die geplante sogenannte „Liquidierung“ des Lagers für Sinti*izze- und Rom*nja-Familien nicht durchführte, sie zumindest verzögert wurde. Vor allem

16. Mai

Sinti*izze-Überlebende aus München meldeten sich ab den 2000er Jahren zu Wort und verwiesen auf deren maßgebliche Beteiligung an einer Widerstandsaktion in Auschwitz, die die Auflösung des Lagers zunächst aufgehalten habe. In der Folge wurden Gefangene, die als noch arbeitsfähig galten, in andere Konzentrationslager verschleppt, der Lagerbereich in Birkenau für Sinti*zze und Rom*nja im Sommer 1944 „verkleinert“.

Anfang August 1944 blieben noch etwa 4.200 bis 4.300 Menschen zurück, meist Alte, Kranke und Kinder. Die SS ermordete sie in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau. Filip Müller, ein slowakischer Jude, war einer der wenigen überlebenden Häftlinge des Konzentrationslagers, die im sogenannten „Sonderkommando“ im Krematoriumsbereich arbeiten mussten und auch einer der wenigen Zeugen der Mordaktion: „Der Auskleideraum war gegen Mitternacht voll von Menschen. (...) Von allen Seiten waren verzweifertes Schreien, Jammern und vorwurfsvolles Anklagen zu hören. Sprechchöre wurden laut: ‚Wir sind Reichsdeutsche! Warum wollt ihr uns umbringen?‘ (...) Während sie den letzten Gang antraten, weinten viele vor Verzweiflung, andere bekreuzigten sich und flehten Gott an, wieder andere, die sich immer noch nicht mit ihrem unabwendbar gewordenen Schicksal abfinden wollten, wandten sich, lebhaft gestikulierend, an die SS-Leute und riefen ihnen immer wieder zu: ‚Wir sind doch Reichsdeutsche! Mit uns könnt ihr das doch nicht machen!‘“ (zit. nach: Müller, Filip: Sonderbehandlung. 1979, S. 241-244).¹

¹ Zum Weiterlesen: Tuckermann, Anja: „Denk nicht, wir bleiben hier!“ Die Lebensgeschichte des Sinto Hugo Höllenreiner, S. 132-134. Elisabeth Schneck-Guttenberger, geb. 1926, zit. nach: Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, 1993, S. 1502. Winfried Nerdinger (Hrsg.), Die Verfolgung der Sinti und Roma in München und Bayern. Publikation zur Ausstellung im NS-Dokumentationszentrum München, Berlin 2016. Zur Diskussion um den Widerstand am 16. Mai 1944 vgl. Helena Kubica/Piotr Setkiewicz, The Last Stage of the Functioning of the Zigeunerlager in the Birkenau Camp (May – August 1944), in: Memoria. Memory-History-Education 10 (2018), S. 6-15.

Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit

Tobias Herzberg

2005 als *IDAHO – International Day Against Homophobia* gegründet, wurde der 17. Mai im Jahr 2009 zum *IDAHOT*, um mit dem angefügten Buchstaben Transfeindlichkeit und den Kampf gegen diese im Namen sichtbar zu machen. 2016 folgte die jüngste Namensweiterung: Seitdem steht das bis heute verwendete Kürzel *IDAHOBIT – International Day Against Homophobia, Biphobia, Interphobia and Transphobia* auch für den Kampf gegen die Diskriminierung von bi- und intersexuellen Menschen. Die Abwertungs-, Ausgrenzungs- und Gewalterfahrungen, die intersexuelle und trans* Personen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität machen müssen, unterscheiden sich zwar in vielen Punkten von der Diskriminierung, die Lesben, Schwulen und Bisexuellen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung widerfährt. Umso wichtiger ist es, in Solidarität und Anerkennung dieser Unterschiede gemeinsame Standpunkte queerer Communities herauszustellen und zusammen der Heteronormativität und der durch sie bewirkten und legitimierten Gewalt entgegenzutreten.

Der 17. Mai ist aber nicht in erster Linie Feiertag der großen queeren Familie, sondern ein Aktions- und Gedenktag. Ziel ist es, der Dominanzgesellschaft die Benachteiligung und Unterdrückung vor

17. Mai

Augen zu führen, der LGBTIQ* täglich weltweit ausgesetzt sind. Das Datum hat symbolische Bedeutung: Am 17.5.1990 wurde Homosexualität aus dem Krankheitskatalog der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gestrichen. Gleichzeitig erinnern die Zahlen des Datums (1-7-5) alle in Ost- und Westdeutschland sozialisierten Schwulen und Bisexuellen an den erst 1994 ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch der Bundesrepublik gestrichenen Paragraphen 175, der Homosexualität seit der Kaiserzeit und verschärft seit der NS-Herrschaft unter Strafe gestellt hatte. Seit 1968 hatte in der DDR und seit 1969 in der BRD eine Strafrechtsreform immerhin die Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Handlungen unter Erwachsenen aufgehoben; ein im Vergleich zu heterosexuellen Kontakten unterschiedlich hohes Schutzalter blieb aber bestehen und zementierte so bis 1994 die Ungleichheit vor dem Gesetz.

Transsexualität wurde erst 2018 aus dem Diagnoseschlüssel der WHO entfernt und gilt deshalb im aktuell gültigen ICD11-Katalog, einem Klassifikationssystem für medizinische Diagnosen, nicht mehr als Krankheit. Das von der Ampel-Regierung angekündigte Selbstbestimmungsgesetz soll diesem Umstand Rechnung tragen und den Prozess der Transition, von der Hormonversorgung bis zur Personenstandsänderung, erleichtern.

Doch auch wenn die formellen Ebenen der Medizin und des Rechts Gleichbehandlung garantieren sollen, sieht die gesellschaftliche Realität oft brutal anders aus. 2021 wurden vom Bundesinnenministerium 1.051 hassmotivierte Straftaten gegen Lesben, Schwule, bisexuelle, trans* und intergeschlechtliche Menschen registriert. Das sind drei am Tag, und diese Zahl umfasst nur die zur Anzeige gebrachten und kategorisch erfassten Fälle. Sicher ist, dass die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher liegt. Denn nur zwei der 16 Bundesländer (Berlin und Bremen) weisen bislang Hasskriminalität gegen LGBTIQ* gesondert aus. Doch das Modell könnte Schule machen. Denn im Dezember 2021 haben sich die Innenminister*innen der Länder erstmals systematisch mit dem Thema befasst und in einem einstimmigen Beschluss das Bundesinnenministerium dazu aufgefordert, eine unabhängige Fachkommission einzuberufen. Eine Forderung, die Initiativen und Selbstorganisationen wie der LSVD (Lesben- und Schwulenverband) schon lange hochhalten.

Ein wichtiger Schritt, den die Ampel bereits unternommen hat, ist die Ernennung des Parlamentarischen Staatssekretärs Sven Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen) zum ersten Queer-Beauftragten einer Bundesregierung. In dieser Funktion wird Lehmann bei der Aktion „Zeichen setzen“ zum IDAHOBIT 2022 auf der Bundestagswiese in Berlin eine Unterschriftenliste entgegennehmen: Die Petition des Bündnisses „Grundgesetz für alle“ will erreichen, dass der Schutz von queeren Menschen als Staatsauftrag im dritten Verfassungsartikel verankert wird. Knapp 100.000 Menschen haben bereits unterschrieben.

Werden sich die Forderungen irgendwann erübrigen? In einer vor Kurzem in den USA veröffentlichten Umfrage haben so viele junge Menschen wie noch nie angegeben, queer zu sein. Insgesamt gaben 7,1 Prozent von mehr als 12.400 Erwachsenen an, sich als lesbisch, schwul, bi oder trans* zu identifizieren. Das sind doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Die wahre Überraschung liegt aber in der jüngsten befragten Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren, denn diese identifizieren sich zu knapp 21 Prozent als queer. In der gleichen Umfrage vor fünf Jahren waren es noch sieben Prozent. Gleichzeitig ist aber auch in Amerika „gay“ noch immer eines der häufigsten Schimpfwörter auf Schulhöfen und in Klassenzimmern.

Wir erleben zurzeit beides: einen Anstieg an Selbstidentifizierung und die Liberalisierung der Gesellschaft auf der einen Seite – und auf der anderen Seite Formen der strukturellen Diskriminierung und steigende Fallzahlen der Hasskriminalität. Die Zeit, in der ein Tag wie der IDAHOBIT überflüssig wäre, ist noch lange nicht gekommen.

18. Mai

Mullivaikkal Remembrance Day

Iris Rajanayagam

Der Mullivaikkal Remembrance Day findet jährlich am 18. Mai statt. An diesem Tag gedenkt die Eelam-Tamilische Diaspora weltweit dem Ende des Bürgerkriegs zwischen der Sri Lankanischen Regierung und den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE, Befreiungstiger von Tamil Eelam). Dieser begann mit dem „bloody July“ 1983 und fand am 18. Mai 2009 sein äußerst gewaltsames Ende. Der Gedenktag ist nach einem Dorf im Nordosten Sri Lankas benannt, in dem sich die letzte Phase des Bürgerkriegs unter anderem abspielte.

Über mehrere Jahrzehnte kämpfte die LTTE für ein autonomes tamilisches Gebiet (Tamil Eelam) im Norden und Nord-Osten des Landes. Die Unabhängigkeitsbewegung formierte sich als Reaktion auf die im Zuge der Dekolonisierung des Landes seit den 1950er Jahren beginnende erhebliche Diskriminierung und Gewalt gegen die Tamil*innen durch die Sri Lankanische Regierung und Gesellschaft. Diese fand einen ersten Höhepunkt in den anti-Tamilischen-Pogromen im Juli 1983, bei denen 50.000 Tamil*innen ermordet wurden und 150.000 ihre Wohn- und Geschäftshäuser verloren. Die Pogrome gelten allgemein als Beginn des Bürgerkriegs.

Am 18. Mai 2009 erklärte die Sri Lankanische Regierung den Bürgerkrieg für beendet. Bis dahin waren mehr als 70.000 Tamil*innen ermordet worden.

Die letzte Phase des Bürgerkriegs zeichnete sich durch ein hohes Maß an Gewalt von Seiten des Sri Lankanischen Militärs aus.

Dieses verfolgte eine „all-out“ Offensive, die zu erheblichen zivilen Todesopfern führte. Die Armee zwang etwa 300.000 Tamil*innen, in eine „no fire zone“ zu flüchten, griff dann jedoch gezielt diese Zone an. Die Opfer der Angriffe waren vorwiegend Zivilist*innen. Über 146.000 Menschen gelten laut den Vereinten Nationen immer noch als vermisst. Während der letzten Militäraktion beschoss die Sri Lankanische Armee auch Krankenhäuser, führte Massenhinrichtungen durch und verübte massenhaft sexualisierte Gewalt.

Die OHCHR Investigation on Sri Lanka (OISL) berichtete hierzu:

„One of the most disturbing findings of the OISL investigation has been the extent to which sexual violence was committed [...]. The patterns of commission of gross human rights violations and serious violations of international humanitarian law, the indications of their systematic nature, combined with the widespread character of the attacks all point to the possible perpetration of international crimes. These allegations must be promptly, thoroughly and independently investigated and those responsible should be brought to justice.“

Erinnerung an den Völkermord

Auf dem Campus der Universität Jaffna im Norden des Landes wurde 2019 von Studierenden ein Denkmal zur Erinnerung an die bis zum 18. Mai 2009 von der Sri Lankanischen Armee ermordeten und „disappeared“ tamilischen Zivilist*innen errichtet. Am 08. Januar 2021 wurde das Mullivaikkal-Denkmal vom Sri Lankanischen Militär abgerissen. Noch heute werden zehntausende Tamil*innen, darunter viele Studierende, vermisst. Folglich ist das Denkmal ein wichtiger Erinnerungsort gewesen.

Die Vereinigung der tamilischen Studierenden der Jaffna Universität schrieb in einer Stellungnahme zur Zerstörung des Denkmals:

„Die Zerstörung des Mullivaikkal[-Denkmals] ist der Höhepunkt des Völkermords am tamilischen Volk. [...] Dieser Akt ist eine Beleidigung nicht nur für die Studenten der Universität, sondern auch für das gesamte tamilische Volk. Es ist auch ein Akt der Verweigerung des Rechts eines Volkes auf Erinnerung.“

18. Mai

Die Zerstörung des Denkmals rief – nicht nur bei der tamilischen Diaspora – weltweites Entsetzen hervor. Eine unmittelbare Reaktion auf den Versuch, der Unsichtbarmachung dieses Teils der Unrechts- und Gewaltgeschichte Sri Lankas entgegenzuwirken, war u. a. die Ausrufung eines Design-Wettbewerbs zur Errichtung eines Mullivaikkal-Denkmal in der Stadt Brampton nordöstlich von Toronto in Kanada (mit der größten tamilischen Diaspora weltweit). Der Wettbewerb endete im Februar 2022, und die Vorbereitungen für die Errichtung des Denkmals haben begonnen.¹

Weltweit gedenkt die tamilische Diaspora auf vielfältige Weise der im Völkermord verstorbenen Tamil*innen. In Deutschland werden in vielen Städten jährlich u. a. Gedenkfeiern am 18. Mai durchgeführt. In Berlin fand 2022 eine Gedenkveranstaltung vor dem Rathaus Neukölln statt, an der auch Women Defend Rojava und die Jugendkommune Sara Dorşin mit Wortbeiträgen teilnahmen.

Bis heute kämpft die Eelam-Tamilische Gesellschaft im Land selbst sowie in der Diaspora darum, dass die im Zuge der Zerschlagung der LTTE begangenen Gräueltaten an der Zivilgesellschaft von der internationalen Gemeinschaft als genozidal anerkannt werden. Das Verschweigen dieser Gewalt- und Unrechtsgeschichte soll gebrochen werden und zudem Aufmerksamkeit für die aktuelle Situation von Tamil*innen in Sri Lanka geweckt werden, die weiterhin Unterdrückung, Diskriminierung, Vertreibung und Gewalt durch die Sri Lankanische Regierung erleiden.

Der fortwährende, inzwischen kulturelle und soziale Genozid an der tamilischen Bevölkerung in Sri Lanka ist der internationalen Gemeinschaft immer noch weitgehend unbekannt. Versuche, eine internationale Untersuchung von Kriegsverbrechen von Seiten der Sri Lankanischen Armee im UN-Menschenrechtsrat in Genf einzurichten, blieben bis jetzt vergeblich.

¹ S. auch: <https://tamilgenocidememorial.org/>

Welttag der kulturellen Vielfalt für Dialog und Entwicklung

Dan Thy Nguyen

Im Jahr 2000, ganz im Zeichen der Jahrtausendwende, verabschiedeten die Vereinten Nationen die sogenannten „Millennium Development Goals“: Acht Zielsetzungen, die bis 2015 erreicht werden und das 21. Jahrhundert maßgeblich gestalten sollten. Neben der weltweiten Bekämpfung von Armut und Hunger, das Einsetzen für die Gleichstellung von Frauen, war auch die Bildungsgerechtigkeit ein prominenter Bereich dieser Entwicklungsziele. Dass vielfältige Kulturen in einer pluralistischen und diversen Welt als schützenswert gelten, war um das Jahr 2000 jedoch kein Ziel für eine gerechtere Welt.

Um dem später entgegenzuwirken, verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 21. Dezember 2002 die Resolution 57/249, die den 21. Mai zum „Internationalen Tag der kulturellen Vielfalt“ erklärte.

Die Entscheidung zur Etablierung dieses Tages wurde im Nachhinein getroffen, um das Bewusstsein für die Bedeutung für kulturelle Diversität zu fördern und um den Dialog zwischen Kulturen zu stärken.

21. Mai

Dabei muss erwähnt werden, dass es zu dieser Zeit kaum ein Verständnis davon gab, wie intersektional und multidimensional sich Formen von kultureller Diversität innerhalb eines Landes verschränken können. Kulturen wurden noch größtenteils als in sich geschlossene „völkische“ Entitäten angesehen.

Aber nun gut: Die Vereinten Nationen erkannten damit an, dass kulturelle Vielfalt ein gemeinsames Erbe der Menschheit ist und dass der Schutz und die Förderung dieser Vielfalt von entscheidender Bedeutung sind.

Auch wenn die Vereinten Nationen den 21. Mai zum „Internationalen Tag der kulturellen Vielfalt“ erklärten, gibt es auf nationaler Ebene keine einheitliche Festlegung für das Datum des Tags der Diversität. Es kann damit von Land zu Land variieren.

In Deutschland wurde der Tag erst 2012 von der „Charta der Vielfalt“ ins Leben gerufen. Er variiert seitdem jährlich und findet zumeist im Mai oder Juni eines Jahres statt. 2023 wurde das Datum auf den 23. Mai festgelegt.

Die „Charta der Vielfalt“ ist eine Initiative, die Unternehmen und Organisationen dazu ermutigt, sich für Vielfalt und Chancengleichheit in der Arbeitswelt einzusetzen. Sie entstand im Jahr 2006 unter der Schirmherrschaft der damaligen christdemokratischen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Trotz der Chancen, die ein solcher öffentlicher Tag mit sich bringt, wie z. B. die Sichtbarmachung des Themenkomplexes von Diversität, bleibt doch der fade Beigeschmack, dass ein solcher Tag lediglich symbolischen Charakter hat und nicht ausreichend ist, um tatsächlich Veränderungen zu bewirken. Diese öffentliche Inszenierung des Zelebrierens eines gesellschaftlich Pluralen an einem einzigen Tag verzerrt die soziale und politische Realität, dass z. B. Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung zum strukturellen Alltag für viele Menschen in der Bundesrepublik gehört und es daher ganzjährige Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung braucht.

Um die Ambivalenz eines solchen Tages zu unterstreichen, muss man sich eventuell die Initiative „Charta der Vielfalt“ selbst anschauen.

Als eine Non-Profit-Organisation veröffentlichte sie 2006 eine freiwillig zu unterzeichnende Selbstverpflichtung. Mit der Unterzeichnung erklärten sich Arbeitgeber*innen bereit, sich für die Chancengleichheit ihrer Beschäftigten einzusetzen. Sie sind jedoch nicht verpflichtet, konkrete Maßnahmen zur Förderung von Diversität und Chancengleichheit umzusetzen. Außerdem werden keine Kontrollmechanismen implementiert, um sicherzustellen, dass Unternehmen ihre Selbstverpflichtungen überhaupt einhalten.

Ähnlich wie der „Tag der Diversität“ birgt daher auch die Initiative „Charta der Vielfalt“ die Gefahr, für Wirtschaft und Politik zu einer Imagekampagne zu verkommen – ohne tatsächlich nachhaltige Veränderungen hervorzurufen.

Trotz der positiven Absichten muss man vielleicht daher konstatieren: Eine nachhaltige und komplexe Strategisierung für eine gleichberechtigte Gesellschaft in ihrer Diversität sieht anders aus und muss auch anders umgesetzt werden.

26. Mai

Todestag der Lyrikerin und Aktivistin Semra Ertan

Bassam Ghazi

Liebe Semra,

es sind so viele Anfänge, die ich probiere, um die richtigen Worte zu finden. Mit dir zu sprechen, macht mir Mut, macht mich traurig. Ich setze an, um meine Stimme zu finden, dem Schweigen ein Ende zu setzen.

Mein Name ist Bassam, ich bin sieben Jahre alt.

An einem sonnigen Tag 1982, Berlin Neukölln, Hermannplatz. Ich erinnere mich an eine Menschenansammlung, vielleicht eine Kundgebung, eine Demo. Ich spüre eine bedrohliche Stimmung. Ich schnappe etwas auf, was wie „Ausländer raus“ klingt.

Ich verstehe nicht, was das bedeuten soll.

Bevor ich begreife, was los ist oder fragen kann, packt mein Vater meine Hand und zieht mich schnell in eine andere Richtung. Ich bekomme mit, wie er seine Schritte beschleunigt.

Ich finde keine Worte. Ich spüre die aufkommende Panik bei meinem Vater ... und als wir zu Hause sind, traue ich mich nicht zu sprechen, geschweige denn meinen Vater zu fragen:

1982

Was heißt „Ausländer raus“? Und wohin raus?

Dein Name ist Semra Ertan.

Ich höre deinen Namen, ich sehe dein Gesicht.

Ich sehe eine junge Frau.

Ich sehe eine Tankstelle ... in Hamburg St. Pauli.

Es ist der 24. Mai 1982, es ist morgens früh um 5:15 Uhr ...

Es ist feucht, es riecht nach Benzin.

Benzin, welches du in einem Kanister zuvor an einer Tankstelle gekauft hast.

Du sprichst dein Gedicht „Mein Name ist Ausländer“.

Dein Körper in Flammen.

Stille.

Liebe Semra,

deine Worte, deine Texte, deine Gedichte leben in uns weiter.

Dein Sprechen setzt dem Schweigen ein Ende.

Durch dich hat meine Stimme eine Kraft bekommen.

Ich spreche mit Semra und über Semra und im Gedenken an Semra.

Semra Ertan. Dein Name wird nicht vergessen.

Semra Ertan war Schriftstellerin, Arbeitsmigrantin und politische Aktivistin.

*Am 24. Mai 1982 hat sich Semra Ertan in Hamburg öffentlich selbst verbrannt, um auf die unzumutbaren Zustände der Arbeitsmigrant*innen und den wachsenden Rassismus in Deutschland aufmerksam zu machen. Sie schrieb über 300 Gedichte, Satiren und politische Beiträge. 2020 wurden 82 ihrer Gedichte unter dem Titel „Mein Name ist Ausländer“¹ veröffentlicht, 2021 mit einer Lyrik-Empfehlung und mit dem Alfred Döblin-Preis ausgezeichnet.*

¹ Semra Ertan: Mein Name ist Ausländer | Benim Adım Yabancı – Gedichtband. Edition Assemblage.

26. Mai

Der „Asylkompromiss“

Dinah Riese

„Sie sind hier willkommen“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz Anfang April im Bundestag. Er meint die Menschen, die vor dem russischen Angriffskrieg aus der Ukraine fliehen. Mehr als 700.000 Geflüchtete haben die deutschen Behörden nach drei Monaten der Kämpfe erfasst. Und tatsächlich ist die Solidarität groß: Deutschland und die anderen EU-Staaten haben mit der sogenannten Massenzustromrichtlinie erstmals EU-weit ein Instrumentarium genutzt, um den Ukrainer*innen schnell und unbürokratisch Schutz bieten zu können. Sie müssen keinen Asylantrag stellen, kein langwieriges Prüfverfahren durchstehen. Es ist klar: Wer vor diesem völkerrechtswidrigen Krieg flieht, bekommt Unterstützung.

Es ist genau das, was in einer solchen Situation wie der des Ukraine-Kriegs getan werden muss. Dass es tatsächlich getan wurde, ist bemerkenswert. Ob diese Hilfsbereitschaft Bestand hat, ob sie letztlich gar einen Paradigmenwechsel hin zu einer humaneren Flüchtlingspolitik einläutet, das ist bislang offen. Denn so sehr Deutschland sich seit Jahrzehnten gerne seiner Menschlichkeit gegenüber geflüchteten Menschen rühmt, so gerne das Land betont, immer einen Hauptteil der Last zu tragen – so sehr ist es doch auch wahr, dass Deutschland auf große Fluchtbewegungen in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder mit Verschärfungen des Asylrechts reagiert hat.

Vor 29 Jahren, am 26. Mai 1993, stimmte der Bundestag über jene Grundgesetzänderung ab, die lapidar als „Asylkompromiss“ in

1993

Erinnerung blieb. Dabei war das, was die Parlamentarier*innen damals beschlossen, ein tiefer Einschnitt in die Grundrechte in Deutschland. Und der wirkt bis heute nach.

Ein einklagbares Grundrecht auf Asyl

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Dieser Satz fand seinen Weg 1949 nicht zufällig ins deutsche Grundgesetz, als Teil des Artikels 16. Er war eine der Konsequenzen aus den Menschenrechtsverbrechen des Nationalsozialismus und der bitteren Erkenntnis, dass damals viel zu viele, die zu fliehen versuchten, an verschlossenen Grenzen scheiterten. Die Bundesrepublik schrieb damals ein einklagbares Grundrecht auf Asyl fest.

Ein Grundrecht, das aber nur so lange Bestand hatte, bis Menschen es tatsächlich in Anspruch nahmen. In den 1990er Jahren stiegen die Zahlen Asylsuchender stark an. Die Menschen flohen vor den Kriegen auf dem Balkan, den Bürgerkriegen im Kongo oder in Burundi oder aus der zerfallenden Sowjetunion. 1992 stellten fast 440.000 Menschen einen Asylantrag – etwa doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Die Kommunen waren auf die Versorgung und Unterbringung so vieler Menschen nicht vorbereitet.

Plötzlich war von „Asylmissbrauch“ die Rede. Immer wieder griffen Rechte und Neonazis die Unterkünfte von Asylsuchenden und Vertragsarbeiter*innen an. In Hoyerswerda beteiligten sich 1991 bis zu 500 Menschen an den rassistischen Ausschreitungen, die Polizei stoppte sie nicht. Im August 1992 belagerten in Rostock-Lichtenhagen über 1.000 Rassist*innen und Rechtsextreme mehrere Tage lang die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber*innen und das „Sonnenblumenhaus“, ein Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter. Sie warfen Molotowcocktails und steckten das Wohnhaus, in dem sich über 100 Menschen befanden, in Brand. Die Polizei ließ sie lange gewähren, die Feuerwehr hatte zunächst keinen Zugang zum Haus. Nur durch Glück gab es keine Toten.

Gegen „Asylmissbrauch“

Politik und Gesellschaft reagierten entsetzt. Schnell machten sie Schuldige aus. Diese fanden sie aber nicht etwa in den Gewalttäter*innen. Berndt Seite, CDU-Politiker und damals

26. Mai

Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern, erklärte noch während der Ausschreitungen auf einer Pressekonferenz: „Die Vorfälle der vergangenen Tage machen deutlich, dass eine Ergänzung des Asylrechts dringend erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom von Asylanten überfordert wird.“ Rückendeckung bekam er von seinem Parteikollegen Rudolf Seiters, damals Bundesinnenminister: „Wir müssen handeln gegen den Missbrauch des Asylrechts“, erklärte dieser. Er hoffe, dass die SPD nun endlich bereit sei, den Weg frei zu machen für eine Grundgesetzänderung – dafür brauchte es damals wie heute eine Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Und die Sozialdemokrat*innen waren bereit. Trotz massiver Gegenproteste aus der Zivilbevölkerung beschloss das Parlament am 26. Mai 1993 mit den Stimmen der Regierungsfractionen Union und FDP, aber auch der oppositionellen SPD mit großer Mehrheit eine Neuregelung des Asylrechts, um „Asylmissbrauch“ zu verhindern: 521 Abgeordnete stimmten dafür, gerade mal 132 dagegen.

Der Satz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ wurde als Artikel 16a durch so viele Zusätze ergänzt, dass heute kaum noch ein Mensch die Möglichkeit hat, sich darauf zu berufen. Keinen Anspruch auf Asyl hat, wer aus einem sogenannten sicheren Herkunftsstaat einreist, oder wer auf seiner Flucht nach Deutschland über ein Land einreist, das als sicher eingestuft ist. Und hierzu zählt jedes einzelne EU-Land.

Für Deutschland, in der Mitte der EU gelegen, eine bequeme Lösung. Heutzutage erhält weniger als ein Prozent der Asylbewerber*innen Schutz über die Regelung im Grundgesetz. Stattdessen sind es die Genfer Flüchtlingskonvention und das EU-Recht, die zum Tragen kommen.

Leichtfertiger Umgang

Die deutsche Entscheidung zum Asylrecht hatte Folgen. Deutschland lagerte seine Verantwortung auf die Nachbarländer aus, diese folgten dem Beispiel. Heute gilt im EU-Asylrecht die Dublin-Regelung: Menschen müssen in dem Land Asyl beantragen, in dem sie die EU betreten haben. Das Problem wird an die Ränder geschoben – und längst ist aus der EU die „Festung Europa“ geworden, an deren See- und Landgrenzen jedes Jahr Tausende Schutzsuchende ertrinken.

Vor allem aber erfolgte eine Schuldumkehr, die in den letzten Jahren immer wieder zu beobachten war: Wenn Deutschland keine Strukturen schafft, um Schutzsuchende menschenwürdig unterzubringen und ihre Asylanträge zu bearbeiten, dann ist daran nicht die deutsche Politik und Verwaltung Schuld – sondern diejenigen, die Schutz suchen. Und wenn ihr Leben bedroht wird von Rassist*innen und Rechts-extremen, dann sind auch sie selber Schuld – weil zu viele von ihnen es gewagt haben, zu fliehen.

Wie heute gab es auch in den Jahren ab 2015, als Menschen vor dem grausamen Bürgerkrieg in Syrien flohen oder vor Tod und Gewalt in Afghanistan, zunächst große Offenheit und Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft. Doch man denke an den ehemaligen CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, der schon bald von „Asyltourismus“ sprach, und an den ehemaligen Innenminister Horst Seehofer der Migration die „Mutter aller Probleme“ nannte. Und man denke an unzählige Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, an Hetzjagden in Chemnitz, an „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“ und den Aufstieg der AfD – und wie die Bundesregierung darauf mit einer Asylrechtsreform reagierte, der Kritiker*innen mit Blick auf die vielen Verschärfungen zurecht den Spitznamen „Hau-ab-Gesetz“ gaben.

Die aktuellen Verbesserungen gelten bislang nur für Ukrainer*innen und Menschen mit dauerhaftem Aufenthaltstitel in der Ukraine. Doch die Ampelkoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag viele Verbesserungen versprochen. Einen „Neuanfang“ und einen „Paradigmenwechsel“ in der Migrations- und Integrationspolitik hat sie angekündigt. Doch das war, bevor nun erneut Hunderttausende auf der Flucht vor Krieg und Gewalt Schutz in Deutschland suchen.

Aktuell gilt es sich also zu erinnern, wie leichtfertig Deutschland 1993 das Grundrecht auf Asyl in die Bedeutungslosigkeit verbannte. Denn ob die Bundesregierung ihr Versprechen einer humaneren Asylpolitik hält, hängt auch davon ab, mit welcher Vehemenz die Zivilgesellschaft das einfordert.

29. Mai

Der Mordanschlag von Solingen

Bekim Agai

Am 29. Mai 1993 wurden **Gürsün İnce** (27), **Hatice Genç** (18), **Gülüstan Öztürk** (12), **Hülya Genç** (9) und **Saime Genç** (4) durch einen Brandanschlag in ihrem Haus in Solingen ermordet. Vierzehn weitere Personen wurden teilweise schwer verletzt.

Täter waren vier junge Männer, mit Verbindungen ins rechtsradikale Milieu in Solingen.

Das Ereignis wurde weit über Deutschland hinaus rezipiert und mit der Angst vor einem wiedererstarken rechter Gesinnungen im wiedervereinigten Deutschland international verbunden. An ihm machen sich Fragen von dem politischen Umgang mit Rechts, Fragen der Beheimatung in Deutschland und vor allem Fragen der Erinnerungskultur in der postmigrantischen Gesellschaft fest. Der Mordanschlag von Solingen ist jedoch weit mehr als ein Ereignis. Er stellt hinsichtlich der Opferzahl und der öffentlichen Aufmerksamkeit den Höhepunkt innerhalb einer langen Reihe von Anschlägen auf Eingewanderte, Geflüchtete, aber auch jüdische Einrichtungen Anfang der 90er Jahre dar und versinnbildlicht diesen.

Der Mordanschlag von Solingen und die Zeit, in der dieser stattfand, haben einen festen Platz in einer postmigrantischen Erinnerung eingenommen und fließen in die Rezeption ähnlicher und auf rechts-extremen Motiven beruhenden Ereignissen in der Gegenwart ein.

1993

Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass politisch-extremistische Gewalt immer Menschen konkret betrifft, dass sie aber immer auch exemplarisch ist und Menschen eine Botschaft signalisiert – über die Tat hinaus. Die erste Gruppe möchte ich die unmittelbar Betroffenen, die zweite Gruppe die mittelbar „Gemeinten“ nennen. Diese Unterscheidung ist deshalb so wichtig, da Erinnerungsarbeit oft auf die Betroffenen fokussiert. Die Rezeption der Ereignisse durch die Gemeinten ist bis heute in der Erinnerungskultur in Deutschland wenig präsent. Doch will man das oftmals ambivalente Verhältnis von Menschen mit Migrationshintergrund zur Identifikation mit Deutschland als Heimat und das Verhältnis zu seinen Institutionen verstehen, muss man einen Blick auf das Ereignis, seinen Kontext, ausgelöste Traumata und den Umgang mit den Vorkommnissen werfen. Hierbei gilt es, die Perspektive der Gemeinten mit einzubeziehen. Der Mordanschlag von Solingen ist dabei kein Ereignis, das mit einem Prozess und einem Mahnmal abgeschlossen wäre, sondern Baustein einer historischen Erfahrung von Menschen mit Migrationsgeschichte. Selbst dann, wenn sie das konkrete Ereignis selbst nicht miterlebt haben oder benennen können. Die Perspektive dieser Gruppe auf die Ereignisse und ihre Bedeutung ist von derjenigen der nicht Betroffenen und nicht Gemeinten – der Mehrheitsgesellschaft – verschieden. Das Einbringen einer solchen Perspektive in eine größere deutsche Erinnerungskultur trägt ein erhebliches demokratisches und antirassistisches Potential, das von Menschen mit Migrationsgeschichte oder anderen Gemeinten ausgeht.

Zum Kontext: Der Mordanschlag von Solingen 1993 steht nicht für sich, sondern ist in historische und aktuelle Entwicklungen eingebettet. Anfang der 90er Jahre ist Deutschland wiedervereint. Zeitgleich zu der dadurch ausgelösten nationalen Euphorie steigt die Zahl derjenigen Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, vom Balkan, aus kurdischen Regionen, dem Nahen Osten, aus Afrika und anderen Regionen, u. a. weil der Zusammenbruch der alten Weltordnung in vielen Regionen mit Unsicherheiten einherging. Hierzu kamen Aussiedler*innen und jüdische Kontingentflüchtlinge.

In Medien und Öffentlichkeit kursierten despektierliche und dehumanisierende Begriffe wie „Asyltourismus“, „Asylantenschwemme“, es wird von der Ausnutzung der Sozialsysteme gesprochen. Unwort des

29. Mai

Jahres 1993 war „Überfremdung“. Den bürgerlichen Parteien machte das Erstarken des organisierten Rechtsextremismus, rechtsextremer Parteien und rechtsextremer Gewalt Sorgen. Im sogenannten „Asylrechtskompromiss“ vom 26. Mai 1993 wurde drei Tage vor dem Anschlag in Solingen das Grundrecht auf Asyl von CDU, SPD und FDP geändert, um hierdurch den Rechtsextremisten „das Wasser abzugraben“. Kritisch anzumerken ist, dass man medial und politisch das Framing der Entwicklungen übernahm, sich in gewisser Weise treiben ließ und die Argumentationsmuster von Rechts in den Mainstream Einzug hielten.

Die sprachliche Enthumanisierung war von Gewalt begleitet. In den Jahren 1990 bis zum Mordanschlag von Solingen 1993 kommt es zu einer Reihe von Angriffen auf Menschen, Unterkünfte und Gebäude. Traurige Berühmtheit erlangten dabei die Ausschreitungen und Belagerungen der Unterkünfte von Geflüchteten und Vertragsarbeiter*innen in Hoyerswerda (17. und 23. September 1991) und Rostock-Lichtenhagen (22. bis 26.08.1992), an deren Ende die Geflüchteten und Arbeitsmigrant*innen aus der Stadt „evakuiert“ und teilweise danach abgeschoben wurden. Dies war ein voller Erfolg der Politik der Gewalt. Ordnungskräfte schauten in der Zeit entweder zu, weg, waren nicht vor Ort oder überfordert.

Die Liste rechter Gewalttaten in Ostdeutschland dieser Zeit ist lang. Aber das Problem ist nicht auf Ostdeutschland beschränkt: Am 23. November 1992 werden im norddeutschen Mölln drei türkische Frauen bei einem Brandanschlag auf ihr Haus von Rechtsradikalen getötet. Auch gegen das Mahnmahl für die deportierten Jüdinnen*Juden an der Putlitzbrücke am 29. August 1992 gibt es einen Anschlag, im Konzentrationslager Sachsenhausen wird die jüdische Baracke am 26. September 1992 durch Feuer zerstört. In der Rückschau richten sich die Anschläge gegen alles, was als nicht zugehörig zu Deutschland gesehen wird. In der deutschen Zivilgesellschaft gibt es viele große Aktionen wie Lichterketten, Demonstrationen und Konzerte, in denen gegen Rechts protestiert wird. Retrospektiv kann man fragen, ob aus einem kritischen Blickwinkel nicht das Fehlen der Perspektive der Gemeinten festzustellen ist.

Auf der politischen Ebene gab es nach dem Mordanschlag von Solingen (wie auch nach dem Anschlag von Mölln) eine Trauerfeier, an der zahlreiche Personen des öffentlichen Lebens, so z. B. der Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Arbeitsminister Norbert Blüm oder der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, teilnahmen. Auffällig absent war hierbei Bundeskanzler Helmut Kohl. Dessen Pressesprecher hatte die Abwesenheit mit anderen Terminen begründet und auf die Tatsache verwiesen, dass die Bundesregierung nicht „in einen Beileidstourismus ausfalle“. Dies hatte in der Erinnerung an den „Kanzler der Einheit“ nachhaltige Effekte und hinterließ Spuren in der Selbstverortung vieler Migrant*innen: Was blieb war eine Leerstelle in Bezug auf die Wichtigkeit des Selbst, der eigenen Sicherheit und Zugehörigkeit in und zu Deutschland, eine Lücke, die von türkisch-nationalistischen Gruppen aufgenommen wurde.

Insbesondere für die Menschen mit türkischer Migrationsgeschichte in Westdeutschland kam der Mordanschlag genau zu dem Zeitpunkt in der eigenen Biographie, an dem Deutschland zur neuen Heimat wurde und man sich von Rückkehrideen verabschiedete.

Die Familie Genç stand hierfür exemplarisch. Die mangelhafte Fähigkeit, die Migrationsgeschichte als Bestandteil des wiedervereinten Deutschlands zu integrieren und als Errungenschaft auch nach Rechts zu verteidigen, hatte erhebliche Konsequenzen auch für die Selbstverortung der Menschen. Dass auch noch Jahre später (teilweise bis heute) von „Fremdenfeindlichkeit“ in diesem und ähnlichen Zusammenhängen gesprochen wird, übernimmt die Sicht der Täter auf die Opfer, impliziert, dass gemeinte Menschen fremd sind. Zum anderen wird dadurch suggeriert, dass ihre Präsenz Bestandteil des Problems ist, eine Täter-Opfer-Umkehr ist die Folge.

In Deutschland wird heute an mehreren Orten an den Mordanschlag in Solingen erinnert. Die Auseinandersetzungen um einen Platz für ein Mahnmal in der Solinger Innenstadt, das an einem zentralen Ort politisch nicht realisiert werden konnte, die Benennung einer abgelegenen Straße in Bonn und ein Denkmal in Frankfurt, das privat aufgestellt wurde, das so oft beschädigt wurde, dass es zwischendurch abgebaut werden musste, zeigen in jedem einzelnen

29. Mai

Fall: Die Erinnerung der Ereignisse findet statt, aber es ist ein Ringen um Erinnerung und wird von Widerständen dagegen begleitet. Parallelen zur Errichtung einer Gedenkstätte an einem zentralen Ort für die Opfer des terroristischen Amoklaufs in Hanau, Diskussionen um Denkmäler für NSU Opfer und immer wiederkehrender Vandalismus gegen die Erinnerung – all dies weist darauf hin, dass auch die Probleme in der Nachbearbeitung von Solingen nicht auf das Ereignis beschränkt sind. Für die Gemeinten reiht sich dies in eine unabgeschlossene Reihe an erfahrenem Rechtsextremismus, an Verlusten und Fragestellungen zu postmigrantischen Identitäten und Zugehörigkeiten in Deutschland ein. Die Geschichte wirkt in ihrer Gegenwart weiter und die vergangenen Ereignisse können nicht durch einen Prozess, Verurteilungen und eine Gedenktafel der Vergangenheit zugeordnet werden.

Die Mehrheitsgesellschaft hingegen integriert Betroffene in ihre Rituale der Erinnerung. Mevlüde Genç, die bei dem Mordanschlag von Solingen zwei Töchter, zwei Enkelinnen und eine Nichte verlor, erhielt 1996 das Bundesverdienstkreuz und den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen, weil sie sich für Versöhnung und Toleranz nach dem Mordanschlag aussprach. Seit 2018 zeichnet dieselbe Landesregierung besondere Verdienste um Toleranz, Versöhnung zwischen den Kulturen und um das friedliche Miteinander der Religionen mit der „Mevlüde-Genç-Medaille“ aus.

Dies sind positive Zeichen, sie sind aber auch Rituale der Bewältigung, in denen die Mehrheitsgesellschaft sich selbst versichert, die Personen und Ereignisse werden in die eigene Erinnerung integriert. Was außen vor bleibt, ist die Erinnerung der Gemeinten selbst.

Nachfragen zum Erleben der Nachwendejahre unter Menschen mit Migrationsbiographie zeigen Traumata, die Nachwirkungen haben. Eltern, die in Zimmern Feuerlöscher aufstellen und eine Strickleiter an den Fenstern anbringen, die einen gepackten Koffer im Auto bereitstehen haben, weil man sich vor Attentaten nicht in Sicherheit in Deutschland wähnte – diese Erfahrungen wirken nach. Die Ereignisse Anfang der 90er Jahre sind hier nicht abgeschlossen und aufgearbeitet, sondern wirken über die lange Reihe an scheinbaren Versäumnissen beim NSU, dem Attentat von Hanau 2020, immer

wiederkehrenden Anschlägen auf Moscheen, der Aufdeckung von rechten Netzwerken in sicherheitsrelevanten Institutionen, der Präsenz der AfD mit ihrer Rhetorik, die in den Mainstream einsickert, bis hin zu gemachten und oft abgesprochenen Rassismuserfahrungen weiter. Die Idee, dass mit der mehr oder weniger zufriedenstellenden Aufarbeitung der Ereignisse diese abgeschlossen werden können, trifft auf die Gemeinden nicht zu. Eine plurale Gesellschaft braucht eine plurale Erinnerungskultur, die auch der Perspektive der Betroffenen und Gemeinden mehr Raum gibt. Nur wenn man auch ihre Erinnerungen ins kollektive Gedächtnis integriert, wenn ihre Erinnerungen auch dazugehören, man sich auch ihre Perspektive aneignet, kann eine umfassende Selbstverortung in Deutschland gelingen, die nicht von den Schatten der Vergangenheit unterhöhlt wird. Diese Perspektiven und Lernerfahrungen können auch dafür sensibilisieren, wiederkehrende Muster der Vergangenheit in der Gegenwart zu erkennen und ihnen gemeinsam zu begegnen.

31. Mai

Tag der weißen Bänder

Melina Borčak

Der *Tag der weißen Bänder* erinnert an die Folgen, die ein Erlass der bosnisch-serbischen nationalistischen Autoritäten während des Bosnienkrieges hatte: Bosnische Muslim*innen, katholische Kroat*innen sowie andere Nicht-Serb*innen wurden als „die Anderen“ markiert und dazu gezwungen, ein physisches Erkennungszeichen (weiße Bänder) zu tragen und ihre Häuser durch weiße Fahnen zu kennzeichnen. Als erinnerungspolitische Praxis wird dem Tag heute durch das Tragen von weißen Bändern gedacht. So kann auf die Kriegsverbrechen aufmerksam gemacht werden, die vor diesem Hintergrund 1992 im Nordwesten Bosniens verübt wurden.

Was passierte?

In den 90ern, während des Angriffskrieges auf Bosnien, übernahmen serbische Nationalist*innen gewaltsam die Macht in der Stadt Prijedor. Alle Nicht-Serb*innen wurden gezwungen, ihre Oberarme mit weißen Bändern und ihre Häuser mit weißen Laken zu markieren. Dann wurden sie in Konzentrationslager, Vergewaltigungslager und Todeslager deportiert. Die Ereignisse waren Teil des Genozids an Bosniak*innen, also bosnischen Muslim*innen. Fast alle Opfer (mind. 94%) waren bosniakisch (muslimisch). Doch die serbischen Truppen ermordeten auch andere Nicht-Serb*innen. Mehr als 3.000 Menschen wurden in wenigen Wochen getötet. Zehntausende mehr wurden gefoltert, vergewaltigt, vertrieben. In den Jahren danach wurden noch mehr Menschen ermordet.

1992

Warum ist das wichtig?

Prijedor wird seit dem Genozid von serbischen Nationalist*innen kontrolliert. Erinnerungspolitisch verbieten sie Überlebenden u. a., ein Denkmal an die im Rahmen des Genozids ermordeten Kinder zu errichten. Stattdessen gibt es im Konzentrationslager Trnopolje ein Denkmal, das der Täter*innen gedenkt. Der Genozid an Bosniak*innen 1992 bis 1996 ist zentraler Bestandteil rechtsextremer und rassistischer Ideologie. Viele rechtsextreme Terrorist*innen nahmen Bezug auf den Genozid und nutzten ihn als Inspiration: Von Utøya über München und Halle bis zu Christchurch. Wie können wir ihnen entgegenzutreten, wenn wir nicht vom Genozid an Bosniak*innen wissen? Es geschah in den Neunzigern, mitten in Europa. Nur fünf Stunden Autofahrt entfernt von Deutschland. Wer in München lebt, lebt näher am Todeslager Omarska als an Hamburg.

31. Mai

Tod von Falko Lüdtkke

Andrea Hanna Hünninger

Nein, Krawalle zwischen rechten und linken Jugendlichen haben den Taxifahrer Bernd P. aus Eberswalde wirklich nie interessiert. Politik ist ihm von jeher egal. Er ärgert sich höchstens, wenn er wegen einer Demonstration im Stau stehen muss.

Der Mittvierziger, Vater von zwei Kindern, lebt nach dem Grundsatz: „Ick mache meinen Job, ernähre meine Familie – und weiter jar nischt.“

An einem Mittwoch im Frühsommer, genau um 21:03 Uhr, wird der Chauffeur mit einem Teil der Eberswalder Wirklichkeit konfrontiert, den er bislang ignoriert hat. An diesem Mittwoch stürzt in der Specht-hausener Straße ein junger Mann vor sein Taxi.

Falko Lüdtkke, 22, prallt gegen die rechte Frontseite des Wagens, wird hochgeschleudert, zerschlägt mit seinem Körper die Windschutzscheibe und bleibt rücklings auf der Straße liegen. Zwei Stunden später ist er tot, gestorben an einem Lungenriss.

Es ist der 31. Mai 2000, als der 22-jährige Punk Falko Lüdtkke in Eberswalde (Brandenburg) von dem 27-jährigen Rechtsextremen Mike B. vor eben jenes Taxi gestoßen und von diesem tödlich erfasst wird.

2000

Noch Sekunden vor dem Zusammenprall prügelte sich Falko, ein Punk mit braunen Rastalocken, am Straßenrand an einer Bushaltestelle. Er strauchelte beim Kampf gegen Mike B., einen muskulösen, über und über tätowierten 27-Jährigen mit Glatze. Falko Lüdtker stellt Mike B. wegen dessen Hakenkreuztätowierung an seinem Hinterkopf zur Rede. Als der Bus kommt, steigen sie ein und führen ihre Diskussion über Mike B.s rechte Gesinnung fort. An der Haltestelle Spechthausener Straße verlassen beide den Bus. Der Streit eskaliert und sie beginnen sich zu prügeln. Schließlich schlägt Mike B. Falko Lüdtker massiv auf den Brustkorb, infolgedessen der 22-Jährige in Richtung Straße fällt. Ein vorbeifahrendes Taxi erfasst ihn mit voller Wucht: Er wird hochgeschleudert und bleibt auf der Straße liegen. Zwei Stunden später stirbt Falko Lüdtker an einem Lungenriss. Das Landgericht Frankfurt (Oder) verurteilte Mike B. im Dezember 2000 wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Haftstrafe von viereinhalb Jahren. Überdies betonte das Gericht in seinem Urteil, dass das Verhalten Falko Lüdtkers ein Akt der Zivilcourage gewesen sei und keine Provokation vonseiten des Punks ausging. Schließlich seien die Vorbehalte Falko Lüdtkers gegenüber Mike B. berechtigt gewesen, ließ er sich durch seine Hakenkreuztätowierung eindeutig der rechten Szene zuordnen.

Die rechte Szene in Eberswalde amüsiert sich derweil über einen neuen Witz: „Wie bestellt man wo ein Taxi?“ Antwort: „In England hebt man den Daumen, in den USA winkt man mit dem Arm – in Eberswalde legt man sich auf die Straße.“

Mike B. ging gegen das Urteil in Revision. Der Bundesgerichtshof wertete die Tat schließlich nur noch als fahrlässige Tötung, da Mike B. ohne Vorsatz gehandelt habe. Das Strafmaß wurde daraufhin vom Landgericht Cottbus auf ein Jahr und acht Monate ohne Bewährung verringert. Obwohl der Richter in diesem Urteil noch einmal betonte, dass die rechte Gesinnung von Mike B. die Ursache der Tat gewesen sei, solle das aber nicht strafverschärfend gewertet werden.

Die meisten Bürger glauben indessen nur zu gern die erstaunliche Version der Staatsanwaltschaft, wonach der Fall gar keinen politischen Hintergrund hatte – na bitte.

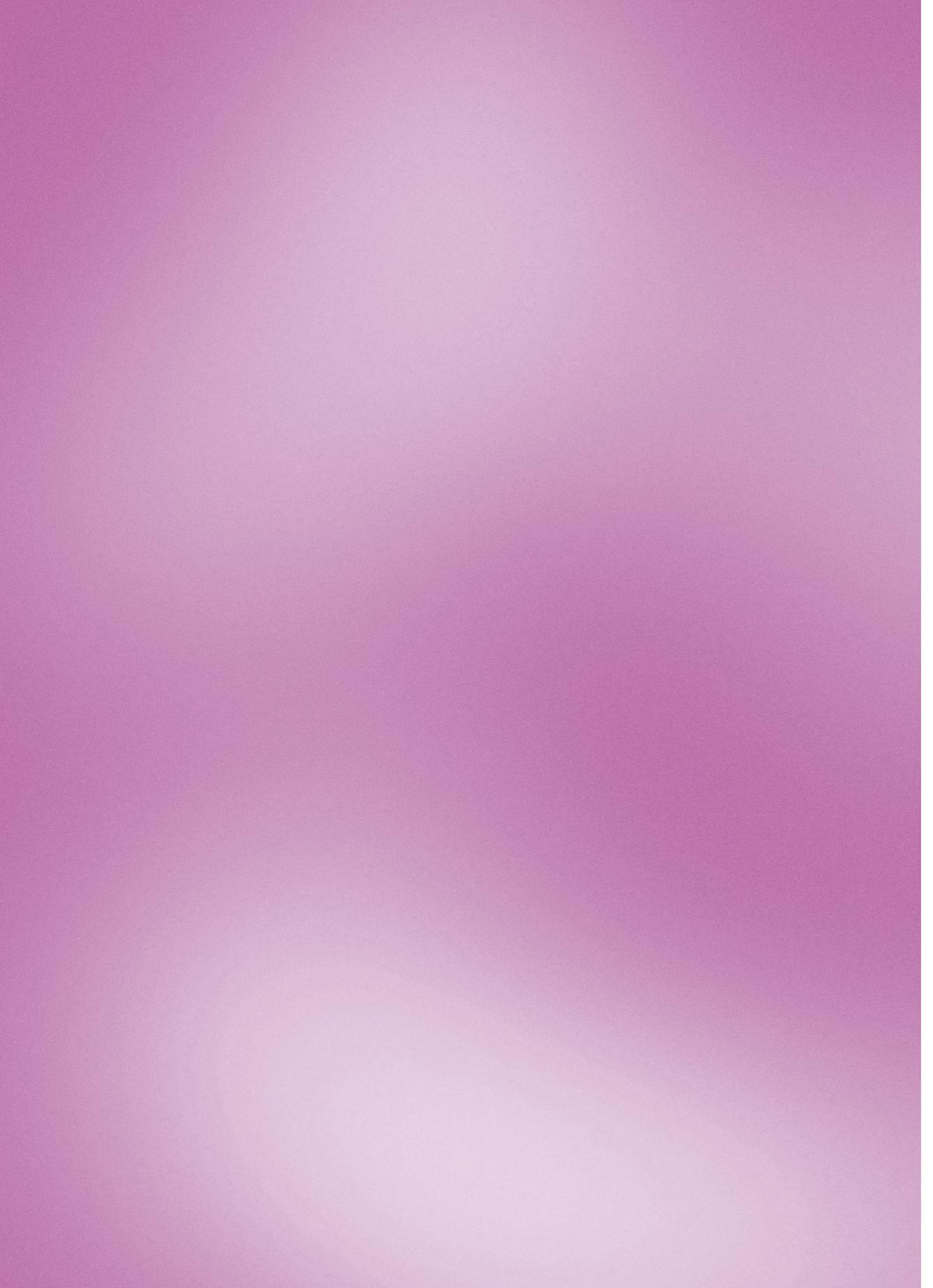
31. Mai

Wegsehen hat in Eberswalde Tradition. Vor den Augen von drei Polizisten, die sich in einem Pförtnerhäuschen verschanzt hatten, wurde 1990 der angolanische Vertragsarbeiter Amadeu Antonio von 50 betrunkenen Skinheads totgeprügelt und totgetreten – das erste Todesopfer nach der Wiedervereinigung.

Der Fall wurde auf Grundlage einer Studie des Moses Mendelssohn Zentrums aus dem Jahr 2015 nachträglich als rechte Gewalttat staatlich anerkannt.

JUNI

1. – 2. Juni	Der Farhud	1941
2. Juni	Mord an Walter Lübcke	2019
7. Juni	Denkmalsturz in Bristol	2020
9. Juni	Nagelbombenanschlag in der Keupstraße, Köln (NSU)	2004
9. Juni	NSU-Mord an İsmail Yaşar	2005
13. Juni	NSU-Mord an Abdurrahim Özüdoğru	2001
14. und 27. Juni	Lebende Scheiterhaufen in Višegrad	1992
15. Juni	NSU-Mord an Theodoros Boulgarides	2005
17. Juni	Arbeiter*innenaufstand in der DDR	1953
20. Juni	Weltflüchtlingstag	
21. Juni	Bertha von Suttner – Ein Leben für den Frieden	
24. Juni	Aufhebung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche nach § 219a StGB	2022
27. Juni	NSU-Mord an Süleyman Taşköprü	2001
28. Juni	Gefängnisrevolte im Women’s House of Detention und Stonewall Aufstand	1969
30. Juni	Tod von Halim Dener	1994



Der Farhud

Benjamin Fischer

Das irakische Judentum, das bis auf das Jahr 586 v. Chr. und die Zeit der Babylonischen Gefangenschaft zurückgeht, ist die älteste jüdische Gemeinschaft der Welt außerhalb des heutigen Staates Israel. Der Irak ist insofern fester Bestandteil der jüdischen Geschichte, das Judentum fester Bestandteil der irakischen Geschichte und das eine lässt sich nicht ohne das andere verstehen. Doch korrekterweise muss es heißen, dass das irakische Judentum die älteste jüdische Gemeinschaft der Welt *war*, denn schon seit Jahrzehnten lebt dort so gut wie niemand mehr, der imstande wäre, die alte Liturgie und die reiche Kultur des irakischen Judentums lebendig zu halten. Den Bruch des jüdisch-araischen Zusammenlebens bezeichnet das Datum des 1. und 2. Juni 1941. Kurz nach der Kapitulation der pro-nazistischen irakischen Regierung kam es damals während des Schawuotfestes zum Pogrom an der jüdischen Bevölkerung von Bagdad, das als „Farhud“ (arabisch für „gewalttätige Enteignung“) in die Geschichte eingegangen ist.

Zu der Zeit lebten etwa 135.000 Jüdinnen*Juden, 3 Prozent der Gesamtbevölkerung, im Land, rund 90.000 von ihnen in Bagdad, 10.000 in Basra und die übrigen verteilt auf viele Kleinstädte und Dörfer. Mit Gründung des irakischen Staates unter britischem Mandat im Jahr 1921 erhielten Jüdinnen*Juden erstmals das volle Wahlrecht und ihr Status von gleichberechtigten Staatsbürgern blieb auch nach der irakischen Unabhängigkeit im Jahr 1932 erhalten. Das änderte sich erst, als im April 1941 Rashid Ali al-Gailani gemeinsam mit hochrangigen Offizieren und mit Unterstützung

1. – 2. Juni

des Muftis von Jerusalem eine pro-nazistische Regierung bildete in der Annahme, ein Sieg der Achsenmächte würde zur vollständigen Unabhängigkeit des Irak führen. Bei der Zurückeroberung des Irak ließen die Briten 1941 zunächst irakische Truppen in das eroberte Bagdad einmarschieren, wo die Jüdinnen*Juden der Stadt – die glaubten, ihre Unterdrückung habe mit der Kapitulation der pro-nazistischen Regierung ein Ende gefunden – das Erntedankfest feierten. In den folgenden Ausschreitungen gegen die jüdische Gemeinde wurden knapp 200 Menschen getötet und mehr als 600 verletzt, auf den Straßen von Bagdad kam es zu Plünderungen und Vergewaltigungen. Noch nie zuvor hatte es einen solchen Gewaltausbruch gegen die jüdische Bevölkerung, einschließlich Frauen und Kindern, gegeben. Das Pogrom bezeichnete einen tiefen Einschnitt und leitete das Ende der mehr als 2000-jährigen Geschichte jüdischen Lebens in dieser Region ein. Von den einigen Tausend Jüdinnen*Juden, die bis 1951 das Land noch nicht verlassen hatten, wurden durch die Luftbrücke „Operation Esra und Nehemia“ etwa 130.000 nach Israel geholt. Ali al-Gailani ging ins Exil, besuchte das Konzentrationslager Sachsenhausen, arrangierte ein persönliches Treffen mit Hitler und distanzierte sich auch lange nach Ende des Zweiten Weltkrieg nicht von der NS-Ideologie. Nach seinem gescheiterten Putschversuch in Saudi-Arabien wurde er zwar 1958 zum Tode verurteilt, dann aber begnadigt und lebte bis zu seinem Tod 1965 in Beirut.

In der Erinnerung gilt der Farhud heute sowohl als einer der vielen Judenpogrome während des Holocausts als auch als Ausdruck des kollektiven Traumas der jüdischen Gemeinschaft im Irak und ihrer Entwurzelung. Die Bedeutung dieses Gedenkens erstreckt sich darüber hinaus aber auch auf die Erinnerung an die tragische Geschichte der mizrachischen Jüdinnen*Juden im Allgemeinen.

Es wäre sicherlich falsch, das jüdisch-muslimische Zusammenleben im Irak und in der MENA-Region zu romantisieren, aber bis zu dem in den 1950er-Jahren einsetzenden Exodus von 850.000 Jüdinnen*Juden aus der arabischen Welt gab es in vielen dieser Länder eine unverkennbare jüdisch-arabische Identität. Auch meine Großeltern mussten in dieser Zeit Tunesien in Richtung Israel verlassen. Bis zu ihrem Tod sprachen sie davon, eines Tages noch mal nach Tunis zu reisen.

Ihre Muttersprache war Arabisch, und obwohl sie in Israel lebten, war es für sie selbstverständlich, auch mit ihren Kindern Arabisch zu sprechen.

Während ich dies schreibe, am letzten Maitag, erscheinen zahllose Meldungen in meinem Newsfeed über ein soeben im Irak verabschiedetes Gesetz, wonach Kontakte zu Israelis künftig unter Strafe gestellt werden können – bis hin zu lebenslanger Haft oder gar dem Tod. Vielleicht ist heute ein guter Tag, um uns daran zu erinnern, dass es einmal eine große jüdische Gemeinde im Irak gab, denn sie scheint nicht nur vergessen, sondern vielleicht für immer von dort verschwunden zu sein.

2. Juni

Mord an Walter Lübcke

Andrea Hanna Hünninger

Am 2. Juni 2019 wurde Walter Lübcke von einem Rechtsextremen erschossen. Die Betroffenheit ist schwächer geworden, geblieben ist die Gefahr.

Der Mord an Walter Lübcke jährt sich zum fünften Mal und das Thema ist in diesen Tagen und Wochen wieder aktuell, weil derzeit erneut vermehrt Politiker*innen angegriffen werden, die sich für die Demokratie und eine offene Gesellschaft einsetzen. Und man muss den Gedanken daran ebenso schnell verwerfen, weil die Lebensgeschichte von Walter Lübcke sich nicht so liest, als sei er jemand gewesen, der sich etwas ersparen wollte.

Lübcke war seit 1986 Mitglied der CDU in Hessen. Zeitsoldat, dann Landtagsabgeordneter und bis zu seinem Tod Regierungspräsident in Kassel. Schon früh engagierte er sich für Jugendliche, in der Bildungsarbeit und später für Geflüchtete. Ein empathischer Konservativer, ein Mann der Mitte.

Am Abend des 2. Juni 2019 wurde Walter Lübcke von einem rechts-extremen Fanatiker auf seiner Terrasse erschossen. Vor Gericht sagte dieser später aus, Lübckes Engagement für Geflüchtete habe ihn zu der Tat veranlasst.

2019

Die Wucht des Anschlags zeigt zwei Dimensionen: Die eine ist sehr persönlich, die andere hochpolitisch. Persönlich sind die Folgen für die Angehörigen. Lübcke hatte eine Frau und zwei Söhne, der jüngere der beiden fand den Vater auf der Terrasse, versuchte noch, ihn zu reanimieren. Die Familie spricht bis heute kaum öffentlich über den Anschlag. Der Schmerz eines solchen Verlustes lässt sich sowieso kaum in Worte fassen.

Die zweite Dimension, die politische, reicht weit über Hessen hinaus, sie erfasst das ganze Land bis heute. Der Mord an Walter Lübcke war nicht nur der Angriff eines einzelnen Fanatikers auf einen Privatmann, sondern auch das Resultat andauernder Hetze demokratiefeindlicher Gruppen gegen den Staat und seiner Repräsentant*innen, das Resultat von Sätzen wie „Wir werden sie jagen“.

Die Tat steht in einer Reihe mit den Anschlägen von Halle, von Hanau und der Mordserie des NSU. Lübcke wurde erschossen, weil er sich dem Hass auf alles vermeintlich Fremde und dem Rassismus in der Gesellschaft entgegenstellte. Lübcke stand für etwas.

Der Politiker sprach im Jahr 2015 bei mehreren Veranstaltungen über geplante Geflüchtetenunterkünfte. Bei einer dieser Reden hielten sich Störende im Raum auf, die fortwährend dazwischenriefen. Lübcke entgegnete ihnen einen längeren Redebeitrag, der auch gefilmt wurde. Im Netz wurden – ohne Kontext der vorangegangenen Beleidigungen – nur die letzten Worte verbreitet. Sie lauteten: „Es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten, und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist. Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen.“

Nun ist selbst diese verkürzte Aussage gar nicht sonderlich problematisch. Sie wurde aber, vor allem in den damals noch sehr aktiven Pegida-Kreisen samt ihrer lokalen Ableger, mutwillig als eine Art Rauswurffantasie ausgelegt. Ab da wurde Lübcke zu einem Feindbild der extremen Rechten.

Erst die Ermordung Walter Lübckes veranlasste die CDU kurz darauf, ein öffentliches Statement zur sogenannten Brandmauer zu geben. Niemals, hieß es in dem Bekenntnis, werde es zu einer

2. Juni

Zusammenarbeit mit der AfD kommen, zu dessen Stammtischen und Veranstaltungen der Täter im Übrigen immer wieder ging.

Die Brandmauer ist aber schon längst porös und rissig geworden. Immer wieder nähern sich Politiker*innen der AfD an. In diesem Jahr dürfte es in Ostdeutschland nach den Kommunalwahlen zu heftigen Debatten kommen. Martina Schweinsburg, die in Greiz für die CDU kandidiert, kommentierte den Beschluss des Präsidiums so: „Hätten die, bevor die so was schreiben, mal lieber uns im Osten gefragt.“ Sie sagt, dass sie niemals mit Extremist*innen zusammenarbeiten würde. Aber sie findet: „Man darf doch von einem Einzelfall nicht auf alle schließen.“ Sie meint die Ermordung von Walter Lübcke.

Ein gefährliches Omen.

Denkmalsturz in Bristol

Lea Otremba

„It's one of those moments where the world gets reframed. And in the reframing you realize something about the solidity of a story and how actually that solidity of a story suddenly disappears. It is no longer as solid as you think it is, something that can be deconstructed in a second. A new narrative just literally happens before your eyes.“

Aktivist zum Sturz der Colston-Statue in Bristol (anonym)

In Bristol kam es am 7. Juni 2020 zu einem 10.000 Personen umfassenden Protest in Solidarität mit der sozialen Bewegung Black Lives Matter (BLM). Auslöseereignis war der Tod George Floyds durch Polizeigewalt am 25. Mai 2020 in Minneapolis in den USA: Polizisten wandten einen Würgegriff auf den Afroamerikaner an, dessen Folgen Floyd schließlich im Krankenhaus erlag. Während des ersten Pandemie-Lockdowns gingen das Ereignis und Floyds Aussage „I can't breathe“ medial um die Welt. Der Vorfall porträtierte ein weiteres Beispiel für die anhaltende Kontinuität schwerer Polizeigewalt, die in den USA, aber auch in Europa auf lange, wenn auch verschiedene historische Traditionen zurückblickt und eng und systemisch mit Sklaverei, Rassismus, weißer Vorherrschaft und Kapitalismus verbunden ist.

In ihrer Folge umschloss die BLM-Bewegung 2020 auch Denkmalstürze als Protestmittel: Sie standen für die Sichtbarmachung von Vergangenhedtsdiskursen um zurückliegende Gewaltsysteme und

7. Juni

schlossen unmittelbar auch an weitere in den Protesten artikulierte Forderungen um Menschenrechte an. Statuen von Offizieren oder Persönlichkeiten der konföderierten Südstaaten kamen unmittelbar nach Floyds Tod in den USA zu Fall, Denkmalstürze auf globaler Ebene folgten. In diesem Zuge wurde auch die Edward Colston-Statue in Bristols Stadtzentrum durch vier Aktivist*innen – die „Colston Four“ – gestürzt und im Anschluss in den nahe gelegenen Hafen von Bristol geworfen.

Bekannt als Philanthrop der Stadt, generierte Colston im 17. und 18. Jahrhundert als Händler sein Vermögen u. a. auch aus dem transatlantischen Sklavenhandel. Sein Wirken fällt somit in die Zeit des sogenannten „ersten“ Britischen Weltreichs, das insbesondere von der kolonialen Expansion Großbritanniens in der Karibik und an der nordamerikanischen Küste geprägt war und die gewaltvolle Praxis des transatlantischen Sklavenhandels umschloss. In den 1720er Jahren war hieran auch Bristol als führender Hafen beteiligt. Die Errichtung der Colston-Statue im Jahr 1895 zeigt anschaulich, welche Rolle öffentliche Denkmalkultur im Zuge der Nationsbildungsprozesse im 19. Jahrhundert spielte: Denkmäler dienten der Verkörperung politischer Wert- und Identitätsvorstellungen und sollten ein positives, nationales Selbstbild fördern. So ist es zunächst nicht verwunderlich, dass die Colston-Statue weder Colstons Involviertheit in den transatlantischen Sklavenhandel thematisierte, noch die begleitende Gedenktafel auf Verbindungslinien zum britischen Imperialismus und Kolonialismus verweist.

Dies ist in Anbetracht der diversen Gesellschaften im 21. Jahrhundert nicht nur schwer nachzuvollziehen, sondern nicht mehr zu rechtfertigen. Zwar hat in den letzten Jahrzehnten in vielen Kontexten ein Wandel in Praktiken und Prozessen der Gestaltung von neu zu errichtenden Gedenkstätten und Denkmälern stattgefunden. Doch erweisen sich Diskurse um „alte“ Denkmäler und ihre Schutzwürdigkeit als außerordentlich hartnäckig.

Konservative Positionen sehen in den Denkmalstürzen oft die Gefahr einer Verdrängung von Geschichte. Sie übersehen dabei, dass Geschichte über Narration und Repräsentationskultur immer auch konstruiert und geformt wird – den „neutralen“ oder erinnerungspolitisch

„begrenzten“ Stadtraum gibt es nicht. Der Sturz einer Statue wird weder die gesamte Geschichte des britischen Imperialismus und Kolonialismus (oder anderer Kontexte) auslöschen, noch sein Andenken – zu stark reichen seine Kontinuitäten bis in die Gegenwart: Colston bleibt auch über die Statue hinaus als Namensgeber im Stadtbild Bristols präsent und unsere Gesellschaften von Polizeigewalt, Racial Profiling und anhaltendem Rassismus durchdrungen.

Es ist deshalb wichtig, anzuerkennen, dass aktivistischen Denkmalstürzen in der Regel jahrelange Forderungen vorangehen, deren Umsetzung jedoch durch das strukturelle Silencing der fordernden Communities politisch verwehrt wird. Im Falle der Colston-Statue gab es seit den 1990er Jahren Bestreben, die Gedenktafel der Statue mit einem Textzusatz zu versehen. Obwohl hier sichtbar nicht das „Auslöschen“ von Erinnerung im Vordergrund steht, sondern eine Umstrukturierung von Geschichtsdiskursen, die sich öffentlich kritisch gegenüber imperialer und kolonialer Vergangenheit positionieren, scheiterte dieses Anliegen. Weitere Beispiele gibt es viele. Auch ist es empfehlenswert, den in öffentlichen Debatten oft wahrgenommenen „militanten“ Charakter von Denkmalstürzen in Kontext und Relation zu setzen – u. a. zur langfristigen strukturellen Gewalt, die Betroffene erleben. Dieser Gewaltbegriff spielte auch noch 2022 in dem Gerichtsprozess gegen die „Colston Four“ eine Rolle, die der „kriminellen Sachbeschädigung“ beschuldigt und letztlich freigesprochen wurden.

Der Denkmalsturz in Bristol und weitere Denkmalstürze im Rahmen der BLM-Proteste 2020 schufen für einen kurzen Moment eine neue Aufmerksamkeit in Deutschland und Europa für Diskurse um abolitionistische Zukünfte, das kollektive Gedächtnis und den Umgang mit der eigenen Gewaltgeschichte. Das Erinnern des Tages bietet die Gelegenheit, hieran anzuknüpfen, um neue Perspektiven und erinnerungspolitische Strategien zu entwickeln.

9. Juni

Nagelbomben- anschlag in der Keupstraße, Köln (NSU)

Ulf Aminde

Am 9. Juni 2004 explodierte in der Kölner Keupstraße eine Nagelbombe mit 800 Zimmermannsnägeln vor einem Friseurgeschäft. Die auf Massenmord ausgerichtete Bombe verletzte mehr als 22 Personen, vier davon schwer.

7 Jahre lang wurde in einer Täter-Opfer-Umkehr gegen die Betroffenen und Direktbetroffenen ermittelt. Die ermittelnden Behörden nutzten jede Möglichkeit, um dem Inhaber des Friseurgeschäftes, so wie anderen Geschäftsinhaber*innen auf der Keupstraße zu unterstellen, selbst hinter dem Anschlag zu stehen. 7 ganze Jahre lang wurden die Opfer von den Polizei- und Steuerbehörden überwacht, verdächtigt und unter Druck gesetzt. 7 Jahre lang wuchs in der Keupstraße damit auch das Misstrauen untereinander.

Erst 2011 wurde klar, was die Betroffenen und Direktbetroffenen lange geahnt hatten: beide Anschläge waren rechtsterroristisch motiviert und wurden vom neonazistischen NSU-Netzwerk begangen. Der Coiffeur Hasan Yildirim sagte: „An diesem Tag fühlte ich mich wie ein freier Vogel, denn wir konnten diesen Druck von der Polizei nicht mehr ertragen.“

2004

Die Anschläge zielten in ihrer rassistischen Ideologie deutlich auf eine Verunsicherung der (post)migrantischen Gesellschaft. Die rassistischen Ermittlungen der Behörden, die 7-jährige Täter-Opfer-Umkehr, die Unterstellung, die Bewohner*innen hätten etwas mit dem Bombenanschlag zu tun und vor allem, die fehlende Solidarisierung der Stadtgesellschaft Köln mit den Bewohner*innen in der Keupstraße, mit den Betroffenen und Direktbetroffenen – all dies nennen die Menschen in der Keupstraße heute: die „Bombe nach der Bombe“ und meinen damit die rassistischen Ermittlungen und Unterstellungen gegen sie selbst.

Auch nach dem NSU-Prozess in München, der bei weitem nicht das gesamte neonazistische Netzwerk und die Verstrickungen in Verfassungsschutz und Behörden aufgedeckt hat, kämpfen die Betroffenen mit solidarischen Initiativen weiter und fordern Aufklärung, Entschädigung, Konsequenzen und Erinnerung.

In der unmittelbaren Nähe des Tatorts an der Keupstraße soll nach den Wünschen der Betroffenen ein Mahnmal errichtet werden, das an die beiden in Köln vom NSU-Netzwerk begangenen Bombenanschläge erinnert und die Geschichten der Betroffenen und die Kämpfe gegen Rassismus und Antisemitismus sichtbar macht.

Der Künstler Ulf Aminde hat mit der Autorin Svenja Leiber und in vielen Gesprächen mit Betroffenen und solidarischen Initiativen einen hybriden Erinnerungsort entwickelt, der einen konkreten Platz im öffentlichen Raum entstehen lässt, mit einer Betonbodenplatte, die eine 1:1 Kopie des Fundamentes des angegriffenen Hauses in der Keupstraße darstellt. Dazu kommt mit Hilfe von Augmented Reality ein digitales, kritisches Filmarchiv, in dem die Kämpfe und Stimmen der Zeitzeug*innen und Betroffenen von Rassismus und Antisemitismus hörbar gemacht werden.

Die Initiative „Herksin Meydanı – Platz für Alle“ hat kürzlich direkt gegenüber der Ecke, an der das Mahnmal entstehen wird, einen „Raum für Alle“ bezogen. Er wird am Vorabend des Gedenktags eröffnet und soll ein Ort der Begegnung, Erinnerung, Kunst und Kultur sein und Menschen aus der Straße, dem Viertel, der Stadt zusammenbringen.

9. Juni

NSU-Mord an İsmail Yaşar

NSU-Watch

İsmail Yaşar wurde 1955 in Alanyurt in der Türkei geboren, mit 23 Jahren kam er nach Deutschland. Er heiratete dort und hatte eine Tochter und einen Sohn. İsmail Yaşar betrieb in der Nürnberger Scharrerstraße einen Dönerimbiss. In der Nachbarschaft war er bekannt und beliebt, insbesondere bei den Schüler*innen der gegenüberliegenden Scharrerschule, die auch sein Sohn besuchte. In ihrer Zeuginnenaussage im NSU-Prozess erinnerte sich eine Kundin an ihn als „sehr guten Menschen, als kinderlieben Menschen“.

İsmail Yaşar wurde am 9. Juni 2005 in seinem Döner-Imbiss, den er zu dem Zeitpunkt seit sechs Jahren führte, vom NSU erschossen. Nach dem Mord klebten Schüler*innen der Schule und Nachbar*innen Briefe an den Imbiss, legten Blumen ab und entzündeten Kerzen. Dieses erste Gedenken wurde von den Ermittlungen der Polizei schnell zunichte gemacht: Auch nach dem sechsten Mord der „Ceska-Mordserie“ ermittelten die Behörden vor allem gegen das Mordopfer und sein persönliches Umfeld. In Richtung eines rechten Motivs wurde kaum ermittelt, obwohl es zum Beispiel zuvor eine Sachbeschädigung am Imbiss gegeben hatte, für die ein Neonazi einen Monat ins Gefängnis musste.

Mehr noch: Der Mord an İsmail Yaşar fand genau ein Jahr nach dem Nagelbombenanschlag auf die Kölner Keupstraße statt. Deswegen dachten auch einige Medien über eine mögliche Verbindung des

2005

Anschlags in der Keupstraße mit den Morden nach. Hintergrund dieser Überlegungen waren Ermittlungsansätze der Polizei, die sich auf Überwachungsvideos vor dem Anschlag in der Keupstraße aus Köln bezogen. Diese Videos zeigten die Täter mit ihren Fahrrädern, keine drei Minuten Fußweg entfernt vom Tatort. Einer Zeugin im Zusammenhang mit dem Mord an İsmail Yaşar wurden diese Videos vor der Selbstenttarnung des NSU von der Polizei gezeigt, da auch sie Männer mit Fahrrädern gesehen hatte. Mindestens einen der beiden wollte die Zeugin bereits damals „ziemlich sicher“ wiedererkannt haben. Aber auch diesem Hinweis, der sich später als vollkommen zutreffend erwies, gingen die Ermittler*innen im Weiteren nie ernsthaft nach. Auch auf die Berichterstattung hatten diese Ansätze keinen nachhaltigen Effekt.

Nach der Selbstenttarnung des NSU kehrte das Gedenken an İsmail Yaşar in sein Viertel zurück. Lange gab es kein offizielles Gedenken der Stadt, doch die antifaschistische Initiative „Das Schweigen durchbrechen“ und Schüler*innen der Scharrerschule brachten Schilder und Kacheln am Tatort an. Nach und nach kamen eine Gedenkplatte und Graffitis im Umfeld dazu. 2022 wurde eine benachbarte Grünfläche in İsmail-Yaşar-Platz umbenannt, in Anwesenheit seiner Kinder. Dort wurde auch eine Gedenkstele eingeweiht und ein Walnussbaum in Erinnerung an İsmail Yaşar gepflanzt.

13. Juni

NSU-Mord an Abdurrahim Özüdoğru

NSU-Watch

Abdurrahim Özüdoğru wurde 1952 im türkischen Yenişehir geboren. Mit 20 Jahren wanderte er nach Deutschland aus, um Maschinenbau zu studieren, wofür er ein Stipendium erhalten hatte. Während seiner Zeit an der Universität Erlangen-Nürnberg lernte er seine spätere Frau kennen, sie bekamen eine Tochter. Abdurrahim Özüdoğru arbeitete 25 Jahre lang als Metallfacharbeiter. Neben seinen Schichten betrieb er im Erdgeschoss seines Wohnhauses eine Änderungsschneiderei.

Am Nachmittag des 13. Juni 2001 wurde Abdurrahim Özüdoğru während der Arbeit in seiner Änderungsschneiderei vom NSU erschossen.

Nürnberg war ein Schwerpunkt des rechten Terrors des NSU. Schon der erste bekannte Anschlag des NSU fand dort statt: Das Attentat auf die „Pilsbar Sonnenschein“ am 23. Juni 1999. Im September 2000 hatte der NSU dann in Nürnberg seine rassistische Mordserie begonnen – mit dem Mord an Enver Şimşek an dessen Blumenstand. Abdurrahim Özüdoğru war das zweite Opfer der Mordserie. 2005 ermordete der NSU in Nürnberg İsmail Yaşar. Teilweise waren für die Anschläge und Morde genaue Ortskenntnisse notwendig. Bei der „Pilsbar Sonnenschein“ hatte von außen nichts darauf hingedeutet, dass die betroffene Gaststätte in Nürnberg erst kurz zuvor von einem Pächter migrantischer Herkunft übernommen worden war. Die in

2001

einer Seitenstraße Nürnbergs liegende Änderungsschneiderei von Abdurrahim Özüdoğru war nicht regelmäßig geöffnet. Nach Nürnberg gab es gerade aus der Chemnitzer Neonazi-Szene vielfältige Kontakte.

All dies führte vor der Selbstenttarnung des NSU jedoch nicht zu ernsthaften Ermittlungen in der rechten Szene. Im Gegenteil: Auch gegen Abdurrahim Özüdoğru und sein persönliches Umfeld wurde ermittelt. Diese Ermittlungen waren geprägt von rassistischen Vorannahmen. Aber auch als klar war, dass Abdurrahim Özüdoğru ein Opfer des NSU geworden war, blieben intensive Ermittlungen zum Unterstützungsnetzwerk des NSU in Nürnberg aus.

Lange gab es kein offizielles Gedenken der Stadt Nürnberg an Abdurrahim Özüdoğru. Die antifaschistische Initiative „Das Schweigen durchbrechen“ brachte ein Tafel am Tatort an, die mehrfach beschädigt wurde und schließlich ausgetauscht werden musste. Seit 2021 gibt es eine offizielle Gedenktafel am Tatort. In diesem Jahr soll ein Park in Nürnberg nach Abdurrahim Özüdoğru benannt werden.

14. und 27. Juni

Lebende Scheiterhaufen in Višegrad

Melina Borčak

Geboren, gehasst, gefangen. Mit Mama und 70 anderen Menschen in ein Haus eingesperrt und lebend verbrannt. Das waren die einzigen zwei Tage im Leben eines namenlosen Babys aus Višegrad, Bosnien. Namenlos, weil das kleine Mädchen nicht einmal lang genug lebte, um eine Geburtsurkunde zu haben. Und weil ihre gesamte Familie – alle, die erzählen könnten, wie sie hieß, ebenfalls bei lebendigem Leibe verbrannt wurden.

Heute wäre sie erst 30. Denn es geschah 1992, gleich am Anfang des Genozids an Bosniak*innen und des Angriffskrieges gegen Bosnien. In Višegrad lebten vor dem Genozid rund 13.000 Bosniak*innen, also bosnische Muslim*innen. Mehr als 3.000 davon wurden ermordet. Tausende mehr wurden vergewaltigt oder vertrieben. Die einzigen Bosniak*innen, die nach dem Genozid 1992 in Višegrad noch am Leben waren, waren einzelne Frauen und Mädchen, die in Vergewaltigungslagern gefangen gehalten und gefoltert wurden.

An vielen Orten wurden Bosniak*innen (bosnische Muslim*innen) lebend verbrannt. Besonders bekannt sind die sogenannten Lebenden Scheiterhaufen in Višegrad. Lebende Scheiterhaufen, auf Bosnisch „Žive lomače“ sind die Namen für jene Verbrechen, in denen Bosniak*innen während des letzten Genozids lebend verbrannt wurden.

1992

Wer auf Deutsch nach Informationen dazu sucht, sucht vergeblich. Der Begriff „Lebende Scheiterhaufen“ wird nirgends im Kontext des Genozids in Višegrad erwähnt, obwohl er Bosniak*innen tief in die Seelen graviert ist. Erinnerungskultur, Medien und Politik scheitern ein weiteres Mal, wenn es darum geht, überhaupt nur zu wissen, was bosnischen Muslim*innen angetan wurde. Sogar während ich dies schreibe, zieht mein Laptop rote Linien unter die Namen dieser brutalen Massenmorde, als wären es Rechtschreibfehler, da sie im kollektiven Gedächtnis des „Westens“ nicht stattfinden.

Am heutigen Jahrestag erinnern wir an den Lebenden Scheiterhaufen in Bikavac. Dort wurden 70 Menschen zusammengepfertcht und in ein Haus gezwungen, das zuvor dem bosniakischen Eigentümer geklaut wurde. Dann wurde das Haus verbrannt, ebenso wie die Menschen darin. Die Mehrheit der Opfer waren Frauen, Kinder und ältere Menschen. Eine einzige Frau überlebte – Zehra Turjačanin. Mit komplett verbrannter Haut und fehlenden Fingern musste sie tagelang durch Wälder flüchten, um den serbischen Truppen nicht wieder in die Hände zu fallen. Sie überlebte. Trotz schwerem Trauma fand sie die Kraft, vor dem UN-Tribunal gegen die Mörder auszusagen.

Nicht einmal zwei Wochen vor Bikavac, am 14. Juni 1992, verübten die gleichen Mörder einen weiteren Lebenden Scheiterhaufen, in dem über 60 Menschen ermordet wurden. In der Pionirska-Straße wurden ebenfalls ältere, erschöpfte Menschen sowie Frauen und Kinder gefangen. Einige von ihnen wurden vergewaltigt. Sie wurden in ein Haus eingesperrt, in das Sprengstoff geworfen wurde. Feuer entflammte. Menschen, die versuchten, durch die Fenster zu springen, um sich aus dem Feuer zu retten, wurden erschossen. Die verkohlten Leichen der Opfer zeigen: Das zwei Tage junge Baby verbrannte, von seiner Mutter umarmt.

Die Lebenden Scheiterhaufen Višegrads gehören zu den grausamsten Verbrechen des letzten Genozids an Bosniak*innen, und somit des 20. Jahrhunderts. So sehen es auch die Richter*innen des UN-Sondertribunals in Den Haag: „In der gesamten, zu langen und zu traurigen Geschichte des menschlichen Elends und der Unmenschlichkeit des Menschen gegenüber dem Menschen müssen die Scheiterhaufen in der Pionirska-Straße und in Bikavac einen hohen Stellenwert einnehmen.“

14. und 27. Juni

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts, das von Kriegen und Blutvergießen gigantischen Ausmaßes geprägt war, sind diese schrecklichen Ereignisse ins Gedächtnis eingraviert. Wegen der besonderen Grausamkeit, die für einen Flammenmord notwendig ist, wegen der offensichtlichen Vorsätzlichkeit und Berechnung, die ihnen innewohnt, und wegen der schieren Gefühllosigkeit, Monstrosität und Brutalität, die Opfer in zwei Häuser zu zwingen, die zu Fallen wurden, welche sie im darauffolgenden Inferno hilflos machten, sowie wegen des Ausmaßes an Schmerz und Leid, das den Opfern zugefügt wurde, die bei lebendigem Leib verbrannt wurden.“

Wenn Zehra Turjačanin trotz all ihrem Trauma die Kraft hatte, in Den Haag den Mördern ihrer Familie in die Augen zu sehen und gegen sie auszusagen, dann schaffen es doch auch wir, die Stimmen von ihr und anderen Überlebenden zu stärken. Viele der serbischen Mörder, Vergewaltiger und Kriegsverbrecher laufen frei herum. Serbien leistete keine Reparationen und leugnet den Genozid bis heute. Die meisten Serb*innen leugnen den Genozid ebenfalls oder feiern Kriegsverbrecher sogar als Volkshelden. Deshalb müssen unsere Stimmen umso mehr, umso lauter und stärker sein, wenn wir an Višegrad und den übrigen Genozid erinnern.

NSU-Mord an Theodoros Boulgarides

NSU-Watch

Theodoros Boulgarides wurde 1964 in Triantafyllia in Griechenland geboren. Er wuchs teilweise bei seiner Großmutter auf, bis ihn seine Eltern im Alter von neun Jahren nach München nachholten, wo sie bereits gearbeitet hatten. Nach Schule und Ausbildung trat Theodoros Boulgarides eine Stelle bei Siemens an. Dort lernte er seine spätere Frau kennen. Die beiden heirateten und bekamen zwei Töchter.

Theodoros Boulgarides war Mitinhaber eines Schlüsseldienstes im Münchener Westend, den er zusammen mit einem Freund eröffnet hatte. Dort wurde er am 15. Juni 2005 vom NSU ermordet. Zum Zeitpunkt des Mordes gab es den Laden gerade einmal zwei Wochen. Seine Frau Yvonne Boulgarides sagte in ihrem Plädoyer im NSU-Prozess: „Ich weiß, dass mein Mann gern gesehen hätte, wie seine kleinen Töchter zu Frauen herangewachsen sind. Wie gern er seine Mädchen zum Traualtar geführt hätte oder wie stolz er gewesen wäre, als seine Enkeltochter geboren wurde. Ich weiß auch, wie viele der hier beteiligten Nebenkläger geliebte Menschen verloren haben oder anderes Leid erfahren mussten. Aber ich weiß auch, dass wir die Zeit nicht zurückdrehen können. Eines aber können wir tun: Nicht aufhören zu fragen.“

15. Juni

Theodoros Boulgarides war das siebte Opfer der NSU-Mordserie, er wurde nur sechs Tage nach dem Mord an İsmail Yaşarın in Nürnberg erschossen. Es war schnell klar, dass der Mord an Theodoros Boulgarides mit diesem und den anderen Morden zusammenhängt. Trotzdem richteten sich die Ermittlungen auch hier gegen das Umfeld des Ermordeten. Wolfgang Fe., der Geschäftspartner von Theodoros Boulgarides, fand den Leichnam seines Freundes im gemeinsamen Laden. Er berichtete im NSU-Prozess zu den Folgen der Tat: „Die totale Zerstörung, würde ich sagen. Nicht nur für die Angehörigen.“ Für ihn sei in der Folge eine Beziehung daran zerbrochen, er habe Geld, Kundschaft und Mitarbeiter verloren. Monatelang seien er und andere immer wieder vorgeladen worden: „Die wollten uns in den Dreck ziehen und das haben sie auch geschafft.“

Die Familie von Theodoros Boulgarides kämpft bis heute um Aufklärung. Seine Tochter Mandy Boulgarides schrieb zehn Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU: „Ich will, dass alle Personen die mit dem NSU-Terror und dem ganzen Komplex in Verbindung stehen dafür zur Verantwortung gezogen werden. Ich wünsche mir, dass Menschen keine Angst haben, für ihre Rechte oder die ihrer verstorbenen Angehörigen zu kämpfen und Fragen laut in die Gesellschaft zu schreien. [...] Wir werden nicht aufhören zu fragen. Es wird endlich Zeit für klärende Antworten.“

Arbeiter*innen- aufstand in der DDR

Andrea Hanna Hünninger

Was ich persönlich jemals gelernt habe über diesen gigantischen Aufstand in der DDR am 17. Juni 1953? **GAR NICHTS**. Als die Mauer fiel, war ich fünf Jahre alt. Als es im Geschichtsunterricht um die deutsche Nachkriegsgeschichte ging, lernten wir im Osten in den neunziger Jahren an den Schulen ausschließlich die Nachkriegsgeschichte der BRD. Es gab die DDR einfach nicht mehr. Und damit war sie verschwunden.

Was sich damals tatsächlich in der DDR abspielte, ist kaum mehr präsent. Das liegt vor allem daran, dass dieser Tag für gut 60 Millionen Deutsche entweder gar nicht präsent war, vergessen wurde oder eben überhaupt keine Rolle spielte und spielt. Das Gedenken an den Tag des Arbeiteraufstands ist zu einem Ritual der deutschen Erinnerungskultur geworden, ohne dass irgendjemand weiß, wofür er steht.

Am 17. Juni 1953 erhoben sich in der DDR die Massen und brachten den jungen Staat ins Wanken. Doch was geschah damals eigentlich? Die offizielle Erinnerungskultur will uns Folgendes glauben machen: Ein Volksaufstand gegen den Totalitarismus, für die Demokratie und die deutsche Einheit. Doch dies hält einer genaueren Betrachtung nicht stand.

17. Juni

Das Volk erhob sich gegen die Diktatur in Ost-Berlin und Ostdeutschland – die erste Revolution in der DDR mit einer Million Protestierenden in 700 Orten. „Auch wenn den meisten wenig an der Revolution liegt, sie ist historisch notwendig“, lässt Stefan Heym den nachdenklichen Gewerkschaftssekretär Witte in seinem zeithistorischen Roman „Fünf Tage im Juni“ sagen. Der Aufstand wurde schließlich von sowjetischen Panzern niedegerollt; mindestens 55 Menschen wurden getötet, einige davon standrechtlich erschossen.

„Es genügt nicht, alle Jahre wieder Kränze niederzulegen“, sagt Tom Sello, der Berliner Beauftragte für die SED-Diktatur. „Wir sollten vielmehr die gesamte Geschichte von Opposition und Widerstand in den Blick nehmen.“ In der Tat könnte das ganze Land heute viel von der früheren Bürgerbewegung lernen – auch über den hohen Preis der Freiheit.

Vor dem Finanzministerium in Mitte erinnert ein Bodendenkmal an den Mut und die Opfer im Zentrum der schon geteilten, aber noch nicht durch eine Mauer getrennten Stadt.

Es ist ein Ort vor allem der Täter. Während die Opfer der DDR-Diktatur im vereinten Berlin und Deutschland allzu oft nur an Gedenktagen wichtig erscheinen.

Weltflüchtlingstag

Anja Fahlenkamp

Am 20. Juni ist der Weltflüchtlingstag – obwohl das wie ein Feiertag klingt, gibt es leider wenig Grund zu feiern. Der Weltflüchtlingstag bietet vielmehr Anlass, eine kritische Bestandsaufnahme zu machen und in Erinnerung zu rufen, dass Millionen von Menschen weltweit nicht nur auf der Flucht sein müssen, sondern oftmals nicht den Schutz erhalten, auf den sie eigentlich ein Recht haben.

Im Jahr 2024 haben die Zahlen von Geflüchteten einen neuen und historischen Höchststand erreicht: Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) schätzt, dass weltweit rund 120 Millionen Menschen auf der Flucht sind vor Gewalt, Unterdrückung und Krieg. Die größte Fluchtkrise ist weiterhin die durch den Bürgerkrieg in Syrien verursachte: So sind geschätzt 13,8 Mio. Syrer*innen innerhalb und außerhalb Syriens vertrieben, davon allein über 3 Mio. in der Türkei. Besonders der Konflikt im Sudan sowie der Israel-Gaza-Krieg haben 2023 neue Fluchtbewegungen ausgelöst; so galten Ende 2023 über 10 Mio. Sudanes*innen und 1,7 Mio. Palästinenser*innen im Gaza-Streifen als vertrieben. Zudem fliehen weiterhin Menschen aus der Ukraine, wie es bereits über 9 Millionen Menschen seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine getan haben: Das entspricht der größten Fluchtkrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein Großteil von ihnen ist bislang nicht zurückgekehrt. Das UNHCR geht aktuell von noch 6,5 Mio. Ukrainer*innen außerhalb des Landes aus, davon knapp 6 Mio. in Europa. Deutschland bleibt innerhalb der EU das Land, das die meisten Geflüchteten aufnimmt, darunter allein über 1,1 Mio. Geflüchtete aus der Ukraine. In Deutschland wurden 2023 über 350.000 Asylanträge gestellt.

Das UNHCR-Flüchtlingskommissariat ermahnt anlässlich des Weltflüchtlingstages, dass alle Menschen, die fliehen müssen, das Recht

20. Juni

auf Schutz und Sicherheit haben und darauf, mit Würde behandelt zu werden – und zwar überall. Doch dieses Recht ist leider weiterhin keine Selbstverständlichkeit. Viele Geflüchtete können sich in ihren Aufnahmeländern nicht auf Rechtssicherheit verlassen: Oftmals wird die Legitimität der Flucht und des Aufenthalts infrage gestellt und die Prüfung von Schutzersuchen oder die Zuerkennung von Schutz verwehrt. Dies geschieht auch an den Grenzen Europas, wo Geflüchtete im klaren Bruch mit der Genfer Flüchtlingskonvention und dem europäischen Recht die Stellung von Asylanträgen verwehrt, anstatt Schutz gewährt wird – selbst Gerichtsurteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) konnten mehrere EU-Mitgliedstaaten bislang nicht dazu bewegen, europäisches Recht korrekt anzuwenden, Asylanträge entgegenzunehmen und ihre systematische, gewaltsame Pushback-Praxis gegen Geflüchtete zu beenden.

Zudem begegnen Geflüchtete in Aufnahmeländern weiterhin und zuletzt sogar zunehmend Feindseligkeit, Skepsis, Ausgrenzung, Diskriminierung und Unrecht. Rufe nach Rückführungen auch in noch immer unsichere Länder wie Afghanistan und Syrien, oder nach einer Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten werden immer lauter; auch in Europa, auch in Deutschland. Der Wahlkampf für das EU-Parlament hat schmerzhaft deutlich gemacht, welchen erschreckenden Reiz eine migrations- und flüchtlingsfeindliche Rhetorik auf Europäer*innen ausübt. Von einem würdevollen Umgang mit dem Thema Flucht und mit Geflüchteten sind wir daher weit entfernt.

Umso wichtiger ist es, dass wir uns alle dafür einsetzen, dass wir uns nicht noch weiter davon entfernen und dass Geflüchteten uneingeschränkter Schutz gewährt wird – denn Flucht wird es weiterhin geben, ob vor gewaltsamen Konflikten, Unterdrückung oder zukünftig immer öfter vor Klimakatastrophen. Es ist dabei an uns, zu entscheiden und mitzugestalten, ob der Weltflüchtlingstag auch in kommenden Jahren der Trauertag, der er jetzt ist, bleiben wird. Oder ob er irgendwann einmal ein Feiertag wird, an dem wir Solidarität und Menschlichkeit zelebrieren sowie Beispiele für den positiven Beitrag und die Bereicherung, die Geflüchtete in ihren Aufnahmeländern leisten, gefeiert werden können.

Bertha von Suttner – Ein Leben für den Frieden

Annegret Krüger

„Die Waffen nieder! Sagts vielen–vielen ...“ Dies waren die letzten Worte Bertha von Suttners auf ihrem Sterbebett. So verstarb eine der bekanntesten Vertreter*innen der Friedensbewegung am 21. Juni 1914 in Wien. Nur wenige Tage später erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg und der Erste Weltkrieg nahm seinen Lauf. Ein Krieg, vor dem Bertha von Suttner lange gewarnt hatte.

Wer war aber diese Frau, die mit der Veröffentlichung ihres Antikriegsromans „Die Waffen nieder“ berühmt wurde? Bertha von Suttner war Schriftstellerin, Journalistin, Pazifistin, erste weibliche Nobelpreisträgerin und mit vielen ihrer Forderungen ihrer Zeit weit voraus.

Bertha Sophia Felicita Gräfin Kinsky von Wchinitz und Tettau wurde am 9. Juni 1843 in Prag geboren und stammte aus einer militärisch geprägten Adelsfamilie. Ihr Leben war durchaus von Widersprüchen und Besonderheiten geprägt: Als Gouvernante der Töchter des Barons von Suttner verliebten sich Bertha von Suttner und der sieben Jahre jüngere Arthur Gundaccar Freiherr von Suttner, Sohn des Barons.

21. Juni

Nach Bekanntwerden der heimlichen Beziehung verließ sie Wien und die Familie Suttner und reiste nach Paris. Nach einer Zeit, in der sie dort als Sekretärin für Alfred Nobel arbeitete, dem sie jahrelang verbunden blieb, heirateten Arthur und Bertha 1876 heimlich in Wien und der familiären Widersprüche zum Trotz. Im Anschluss verließen sie gemeinsam Wien und begannen in Georgien ein Leben zusammen. Beide arbeiteten als Schriftsteller*innen und Bertha von Suttner gelang mit ihrem Bestseller „Die Waffen nieder!“ 1889 der internationale Durchbruch. Mit ihrem Roman, der als einer der ersten die traurige Realität europäischer Schlachtfelder detailliert beschreibt, wollte sie der Friedensbewegung einen Dienst erweisen und wurde gleichzeitig zur Ikone der Friedensbewegung.

Ihre Rolle als Pazifistin, die sie im Alter von knapp 50 Jahren annahm, war mitnichten eine leichte. Vielen galt sie als naive Utopistin, weshalb sie als „Friedensbertha“ verlacht wurde. Dies geschah nicht nur, weil sie eine Frau war, sondern auch, weil ihre progressiven Ideen dem herrschenden Nationalismus und Militarismus entgegentraten. Durch die voranschreitenden Technologien auch im Bereich der Waffentechnik, sah sie keinen anderen Ausweg als Krieg als politisches Mittel abzuschaffen. Dafür forderte sie die Errichtung internationaler Schiedsgerichte, die tatsächlich auf der ersten Haager Konferenz 1899 in Form des „Haager Tribunals“ Realisierung fand. Er gilt als Vorläufer des heutigen Internationalen Gerichtshofs in Den Haag. Ihre mit den Schiedsgerichten verbundene Forderung nach einem Völkerbund stand nationalistischen Ideen diametral entgegen und gilt damit als ihre weitreichendste Friedensutopie.

Ihr Tod am 21. Juni 1914 bewahrte sie davor, die Schrecken des Ersten Weltkrieges miterleben. So konnte sie aber auch nicht miterleben, wie 1920 ihre Forderung in Form des Völkerbundes und als Lehre aus dem Ersten Weltkrieg erfüllt wurde. Stefan Zweig stellte in einer Rede zu ihrem vierten Todestag fest: „Aber eben diese Frau, von der man meinte, sie habe nichts als ihre drei Worte der Welt zu sagen, hatte den tiefsten Gedanken der Gegenwart mit kräftiger Hand an der Wurzel gefasst... Sie schrak nicht davor zurück, das scheinbar Unerreichbare zu fordern. Sie wusste ja selbst besser als jeder andere um die Tiefe Tragik der Idee, die sie vertrat, um die fast zernichtende Tragik des Pazifismus, dass er nie zeitgemäß erscheint, im Frieden überflüssig,

21. Juni

im Kriege wahnwitzig, im Frieden kraftlos ist und in der Kriegszeit hilflos. Dennoch hat sie es auf sich genommen, zeitlebens für die Welt ein Don Quichote, der gegen Windmühlen ficht. Aber heute wissen wir es schaudernd, was sie immer wusste, dass diese Windmühlen nicht Wind, sondern die Knochen der europäischen Jugend zerreibt.“

Bertha von Suttner war eine Vorreiterin ihrer Zeit und zeigt, dass soziale Bewegungen etwas erreichen können. Für ihr jahrelanges Engagement wurde sie 1905 als erste Frau mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

24. Juni

Aufhebung des Werbeverbots für Schwangerschafts- abbrüche nach § 219a StGB

Dinah Riese

„Es ist höchste Zeit, meine Damen und Herren.“ Mit diesen Worten erklärte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) am 24. Juni 2022 das Ende von Paragraph 219a Strafgesetzbuch (StGB). Der Bundestag stimmte für die Abschaffung jenes Gesetzes, das Ärzt*innen untersagte, öffentlich darüber zu informieren, dass und wie sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Die Ampelkoalition feierte sich für diesen Schritt, doch die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen dauert in Form von Paragraph 218 bis heute an. „Begeht die Schwangere die Tat, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe“, heißt es darin unter anderem.

Der Paragraph 219a wurde im Mai 1933 von den Nationalsozialisten eingeführt, getrieben von der „Erkenntnis der Wichtigkeit des Nachwuchses“. Die Nazis verschärfen das Abtreibungsrecht über die Jahre immer massiver. Ab 1943 drohte bei Schwangerschaftsabbrüchen eine Gefängnis- oder Zuchthausstrafe. Die Durchführenden mussten sogar mit der Todesstrafe rechnen, wenn dadurch „die Lebenskraft des deutschen Volkes fortgesetzt beeinträchtigt“ wurde.

2022

Die Nazis sanktionierten Abbrüche massiv, wenn es um Frauen „deutscher Volkszugehörigkeit“ ging. Auf der anderen Seite zwangen sie Frauen, die sie in ihrer rassistischen und antisemitischen Ideologie als „unwert“ betrachteten, zu Abtreibungen. In Auschwitz experimentierten sie mit brutalen Sterilisationsmethoden an Jüdinnen und Romnja. Im Juli 1933, nur zwei Monate nach Einführung von Paragraf 219a, erließen die Nazis das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, auf dessen Grundlage Zehntausende Menschen mit Behinderung zwangssterilisiert wurden.

Kriminalisierung nicht erst seit dem Nationalsozialismus

Doch man macht es sich zu leicht damit, Paragraf 219a als Überbleibsel des Nationalsozialismus abzustempeln, das nun endlich abgeschafft ist. Denn er war nur ein Auswuchs der Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch generell. Dessen Kriminalisierung in Deutschland war keineswegs eine Erfindung der Nazis, sondern seit 1871 Teil des deutschen Strafrechts. Bereits ab 1913 und auch in der Weimarer Republik war über Gesetzesvorhaben diskutiert worden, die dem späteren Paragrafen 219a ähnelten.

So verwundert es nicht, dass die Alliierten nach 1945 zwar die Todesstrafe auf Schwangerschaftsabbrüche aufhoben, das Verbot selbst aber aufrecht erhielten. Auch dem Paragrafen 219a schrieben sie keinen „spezifischen NS-Gehalt“ zu. Zu sehr waren diese Regelungen Teil jener menschenverachtender Gesetze, die zu dieser Zeit in Europa überall zu finden waren und die der Kolonialismus in alle Welt trug. Während heute gerne argumentiert wird, dass diese Verbote dem Schutz des sogenannten ungeborenen Lebens dienen würden, ging es denen, die sie erließen, immer schon um eines: Die Kontrolle der Bevölkerung durch die Kontrolle über Frauenkörper.

Diese Gesetze haben Abtreibungen niemals verhindert, aber immenses Leid hervorgerufen. So war etwa nach dem Ersten Weltkrieg die Not vieler Menschen ohnehin groß, der Zugang zu Verhütungsmitteln schlecht. Viele Schwangere wussten nicht, wie sie noch ein weiteres Kind durchbringen sollten. Schätzungen zufolge fanden in der Weimarer Republik jährlich bis zu einer Million illegale Schwangerschaftsabbrüche statt, durchgeführt oft von sogenannten Kurpfuschern oder Engelmacherinnen, die mit Giften wie Arsen

24. Juni

und Zyankali oder mit spitzen Gegenständen arbeiteten. Jedes Jahr wurden rund 125.000 Frauen nach unsicheren Abbrüchen in Krankenhäuser eingeliefert, 40.000 trugen bleibende Schäden davon, 50.000 starben. Zwischen 1919 und 1933 wurden 60.000 Frauen wegen illegaler Abtreibungen verurteilt.

Schwangerschaftsabbrüche sind auch eine Klassenfrage

Doch nie traf es alle Frauen gleich. Wer wusste, an welche Ärzte man sich wenden musste und obendrein über das nötige Geld verfügte, konnte damals über alle Verbote hinweg weitestgehend sicher und diskret eine ungewollte Schwangerschaft beenden. Das war kein Geheimnis. „Es hat noch nie eine reiche Frau wegen Paragraph 218 vor dem Kadi gestanden“, konstatierte seinerzeit der SPD-Politiker Gustav Radbruch, Justizminister der Weimarer Republik. Abtreibungsverbote waren damals und sind bis heute: Klassenparagrafen.

Sie sind frauenverachtend. Sie sind rassistisch, klassistisch, und oftmals auch behindertenfeindlich. Das zeigen die Gesetze der Nazis ebenso wie die in der Bundesrepublik lange geltende „eugenische“ Indikation, nach der trotz eigentlich geltendem Verbot eine Schwangerschaft in egal welchem Stadium abgebrochen werden konnte, wenn beim Fötus Anomalien festgestellt wurden.

Das gilt in Deutschland übrigens bis heute, auch wenn wegen des Nazi-Anklangs nicht mehr „Eugenik“ darüber steht, sondern mit der psychischen Belastung der Schwangeren argumentiert wird. Grundsätzlich gilt aber weiterhin, dass Abbrüche eine Straftat sind, die nur in bestimmten Fällen ausnahmsweise nicht bestraft wird: Innerhalb von 12 Wochen nach Befruchtung, nach einem offiziellen Beratungsgespräch und einer dreitägigen Bedenkfrist.

Paragraph 218 steht im Widerspruch zu Menschenrechten

Strafrechtliche Verbote von Abtreibungen wie der deutsche Paragraph 218 sind in einem modernen Rechtsstaat fehl am Platz. Schon in der Weimarer Republik wendet sich eine feministische Massenbewegung gegen das Verbot: Auf Kundgebungen, in Theaterstücken, Romanen und Filmen wird der „staatliche Gebärzwang“ angekreidet als unvereinbar mit der Würde der Frau, deren Gleichberechtigung die

Weimarer Reichsverfassung doch gerade eingeführt hatte. An dieser grundlegenden Forderung hat sich auch rund 100 Jahre später nichts geändert – die Vorzeichen hingegen sind heute eigentlich andere.

Denn: Selbstbestimmt über die eigene Reproduktion zu entscheiden, ist seit den 1990er Jahren als Menschenrecht international anerkannt. Gerade erst hat das Komitee der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW kritisiert, diese Kriminalisierung in Deutschland habe „schwerwiegende negative Konsequenzen“ für die Versorgungslage ungewollt Schwangerer.

Der zuständige Ausschuss wollte wissen: „Was sind also die konkreten Pläne und der Zeitplan für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und die Beseitigung aller Hindernisse – indem zuallererst die diskriminierende Vorschrift §218 aus dem Strafgesetzbuch entfernt wird?“ Ende März hat die Bundesregierung eine Kommission eingesetzt, die Möglichkeiten außerhalb des Strafrechts prüfen soll. Zu welchem Schluss diese kommt und vor allem, was die Bundesregierung dann damit anfängt, das ist noch völlig offen. Um es mit den Worten des Bundesjustizministers zu sagen: „Es ist höchste Zeit, meine Damen und Herren.“

27. Juni

NSU-Mord an Süleyman Taşköprü

NSU-Watch

Süleyman Taşköprü wurde am 20. März 1970 in Istanbul geboren und wuchs in Şuhut auf. Mit elf Jahren kam er nach Hamburg-Altona, wo bereits seine Eltern und seine Geschwister lebten. In Hamburg machte er seinen Realschulabschluss. Seine Schwester Ayşen Taşköprü schrieb zum 20. Jahrestag seiner Ermordung im Magazin „Hinz & Kunzt“: „Wir hatten viele Freunde, und obwohl wir später etwas weiter außerhalb gewohnt haben, hat es uns immer wieder nach Altona gezogen.“

Mit 28 Jahren wurde Süleyman Taşköprü Vater einer Tochter. Als diese drei Jahre alt war, übernahm er das Lebensmittelgeschäft seiner Familie, den „Taşköprü-Market“. Ayşen Taşköprü (ebd.): „Er war voller Pläne. [...] Ich erinnere mich an den April 2001: Mein Bruder stand im Laden, voller Begeisterung, [...]. Doch seine Pläne und Träume wurden mit ihm vernichtet.“ Nur zwei Monate später, am 27. Juni 2001, wurde Süleyman Taşköprü vom NSU in genau diesem Laden in Hamburg-Altona ermordet.

Ali Taşköprü fand seinen Sohn am 27. Juni 2001 blutend auf dem Boden des Lebensmittelgeschäfts. Er berichtete im NSU-Prozess, dass er zu einem Laden in der gleichen Straße gegangen sei, um Oliven zu kaufen. Als er zurückgekommen sei, habe er hinter der Theke etwas Schwarzes gesehen. Er habe gesagt: „Mein Sohn, hast du hier etwas vergossen?“ Sein Sohn habe nicht geantwortet. Er habe dann die Oliven zur Seite gestellt. Sein Sohn habe auf dem Boden gelegen. Er habe das Gesicht

2001

seines Sohnes auf den Schoß genommen. Sein Sohn habe etwas sagen wollen, es aber nicht gekonnt. „Nachher ist die Polizei gekommen und hat meinen Sohn von meinem Arm weggenommen und ihn auf den Boden gelegt.“

Süleyman Taşköprü war das dritte Opfer der rassistischen Mordserie des NSU. Sein Vater sagte aus, er habe auf dem Weg zurück in den Laden zwei weiße Männer gesehen, die er für die Täter hielt. Die Ermittlungen in Hamburg waren trotzdem von rassistischen Thesen geprägt, die Süleyman Taşköprü, sein Umfeld und seine Familie in den Fokus rückten. Als in der bundesweiten Ermittlungsgruppe zur Mordserie 2006 kurzzeitig gegen rechts ermittelt wurde, sprachen sich die Hamburger Ermittler dagegen aus.

Mehr noch: Im Rahmen der Hamburger Ermittlungen wurde ein Mann aus dem Iran eingeflogen, der angab, er könne Kontakt zu Toten aufnehmen. Sein Beitrag zu den Ermittlungen war die Aussage, der verstorbene Süleyman Taşköprü habe ihm von einem Täter berichtet, der „einen dunklen Teint (Südländer), braune Augen und schwarze Haare“ habe. Das Opfer, so die Aussage des extra eingeflogenen „Mediums“ habe mit einer polizeibekannten Bande in Kontakt gestanden, die aus bis zu acht Personen bestanden habe. Dem Hamburger LKA waren diese Hellsehereien Bestätigung seiner Ermittlungsthesen.

Die Familie Taşköprü kämpft bis heute für Aufklärung. Okan Taşköprü, der Neffe von Süleyman Taşköprü, sagte beim Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ im Jahr 2022: „Ein Heilungsprozess war nicht möglich aufgrund der laufenden Ermittlungen gegen unsere Familie.“ Er forderte dort im Namen seiner Familie einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Hamburg ist das einzige Bundesland, in dem der NSU mordete, das bis heute keinen Untersuchungsausschuss eingesetzt hat. Zuletzt stellte die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft einen entsprechenden Antrag. Die Familie war bei der Diskussion in der Bürgerschaft anwesend und musste mit ansehen, wie die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen erneut die Einsetzung eines solchen Ausschusses verhinderten.

28. Juni

Gefängnisrevolte im Women's House of Detention und Stonewall Aufstand

Stephanie Kuhn

Vor 53 Jahren begannen die Riots vor der Stonewall Bar rund um die Christopher Street in New York. Bis zum 3. Juli lieferten sich vorwiegend Lesben, Schwule, Bisexuelle und trans Menschen Straßenschlachten mit der Polizei. Dieses Ereignis gilt allgemein als Urknall der internationalen LSBTIQ*-Bewegung.

Vergessen wird in der Meisterzählung jedoch, dass es keine *single issue* war, sondern in Wechselwirkung zu anderen sozialen (Befreiungs-)Bewegungen stand. Heute wird vorwiegend aus einem falschen Verständnis von „Identitätspolitik“ (im Gegensatz zum solidarischen Konzept der „identity politics“ nach dem Schwarzen, radikalen, lesbischen Combahee River Collective) heraus darüber gestritten, welche Personen aus welcher gesellschaftlichen Situierung und Positionalität bei den Ereignissen anwesend waren und welche Rolle sie dabei spielten. Danach werden Zugehörigkeitsrechte und Teilhabe an Erinnerungen verhandelt.

1969

In einem pluralen Verständnis von Erinnerungskultur ist daher unabdingbar auch auf die Leerstellen in Erzählungen zu blicken, deren „Stille“ sind Ergebnisse von Machtausübung.

Bereits 1984 bemängelte die lesbische Schriftstellerin Rita Mae Brown „Die Insass*innen des Women’s House of Detention hörten den Lärm und starteten daraufhin eine Knastrevolte ... Sie setzten ihre Matratzen in Brand und steckten sie durch die Gitterstäbe. Dies wurde niemals aufgeschrieben, denn alle dokumentierten Zeugnisse dieser Zeit stammten von Männern“.

Brown spricht von der Gefängnisrevolte im berüchtigten Women’s House of Detention (WHoD) als Reaktion auf die Straßenriots in der in Sichtweite gelegenen Christopher Street. Arcus Flynn, eine Aktivistin der Lesben-Organisation Daughters of Bilitis, erfuhr von den Stonewall Riots zuerst darüber, dass sie beim Vorbeifahren am WHoD Brände in den Fenstern bemerkte und dass „vermutlich hunderte“ Insass*innen schrien „Gay rights! Gay rights! Gay rights!“ Andere Zeugnisse bescheinigen, dass ebenfalls in Abwandlung der Parole der Schwarzen Bewegung „Black Power!“ die Insass*innen „Gay Power!“ skandierten.

Das WHoD, erbaut 1932, wurde auch bekannt als „Lesbian Prison“, da viele Insass*innen queere Frauen, Butches und trans männliche Personen wegen kleinerer Vergehen inhaftiert wurden, unter anderem wenn sie gegen das Bekleidungs-gesetz verstoßen hatten, das festschrieb, dass eine Person mindestens drei sichtbare Bekleidungs-teile des ihnen bei Geburt zugewiesenen Geschlechtes zu tragen hatte. Insass*innen wurden vor allem nicht-weiße, armutsbetroffene und nicht gender-konforme Frauen und trans männliche Personen.

Das WHoD, auch bekannt als „Hell Hole“ (Höllloch) war berüchtigt für schikanöse Misshandlungen und (sexualisierte) Gewalt an den Insass*innen. In den späten 1960ern wurden hier auch zunehmend politische Gefangene aus der Friedensbewegung, der radikalen Linken und vor allem aus der Schwarzen Bewegung inhaftiert. Zu den bekanntesten Insass*innen gehörten auch die drei queeren Aktivist*innen der Black Panther Afeni Shakur, Joan Bird und Angela Davis. Letztere wurde erst nach den Stonewall Unruhen inhaftiert,

28. Juni

Shakur und Bird jedoch gehörten zu den Protagonist*innen des Gefängnisaufstandes.

Aus diesem Gefängnisaufstand entstand kurzfristig ein solidarisches Bündnis aus Organisationen, die gemeinsam gegen das WHoD und die dort herrschenden, gewalttätigen Zustände sowie für ihre Insass*innen gemeinsam kämpften. 1971 wurde das „Höllloch“ für immer geschlossen und abgerissen. Seit 1974 liegt dort ein öffentlicher Park.

Die Stonewall-Veteranin und lesbische Butch Jay Toole, die damals zu den vielen Obdachlosen, Queeren Jugendlichen, die an den Ausschreitungen auf der Straße teilnahm, gehörte, beschreibt die Wende in der LSBTIQ*-Geschichte in diesen Worten: „It was every form of human being, every shade of human being, every sexuality of human being, all coming together as one. It was just like, enough is e-fucking-nough!“

Im Sinne einer pluralen Erinnerungskultur: Black Power! Gay Power!
Happy Pride! Queers for Future!

1 Zum Weiterlesen: Hugh Ryan: The Women's House of Detention. A Queer History of a Forgotten Prison, <http://www.hughryan.org/house-of-d>
<https://outhistory.org/exhibits/show/historical-musings/womens-house-of-detention>
<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/50-jahre-stonewall-urknall-der-queeren-emanzipationsbewegung/24498122.html>

Tod von Halim Dener

Luna Ali

Wer einmal nachts mit einem Eimer Kleister und einer Handvoll Plakaten durch die Straßen gezogen ist, um für eine Demonstration, eine Veranstaltung oder ein Festival Werbung zu machen, kennt das Gefühl, dass hinter jeder Ecke vielleicht die Polizei lauert. Was man fürchtet, ist eine Anzeige, 600 Euro Bußgeld, wenn man es nicht schafft, schnell zu reagieren und wegzurennen. Wer würde beim Plakatieren schon mit dem Tod rechnen müssen?

Der Tod traf Halim Dener bei eben dieser Tätigkeit. Sein Tod ist nicht nur ein Fall rassistischer Polizeigewalt, sondern ein Beispiel für das jahrzehntelange und erforderliche Ringen, um einem linken kurdischen Aktivist*innen und politischen Geflüchteten ein wenig Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Als Halim Dener getötet wurde, war er 16 Jahre alt. Sein Leben wurde am 30. Juni 1994 durch einen Schuss in den Rücken beendet. Er plakatierte mit anderen kurdischen Jugendlichen für die Eniya Rizgariya Neteweyî ya Kurdistanê, eine Unterorganisation der damals kürzlich in Deutschland verbotenen PKK. Als er und seine Genoss*innen entdeckt wurden, soll es laut Zeug*innenaussagen zu Handgreiflichkeiten gekommen sein. Der Schuss habe sich versehentlich gelöst, weshalb nach einem Strafverfahren gegen den Polizeibeamten ein Freispruch erreicht wurde.

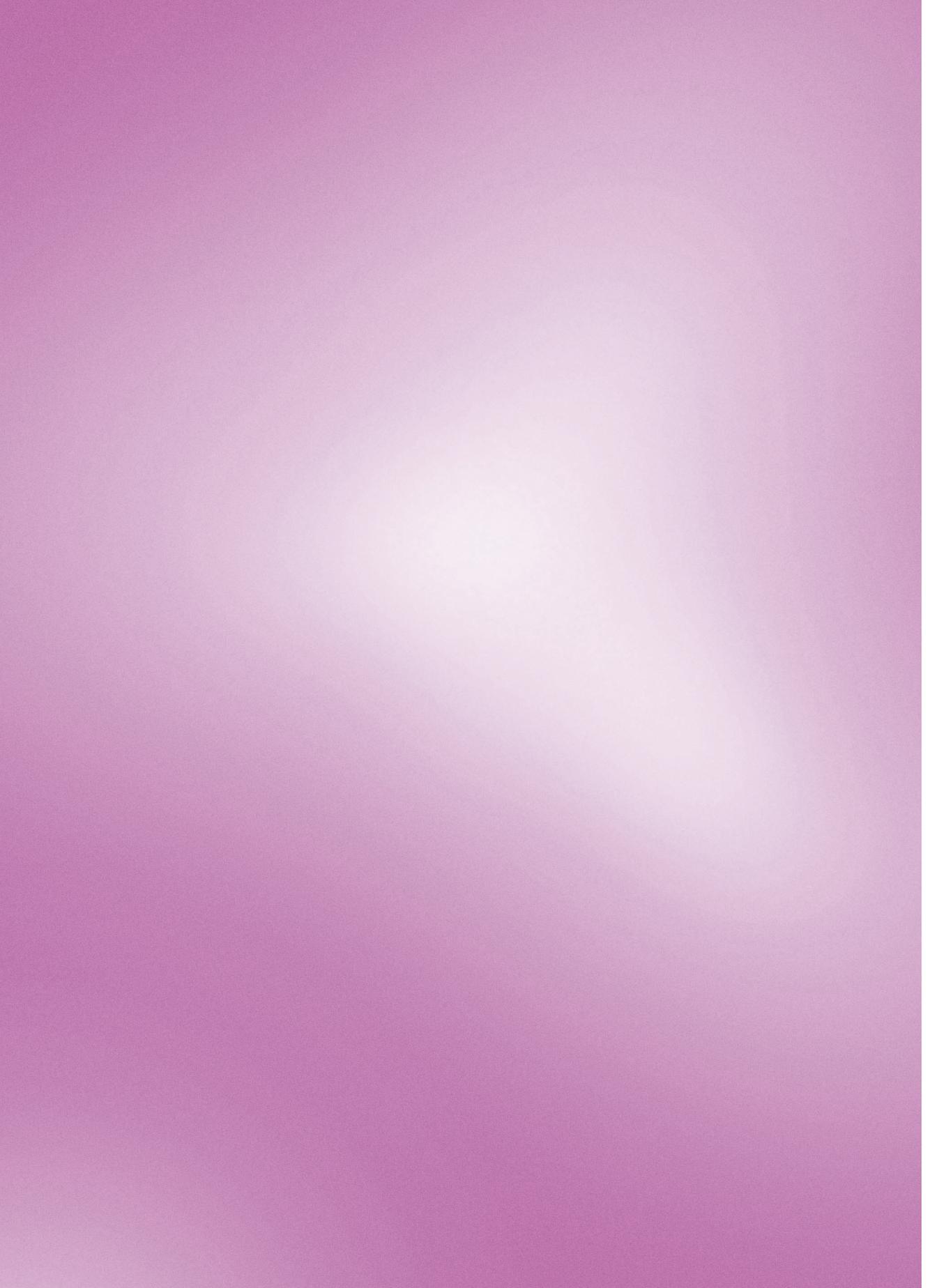
30. Juni

Aufgewachsen war Halim Dener in Bingöl im Osten der Türkei, wo er den Terror des türkischen Militärs gegen die kurdische Bevölkerung erlebte und der ihn dazu veranlasste, nach Deutschland zu fliehen. Als unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter beantragte er Asyl unter dem Namen Ayhan Eser, um seine Familie zu schützen. Vor seiner Flucht soll er im türkischen Gefängnis gefoltert worden sein.

Sein Tod zog eine Protestwelle nach sich. An der Trauerkundgebung in Hannover am 10. Juli 1994 nahmen 16.000 Menschen teil. Weitere Gedenkdemonstrationen erreichten diese Anteilnahme nicht. Der Versuch, ein würdevolles Gedenken materiell zu übersetzen, scheiterte bisher stets an der Politik. Während man sich nach Jahrzehnten auf Bezirksebene 2017 auf eine Platzbenennung einigte, wurde diese auf kommunaler Ebene mit der Begründung torpediert, man wolle keinen Konflikt zwischen Türk*innen und Kurd*innen provozieren. Rassismus tötete Halim Dener, Rassismus sollte auch sein Gedenken verhindern, wäre da nicht die unermüdliche Arbeit der „Kampagne Halim Dener“. Neben der Veröffentlichung eines Buches „Halim Dener. Gefoltert. Geflüchtet. Verboten. Erschossen“ organisiert die Initiative nicht nur die jährlich stattfindende Gedenkdemonstration, sondern auch zahlreiche kreative Denkmäler. So wurde 2021 mit 12 Künstler*innen ein 15 Meter langer Betontisch am inoffiziellen Halim-Dener-Platz umgestaltet. Obwohl die Stadt die Aktion genehmigte, wurde sie Wochen später übermalt. Zahlreiche selbst aufgestellte Gedenktafeln wurden ebenso hartnäckig entfernt. Doch politische Erinnerungsarbeit ist hartnäckiger. Im Jahr 2023 wurde im Zuge der Umgestaltung des Steintorplatzes in Hannover die längst überfällige Gedenktafel angebracht. Zum 30. Todestag plant die „Kampagne Halim Dener“ eine Konferenz und Demonstration unter dem Titel „Kämpfe verbinden!“.

JULI

1. Juli	Mord an Marwa El-Sherbini / Tag gegen antimuslimischen Rassismus	2009
2. Juli	Das Massaker von Sivas	1993
11. Juli	Der Genozid in Srebrenica	1995
18. Juli	Anschlag Amia, Argentinien	1994
27. Juli	Anschlag in Düsseldorf- Wehrhahn	2000



Mord an Marwa El-Sherbini / Tag gegen antimuslimischen Rassismus

Katharina Wüstefeld

Am 1. Juli 2009 wurde Marwa El-Sherbini im Landgericht Dresden ermordet.

Sie war als Zeugin in einem Berufungsverfahren wegen Beleidigung ins Landgericht Dresden gekommen. Der Angeklagte in dem Verfahren hatte sie und ihr Kind ein Jahr zuvor auf einem Spielplatz in Dresden rassistisch beleidigt und bedroht. Daraufhin hatte sie Strafantrag gegen ihn gestellt. Im Gerichtssaal zog er ein Kampfmesser und stach sechzehn Mal auf die 31-jährige Frau und ihren Ehemann ein. Marwa El-Sherbini starb nur Minuten später im Gerichtssaal vor den Augen ihres dreijährigen Sohnes und ihres Ehemannes.

Im Prozess gegen ihren Mörder benannte die Staatsanwaltschaft erstmals antimuslimischen Rassismus als zentrales Tatmotiv. Der 1. Juli ist, in Gedenken an Marwa El-Sherbini, seit 2015 Tag gegen antimuslimischen Rassismus in Deutschland.

1. Juli

Marwa El-Sherbini

Marwa El-Sherbini wurde am 7. Oktober 1977 in Alexandria geboren. In ihrer Collegezeit begann sie Handball zu spielen und wurde schließlich in die ägyptische Handballnationalmannschaft der Frauen aufgenommen. Nach ihrem Schulabschluss studierte sie Pharmazie und arbeitete anschließend als Apothekerin. Nach ihrer Heirat 2003 zog sie mit ihrem Ehemann, einem jungen Pharmazeuten und angehenden Genforscher, zunächst nach Bremen und dann für seine Promotion nach Dresden. Dort wurde der gemeinsame Sohn geboren und Marwa El-Sherbini arbeitete an ihrer Zulassung als Apothekerin in Deutschland.

Angriff auf dem Spielplatz

An einem Sommerabend 2008 besuchte Marwa El-Sherbini mit ihrem zweijährigen Sohn den Spielplatz in ihrem Wohngebiet. Die beiden Schaukeln dort waren besetzt von einem jungen Mann und einem Mädchen. Nach einer Weile bat Marwa El-Sherbini den Mann, eine Schaukel für ihr Kind freizugeben.

Der Mann wurde sofort laut und aggressiv. Er verlangte, dass Marwa El-Sherbini und ihr Sohn den öffentlichen Spielplatz verlassen. Sie sei eine Islamistin und habe in Deutschland nichts verloren. Er beleidigte sie und behauptete, auch ihr Sohn würde später einmal ein Terrorist werden. Außerdem drohte er dem Kind Gewalt an.

Mehrere Eltern auf dem Spielplatz boten Marwa El-Sherbini ihre Hilfe an. Ein Vater rief die Polizei. Nach einer Befragung unterschrieb Marwa El-Sherbini den Strafantrag.

Strafbefehl, Einspruch, Hauptverhandlung, Berufung

Gegen die per Strafbefehl verhängte Geldstrafe wegen Beleidigung formulierte der bekennende NPD-Wähler ein Einspruchsschreiben, in dem er seinem Hass auf Muslim*innen Ausdruck verlieh.

In Folge dieses Einspruchs setzte das Amtsgericht Dresden eine Hauptverhandlung an. In dieser Verhandlung kam es zur zweiten Begegnung zwischen dem Täter und Marwa El-Sherbini. Sie sagte als einzige Zeugin aus. Ihr Mann begleitete sie. Während der Verhandlung gab der Angeklagte schimpfend und lange seine rassistische und

antimuslimische Überzeugung bekannt. Schließlich verurteilte das Gericht ihn erneut zu einer Geldstrafe.

Einen Tag danach legte der Verurteilte persönlich in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Berufung ein. Auch die Staatsanwaltschaft ging aufgrund seiner Uneinsichtigkeit und seiner rassistischen Überzeugungen in Berufung, mit dem Ziel, eine Freiheitsstrafe zu verhängen.

Berufungsverhandlung und Mord

Die Berufungsverhandlung vor der 12. Kleinen Strafkammer des Landgerichts Dresden fand am 1. Juli 2009 statt. Der Angeklagte trug in seinem Rucksack unbemerkt ein Kampfmesser ins Gerichtsgebäude. Er platzierte sich auf der Verteidigerbank selbst so, dass die Saaltür links hinter seinem Rücken in seiner unmittelbaren Nähe war.

Der Angeklagte wiederholte vor Gericht sein rassistisches Gedankengut und erklärte, er habe die NPD gewählt.

Marwa El-Sherbini war als einzige Zeugin für 09:50 Uhr geladen. Ihr Ehemann begleitete sie wieder. Ihr inzwischen dreijähriger Sohn war an diesem Tag krank, weshalb sie ihn ins Landgericht mitnehmen mussten. Anhand der Tagesordnung vor dem Verhandlungsraum versuchten sie in Erfahrung zu bringen, ob sie für dieselbe Zeit wie der Angeklagte geladen seien und ihm wie vor dem Amtsgericht wieder begegnen würden.

Gegen 10:05 Uhr wurde Marwa El-Sherbini in den Verhandlungsraum gerufen. Sie machte die gleichen Angaben wie bereits vor dem Amtsgericht. Anschließend stellte der Angeklagte wieder dieselbe Frage wie in der Ersten Instanz: Was sie in Deutschland wolle, warum sie hier sei. Er bestand mehrmals auf einer Antwort. Gegen 10:20 Uhr wurde Marwa El-Sherbini als Zeugin entlassen und ging in dem engen Raum zwischen Verteidigerbank und Wand zur Tür. Ihr Ehemann folgte ihr mit dem Kind an der Hand.

Kurz bevor Marwa El-Sherbini die Saaltür erreichte, sprang der Angeklagte auf, drückte sie gegen die geschlossene Saaltür und stach mit voller Wucht auf ihren Oberkörper. Der Ehemann ließ das Kind an

1. Juli

seiner Hand los und drängte sich schützend vor seine Ehefrau. Der Täter stach nun auf Marwa El-Sherbini und ihren Ehemann ein. Die Versuche der Prozessbeteiligten, ihn durch Anschreien, das Werfen von Stühlen und Verrücken von Tischen aufzuhalten, blieben erfolglos.

Als der Ehemann mit dem Täter um das Messer rang, erschien ein bewaffneter Polizist in der Saaltür. Ein Schuss fiel und durchschlug den Oberschenkel des Ehemannes.

Die 10:30 Uhr eingetroffenen Rettungskräfte versuchten vergeblich, Marwa El-Sherbini zu reanimieren. Sie wurde um 11:07 Uhr, noch im Gerichtssaal, für tot erklärt.

Ihr Ehemann überlebte schwerverletzt. Er wurde mehrfach reanimiert, in ein künstliches Koma versetzt und mehrmals operiert. Seine Stichverletzungen ähnelten denen seiner Frau in Anzahl und Schwere.

Das Massaker von Sivas

Efsun Kızılay

Anlässlich eines Kulturfestivals zum Gedenken an den alevitischen Gelehrten und Dichter Pir Sultan Abdal, der Ende des 16. Jahrhunderts im Osmanischen Reich hingerichtet wurde, kamen am 2. Juli 1993 zahlreiche Intellektuelle, Dichter*innen, Musiker*innen Schriftsteller*innen und Kunstschaffende vorwiegend alevitischen Glaubens in der Stadt Sivas – dem Geburtsort Pir Sultan Abdals – zusammen.

Das Hotel, in dem sich die Teilnehmer*innen des Festivals aufhielten, trug den Namen Madımak. Am 2. Juli versammelte sich ein islamistischer Mob aus ca. 20.000 Personen nach dem Freitagsgebet vor dem Hotel und skandierte Hassbotschaften, in denen aufgefordert wurde, die Menschen im Hotel zu verbrennen. Kurz darauf wurde das Hotel unter Sprechchören lauthals jubelnder Angreifer in Brand gesetzt. Das Feuer breitete sich in Sekundenschnelle aus. Die Aufnahmen des Massakers wurden über Stunden live im Fernsehen übertragen, während die im Hotel eingeschlossenen Menschen verzweifelt auf ihre Rettung warteten. Weder Polizei und Militär, noch die Regierung in Ankara intervenierten. Zeugenaussagen sowie Videoaufnahmen belegen, wie Polizisten der Menge halfen und eine anrückende Militäreinheit sich wieder zurückzog. Aus diesem Grund kann/muss auch von einem staatlich tolerierten Massaker gesprochen werden.

33 Menschen fielen dem Massaker zum Opfer. Das jüngste Opfer, Koray Kaya, war erst 12 Jahre alt, als er mit seiner Schwester Menekşe (15 Jahre) aus dem Leben gerissen wurde. Die alevitische Identität wurde erneut zur Zielscheibe, an der sich Gewalt und Hass entluden.

2. Juli

Nach einem 19 Jahre andauernden Strafverfahren wurde am 13. März 2012 das Verfahren gegen die Drahtzieher und Täter des Massakers eingestellt. Viele Anwälte, die die Täter verteidigten, sind bis heute Funktionsträger der Regierungspartei AKP.

Die meisten Täter wurden freigesprochen oder konnten sich vor einem Verfahren ins Ausland absetzen. 24 Täter flohen nach Deutschland. Bei über acht von ihnen ist bekannt, dass sie noch in Deutschland leben. Ein Täter erhielt die deutsche Staatsbürgerschaft, alle anderen Aufenthaltstitel und Asyl. Keiner der Täter wurde juristisch zur Rechenschaft gezogen. Deutsche Behörden leiteten bis heute keine rechtlichen Schritte ein, obwohl der Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit erfüllt ist.

Eine politische und gesellschaftliche Aufarbeitung des Massakers und eine Entschädigung der Opfer und ihrer Familien steht bis heute aus. Die Forderung der Angehörigen, das Madımak-Hotel in ein Museum und Mahnmal umzuwandeln, wurde bis heute nicht erfüllt. Stattdessen nutzte man den Ort, an dem 33 Menschen ihr Leben verloren, jahrelang als Restaurant.

Dabei hat die Verfolgung und Diskriminierung der Alevit*innen seit der Gründung der Republik Türkei systematischen Charakter. Auch schon im Osmanischen Reich waren Alevit*innen Repressionen und Verfolgung ausgesetzt.

Bei zahlreichen Massakern gegen die alevitische Bevölkerung in Kahramanmaraş (1978), Malatya (1978) und Çorum (1980) wurden hunderte Menschen ermordet. Schon zuvor forderte der Genozid der türkischen Regierung an der alevitischen Bevölkerung von Dersim 1938 Tausende Tote. All diese Massaker verstärkten die Migrationsbewegungen der alevitischen Bevölkerung in europäische Länder, da sie sich dort ein sichereres Leben erhofften. Die Diaspora stellte dabei einen wichtigen Ort für die Organisation der Alevit*innen dar. Sie gründeten europaweit, insbesondere in Deutschland, zahlreiche Kulturzentren und politische Vereine, um sich zu organisieren und dem seit Jahrzehnten anhaltenden Rassismus, der in zahlreichen Massakern kulminierte, gemeinsam zu begegnen.

Zum ersten Mal in der Geschichte der alevitischen Organisierung konnten auch Kulturzentren gegründet werden, die den Namen „alevi“ (alevitisch) trugen. In der Türkei ist dies bis heute verboten. Die Gründung des Dachverbands (Alevitische Gemeinde Deutschland – AABF) ist dabei eine unmittelbare Reaktion auf das Massaker in Sivas 1993, welches bis heute ein Trauma für die alevitische Bevölkerung darstellt. Der jahrelangen und intensiven Arbeit der alevitischen Vereine und ihrer Aktiven ist zu verdanken, dass das erlittene Leid nicht in Vergessenheit gerät und das Bewusstsein für die Wichtigkeit der Erinnerungsarbeit weiterhin geschärft wird. Über den Jugendverband – den Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ) – wird dieses Wissen auch an die jüngeren Generationen weitergegeben.

Damit die Namen der Opfer von Sivas nicht in Vergessenheit geraten:

Hasret Gültekin, Muhibe Akarsu, Muhlis Akarsu, Metin Altıok, Nesimi Çimen, Edibe Sulari, Behçet Aysan, Gülender Akça, Mehmet Atay, Sehergül Ateş, Erdal Ayrancı, Asım Bezirci, Belkıs Çakır, Serpil Canik, Muammer Çiçek, Carina Cuanna, Serkan Doğan, Murat Gündüz, Gülsüm Karababa, Uğur Kaynar, Koray Kaya, Menekşe Kaya, Handan Metin, Sait Metin, Huriye Özkan, Yeşim Özkan, Ahmet Özyurt, Nurcan Şahin, Özlem Şahin, Asuman Sivri, Yasemin Sivri, Inci Türk.

11. Juli

Der Genozid in Srebrenica

Melina Borčak

Die deutsche Berichterstattung zeigt mangelhaftes Wissen über den Völkermord an den Bosniak*innen. Überall fehlt die Präzision und es wird verharmlost. Es gibt diese eine Phrase, die in fast jedem Beitrag über den Genozid in Srebrenica irgendwann auftaucht: „8.000 muslimische Männer und Jungen“. Nachdem sich vergangenen Samstag der Völkermord in Srebrenica zum 25. Mal jährte, war der Satz tagelang immer wieder zu lesen und zu hören – in der Süddeutschen, bei Arte, Deutschlandfunk, dpa, einmal auch in der taz. Doch jedes Wort hier weist auf gravierende Fehler hin. Und auf etwas noch Größeres: Ein medial weit verbreitetes Fehlverständnis des Genozids an Bosniak*innen.

Fangen wir an mit „8.000“. Die Srebrenica-Gedenkstätte nennt derzeit die Zahl von 8.372 Opfern – nicht ohne den Zusatz „über“. Denn von einer Dunkelziffer muss ausgegangen werden. Wenn ganze Familien ermordet wurden, war nämlich niemand mehr übrig, der die Toten registrieren lassen konnte. Es wäre also richtig, zumindest „mehr als 8.300“ zu schreiben, statt bloß „8.000“ oder sogar „7.000“, wie es manche ohne jegliche Nennung von Fakten tun. In jedem Fall erstaunt das Bedürfnis, im sonst so präzisen Journalismus, hier so massiv abzurunden.

1995

8.372 ist dabei die Zahl der bisher identifizierten Opfer, die in mehreren Massakern in nur fünf Tagen im Juli 1995 ermordet wurden – also wohlgerne nicht die Zahl der zwischen 1992 und 1995 insgesamt in Srebrenica, im Genozid oder im Krieg getöteten Menschen. Im gesamten Bosnienkrieg starben über 100.000 Menschen – in einem Land, das weniger Einwohner*innen hat als Berlin.

Kommen wir nun zum Wort „muslimisch“. Bosniak*innen, also bosnische Muslime, durften sich im ehemaligen Jugoslawien nicht als Bosniak*innen bezeichnen. Erst 1971 wurden sie zur „konstitutiven Volksgruppe“ – und selbst dann bloß als Muslime im ethnischen Sinn, was ihre historische und kulturelle Identität als Bosniak*innen leugnete. Das Recht, sich Bosniak*innen zu nennen, erkämpften sie erst mit Bosniens Unabhängigkeit 1992.

Katharsis für Europa

Es ist natürlich wichtig und richtig, die Opfer auch als Muslim*innen zu benennen. Antimuslimischer Rassismus spielte eine große Rolle im Genozid. Der Fehler liegt darin, die Opfer ausschließlich „Muslime“ zu nennen, während die Täter im gleichen Text nie nach Religion, sondern nach Ethnie („serbisch“) benannt werden. Wenn man die Opfer seit Jahren als Muslime identifiziert, dann kann man die Täter auch „Christen“ nennen. Es wäre nicht nur korrekt, sondern auch kathartisch für Europa, die Täter endlich als weiße, europäische Christen zu markieren, statt einzig mit einer Ethnie, die den meisten auf dem Kontinent fern und anders vorkommt.

Kommen wir schließlich zu „Männer und Jungen“. Dieser Teil der oft wiederholten Phrase macht ermordete Frauen und Mädchen unsichtbar. Von ihnen sind über 570 bisher identifiziert. Außerdem kann man ermordete Neugeborene und Babys nicht unter „Jungen“ oder „Jugendliche“ zusammenfassen.

Genozid bedeutet nicht „viel töten“. Laut UN-Genozidkonvention ist es, vereinfacht, die Ausführung einer von mehreren möglichen Taten, mit der Absicht eine Menschengruppe zu vernichten. Massenmord ist dabei eine Methode, andere sind Zwangssterilisationen, die erzwungene Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere und vieles mehr.

11. Juli

Zum Unwissen über Genozide generell kommt Unwissen zum Genozid gegen Bosniak*innen. Biljana Plavšić, die Vizepräsidentin von Radovan Karadžić, sah Bosniak*innen als „genetisch entstelltes Material“ und vertrat einen extremen biologistischen Rassismus. In einem Interview mit der serbischen Zeitung *Svet* erklärte sie 1993: „Es war genetisch entstelltes Material, das den Islam annahm“ – und sprach davon, dass dieses Gen sich mit jeder nachfolgenden Generation stärker konzentrierte. „Es ist ausdrucksstark und diktiert ihre Art zu denken und sich zu benehmen, die in ihren Genen verwurzelt ist. Und im Laufe der Jahrhunderte sind die Gene weiter verfallen.“

Die Leugner suchen sich Gründe

Systematische Vergewaltigungen wurden gezielt als Genozidmethode genutzt, Bosniakinnen psychisch und körperlich zu brechen und zu zwingen, Kinder mit „serbischem Blut“ zu gebären. Dass während des Bosnienkrieges 50.000 Frauen vergewaltigt wurden, war keine Nebenwirkung des Genozids, sondern Teil davon.

Leugner sagen oft, Srebrenica sei kein Genozid, da ja „nur“ oder „überwiegend“ männliche Personen ermordet wurden. Oft fügen sie hinzu, dass die Männer bewaffnet gewesen seien und die Gewalt gegen sie bloß Notwehr. Auch darum ist „Männer und Jungs“ ohne Kontextualisierung so gefährlich.

All diese Fehler stecken in der kurzen Phrase „8.000 muslimische Jungen und Männer“. Doch es gibt noch viele mehr. Die Berichterstattung zu Srebrenica offenbart schockierende Wissenslücken, mangelndes Kontextverständnis und womöglich einfach großes Desinteresse.

Das zeigt auch die immer wieder auftauchende Phrase von den Kriegsverbrechen auf „allen Seiten“. Laut Untersuchungen der UN sind über 90 Prozent aller Kriegsverbrechen im gesamten Bosnienkrieg von der serbischen Seite verübt worden, der Rest teilt sich auf mehrere andere Parteien auf.

Falsches Ausgleichen

Mit „Verbrechen auf allen Seiten“ bemüht sich der Journalist um eine scheinbar neutrale, haltungsbefreite Formulierung – macht sich

aber der Genozidverharmlosung schuldig. Dies gilt nicht nur für die ausdrückliche Nutzung der Phrase „alle Seiten“, sondern auch für Framing oder ungenaue Beiträge, in denen der Eindruck entsteht, es hätte sich um einen ausgeglichenen Krieg gehandelt, bei dem alle eine gleich große Verantwortung tragen. Dass dieses falsche Ausgleichen Genozidleugnung ist, sollte in Deutschland spätestens bekannt sein, seitdem Neonazis angingen, mit der Bombardierung Dresdens zu „argumentieren“.

Mal abgesehen davon, dass über all das ohnehin nicht oft genug berichtet wird, fehlt dann offenbar in den Redaktionen das Wissen, um es richtig zu machen. Zur Recherche werden Texte benutzt, deren Fehler man nicht erkennt und in Dauerschleife reproduziert. Betroffene erleben meist, dass sie nicht als Expert*innen anerkannt werden, sondern als „unobjektiv“ gelten. Kritik wird seit Jahren geäußert, sie kommt aber offenbar nicht an. So entsteht ein Teufelskreis, in dem oft gelesene, vertraute Fehler nicht hinterfragt werden, aber Fakten kontrovers scheinen – und am Ende wird lieber „Lager“ und „ethnische Säuberung“ geschrieben, statt Konzentrationslager und Genozid.

Der Genozid gegen Bosniak*innen wird von der EU, den USA und zahlreichen Parlamenten weltweit anerkannt, ist mehrfach gerichtlich festgestellt worden, ist auf Hunderttausenden Seiten dokumentiert und mit dem größten DNA-Identifikationsprojekt der Weltgeschichte belegt. Und doch müssen Überlebende immer wieder Leugnung und Widerrede ertragen, auch in deutschen Medien. Biljana Plavšić, die Bosniak*innen entstellte Gene zuschrieb, lebt heute frei in Serbien, wo sie als Heldin gefeiert wird.

Währenddessen leben Zehntausende vergewaltigte Frauen mit psychischen und körperlichen Folgen und trauern um geliebte Menschen, die nicht mehr leben. Sensible und korrekte Berichterstattung ist da das Mindeste, was man erwarten kann.

18. Juli

Anschlag Amia, Argentinien

Benjamin Fischer

Am 18. Juli erschütterte ein Terroranschlag in Argentinien die Welt, insbesondere die jüdische Gemeinschaft. Argentinien beherbergt eine der größten jüdischen Gemeinden außerhalb Israels, mit etwa 200.000 Mitgliedern. AMIA, eines der lebhaftesten jüdischen Gemeindezentren in Buenos Aires, wurde nahezu vollständig durch eine der größten Autobomben, die jemals bei einem Terroranschlag verwendet wurden, zerstört. Fünfundachtzig Menschen verloren ihr Leben, Hunderte wurden verletzt. Die Gemeinschaft hat sich nie vollständig erholt. Bis heute ist der Fall nicht gelöst, dennoch ist es ein offenes Geheimnis, dass die Hisbollah und das iranische Regime die Strippen für den Anschlag zogen. Das Versagen, die Verantwortlichen für die Morde zur Rechenschaft zu ziehen, einschließlich des verdächtigen Todes des Hauptermittlers Alberto Nisman, hat ein öffentliches Trauma verursacht. Zwei Jahre vor und bis zu acht Tage nach dem Anschlag ereigneten sich weitere tödliche Attacken – vermutlich wurden alle von iranischen Tätern verübt.

Der Anschlag hatte eine bedeutende Auswirkung sowohl auf die jüdische Gemeinschaft in Argentinien als auch weltweit. Die Polizeipräsenz vor jüdischen Einrichtungen weltweit wurde seitdem verstärkt, auch in Deutschland. Dies betrifft Schulen, Kindergärten und Gemeindezentren. Schon lange bevor ich etwas über die lateinamerikanische jüdische Gemeinschaft wusste, hatte ich von AMIA und dessen Einfluss auf das jüdische Leben gehört. Einige ältere

1994

Alumni der jüdischen Oberschule in Berlin erzählten mir, dass der Sicherheitszaun um die Schule in Berlin Mitte nach den Anschlägen errichtet wurde. Immer wenn ich ehemaligen Besucher*innen Berlins meine frühere Schule zeigte, äußerten sie, dass sie das Gebäude irrtümlich für ein Gefängnis gehalten hatten. Das Verständnis, dass jüdische Gemeinden selbst Opfer bössartiger staatlicher Akteure im Konflikt mit dem Staat Israel werden können, bestand schon vorher, wurde aber durch AMIA gefestigt. Für manche mag AMIA wie ein ferner Vorfall klingen, der es wert ist, erinnert zu werden. Aber für diejenigen, die solche Gebäude täglich betreten, ist es eine schmerzliche Erinnerung daran, weshalb Sicherheit im jüdischen Alltagsleben eine derart zentrale Rolle spielt.

Möge das Gedenken an die vor, während und nach den Anschlägen Ermordeten für immer gesegnet sein.

27. Juli

Anschlag in Düsseldorf- Wehrhahn

Swantje Lichtenstein

Anschläge bekommen Namen, die im seltensten Fall die Opfer oder die Täter*innen benennen, nicht einmal die Taten oder Geschehnisse selbst werden benannt, sondern vielmehr die Orte, an denen sie geschehen. Vor dem Gedenken an Orte stehen jedoch Menschen, ihre Leben, Familien und Geschichten, die genannt und erzählt werden sollten und nicht verschwiegen werden dürfen.

Die Sprachlosigkeit des Gedenkens an jüdische und/oder migrierte Mitbürger*innen zeigen an, wie hilflos der Umgang mit antisemitischer Gewalt hierzulande ist, wie sie verdrängt und aufgeschoben wird, obwohl sie dringend adressiert und integriert werden müsste.

In Deutschland wird zu oft und zu lange schon so getan, als ob Antisemitismus das Problem der Anderen, der Einzelnen, bestimmter Gruppierungen, politischer oder religiöser Art wäre. Es wird vergessen, dass Antisemitismus hierzulande ein tief verwurzelt und schlecht verstecktes Faktum darstellt. Insbesondere durch die anhaltende Verweigerung sich der eigenen Geschichtsaufarbeitung zu stellen, sondern sie lieber auf irgendwelche vermeintlich außenstehenden Personen zu projizieren, bricht diese Wunde immer wieder an den unterschiedlichsten Stellen auf, verwundet Menschen und lässt sie nicht selten auch zu Tode kommen.

2000

Im vergangenen Jahr 2021 gab es deutschlandweit mindestens 3.028 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund. Die Zahl der Fälle steigt. Die Aufarbeitung rechtsterroristischer Straftaten hingegen dauert Jahrzehnte, wird verschleppt, in den Hintergrund gedrängt oder ganz vergessen.

So benötigte auch die Anklage des Verdächtigten Ralf S. im Fall des Anschlags vom 27. Juli 2000 am S-Bahnhof Düsseldorf Wehrhahn 17 Jahre. Der aus der rechten Szene stammende Militariahändler, der in der Nähe wohnte, hatte in seinem Umfeld mit der Tat geprahlt.

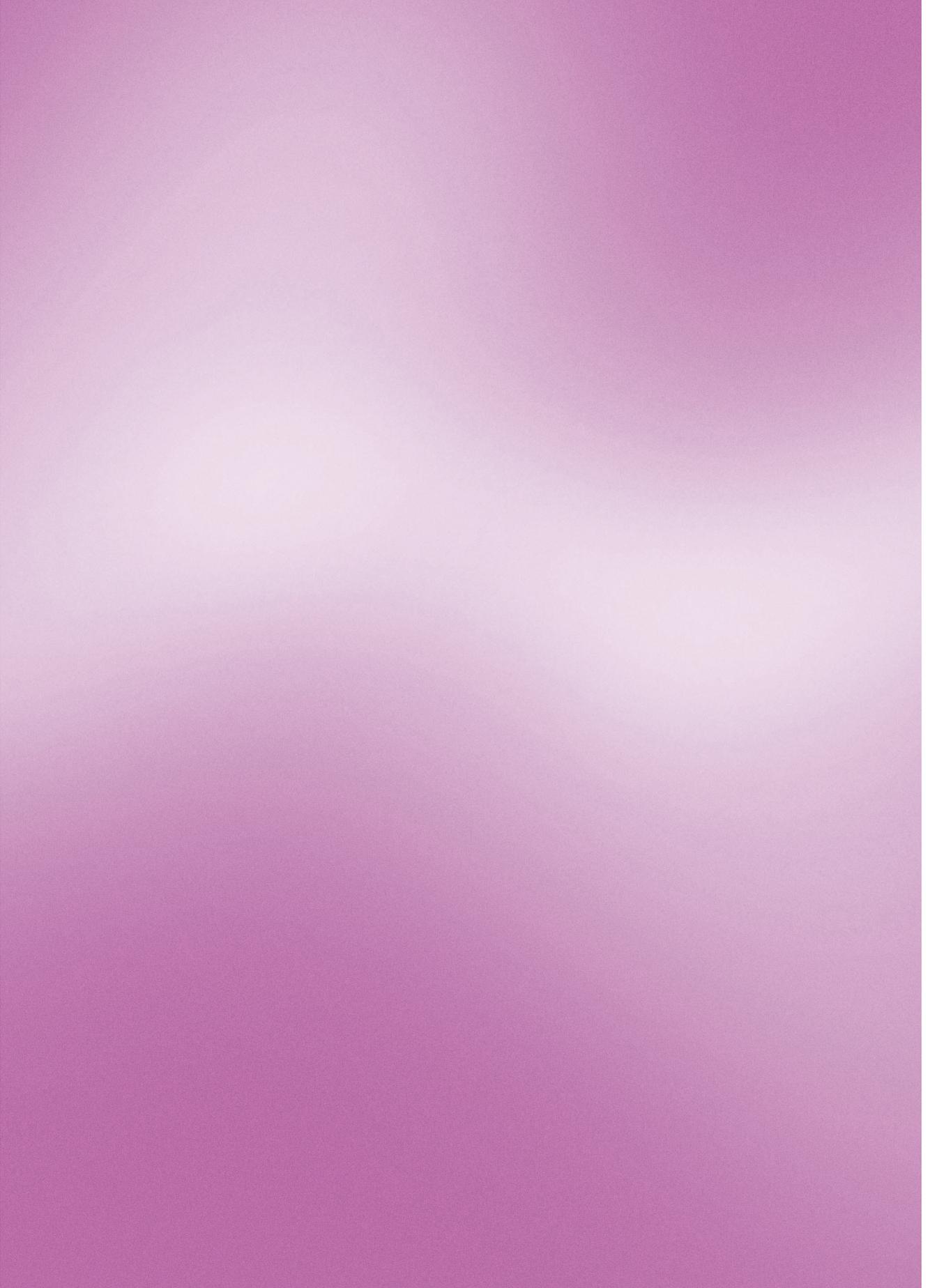
Obwohl zehn Menschen, von denen sechs Jüdinnen*Juden waren, zum Teil schwer verletzt und ein ungeborenes Kind getötet wurde, entkam der Angeklagte einer Verurteilung. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigte ein Urteil des Düsseldorfer Landgerichts, das 2018 in einem späten Prozess auf Freispruch entschieden hatte.

Die jüdische Gemeinde in Düsseldorf ist die drittgrößte in Deutschland, sie ist in ihrer Sichtbarkeit in der Stadt jedoch sehr dezent. Die Neue Synagoge wird von Polizist*innen bewacht, die unter einem kleinen Dach stehen. Auch das ist eine Realität in Deutschland und wird als gegeben akzeptiert.

Die Opfer des Wehrhahn-Anschlags waren zum Teil Mitglieder der jüdischen Gemeinde, sie kamen aus einer Sprachschule, wo sie Deutsch lernten. Sie kamen nach Deutschland, um eine neue Sprache und ein sicheres Zuhause zu finden. Durch den Anschlag mit einer selbstgebastelten Rohrbombe wurden sie hingegen traumatisiert und in ihrem Ankommen brutal gestört. Der angeklagte Rechtsradikale, der mangels eindeutiger Beweise einer Verurteilung entkam, erhielt zu allem Überfluss noch eine Entschädigung. Der rechtsterroristische Anschlag bleibt ungesühnt, unaufgeklärt und ein Gedenken bleibt nach über zwei Jahrzehnten immer noch schwierig, da sich an diesem Anschlag so Vieles zeigt, was wir gerne überwunden wüssten. Es wird jedoch noch ein langer Weg der Sühne und des Gedenkens bleiben.

AUGUST

1. August	Tag für gesellschaftliche Vielfalt und Zusammenhalt	
2. August	Internationaler Tag des Gedenkens an den Genozid an Sinti* und Roma*	
3. August	Jahrestag des Völkermords an den Êzîden*innen	2014
6. August	Hiroshima Gedenktag	1945
9. August	Internationaler Tag der indigenen Bevölkerungen der Welt	1994
12. August	Mord an Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret in Merseburg	1979
22. – 26. August	Pogrom in Rostock-Lichtenhagen	1992
22. August	Rassistischer Mord in Hamburg-Billbrook	1980
26. August	Brandanschlag in Duisburg	1984
29. August	NSU-Mord an Habil Kılıç	2001
29. August	Internationaler Tag gegen Nuklearversuche	



1. August

Tag für gesellschaftliche Vielfalt und Zusammenhalt

Dan Thy Nguyen

Eine wesentliche Fragestellung der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurde durch die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs kontextualisiert, nämlich: Wie soll man mit dem Erbe der Shoah umgehen? Und wie soll eine gerechte und menschliche Welt aussehen? Während sich ein Großteil der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland in der Nachkriegszeit in eine romantisierende Heimatatmosphäre des Vergessens drängte, war der Widerstand gegen dieses Vergessen zumeist ein Kampf von Einzelkämpfer*innen oder Graswurzelbewegungen.

Mehr als nur erwähnenswert war der Einsatz zum Beispiel von Roma-Aktivist*innen wie Romani Rose, der sich vehement für die Anerkennung und Aufarbeitung des Genozids an den Romn*ja einsetzte. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma trug dazu bei, dass sich Infrastrukturen und fluid organisierte Bewegungen herausbildeten, die sich für die Errichtung von Denkmälern und die Dokumentation der Verbrechen einsetzten. Parallel dazu spielte in der Homosexuellenbewegung der Filmemacher und Aktivist Rosa von Praunheim mit seinem Film „Nicht der Homosexuelle ist

1. August

pervers, sondern die Situation, in der er lebt“ eine maßgebliche Rolle zur Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von Homosexualität. Ebenso kämpften Überlebende und Angehörige von Menschen mit Behinderungen gegen das Vergessen der „Aktion T4“, dem Euthanasie-Programm der Nationalsozialisten, das Tausende von Menschen mit Behinderungen ermordete. Die Einrichtung des Gedenkortes Tiergartenstraße 4 in Berlin erinnert an diese Opfer und stellt einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung dar. Und im jüdischen Widerstand der Nachkriegszeit spielten Simon Wiesenthal und Leo Baeck wesentliche Rollen. Wiesenthal widmete sein Leben der Jagd auf NS-Kriegsverbrecher und der Erinnerung an die Shoah, während Baeck eine zentrale Rolle bei der Reorganisation der jüdischen Communities in Deutschland nach dem Krieg übernahm.

Diese einzelnen Beispiele, welche selbst ganze Bibliotheken an Wissen um zivilgesellschaftliches Engagement, Abhandlungen um Verantwortung und Gerechtigkeit sowie Herangehensweisen an Ästhetik füllen würden, verdeutlichen, inwiefern der Kampf um Erinnerung und Gerechtigkeit von Einzelpersonen und Bewegungen getragen wurde. Aus der Perspektive der deutschen Mehrheitsgesellschaft fanden ein Aufarbeiten und Erinnern in der frühen Nachkriegszeit jedoch kaum statt. Die Erinnerung an Widerstand fokussierte sich dann oft nur auf Vertreter*innen der eigenen Mehrheitsgesellschaft, wie Stauffenberg oder die „Weiße Rose“, oder auf das Narrativ der Studentenbewegung, die gegen das Vergessen kämpfte. Somit war auch das Erinnern nicht wirklich von Vielfalt und Solidarität geprägt, auch wenn die sogenannte Studentenbewegung diverser ausgeprägt war, als man sich dies eingestehen möchte. Dies war beispielsweise in den Protesten gegen den Besuch des Schah ersichtlich, in denen es Verbindungen im Protest zwischen deutschen und iranischen Student*innen gab.

Erst durch die Ereignisse im Rahmen einer global und international vernetzten Welt – wobei hier im Kontext zwischen der vernetzten Welt des Kalten Krieges gesprochen werden muss, da es auch vehemente Trennungen und Kommunikationsbarrieren zwischen den jeweiligen Blöcken gab – wurde die Idee einer Welt in Vielfalt prä-senter. In der Hochzeit von antikolonialen Widerstandskämpfen und Unabhängigkeitsbestrebungen, teils im Namen der internationalen

1. August

Solidarität oder als Ausprägungen neuer Nationalismen, sowie durch Bürgerrechtsbewegungen in Kanada und den USA, wurde deutlich, dass die Anerkennung einer immer diverser ausdifferenzierten Welt von außerordentlicher Wichtigkeit sein würde.

Als Reaktion auf die Bürgerrechtsbewegungen in den USA in den 1960er Jahren wurden beispielsweise Maßnahmen zur Chancengleichheit für marginalisierte Gruppen implementiert. Der Civil Rights Act von 1964 und der Voting Rights Act von 1965 sollten wesentliche Formen der rechtlichen Diskriminierung beseitigen. Allerdings muss man leider bis heute feststellen, dass Rassismus und Diskriminierung in den USA bei weitem noch nicht abgeschafft sind.

Während in den USA die Prozesse um Migration und Einwanderung anders verlaufen sind und hier das Selbstverständnis eines Einwanderungslandes vorliegt, hat sich die Bundesrepublik Deutschland sehr schwer mit der Idee getan, sich als Einwanderungsland und als eine multiperspektivische Demokratie zu verstehen. Zwei Bundeskanzler Deutschlands mit dem Vornamen Helmut, nämlich Helmut Schmidt und Helmut Kohl, verneinten die Anerkennung der Bundesrepublik als Einwanderungsland.

Auch die Welle eines neu wiedergefundenen Nationalismus am Ende des Kalten Krieges und eines neuen „wiedervereinten“ Deutschlands führte dazu, dass zwei verlorene Jahrzehnte entstanden sind, in denen sich die Bundesrepublik nicht mit den notwendigen Transformationen einer Migrationsgesellschaft oder einer Gesellschaft in Diversität beschäftigte. Erst gegen Ende der 1990er Jahre begann die Bundesregierung, sich ernsthaft mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Mit dem Eingeständnis im Jahr 2005, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, kam es zu einem entscheidenden Schritt zum Wandel in der politischen und gesellschaftlichen Haltung.

Damit einhergehend entstand auch die Frage nach dem Zelebrieren oder der Ritualisierung dieses neuen Selbstverständnisses. Die Wochen gegen Rassismus, Tage der Vielfalt oder auch der Solidarität, die jedoch nirgendwo in Deutschland offizielle Feiertage sind, sind zaghafte Versuche, die Anerkennung und Akzeptanz einer diversen Gesellschaft zu fördern. Diese Initiativen können jedoch auch als

1. August

Ausdruck einer neuen Welle internationaler „Multi-Kulti-Romantik“ verstanden werden, in der man lieber die „bunte“ Gesellschaft in „Vielfalt“ feiert, anstatt nachhaltige Maßnahmen gegen Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und für Gleichberechtigung zu implementieren. Die Kehrseite: Dabei werden indiskutable „Hard Facts“ der postmigrantischen Einwanderungsgesellschaft geschaffen.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, inwiefern sich die nationale Identität transformiert, wenn sie sich nicht mehr alleine auf Homogenität stützen kann. Momentan scheint diese Auseinandersetzung von zwei unterschiedlichen Positionen getragen zu werden. Auf der einen Seite kristallisieren sich Einzelpersonen, Graswurzelbewegungen und einzelne Strukturen heraus, die gegen Rassismus, Diskriminierung und für ein allgemeines Bleiberecht kämpfen. Gleichzeitig formieren sich rechte Gegenbewegungen, vielleicht als Backlash, sowohl in Deutschland als auch global gesehen.

Welche Positionen sich in diesem Transformationsprozess als nachhaltig erweisen und welche potenziellen Hybridisierungen sich dabei herauskristallisieren, wird sich erst in der Gegenwart oder auch in der Zukunft herausstellen. Fakt ist jedoch: Der soziale und politische Kampf um die Frage, wie und ob die Gesellschaft eines Tages in Vielfalt und menschlicher Solidarität existieren wird, ist unumkehrbar ausgebrochen.

2. August

Internationaler Tag des Gedenkens an den Genozid an Sinti* und Roma*

Hamze Bytyci

Am 2. August jährt sich die Ermordung der letzten im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau verbliebenen Sinti* und Roma*. SS-Angehörige töteten in der Nacht auf den 3. August 1944 in Gaskammern über 4.300 Menschen – zumeist Frauen, Kinder und alte Menschen. Die Gesamtzahl der Opfer des *Porajmos*, des Genozids an den europäischen Sinti* und Roma* im Nationalsozialismus, wird auf bis zu 500.000 geschätzt. Roma* und Sinti* wurden ebenso wie Jüdinnen*Juden aus rassenpolitischen Motiven europaweit systematisch erfasst, enteignet, ausgegrenzt, beraubt, deportiert und vernichtet.

Seit 2012 erinnert am Simsonweg im Berliner Tiergarten Dani Karavans Denkmal an sie. Ein Ort, „an dem es nichts gibt. Keine Worte, keine Namen, kein Metall, keinen Stein. Nur Tränen, nur Wasser, umringt von den Überlebenden, von jenen, die sich des Geschehenen erinnern, von denen, die das Grauen kennen, und anderen, die es nicht kannten“, wie Dani Karavan selbst sagte. Nur das Gedicht „Auschwitz“ des italienischen Komponisten Santino Spinelli umrandet den runden Brunnen. 2022 kamen dann doch Namen und Gesichter von neun Ermordeten und Überlebenden des Völkermords hinzu.

2. August

Sie stehen nicht nur für die Gräueltaten gegen Unschuldige, sondern vor allem für Selbstbehauptung und Widerstand, für den Willen zu leben und sich trotz des durch nichts wiedergutzumachenden Leids für die Gesellschaft einzusetzen. Es war mir eine große Ehre, neun animierte Kurzfilme zu gestalten, die am Denkmal die Biographien bildlich darstellen.

Erinnern an **Zilli Schmidt**.

Erinnern an **Zoni Weisz**.

Erinnern an **Noncia Alfreda Markowska**.

Erinnern an **Mateo Maximoff**.

Erinnern an **Lydia Krylova**.

Erinnerung an **Branko Ackovic**.

Erinnern an **Adam Ujvari**.

Erinnern an **Vinko Franz**.

Erinnern an **Emílie Macháľková**.

Eingefallenes Gesicht

erloschene Augen

kalte Lippen

Stille

ein zerrissenes Herz

ohne Atem

ohne Worte

keine Tränen.

Doch was bedeutet das Erinnern und Gedenken in einem Europa des erstarkenden Faschismus, der Kriege und der gesellschaftlichen Spaltung? Wie ist Gedenken in einer Gesellschaft möglich, die es zulässt, dass das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti* und Roma* Europas durch ein S-Bahnbauprojekt irreparabel beschädigt wird? Dass Roma* bis heute ein menschenunwürdiges Leben in Moldau oder in den Balkanländern führen und abgeschoben werden, selbst wenn ihre Vorfahren in Auschwitz ermordet wurden? Die inflationär strapazierte „Verantwortung aus der Geschichte“ findet gerade auch im Falle der Roma* und Sinti* kaum statt. Die Politik und Gesellschaft sind immer noch gefordert, ihren Auftrag wahrzunehmen. Denn Gedenken muss Verändern heißen.

Jahrestag des Völkermords an den Êzîden*innen

Darija Davidović

Am 3. August 2014 fiel die sogenannte IS-Terrormiliz im Shingal im Nordirak in rund 20 êzîdische Dörfer und Städte ein. Bereits in den ersten Tagen wurden 3.000 Männer ermordet und in Massengräbern verscharrt. Frauen und Mädchen wurden systematisch vergewaltigt und an Sklavenhändler verkauft; kleinere Jungen entführt und als Kindersoldaten rekrutiert. Schätzungsweise wurden bis zu 5.000 Êzîden*innen ermordet. Die UN geht von bis zu 10.000 Todesopfern und bis zu 7.000 entführten Frauen und Kindern aus. Etwa 400.000 Êzîden*innen wurden aus ihrer Heimatregion im Irak vertrieben. Bis heute werden immer noch 2.700 Frauen und Kinder vermisst.

Berichte Überlebender, die unter anderem im Buch „Ferman 74“ zusammengetragen wurden und 2021 in deutscher Übersetzung erschienen, legen nahe, dass die êzîdische Bevölkerung im Nordirak Hauptziel der IS-Terroristen war und deren Verfolgung und Ermordung aufgrund von ethnisch-religiösen Motiven systematisch vorangetrieben wurde. Zudem zerstörte der IS jegliche Lebensgrundlage der Êzîden*innen: Häuser, Gärten und Plantagen wurden niedergebrannt, um eine mögliche Rückkehr zu verhindern.

3. August

Die brutale Unterdrückung und Gewalt nahm nach 2014/2015 jedoch kein Ende: 2018 wurde vermehrt von verschleppten êzîdischen Frauen in Afrîn berichtet. Im Frühjahr 2023 tauchte ein Video auf, in dem zu sehen war, wie êzîdische Männer, ähnlich wie 2014, zur Konversion gezwungen wurden. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Êzîden*innen während des Ersten Weltkriegs im osmanischen Reich und später in der Türkei immer wieder Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt waren.

Nach dem Überfall des IS 2014 im Nordirak beschloss die damalige grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg, 1.000 Frauen und Kinder in einem Sonderkontingent aufzunehmen. Die Männer der Familien sollten später nachgeholt werden. Bis heute warten 18 êzîdische Frauen darauf, dass ihre Männer, wie versprochen mit Unterstützung Baden-Württembergs in Sicherheit gebracht werden. 2015 flohen über 75.000 Êzîden*innen nach Deutschland, wo derzeit schätzungsweise 200.000 von ihnen leben. Damit ist die êzîdische Gemeinde in Deutschland die größte außerhalb des Iraks. Im Januar 2023 beschloss der Bundestag einstimmig die offizielle Anerkennung der Gräueltaten als Genozid. Allerdings bleibt die Anerkennung lediglich symbolischer Natur. Maßnahmen vonseiten der Bundesregierung gegen die Unterdrückung der Êzîden*innen bleiben weiter aus.

Das Erinnern und Gedenken an den Genozid sollte daher nicht nur eine mahnende Funktion einnehmen, sondern auch zum aktiven Handeln gegen die systematische Diskriminierung und Verfolgungen der Êzîden*innen veranlassen.

Hiroshima Gedenktag

Marko Dinić

Der sogenannte Historiker*innenstreit 2.0, in dem vonseiten überwiegend westlicher Akademiker*innen eine neue Singularitätsdebatte rund um die Shoah angestoßen wurde, lässt einiges an Genauigkeit vermissen, wenn es um den Begriff der *Singularität* als solchen geht.

Schon Hannah Arendt wusste um die Problematik, die sich eines Tages um den Singularitätsbegriff entspinnen würde. Aus diesem Grund polemisierte sie in ihrem kontrovers-gerühmten Buch *Eichmann in Jerusalem* gegen selbigen, weil er in ihren Augen die Menschheit der Vorstellung beraube, dass ein Verbrechen solchen Ausmaßes sich wiederholen könne: Was singulär, also einzig ist, bleibt es auch. Daraus zieht sich ein fataler Schluss bzw. eine Schwierigkeit für die Aufarbeitung dieser Verbrechen. Stattdessen plädierte Arendt für den Begriff der *Beispiellosigkeit*, da er nicht nur präziser sei, sondern sich in ihm die Möglichkeit eines solchen Massenverbrechens als Mahnung für die Zukunft fortschreibe: Etwas Beispielloses muss nicht zwangsläufig beispiellos bleiben.

Mitunter mag die Komplexität dieser Begriffsdebatte und der Aufruhr, den sie verursacht, dazu geführt haben, dass über ein anderes an den Zweiten Weltkrieg geknüpftes, beispielloses Verbrechen beharrlich geschwiegen wird. Ob es an der Tatsache liegt, dass dieses Verbrechen vonseiten der alliierten USA begangen wurde, oder – anders als bei der Shoah – ihm die rassistische Komponente fehlt, sei – für einen

6. August

Augenblick zumindest – dahingestellt: Denn die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki stehen insofern in einem Zusammenhang mit der Shoah, als dass beide Verbrechen den Anfang (und eben nicht das Ende, was der Begriff der Singularität suggerieren möchte) einer Tendenz hin zum massenhaften, technisierten Töten markieren, in dem sich das Moment des Nicht-Wiedergutzumachenden selbst vorwegnimmt. Schon Adorno machte in seinem Werk *Erziehung nach Auschwitz* darauf aufmerksam, „dass die Erfindung der Atombombe, die buchstäblich mit einem Schlag Hunderttausende auslöschen kann, in denselben geschichtlichen Zusammenhang hingehört wie der Völkermord.“

Die Aufgabe eine pluralistischen Erinnerungskultur wäre demnach, konsequent auf diese Verbindungen aufmerksam zu machen, um dementsprechend nicht nur die Erinnerung an diese Verbrechen lebendig zu halten, sondern auch um einer Gegenwart, in der die atomare Vernichtungsgefahr größer ist als zu Zeiten Hiroshimas, eine permanente Mahnung zu sein.

Internationaler Tag der indigenen Bevölkerungen der Welt

Márcia Moser

Der 9. August markiert seit 1994 den internationalen Tag der indigenen Bevölkerungen. An diesem Datum im Jahr 1982 fand die erste Sitzung der *UN-Arbeitsgruppe für indigene Völker*, heute *Expertenmechanismus für die Rechte indigener Völker*, statt. Mit dem Tag soll auf die Lage der weltweit gut 470 Millionen Angehörigen *indigener* Bevölkerungen in über 90 Ländern auf allen Kontinenten aufmerksam gemacht werden.

Im Fokus der Aufmerksamkeit stehen zumeist die vielen verschiedenen Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen, denen *indigene* Gemeinschaften ausgesetzt waren und sind:

Der Verlust der von ihnen bewohnten Gebiete aufgrund von z. T. illegalem Abbau natürlicher Ressourcen in diesen Gebieten (vgl. Rodungen im Amazonasgebiet), Landraub, Zwangsumsiedlungen (vgl. z. B. Umsiedlungen der Maasai in Tansania zur Vergrößerung von Naturparks) und Klimawandel (vgl. z. B. fehlende Weideflächen für das Vieh der Fulani Mbororo im Tschad). Zudem sind eingeschränkter bis fehlender Zugang zu Gesundheitsversorgung (vgl. z. B. fehlende

9. August

medizinische Grundversorgung in US-amerikanischen Reservaten) und Bildung wie auch die massive Beeinträchtigung der Ausübung, Pflege und Weitergabe von Kultur, Sprache und Religion anzuführen (vgl. z. B. die Zwangsunterbringung von Kindern aus indigenen Gemeinschaften in Internaten zum Zwecke der Christianisierung und Zivilisierung in Kanada, die zumeist mit Missbrauch, Folter und auch Mord von indigenen Kindern einherging).

Um zu umreißen, welche Gemeinschaften zu den indigenen Bevölkerungen zählen, werden in der Regel diese Kriterien angeführt:

- das Selbstverständnis als indigen auf individueller Ebene und die Anerkennung dieses Selbstverständnisses durch die entsprechende Gemeinschaft
- die Gemeinschaft lebte bereits an einem Ort, bevor andere hinzugezogen und diesen als den ihrigen beanspruchten
- die Gemeinschaft besitzt eine eigene Sprache und ein eigenes Glaubens- oder auch Weltdeutungssystem
- die Gemeinschaft zählt zu den Minderheiten innerhalb eines Staates und besitzt und pflegt kulturelle, politische, soziale und ökonomische Charakteristika in Abgrenzung gegenüber der Dominanzgesellschaft
- die Gemeinschaft steht in enger Beziehung zu der Region, in der sie lebt, und dem sie umgebenden natürlichen Lebensraum
- die Gemeinschaften bewahren und pflegen Traditionen ihrer Vorfahren

Entsprechend der Diversität der *indigenen* Gruppen sind nicht alle Kriterien in gleicher Weise relevant oder überhaupt prägend für alle Gemeinschaften. So kann im Falle Boliviens und Guatemalas zahlenmäßig z. B. kaum von *indigenen* Minderheiten gesprochen werden.

Dabei ist *indigen* in erster Linie eine Differenzkategorie, die unauflöslich verwoben ist mit der Gewaltgeschichte des Kolonialismus bzw. durch diese erst hervorgebracht wurde:

„To conflate vastly distinct peoples in a homogenizing legal status was an act of colonial governance (...). The term refers to a historical process rather than an essential nature. Indigenousness refers less to a constitutive who/what than to the otherness implied by it.“

(Manuela L. Picq (2017): Indigenous Politics of Resistance: An Introduction. In: New Diversities vol. 19, No. 2, S. 1-6, hier S. 1)

Entsprechend sind auch Fach- und populärwissenschaftliches Wissen über *indigene* Bevölkerungen wie auch mediale, künstlerische, kulturelle und politische Repräsentationen bis heute stark geprägt von nicht-indigenen Fremddefinitionen und Perspektiven. Ein Großteil dieser Wissensproduktionen über und Fremdrepräsentationen von *indigenen* Bevölkerungen bewegen sich zwischen entmenslichender Abwertung und romantisierender Aneignung.

Auf politischer Ebene sind die Beziehungen zwischen indigenen Bevölkerungen und staatlichen Organen auch gegenwärtig hochkomplex und -problematisch. Das zeigen Diskussionen innerhalb *indigener* Gemeinschaften z. B. zu der Frage, welchen Zweck es hat, an Wahlen und damit am dominanten, politischen System des jeweiligen Staates teilzuhaben; oder auch inwiefern Perspektiven *indigener* Gemeinschaften in jeweilige Verfassungen eingeschrieben werden und diese damit im Umkehrschluss Anerkennung durch *Indigene* erhalten sollen. Wie können einerseits alle Chancen auf bessere Lebensumstände und Ansprüche auf Rechte und Teilhabe möglichst ausgeschöpft werden? Und andererseits eine umfassende Wahrung der eigenen Gemeinschaft und klare Distinktion von der dominanten Gesellschaft gepflegt werden?

Entsprechend vielseitig sind die Formen des Widerstands, die von juristischen Kämpfen zu Programmen zur Wiederbelebung von Sprachen zu öffentlichen Protesten reichen. Bei aller Pluralität sind alle Widerstandsformen lokal ausgerichtet, wenn sie auch immer wieder unter Einbindung internationaler NGOs arbeiten. Die Widerstände dauern an und zeigen damit die Kontinuität der Enteignung und Entrechtung von *indigenen* Gemeinschaften auf: Kolonisierung ist ein System, kein zeitlich begrenztes Ereignis, wie die Settler Colonial Studies aufgezeigt haben. Ein System, dessen Macht und Dominanz

9. August

sich in der Gründung von Nationalstaaten niederschlug und sich in seiner weiterhin fortbestehenden Sicherung manifestiert.

Die Existenz *indigener* Gemeinschaften und ihr Anspruch auf Anerkennung und Selbstbestimmung stellt dieses System grundlegend in Frage. Das beinhaltet auch die Infragestellung der Gegebenheit, der Unausweichlichkeit, der Notwendigkeit von Nationalstaatlichkeit:

„To be Indigenous means that the project of the nation-state did not triumph [...], that there is not one single territory, not one single language, not one single citizenship.“

(Gladys Tzul-Tzul, zitiert nach Manuela L. Picq (2017): Indigenous Politics of Resistance: An Introduction. In: New Diversities vol. 19, No. 2, S. 1-6, hier S. 1)

Die Sprengkraft *indigener* Kämpfe geht weit über Klimakrise, Energiewende und Nachhaltigkeit hinaus.

Um die Rechte indigener Gemeinschaften einzuschränken und zu beschneiden, kam und kommt es immer wieder dazu, dass sie als nicht-mehr existent erklärt wurden und werden, wie z. B. durch eine so genannte *Declaration of Termination* im US-amerikanischen Kontext oder auch die Erklärung von Mayas als weiße Bevölkerung per Dekret durch die guatemaltekeische Administration. Das Erinnern an die Geschichte *indigener* Bevölkerungen muss zukunftsgewandt sein, denn sie wurden schon zu oft für tot erklärt.

Mord an Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret in Merseburg

Initiative 12. August

*„Mein Sohn ist als großer Mann fortgegangen und sie haben ihn mir
in einer kleinen Box zurückgebracht.“*

Im Sommer 1979 kamen Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret als sogenannte „ausländische Werk tätige“ oder „Vertragsarbeiter“ nach Merseburg in die DDR. Vermutlich war die Aufregung der beiden 18- und 21-jährigen groß. Ihnen wurde eine Ausbildung in einem der „modernsten“ sozialistischen Länder versprochen, um damit ihre Familien zu unterstützen und den wirtschaftlichen Aufbau in Kuba voranzubringen. Doch dieser Plan endete abrupt. Die Personalakten Raúl's und Delfin's geben ein nüchternes Zeugnis von ihrem kurzen Aufenthalt in der DDR:

Name: Guerra, Vorname: Delfin, geb.: 19.11.60

Geburtsort: Camaguey, Heimatanschrift: San Jose de Las Lajas

Wohnheim: Mersebg. Süd

Familienstand: led.

Schulbildung: 8. kl. Beruf: ohne

Einstellungsdatum: 8.7.79

entlassen: 16.8.79 tot

12. August

Name: Garcia, Vorname: Andrés, geb: 10.3.58
Geburtsort: Las Villas, Heimatanschrift: Las Villas, Las Minas
Wohnheim: Mersebg. Süd
Familienstand: led.
Schulbildung: 8. kl., Beruf: ohne
Einstellungsdatum: 24.6.79
entlassen: 15.8.79 tot

Nur knapp einen Monat nachdem sie eingereist waren, wurden Delfins und Raúl's Leichen aus dem Fluss Saale in Merseburg geborgen. Was war passiert?

Ramón Cruz, ein damaliger Kollege der beiden, erzählt in einem Interview von dem allgegenwärtigen Rassismus, dem die Kubaner*innen damals in Merseburg begegnet sind: Auf der Arbeit, in der Stadt, in Diskotheken. Es soll mehrere gewaltvolle Angriffe auf die Menschen aus Kuba gegeben haben, berichtet der Historiker Harry Waibel. Am 12. August entschloss sich dann eine Gruppe von Kubanern, dies nicht mehr länger hinzunehmen. Sie griffen eine Diskothek an, in der sich mehrere der deutschen Angreifer*innen aufgehalten haben sollen. Doch die Situation drehte sich und endete in einer rassistischen Hetzjagd, bei der mehrere Menschen aus Kuba gewaltsam in die Saale getrieben wurden. Sie wurden beleidigt und mit Steinen und Flaschen beworfen. Delfins und Raúl's Leichen wurden erst mehrere Tage später geborgen.

Alle beteiligten Personen aus Kuba wurden abgeschoben und in Kuba teilweise inhaftiert. Den Familien von Delfin und Raúl wurden die wahren Todesumstände verschwiegen. Ihre Leichen wurden ungefragt eingeäschert und in einer Urne den Familien übergeben. Das entspricht nicht der Tradition in Kuba. Ein Neffe von Delfin Guerra berichtete davon, wie Delfins Vater noch Jahrzehnte später zu sagen pflegte: „Mein Sohn ist als großer Mann fortgegangen und sie haben ihn mir in einer kleinen Box zurückgebracht.“

In Merseburg erinnert heute nichts mehr an das tragische Schicksal Delfins und Raúl's. Die deutschen Täter*innen von damals mussten sich nie vor einem Gericht verantworten. Doch seit 2019 etabliert die Initiative 12. August ein Gedenken an beide. Sowohl vor Ort in

12. August

Merseburg, als auch im gesellschaftlichen Gedächtnis. Die Initiative hat auch Kontakt zu den beiden Familien hergestellt. Bei der Gedenkveranstaltung am 12. August 2022 haben zum ersten Mal Angehörige von Delfin Guerra online live an dem Gedenken teilgenommen. Rosa Guerra, die Schwester von Delfin, sagte dort in einer Audio-Nachricht:

„Ich danke der Initiative dafür, dass Sie jeden 12. August an meinen Bruder und seinen Kollegen erinnern. Wegen Ihnen haben wir die Wahrheit darüber erfahren, was ihm zugestoßen ist. Uns wurde immer gesagt, dass er ertrunken sei. Dank Ihnen wissen wir, dass es Mord war. Als Familie fühlen wir tiefen Schmerz und Traurigkeit über unseren Verlust. Auch wenn es nun schon viele Jahre her ist, erinnern wir uns noch, als wäre es gestern gewesen. Und auch wenn wir nicht in Deutschland sein können und Sie alle nicht persönlich kennenlernen können, werden Sie immer einen Platz in unseren Herzen haben.“

22. – 26. August

Pogrom in Rostock- Lichtenhagen

Dan Thy Nguyen

Zwischen dem 22. und 26. August 1992 fand das größte Pogrom der deutschen Nachkriegsgeschichte in Rostock-Lichtenhagen statt.

An diesem Pogrom waren mehrere hundert Rechtsextremist*innen und tausende applaudierende Zuschauer*innen beteiligt, wobei Letztere nicht nur den Einsatz von Polizei und Feuerwehr behinderten, sondern sogar Neonazis Schutz vor der Polizei geboten hatten. Als dann die „Aufnahmestelle der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber“, wo das Pogrom begonnen hatte, am 24. August evakuiert wurde, wurde das angrenzende Wohnheim, in dem sich Vietnames*innen und ein Fernsehteam des ZDF aufgehalten hatten, belagert, und mit Molotow-Cocktails in Brand gesteckt. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zog sich die Polizei sogar völlig zurück und ließ die eingeschlossenen Menschen zurück – den Angriffen, dem Feuer und der Meute ohne jegliche Hilfe ausgesetzt.

2022 wiederholt sich nun zum dreißigsten Mal der Jahrestag des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen 1992 und damit die Debatte um die noch nicht gelöste Frage, wie ein komplexes, intersektional verflochtenes und multiperspektivisches Erinnern möglich ist. Und auch: Wie kann die Perspektive der Betroffenen und Überlebenden in den Fokus gestellt werden, das heißt eine Perspektive, die bisher in der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Erinnerungspraxis kaum

1992

wahrgenommen wurde. Während bis zum neunzehnten Jahrestag nahezu keine Überlebenden des Pogroms zu den offiziellen Gedenkveranstaltungen eingeladen worden sind, stellt der zwanzigste Jahrestag einen ersten, kleinen Wendepunkt dar: Auf Druck der Community wurden 2012, also 20 Jahre nach dem Pogrom, zum ersten Mal die vietnamesischen Opfer eingeladen. Jedoch wurden ihnen Redebeiträge verwehrt, sodass sie, wie der Kultur- und Politikwissenschaftler Kien Nghi Ha beschreibt, „schmückendes Beiwerk der öffentlichen Inszenierung“ des staatlichen Gedenkens waren.¹

Seitdem wird beim Berichten über das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen jedoch häufiger versucht, die Perspektive der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen mit einzubeziehen.

Ob dies allein auf die Initiative der vietnamesischen Community in Rostock zurückzuführen ist, ist meiner Meinung nach aber fraglich, denn natürlich hatte es in den letzten Jahrzehnten noch andere Entwicklungen gegeben: Die Art und Weise der Aufdeckung der rechtsterroristischen Mordserie des NSU machte 2011 zum Beispiel einer breiten Öffentlichkeit deutlich, dass die Perspektive von Betroffenen und Opfern rassistischer Gewalt mehrheitlich ignoriert wurde und wird. Das rechtsterroristische Netzwerk, welches zwischen 2000 und 2007 aus rassistischen Motiven Menschen ermordet hatte, blieb bis zur sogenannten „Selbstenttarnung“ unentdeckt. Zeitgleich hatte jedoch die Polizei rechtsextreme Motive weitgehend ausgeschlossen und Täter*innen im Umfeld der Opfer gesucht. Ein ähnlich ignorantes Vorgehen hätte sich die Stadt Rostock, in der Mehmet Turgut durch den NSU ermordet wurde, 2012 wahrscheinlich nicht mehr leisten können.²

Auch wenn der zwanzigste Jahrestag zumindest Bewegung in die Erinnerungskultur gebracht hat, müssen wir aber 2022 und damit zehn Jahre danach konstatieren, dass eine strukturelle, kontinuierliche und nachhaltige Einbeziehung von Betroffenen und Überlebenden des Pogroms nicht stattfindet.

¹ Ha, K. N. (25. August 2020): Was ich dann in Rostock-Lichtenhagen ungeschminkt sah, war ein rassistischer Abgrund. (N. D. Organisationen, Interviewer).

² Onur Suzan Nobrega, M. Q. (2021): Von München über den NSU bis Hanau. In M. Q. Onur Suzan Nobrega, *Rassismus.Macht.Vergessen*. (S. 9-24). Bielefeld: transcript.

22. – 26. August

Rom*njaperspektiven in Lichtenhagen

Wenn wir von dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen 1992 sprechen wird aber oftmals vergessen, dass die Ereignisse sich zunächst gegen Rom*nja aus Rumänien und nicht gegen Vietnames*innen gewendet hatten. Der Antiziganismus des Pogroms wird meistens ausgeblendet und eine zivilgesellschaftliche bzw. staatlich organisierte Erinnerungskultur, die die Perspektive der betroffenen Rom*nja mit einbezieht, ist bis heute entweder gar nicht vorhanden oder stark unterrepräsentiert.³

Vielleicht kann man diese Tatsache als einen antiziganistischen Zug der Erinnerungskultur lesen, von denen linke bzw. antirassistische Ansätze nicht verschont bleiben.

Die Aufarbeitung und Einbeziehung dieser Menschen scheinen bis dato noch nicht als wichtig genug angesehen worden zu sein. Dies ist immer noch eine der fatalen Leerstellen dieses Pogroms, die aufs dringendste aufgearbeitet werden müsste.

Weiter dürfen wir im Sinne eines intersektionalen Erinnerens nicht nur von einem in der Weißen Mehrheitsgesellschaft bestehenden Antiziganismus sprechen. Es gibt ihn auch in der vietnamesischen Community. Dieser Antiziganismus führt übrigens bis heute dazu, dass eine solidarische und gleichberechtigte Aufarbeitung aus der Perspektive aller Opfer und Betroffenen des Pogroms bis dato unmöglich erscheint.

Aktivismus und jüdische Perspektiven

Weiterhin ist im gesamtgesellschaftlichen Bewusstsein folgendes Ereignis im Komplex von Rostock- Lichtenhagen kaum bekannt: Eine Gruppe von Jüdinnen*Juden und Rom*nja mit dem Namen „Söhne und Töchter der deportierten Juden Frankreichs“ hat im Oktober 1992 das Rostocker Rathaus besetzt. Unter dieser Gruppe befand sich u. a.

³ Rechts, E. (18. September 2017): *Endstation Rechts*, <https://www.endstation-rechts.de>: <https://www.endstation-rechts.de/news/zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-das-rostocker-pogrom-ist-nicht-vergessen-es-verpflichtet-abgerufen>

Beate Klarsfeld, die durch die Ohrfeige an den damaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger bekannt wurde.⁴

Dieses Ereignis macht also deutlich, dass Rostock-Lichtenhagen nicht nur das massivste Pogrom der deutschen Nachkriegsgeschichte war, sondern stellt auch einen Komplex unterschiedlicher und verflochtener Solidaritäten dar, welcher über die Grenzen der eigenen Communities hinausgeht.

Lichtenhagen ist ein Komplex. Nicht mehr und auch nicht weniger.

Eventisierung des Gedenkens

Es gibt einen erwähnenswerten Fehler, den man im Zeichen des Erinnerns an das Pogrom begehen kann: Rostock-Lichtenhagen 1992 ist kein singuläres Event, sondern eines der Höhepunkte einer Reihe von Ereignissen, die stellenweise vergessen sind. Neben den Anschlägen in Mölln, Solingen, Hoyerswerda, etc. hat es Anfang der Neunziger (und natürlich auch später) unzählige rassistisch, antisemitisch und antiziganistisch motivierte Übergriffe und Anschläge in der gesamten, wiedervereinigten Bundesrepublik gegeben, welche aber kaum mediale Beachtung gefunden haben. Lichtenhagen als ein singuläres Ereignis anzusehen und es nicht mit all diesen Ereignissen Anfang der neunziger Jahre bewusst zu verzahnen, wäre wahrscheinlich ein verharmlosender Akt.

⁴ Klarsfeld, S. (Oktober 1992): Was ich am 19.10.1992 in Rostock gesehen habe, <http://www.foerdervereinroma.de/romaffm/rostock.htm>

22. August

Rassistischer Mord in Hamburg-Billbrook

Dan Thy Nguyen

Am 22. August 1980 wurde in Hamburg-Billbrook einer der ersten rassistisch motivierten Morde in Deutschland verübt. Dieses Verbrechen ereignete sich in einer Unterkunft für Geflüchtete in der sogenannten „Halskestraße“.

Zwei junge Bewohner der Unterkunft, die sich gemeinsam ein Zimmer im Erdgeschoss des Gebäudes teilten, Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân, fielen diesem Brandanschlag zum Opfer.

In der Nacht vom 21. auf den 22. August 1980 begaben sich drei Mitglieder der rechtsterroristischen Gruppe „Deutsche Aktionsgruppen“ – die Radiologie-Assistentin Sibylle Vorderbrügge, der Arzt Heinz Colditz und der Werkarbeiter Raimund Hörnle – zur Halskestraße in Hamburg-Billbrook. Im Vorhinein hatten sie von einem Zeitungsartikel von einer Unterkunft für vietnamesische Bootsgeflüchtete erfahren. Die Täter*innen besprühten die Fassade des Gebäudes mit dem Schriftzug „Ausländer raus“ und warfen anschließend Molotowcocktails durch ein Fenster in das Hochparterre des Wohnheims. Diese Aktion führte zu einem Brand im Zimmer, in dem Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân schliefen. Die beiden erlitten schwere Verbrennungen und verstarben in den folgenden Tagen an ihren Verletzungen.

1980

Nguyễn Ngọc Châu, ein Lehrer, war im April 1980 durch das Schiff „Cap Anamur“ als Bootsgeflüchteter gerettet worden und nach Hamburg gekommen. Đỗ Anh Lân war zur Tatzeit Schüler und hatte im Rahmen einer humanitären Hilfsaktion Zuflucht in Hamburg gefunden.

Am 1. September 1980, also elf Tage nach dem Anschlag, wurden die Täter*innen in Niedersachsen von der Polizei festgenommen. Sie wurden dann im Jahr 1982 zusammen mit Manfred Roeder, einem Juristen und der Anführer der „Deutschen Aktionsgruppen“, wegen des Anschlags sowie aufgrund weiterer Gewalttaten gegen Unterkünfte für Geflüchtete und einer Ausstellung zur NS-Geschichte wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Roeder erhielt eine 13-jährige Haftstrafe, Hörnle und Vorderbrügge wurden zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt, und auch Colditz wurde belangt.

Die Unterkunft für Geflüchtete in der Halskestraße wurde aufgrund des als begrenzt empfundenen Schadens am Gebäude zunächst weiter betrieben und das Verbrechen geriet in Vergessenheit. Seit 2014 engagiert sich die Initiative „Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân“ aktiv mit Angehörigen der Verstorbenen, weiteren Überlebenden und Aktivist*innen für die Neubenennung der Straße sowie die Schaffung einer Gedenkstätte.

2023 wurde gemeinsam durch das erfolgreiche zivilgesellschaftliche Engagement die Straßenumbenennung durch den Bezirk Hamburg-Mitte beschlossen. Die Schaffung einer Gedenkstätte wird nun in Zusammenarbeit mit der Kulturbehörde Hamburg angestrebt.

26. August

Brandanschlag in Duisburg

Bengü Kocatürk-Schuster

Im August 1984 brannte ein Wohnhaus in einem migrantischen Viertel Duisburgs, in dem ausschließlich Migrant*innen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien wohnten. In der Nacht vom 26. auf den 27. August kamen sieben Mitglieder der Familien Satır und Turhan dabei ums Leben. Viele andere Familienmitglieder sowie weitere Bewohner*innen wurden zum Teil schwer verletzt. Zwei Mitglieder der Familie Satır konnten sich nur durch einen Sprung aus dem zweiten Obergeschoss retten. Das Leben veränderte sich von einem Tag auf den anderen und der Anschlag bestimmt bis heute den Alltag der Überlebenden und Angehörigen.

Durch einen Zufall erfuhren Aktivist*innen 2018 von dem Brandanschlag in Duisburg. Ihre tiefgehenden Recherchen und Analysen der historisch-gesellschaftspolitischen Diskurse der 1980er-Jahre deckten sehr viele Ungereimtheiten, Hinweise auf Rassismus, eine fehlende Aufklärung und Aufarbeitung auf. Infolge dessen gründete sich 2018 die Initiative Duisburg 1984.

Duisburg 1984 wurde nach kurzer Zeit vergessen – vergessen gemacht. Im Jahr 1994 wurde in Duisburg eine Unterkunft für Geflüchtete angezündet. Bei den Ermittlungen zu diesem Fall wurde erst zehn Jahre später eine Frau festgenommen, die auch den Brand 1984 gelegt zu haben gestand. Sowohl 1984 als auch 1994 kam es zu schwerwiegenden strukturellen Versäumnissen, Hinweise auf Rassismus zu

1984

berücksichtigen und einem politischen Motiv auf den Grund zu gehen. Die Täterin wurde als Pyromanin in eine Einrichtung für psychisch kranke Menschen eingewiesen.

Diese bezeichnende Ignoranz wurde für die Familien in den Folgejahrzehnten eine Lebensrealität. Die Überlebenden und Angehörigen waren 35 Jahre mit körperlichen und psychischen Schmerzen, Überlebenskämpfen sowie Ängsten ihrem Schicksal überlassen – weder wurde ihnen zugehört noch geglaubt oder geholfen.

Die erste würdige Erinnerung an die Opfer fand 2019 statt, 35 Jahre nach der Tat. Die Jahrzehnte des Schweigens hatten hiermit ein Ende. Die betroffenen Familienmitglieder trauen sich seit Gründung der Initiative, laut über Rassismus zu sprechen. Gemeinsam mit den Betroffenen wurden Gedenken und Veranstaltungen organisiert sowie durch unterschiedliche Formate wie Film, Podcast, Publikationen, Ausstellungen, Webdokumentation auf Duisburg 1984 aufmerksam gemacht. So konnte auch auf rassistische Strukturen in der Gesellschaft hingewiesen werden.

Erst durch aufrichtiges Zuhören der Betroffenenperspektiven und durch zivilgesellschaftliche Selbstorganisation gelang eine Auseinandersetzung und Sensibilisierung sowie die Verankerung einer würdevollen Gedenkkultur in Duisburg. Als Zeichen der politischen Anerkennung wurde am 26. August 2023 eine Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus (Wanheimer Str. 301) der Familien eingeweiht. Diese Gedenktafel soll an die Opfer des rassistischen Brandanschlags Ferdane, Çiğdem, Ümit und Songül Satır sowie Zeliha, Rasim und Tarık Turhan erinnern und mahnend in die Zukunft wirken.

Hiç unutmadık, hiç unutmayacağız! (Wir haben nie vergessen, wir werden nie vergessen!)

29. August

NSU-Mord an Habil Kılıç

NSU-Watch

Habil Kılıç wurde 1963 in Borçka in der Türkei geboren. Mit 22 heiratete er seine Frau, die er in der Türkei kennengelernt hatte, die aber bereits in München lebte. Dorthin zog auch er einige Zeit später. Die beiden bekamen eine gemeinsame Tochter. Im Jahr 2000 entschloss sich das Ehepaar, einen Frischwarenladen in München-Ramersdorf zu eröffnen. Habil Kılıç behielt aber seinen Beruf als Gabelstaplerfahrer und arbeitete nach Feierabend in dem gemeinsamen Geschäft.

Im August 2001, knapp anderthalb Jahre nach der Eröffnung des Frischwarenladens, arbeitete Habil Kılıç auch tagsüber im Laden, weil seine Frau und seine Tochter im Urlaub in der Türkei waren. Am Vormittag des 29. August 2001 wurde er in seinem Laden vom NSU erschossen. Habil Kılıç wurde 38 Jahre alt. Er war das vierte Opfer der rassistischen Mordserie, deren Hintergrund jedoch erst 2011 klar wurde. Zuvor ermittelten die Behörden gegen die Ermordeten, ihre Familien und ihr Umfeld. So auch nach dem Mord an Habil Kılıç. Die Familie musste nach der Freigabe des Ladens durch die Polizei die Spuren des Mordes selbst entfernen. Zuvor hatte die Familie über dem Laden gewohnt, nun gab seine Frau Wohnung und Laden auf und verließ mit ihrer Tochter das Viertel. Der Mord des NSU, das Verhalten der Behörden und die von ihnen verbreiteten Gerüchte über den Ermordeten sorgten also letztlich dafür, dass Familie Kılıç neben dem Familienvater auch ihr nachbarschaftliches Umfeld und ihren Lebensunterhalt verlor.

2001

Habil Kılıçs Frau, P. Kılıç, war die erste Angehörige, die im NSU-Prozess als Zeugin befragt wurde. Richter Götzl trat ihr gegenüber autoritär auf. P. Kılıç wollte bei ihrer Vernehmung am 22. Verhandlungstag nicht vor „dieser Frau“ – also der Hauptangeklagten im NSU-Prozess, Beate Zschäpe – über die Situation nach der Tötung ihres Mannes sprechen: „Wie kann das sein? Können sie sich das nicht vorstellen, wenn man den Mann, dann den Laden verliert? Wie die Leute darüber reden, wenn man wie ein Verdächtiger behandelt wird? Was soll ich hier sagen vor dieser Frau?“ Götzl herrschte sie daraufhin an, dass er eine höfliche Antwort erwarte, wenn er selber höflich frage. P. Kılıç berichtete auf Drängen des Richters: Sie hätten eine große Menge Schaden angerichtet, erst den Mann ermordet, dann den ganzen Freundeskreis kaputtgemacht, das ganze Finanzielle: „Alles haben sie kaputtgemacht, alles.“

An Habil Kılıç erinnert heute eine Gedenktafel am ehemaligen Geschäft der Familie in der Bad-Schachener-Straße.

29. August

Internationaler Tag gegen Nuklearversuche

Aigerim Seitenova

Der 29. August ist der Tag, der uns an die düstere Geschichte des nuklearen Wettrüstens erinnert, welches tiefe Narben im Leben tausender Menschen in Kasachstan und anderswo hinterlassen hat. Er ist auch ein Tag des Widerstandes und der Resilienz von Atomwaffengegner*innen, die für das Ende von Nuklearversuchen kämpfen und sich für Klimagerechtigkeit, soziale und nukleare Gerechtigkeit engagieren.

Am 29. August 1949 führte die Sowjetunion den ersten Nuklearversuch auf dem Atomwaffentestgelände in Semipalatinsk durch. Über 400 Atomwaffen, die zwischen 1949 und 1989 auf dem Gelände getestet wurden, haben langanhaltende, negative Auswirkungen auf die Gesundheit und Umwelt der Ortsansässigen hinterlassen. Das Atomwaffentestgelände in Semipalatinsk befand sich im Nordosten von Kasachstan (Kasachische Sozialistische Sowjetrepublik zur Zeit der Versuche). Das Territorium des ehemaligen Testgeländes Semipalatinsk ist groß und umfasst drei Regionen des Landes mit insgesamt 18.000 km². Die sowjetische Führung wählte das Territorium der Region Semipalatinsk als entlegenes Gebiet mit flacher Steppe aus und spielte darauf an, dass es in dieser Region weder Menschen noch Behausungen gäbe. Entgegen dieser Annahme lebten jedoch mehr als 100.000 Menschen nur 120 km vom Testgelände entfernt, in Semipalatinsk (heutzutage Semei), der Hauptstadt der Region, sowie Tausende von Personen in Dörfern in der Nähe des Testgeländes.

Bis 1962 führte die sowjetische Führung 116 atmosphärische Tests durch, einschließlich des Tests der Wasserstoffbombe im Jahr 1953. Zum Zeitpunkt der atmosphärischen (und überirdischen) Tests sprachen die Bewohner*innen ländlicher Regionen in der Nähe des Testgeländes immer wieder von einer großen „Pilzwolke“, die sie gesehen hätten, nicht ahnend, dass diese die Folge der Nuklearversuche war. Nachdem atmosphärische Tests 1963 durch den Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (PTBT) verboten wurden, wurden bis 1989 noch über 300 unterirdische Nuklearversuche durchgeführt.

Die Atomwaffentests, die über einen Zeitraum von 40 Jahren stattgefunden haben, haben humanitäre Konsequenzen für die Bewohner*innen in drei Regionen des Landes (Semei, Karaganda, Pavlodar) nach sich gezogen. Ihre Gesundheit, die Umwelt und das Ökosystem wurden durch die ionisierende Strahlung der Nuklearversuche irreversibel geschädigt. Verschiedene Formen von Krebs, Leukämie, konnatale Defekte bei Neugeborenen, Totgeburten, Schilddrüsen- und Herzkreislauferkrankungen sowie psychische Störungen waren bei der lokalen Bevölkerung weit verbreitet. Die Auswirkungen der ionisierenden Strahlung waren bei Frauen und Kinder überdurchschnittlich hoch – und wirkten sich nicht nur auf die Generation aus, die während der aktiven Testphase lebte, sondern auch auf die dritte und vierte Generation der Einheimischen. Die generationenübergreifenden Auswirkungen betrafen nicht nur die physische Gesundheit, sondern hatten auch signifikante gesellschaftliche und kulturelle Konsequenzen, da die Region noch immer mit sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit zu kämpfen hat.

Nuklearversuche liefen noch bis in das Jahr 1989, am 29. August 1991 wurde das Atomwaffentestgelände dann geschlossen. Die Einstellung der Nuklearversuche und die Schließung des Testgeländes geschahen aber nicht in einem Vakuum. Sie sind das Ergebnis des grenzüberschreitenden Engagements der Anti-Atomkraft-Bewegung „Nevada-Semei“ (vormals „Semipalatinsk“). Die Bewegung gegen Nuklearversuche vereinte Aktivist*innen in verschiedenen Ecken der Welt und lenkte die Aufmerksamkeit auf die verheerenden Auswirkungen von Nuklearversuchen. Die Nevada-Semei-Bewegung und die Proteste gegen die Versuche führten nicht nur zu einem

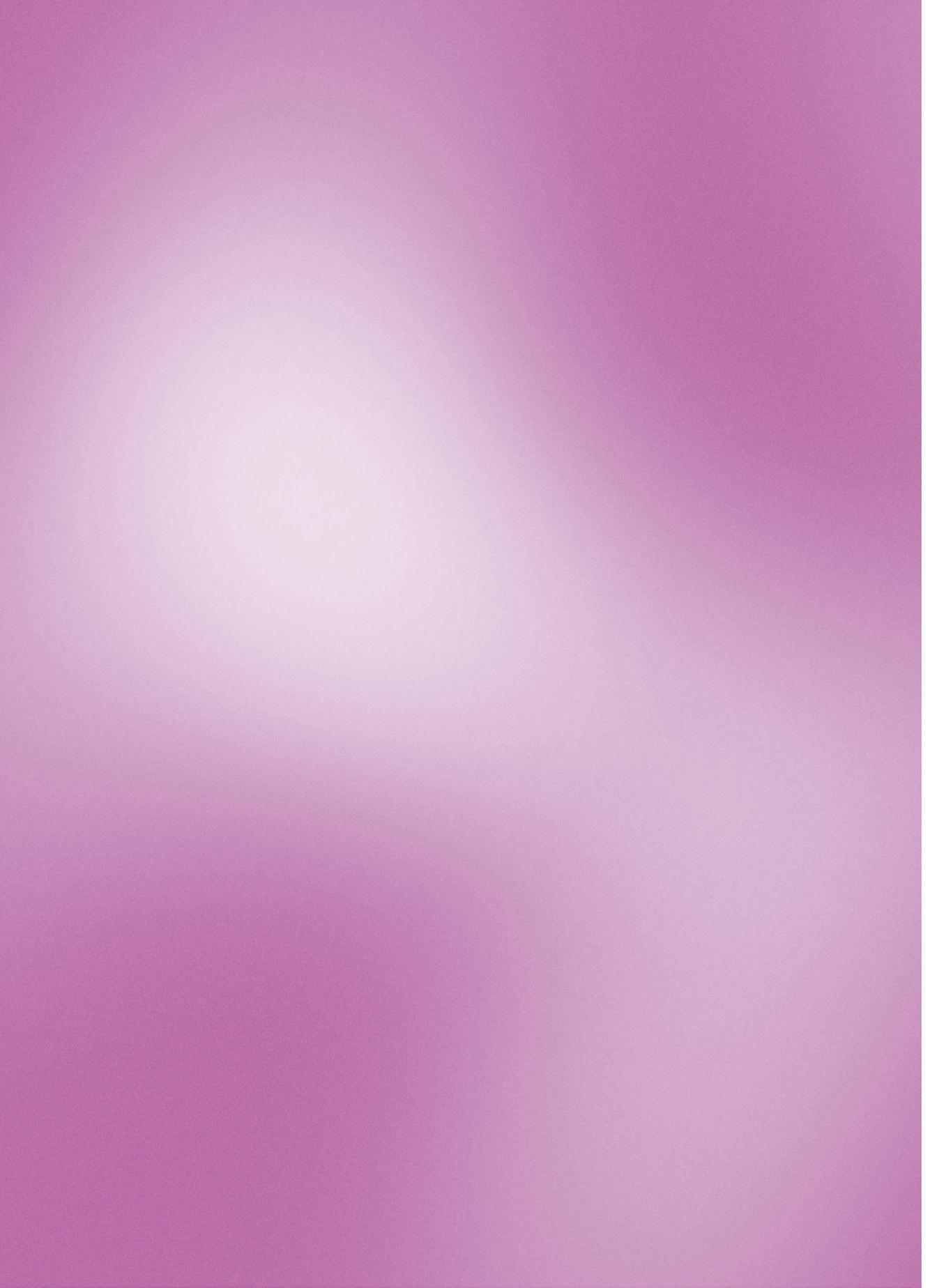
29. August

Stopp der Versuche zu Zeiten der Sowjetunion, sondern haben auch die Solidarität zwischen Friedens- und Anti-Atomkraft-Befürworter*innen aus Kasachstan und dem Ausland gestärkt, die für das gleiche Ziel kämpften: eine atomwaffenfreie Welt.

Im Jahr 2009 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Entschluss, den 29. August zum Internationalen Tag gegen Nuklearversuche zu erklären. Das nukleare Erbe von Kasachstan ist schlicht und ergreifend eine Tragödie für Tausende von Menschen. Aber in dieser Tragödie haben die Menschen in Kasachstan die dringend benötigte Hoffnung und innere Kraft gefunden, um sich weiterhin gegen die schrecklichsten Waffen der Welt auszusprechen. Das nukleare Erbe Kasachstans erinnert die Welt an den Preis, den die Menschheit zahlen wird, wenn Atomwaffen jemals wieder zum Einsatz kommen. Es erinnert uns daran, dass Frieden in einer Welt mit Atomwaffen niemals möglich sein wird.

SEPTEMBER

2. September	Tod von Alan Al-Kurdi	2015
5. September	Olympia-Attentat in München	1972
9. September	NSU-Mord an Enver Şimşek	2000
11. September	Anschlag auf das World Trade Center in New York City, USA	2001
14. September	Ella Nik Bayan: Suizid durch Selbstentzündung auf dem Alexanderplatz	2021
15. September	Internationaler Tag der Demokratie	2007
16. September	Todestag von Jina Mahsa Amini	2022
20. September	Weltkindertag	1954
17. – 23. September	Abschiebung der im Pogrom von Hoyerswerda angegriffenen Vertragsarbeiter*innen	1991



Tod von Alan Al-Kurdi

Luna Ali

*no one leaves home unless
home is the mouth of a shark
you only run for the border
when you see the whole city running as well
[...]*

*you have to understand,
that no one puts their children in a boat
unless the water is safer than the land
[...]*

Warsan Shire

In den frühen Morgenstunden des 2. Septembers 2015 drängten sich sechzig Menschen in ein kleines Schlauchboot am Strand von Bodrum in der Türkei. Ihr Ziel war die griechische Insel Kos, dreißig Minuten entfernt. Nicht einmal fünf Minuten waren sie auf dem Wasser als das Boot anfang zu sinken. Um fünf Uhr morgens startete die Suchmission, nachdem ein Notruf eingegangen war. Lebende wie Tote würden im Laufe der nächsten Stunden an den Strand gespült werden. Die Fotojournalistin Nilüfer Demir wird später sagen, es hätte wie ein Kinderfriedhof ausgesehen. Von den vielen Bildern, die sie aufnahm, wurde eins weltberühmt: Ein kleiner Junge in einem roten T-Shirt, blauen Shorts, die Schuhe noch an den Füßen, lag mit abgewendetem Gesicht am Strand, nah der Wasserlinie. Man hätte denken können er schlief.

02. September

Der kleine Junge hieß Alan Kurdi und wurde 2012 in Kobanê geboren, einer Stadt in Syrien nahe der türkischen Grenze. Die Stadt war Schauplatz heftiger Kämpfe zwischen den kurdischen Streitkräften und dem sogenannten Islamischen Staat (IS).

Die gewaltvolle Unterdrückung und die Eskalation des Syrischen Frühlings zwang Millionen von Syrer*innen, einschließlich der Familie von Alan Kurdi, zur Flucht und der Suche nach Zuflucht in Nachbarländern und Europa. Nach der Ablehnung des Asylantrags in Kanada unternahm die Familie Kurdi mehrere erfolglose Versuche, aus der Türkei nach Griechenland zu gelangen. Der letzte endete mit dem Tod von Alan, seinem Bruder Galip und ihrer Mutter Rehana. Nur der Vater, Abdullah Kurdi, überlebte. Er kehrte nach der Tragödie nach Syrien zurück, um seine Familie zu begraben.

Der Tod des zweijährigen Alan Kurdi führte zu starken Protesten in Europa und übte massiven Druck auf die Politik aus, sodass sich auch die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel am 05. September 2015 für eine temporäre Grenzöffnung entschied. Dies wäre ohne die Mobilisierung von People on Move¹ und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen nicht denkbar gewesen. Denn schon in den Jahren zuvor führten Schiffsunglücke zu politischen Konsequenzen, die zum Beispiel in der italienische Marineoperation Mare Nostrum oder der Entstehung der zivilen Seenotrettung mündeten.

In diesem Kontext lässt sich der Tod von Alan Kurdi also als Höhepunkt der Entrüstung über die unmenschliche Migrationspolitik betrachten, der die Grenzöffnung als historische, wenn auch nur temporäre „Niederlage des europäischen Grenzregimes“² bewirkte. Schaut man sich jedoch den derzeitigen politischen wie gesellschaftlichen Umgang mit Geflüchteten an, so scheint nicht viel von der damaligen Empathie und Entrüstung übrig geblieben zu sein.

1 „People on the Move“ wird in den Migrationsbewegungen oft als Alternative zu rechtlichen Kategorisierungen oder umgangssprachlichen Begriffen genutzt, die oft als abwertend oder juristisch zu spezifisch empfunden werden.

2 Hess, S., Kasperek, B., Kron, S., Rodatz, M., Schwertl, M. & Sontowski, S. (2016). Der lange Sommer der Migration: Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes. In S. Hess, B. Kasperek, S. Kron, M. Rodatz, M. Schwertl, S. Sontowski (Eds.), Grenzregime III. Der lange Sommer der Migration. Berlin: Assoziation A. S. 6.

Wie gedenkt man also einem Kind, das nicht einmal drei Jahre alt wurde und dessen Tod repräsentativ für das Leid anderer Kinder und Erwachsene auf der Flucht steht?

Eine Antwort zu formulieren, fällt schwer. Eins sollte jedoch klar sein: Ein Gedenken, welches nicht die unbarmherzige Logik einer geregelten Migrationspolitik aufdeckt und die Schuldigen der europäischen Grenzpolitik verurteilt, wird den Toten und ihren Hinterbliebenen nie gerecht werden. Jeder Tod eines Kindes oder Menschen an den europäischen Grenzen sollte dieselbe emotionale und politische Entrüstung herbeiführen wie der Tod von Alan Kurdi.

5. September

Olympia-Attentat in München

Andrea Hanna Hünninger

„Dort, wo andere Menschen ihr Herz haben, sitzt bei Avery Brundage ein Diskus“, hat einer seiner Sportsfreunde mal über den Präsidenten des Olympischen Komitees (IOC) gesagt. Tatsächlich: Scheinbar ungerührt ließ Brundage 1972 die Olympischen Spiele in München fortführen, nachdem palästinensische Terroristen die israelischen Sportler David Berger, Zeev Friedman, Josef Gutfreund, Eliezer Halfin, Josef Romano, Amitzur Shapira, Kehat Shorr, Mark Slavin, André Spitzer, Yakov Springer, Mosche Weinberg entführt und schließlich ermordet hatten.

Erpicht, die Spiele von den aufdringlichen Tentakeln der realen Welt abzuschirmen, sagte der uralte IOC-Kaiser nach einer eintägigen Gedenkminute, die Spiele seien unpolitisch – also weiter geht's. Brundage aber war selbst hochpolitisch. Denn als hochdekoriertes Sportfunktionär und Vertreter der USA ließ der Antisemit, Hitler-Bewunderer und Nazi-Sympathisant bereits bei den Spielen 1936 in Deutschland auf infame Weise zwei jüdische Sprinter aus der 4-mal-100-Meter-Staffel entfernen, weil sie im Falle eines Sieges Hitler noch mehr bloßgestellt hätten.

Dabei liegt das Problem der Olympischen Spiele in ihrer Erfindung selbst: Die Spiele sind aus einem verlorenen Krieg entstanden. Erschüttert von Frankreichs Niederlage gegen Deutschland 1870/71, suchte ihr Gründer Baron Pierre de Coubertin, ein Pädagoge und

1972

Historiker, nach einem Weg, seine vermeintlich verweichtlichen Landsleute wieder zu stählen. Er fand eine Lösung im Sportunterricht. Er träumte einerseits von sportlichem Kampf statt Krieg. Aber er träumte eben auch von einer weißen, männlichen Bruderschaft der Starken, von kriegerischen Athleten, die, wenn nötig, das Vaterland mit ihrer Muskelkraft verteidigen.

Erst seit 2006 bemüht sich das Olympische Komitee um Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Mitbekommen hat das natürlich noch niemand. Auch die Mischung aus Pannen, Ignoranz und Unvermögen deutscher Politiker*innen begleitet die Tragödie von 1972: Schließlich hatte die bayerische Justiz noch kurz nach den Morden die drei festgenommenen, überlebenden Täter aus Angst vor einem Anschlag frei gelassen und ausgeflogen. Erst die israelische Premierministerin Golda Meir musste es richten: Sie ließ den Mossad losziehen und 13 Hintermänner, Verdächtige und Tatbeteiligte, die sich auf der ganzen Welt verteilt hatten, töten. Die Mission wurde später als „Operation Zorn Gottes“ bekannt.

Bis zuletzt war nicht klar, ob Israels Präsident Jitzchak Herzog und die Hinterbliebenen überhaupt an den Gedenkveranstaltungen teilnehmen würden. Bundespräsident Frank Walter Steinmeier entschuldigte sich bei Herzog in der vergangenen Woche, die ganze Prozedur der Aufarbeitung sei „beschämend“ gewesen. Denn erst nach jahrzehntelangem Streit, kurz vor dem Jahrestag, hat die Bundesregierung sich mit den Hinterbliebenen auf eine Entschädigungsleistung geeinigt – um einen Eklat zu vermeiden.

9. September

NSU-Mord an Enver Şimşek

NSU-Watch

Enver Şimşek wurde am 4. Dezember 1961 in Salur Koy geboren. Schon in seiner Jugend lernte er seine spätere Ehefrau Adile kennen. Nach ihrer Hochzeit 1978 musste Enver Şimşek zunächst seinen Militärdienst in der Türkei absolvieren, Adile Şimşek zog nach Deutschland. Gemeinsam ließen sie sich 1985 in Hessen nieder und bekamen zwei Kinder. Mit 31 Jahren machte sich Enver Şimşek als Blumenhändler selbstständig. Sein Unternehmen wuchs auf 30 Mitarbeiter*innen an, die unter anderem an unterschiedlichen Orten Deutschlands Blumen verkauften. Im Jahr 2000 plante Enver Şimşek, weniger zu arbeiten.

Enver Şimşek wurde am 9. September 2000 an seinem Blumenstand in der Parkbucht einer Nürnberger Ausfallstraße vom NSU niedergeschossen. Es ist der erste bekannte Mord der rassistischen Mordserie. Normalerweise hätte er an diesem Tag nicht gearbeitet, war aber für einen Angestellten eingesprungen. Enver Şimşek verstarb zwei Tage später im Krankenhaus. Nebenklagevertreterin der Familie im NSU-Prozess, Seda Başay-Yıldız, berichtet, die Familie Şimşek sei von der Polizei informiert worden, dass Enver Şimşek im Krankenhaus sei und mit seinem „Ableben jederzeit zu rechnen“ sei.

Die Polizist*innen rieten der Familie jedoch davon ab, aus dem Wohnort in Hessen nach Nürnberg ins Krankenhaus zu fahren, man könne dort sowieso nichts tun: „Aber ganz wichtig wäre es, wenn sie

2000

jetzt zur polizeilichen Vernehmung kommen.“ Die Familie fuhr trotzdem zu ihrem Angehörigen, der im Krankenhaus mit dem Tod rang. Am nächsten Tag holte die Polizei Adile Şimşek vom Krankenbett weg zur Vernehmung. Die Polizisten stellten bereits zu diesem Zeitpunkt Fragen nach „Schutzgelderpressung“ und „Drogen“, obwohl die Familie nie polizeilich aufgefallen war. Kaum mehr als die Tatsache, dass Enver Şimşek – wie die meisten Blumengroßhändler – regelmäßig in die Niederlande gefahren ist, um neue Ware einzukaufen, reichte den Behörden, um zunächst gegen die Familie Şimşek zu ermitteln und dann in der Folge gegen die Angehörigen und das Umfeld der weiteren Mordopfer. Und es wurde jahrelang weiter in diese Richtung ermittelt. Trotz der Ergebnislosigkeit derartiger Ermittlungen schon beim ersten Mord an Enver Şimşek.

2006, nach den Morden an Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat, demonstrierten Angehörige der Ermordeten in Kassel und in Dortmund unter dem Motto „9 Opfer – Wir wollen kein 10. Opfer. Stoppt die Mörder“. Sie wollten auch auf ein mögliches rechtes Motiv der Mordserie aufmerksam machen. Semiya Şimşek, die Tochter von Enver Şimşek, beschreibt in ihrem Buch „Schmerzliche Heimat“, warum sie im Jahr 2006 gemeinsam mit Gamze Kubaşık, der Tochter des in Dortmund ermordeten Mehmet Kubaşık, ein Interview gab: „Als Gamze und ich uns kennenlernten, beschlossen wir, nicht mehr länger zu schweigen, sondern an die Öffentlichkeit zu gehen. Wir gaben ein Fernsehinterview. Vor Wut, dass nichts passierte, dass die Angehörigen nur mit den ewig gleichen Verdächtigungen traktiert wurden, dass der Möglichkeit der Ausländerfeindlichkeit nie nachgegangen wurde. [...] Das alles verpuffte ohne Nachhall.“

Die Familie von Enver Şimşek kämpft bis heute um Aufklärung. Der Tatort in Nürnberg wurde 2021 Enver-Şimşek-Platz benannt. Auch in Jena, der Herkunftsstadt des NSU-Kerntrios, wurde ein Platz nach ihm benannt.

11. September

Anschlag auf das World Trade Center in New York City, USA

Ahmad Milad Karimi

Am 11. September 2001 wurde die Welt durch eine Serie der Terroranschläge erschüttert, deren Echo bis heute nachhallt. Es war ein Tag, der die Fragilität der modernen Gesellschaft auf eine Weise offenbarte, wie wir es nie für möglich gehalten hätten. Vier Flugzeuge, entführt von Mitgliedern der terroristischen Gruppe Al-Qaida unter der Führung von Osama bin Laden, flogen in die Zwillingstürme des World Trade Centers in New York City, ins Pentagon in Washington, D.C. und ein weiteres stürzte in einem Feld in Pennsylvania ab. Diese Angriffe forderten 2.996 Menschenleben und wurden zu einem Symbol der Verwundbarkeit und des Schreckens in einer globalisierten Welt, die seitdem den Ausnahmezustand als Normalzustand versteht. Doch der 11. September zeigte mir, dass diese Verwundbarkeit nicht auf Afghanistan, nicht auf den Nahen Osten beschränkt war – sie war global. Niemand war sicher. Der Terror konnte jeden treffen, überall, zu jederzeit. Damit ist der 11. September (9/11) zu einem Topos des Schreckens geworden, zu einer Zäsur unserer Zeit.

2001

Ich erinnere mich noch gut an diesen Tag, an die Bilder, die über die Bildschirme flimmerten, an die ungläubigen Gesichter der Menschen um mich herum. Für mich, der ich selbst aus Afghanistan geflüchtet bin, war dieser Tag besonders schmerzhaft. Nicht nur, weil unschuldige Menschen auf so brutale Weise ihr Leben verloren, sondern auch, weil die Welt sich plötzlich noch dunkler, unsicherer und zerrissener anfühlte.

Doch inmitten all des Schreckens, der Zerstörung und des unermesslichen Leids, das dieser Tag mit sich brachte, müssen wir innehalten und fragen: Was genau bleibt uns von diesem Tag, wenn sich der Rauch gelegt hat und die Trümmer beseitigt sind?

Jeder, der damals lebte, erinnert sich genau, wo er war und was er tat, als die Nachricht die Runde machte. Diese Orte und Momente sind tief in uns eingebrannt, als wären sie in der Zeit eingefroren. Doch genau hier liegt das Problem: Wenn wir unsere Erinnerung nur auf diesen Schrecken und diese Erstarrung reduzieren, laufen wir Gefahr, uns dem zu unterwerfen, was die Terroriste,n erreichen wollten. Der Terror will uns nicht nur Angst einflößen, sondern unsere Erinnerung bestimmen, sie einfrieren, die Vielfalt der menschlichen Erfahrung verengen. Die Sprache des Terrors ist vereinfachend, verzerrend, binär: wir und die anderen, Täter und Opfer, Gläubige und Ungläubige.

2.996 ist keine bloße Zahl, keine fühlbare und wirkliche Größe in unserer Vorstellung. So viele Leben wurden an diesem Tag ausgelöscht. Es geht um jeden Einzelnen, um jede Geschichte, die durch diese Tat gewaltsam beendet wurde. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Menschen nur als Zahlen in die Geschichtsbücher eingehen. Ihre Leben, ihre Träume, ihre Hoffnungen und die Spuren, die sie hinterlassen haben, all das ungelebte Leben, all die uneingelösten Versprechungen, müssen in unserer Erinnerung der Gegenwart Eingang finden. Ihre Geschichten sind es, die wir lebendig halten müssen – nicht als Symbol des Schreckens, sondern als Ausdruck der Menschlichkeit, die der Terror zerstören wollte.

Eine wehrhafte Erinnerungskultur muss sich gegen die Reduktion auf Zahlen und erstarrte Momente wehren. Sie muss der Verengung der Erinnerung, die der Terror uns aufzwingen will,

11. September

entschlossen entgegentreten. Stattdessen sollte sie die Vielfalt der Perspektiven einfangen, die an diesem Tag und in den Jahren danach eine Rolle gespielt haben. Es geht darum, eine Erinnerungskultur zu etablieren, die die Gegenwart mitgestaltet – eine Kultur, die die Stimmen und Geschichten der oft Überhörten einbezieht. In einer pluralen Gesellschaft müssen wir sicherstellen, dass wir nicht nur die schrecklichen Ereignisse des 11. September in Erinnerung behalten, sondern sie gleichzeitig auch in den öffentlichen Diskurs einbetten.

Es liegt an uns, die Erstarrung zu überwinden, die dieser Tag über die Welt gebracht hat. Wir dürfen nicht in den eingefrorenen Bildern verharren, die der Schrecken in uns hinterlassen hat. Stattdessen müssen wir eine Erinnerungskultur entwickeln, die sich dem Terrorismus widersetzt, indem sie Vielfalt und Menschlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Es ist nicht entscheidend, wo wir uns am 11. September 2001 befanden – entscheidend ist, wie wir die Welt seit diesem Tag gestalten.

Der Terrorismus, wie er am 11. September inszeniert wurde, verfolgt mehr als nur das unmittelbare Ziel der Zerstörung. Er ist ein Angriff auf unsere Lebensweise, auf die Grundfesten unserer Zivilisation und auf die Prinzipien von Freiheit und Pluralität, die uns als Gesellschaft prägen. Die Terroristen wollten nicht nur hochragende Gebäude zum Einsturz bringen oder Menschenleben auslöschen – sie wollten unsere Seelen vergiften. Sie strebten an, uns in einen Zustand des permanenten Ausnahmezustands zu versetzen, in dem Angst und Misstrauen unseren Alltag bestimmen. Ein Zustand, in dem die Vielfalt, Offenheit und Toleranz, die unsere Gesellschaften stark machen, durch ein Klima der Bedrohung und des Hasses ersetzt werden. Wir erinnern uns, dass der damalige US-Präsident George W. Bush den „Krieg gegen den Terror“ ausgerufen und den nicht mehr endenden Ausnahmezustand ausgerufen hat. Terror produziert Krieg. Und Krieg?

Die Profiteure dieser Ideologie sind die Populisten, die sich nicht nur der Sprache der Angst und der Trennung bedienen, sondern auch auf fixe Erinnerungen bestehen. Stattdessen müssen wir eine Erinnerungskultur pflegen, die sich bewusst gegen die Einengung des Denkens und Fühlens stellt, die der Terror beabsichtigt. Eine Kultur,

die sich der Pluralität verschreibt und aus der Erfahrung des Schreckens eine neue, gestärkte Haltung schöpft. Erinnern bedeutet, sich der Gegenwart bewusst zu sein.

Die Anschläge haben nicht nur 2.996 unschuldigen Menschen das Leben gekostet und Tausende weitere verletzt. Sie haben auch die Fragilität unserer Welt offengelegt – eine Welt, in der keine Gesellschaft, keine Kultur und kein Individuum immun gegen solche Attacken ist. Doch eben diese Erkenntnis sollte uns nicht in Furcht erstarren lassen, sondern uns dazu ermutigen, mit umso größerer Entschlossenheit die Werte zu verteidigen, die der Terror angreifen wollte: Menschlichkeit, Solidarität, Respekt vor der Vielfalt.

Eine pluralistische Erinnerungskultur bedeutet, sich bewusst zu entscheiden, den Schrecken nicht zum alleinigen Leitmotiv unseres Gedenkens zu machen. Es bedeutet, die Erinnerung an die Opfer zu ehren, indem wir uns weigern, in die Falle der Angst zu tappen, die uns der Terror stellt. Es bedeutet, aus den Trümmern dieses Tages die Verpflichtung zu schöpfen, eine Gesellschaft zu gestalten, die stärker, vielfältiger und menschlicher ist – gerade, weil sie die Dunkelheit gesehen hat.

14. September

Ella Nik Bayan: Suizid durch Selbstentzündung auf dem Alexanderplatz

Stephanie Kuhnen

Als Ella Nik Bayan schon brannte, versuchte ein Mitarbeiter der Security der Deutschen Bahn, sie zu löschen. „Fuck you!“ soll sie ihm entgegengeschleudert haben. Wenige Stunden später starb die trans Frau aus dem Iran an den Verbrennungen im Krankenhaus. „Fuck you!“, waren vermutlich ihre letzten Worte. „Fuck you!“

Als Ella Nik Bayan 2015 in der völlig überfüllten Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Halberstadt, Sachsen-Anhalt, ankommt, hat sie bereits einen langen Weg hinter sich. Über ein Jahr war sie unterwegs. In einem kurzen Dokumentarbeitrag aus dem Jahr 2018, der ihre Geschichte porträtiert, sagt sie: „Als Frau Merkel gesagt hat, die Flüchtlinge sind willkommen, wollte ich ein neues Leben anfangen. Ich möchte tragen, was ich möchte. Ich möchte leben, wie ich möchte. Ich möchte eine Frau sein!“ In ihrem Herkunftsland und in ihrer Familie war ihr dies nicht möglich. Im Iran musste sie in ständiger Angst leben, als Homosexueller verhaftet und durch die

Todesstrafe ermordet zu werden. Und auch ihr Engagement in der Oppositionsbewegung brachte sie zunehmend in Gefahr. Sie gab ihren gut auskömmlichen Beruf auf und machte sich auf den Weg.

In Deutschland traf sie auf Behörden, die ihren Asylantrag zwar annahmen, sie jedoch mit aller behördlichen Gewalt zum Mann machten. Politisches Asyl oder Transition, beides wurde ihr nicht gestattet. Zudem befand sie sich in der Geflüchtetenunterkunft in einem homophoben und transfeindlichen Umfeld. Auch hier musste sich Ella Nik Bayan weiterhin verstecken. 2017 wird ihr Antrag zunächst abgelehnt. Da ihr Transsein nicht in der Ablehnung berücksichtigt wurde, gelang es ihr mit Unterstützung des Lesben- und Schwulenverbands Sachsen-Anhalt, erfolgreich dagegen zu klagen. Seit 2016 nahm sich Ella immer mehr Sichtbarkeit als trans Frau. Sie schloss in Magdeburg, wo sie kurz wohnte, viele Freundschaften, engagierte sich in der queeren Community, gärtnernte leidenschaftlich und lernte innerhalb kürzester Zeit Deutsch. Aber mit der Sichtbarkeit kamen auch die transfeindlichen und rassistischen Anfeindungen in der Öffentlichkeit.

2018, kurz nachdem sie ihren positiven Asyl-Bescheid bekommen hatte, zog Ella Nik Bayan nach Berlin. Sie fand noch mehr Freundschaften, Jobs für den Lebensunterhalt, aber auch noch mehr Unsicherheit und Anfeindungen. Hinzu kamen nun die Bürokratie des „Transsexuellengesetzes“, die damit verbundenen demütigenden psychiatrischen Begutachtungen und endlosen Antragstellungen für eine Kostenübernahme der „geschlechtsangleichenden Behandlungen“. Immer wieder musste sie sich beweisen. Nie war es genug. Nie hörte es auf.

Am 14. September 2021 setzte Ella Nik Bayan all dem ein Ende. Sie hinterließ keinen Abschiedsbrief, als sie sich auf den Weg zum Alexanderplatz machte. Dort zündete sie sich an.

Die Maschine aus Hass und Gewalt läuft ohne sie weiter. Passanten machten von der brennenden Frau Videos mit ihren Smartphones und stellten sie ins Netz. Entsprechend rassistisch und transfeindlich fielen die Kommentare aus. Vermutlich ein Krankenhausmitarbeiter fotografierte ihren verbrannten Körper und verbreitete das Bild

14. September

im Internet. Ella Nik Bayan erhielt eine kleine Grabstätte auf dem Sozialistenfriedhof in Friedrichsfelde, dort wo auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bestattet wurden. Den genauen Ort kennen nur sehr wenige. Bereits im Januar 2022 stellten Unbekannte einen Feuerlöscher und einen Kanister auf Ella Nik Bayans Grab und verschandelten das kleine Rondell. Innerhalb dieses Jahres wurde Ellas Grab bereits dreimal geschändet. Die letzte Zerstörung fand zum 23. Juli 2022 statt. An diesem Tag wurde in Berlin, das sich stolz Regenbogenhauptstadt nennt, der Christopher Street Day (CSD) gefeiert.

Fuck you!¹

¹ Zum Weiterlesen: Ella Nik Bayan: <https://www.youtube.com/watch?v=QiRxl5NfAo>; Tim Kühn: Von der Welt nicht akzeptiert, taz, <https://taz.de/Oeffentlicher-Suizid-einer-trans-Frau/!5812301/>; Queer.de: Grab von Ella Nik Bayan erneut geschändet, https://www.queer.de/detail.php?article_id=42750

Internationaler Tag der Demokratie

Vatan Ukaj

Am 15. September würdigen wir weltweit den Internationalen Tag der Demokratie. Dieser Tag wurde 2007 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen, um die grundlegende Bedeutung der Demokratie für die internationale Gemeinschaft zu betonen und das Bewusstsein für deren Förderung zu stärken. Er erinnert daran, dass Demokratie sowohl eine Staats- und Regierungsform als auch eine Lebens- und Umgangsform ist, die das Zusammenleben in pluralistischen Gesellschaften prägt.

Demokratie als Staats- und Lebensform

Als Staats- und Regierungsform basiert die Demokratie auf der Beteiligung der Bürger*innen an politischen Prozessen, freien Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung von Menschenrechten. Sie garantiert die Freiheit der Meinungsäußerung, Pressefreiheit und die Möglichkeit, Kritik zu üben, ohne Repressionen zu fürchten. Die Demokratiefähigkeit spiegelt sich auch darin wider, allen Menschen Zugänge und Chancen zu geben – auch Menschen, die aus ihren Heimatorten fliehen müssen.

Als Lebens- und Umgangsform geht Demokratie jedoch über institutionelle Strukturen hinaus. Sie fördert einen respektvollen und gleichberechtigten Umgang miteinander, basierend auf Toleranz,

15. September

Dialogbereitschaft und der Fähigkeit, Konflikte friedlich zu lösen. Eine demokratische Gesellschaft erkennt die Pluralität an Meinungen, Kulturen, Positionen und Biografien an und schätzt diese als Bereicherung.

Alltags- und Lebensräume von Menschen in einer demokratischen Gesellschaft umfassen die physischen, sozialen und kulturellen Umgebungen, in denen Menschen ihre täglichen Aktivitäten ausführen und sich in der Gemeinschaft bewegen. Sie umfassen private, öffentliche, mediale und digitale, politisch-institutionelle, kulturelle und religiöse Orte sowie Arbeits- und Bildungseinrichtungen. In all diesen Räumen spiegelt sich die demokratische Haltung einer Gesellschaft, die auf Gleichwertigkeit, Pluralismus und der Möglichkeit zur Teilhabe aller Bürger*innen beruht, wider.

Der Internationale Tag der Demokratie sendet eine klare Botschaft: Demokratie ist nicht selbstverständlich und muss aktiv gefördert, verteidigt und weiterentwickelt werden. Die Frage, wie Strukturen und Verhaltensräume geschaffen werden können, die demokratisch sind, stehen dabei im Zentrum. Dies erfordert nicht nur die Aufrechterhaltung und kritische Selbstreflexion freier und fairer politischer Prozesse, sondern auch die Förderung einer demokratischen Verhaltenskultur im Alltag. Schulen, Arbeitsplätze, öffentliche Institutionen und soziale Räume müssen so gestaltet werden, dass sie Partizipation, Transparenz und Inklusion ermöglichen.

Einige der aktuell größten Gefahren für die Demokratie sind neben Kriegen und geopolitischen Wirtschaftsinteressen besonders Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Klassismus und Queerfeindlichkeit. Diese antidemokratischen Ideologien, antimenschlichen Haltungen, Denk- und Verhaltensmuster zielen darauf ab, Menschen aufgrund der Zuschreibung zu ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, sozialen Herkunft oder Behinderung systematisch zu diskriminieren und auszugrenzen. Sie widersprechen den Grundprinzipien der Demokratie, die auf Gleichheit, Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenwürde basieren. Sie verstoßen gegen Artikel 3 des Grundgesetzes, der Gleichwertigkeit.

Antidemokratische Haltungen und Handlungen untergraben die zentralen Werte der Gleichheit und Würde, die für das Funktionieren einer demokratischen Ordnung unerlässlich sind. In einer demokratischen Gesellschaft muss es daher das Ziel sein, jegliche Form von Unterdrückung und Diskriminierung konsequent zu bekämpfen. Dies bedeutet, nicht nur gesetzliche Maßnahmen gegen Diskriminierung zu etablieren, sondern auch die Förderung eines Bewusstseins, Pluralität und Gerechtigkeit als Grundpfeiler demokratischen Zusammenlebens anzuerkennen.

Wichtig ist, die Intersektionalität dieser Formen der Diskriminierung anzuerkennen. Unterdrückungsmechanismen sind oft miteinander verflochten. Menschen können aufgrund ihrer Identitäten gleichzeitig diskriminiert werden. Diese Verwobenheit von Unterdrückung und Diskriminierung macht es erforderlich, demokratische Räume zu entwickeln, die nicht nur eine Form der Diskriminierung ansprechen, sondern alle Formen von Benachteiligung berücksichtigen. Der Kampf gegen diskriminierende Strukturen ist entscheidend, um eine inklusive und gerechte Gesellschaft zu gewährleisten. Eine demokratische Gesellschaft muss sich aktiv für die Gleichstellung aller Menschen einsetzen und dabei ihre Pluralität sowie das Recht auf Selbstbestimmung jedes Einzelnen respektieren. So können demokratische Strukturen und Verhaltensräume geschaffen werden, die tatsächlich allen Menschen gleiche Chancen und Rechte garantieren. Hierzu bedarf es zwischen Politik und Bürger*innen transparente Kommunikation, eine medienkritische und bewusste Haltung sowie das Bestreben, demokratische Werte mit den Bürger*innen aktiv zu gestalten. Demokratie fördert ein Bewusstsein für Konfliktfähigkeit, Fehlerfreundlichkeit, Wertschätzung und diskriminierungssensiblen Umgang.

Der Internationale Tag der Demokratie erinnert uns daran, dass die Verteidigung der Demokratie eine kontinuierliche Aufgabe einer Gesellschaft ist und mit gesellschaftlicher Verantwortung einhergeht.

16. September

Todestag von Jina Mahsa Amini

Die folgenden Interviewauszüge sind Teil der CPPD-Gesprächreihe „Gegenwart erinnern“. Das vollständige Video zwischen der Ärztin und Journalistin Gilda Sahebi sowie der Kultur- und Religionswissenschaftlerin Hannan Salamat steht unter folgendem Link zur Verfügung: cppdnetwork.com/projekt/gespraechsreihe-gegenwart-erinnern/

Hannan Salamat: Am 13. September 2022 wurde die 22-jährige Jina Mahsa Amini in Teheran festgenommen. Am 16. September ist die junge Frau gestorben. Was kannst du uns zum Kontext dieser Ereignisse sagen?

Gilda Sahebi: Zum Kontext kann man natürlich sehr viel sagen. Jina Amini wurde am 13. September von der sogenannten Sittenpolizei in Teheran festgenommen. Diese Polizei gibt es seit 2005, und davor wurden die Sitten auch schon sehr gewaltsam kontrolliert. Die Polizei ist dafür da, um die islamische Kleiderordnung im ganzen Land durchzusetzen. Diese Polizei hat Jina Amini verhaftet. Auf jeden Fall ist Jina Amini geschlagen und misshandelt worden, sie ist auf der Polizeistation ins Koma gefallen und drei Tage später an den Folgen dieser Verletzungen und Misshandlung gestorben.

Es ist eigentlich egal, wie sie das Kopftuch trug oder nicht: Die Sittenpolizei und diese gesamten Regeln sind willkürlich. Es herrscht eine absolute Willkür im Staat und Frauen werden strukturell kriminalisiert. In dem Moment, in dem man als Frau vor die Tür geht, ist man eigentlich eine potenzielle Kriminelle – egal, wie man sich kleidet.

2022

Das Kopftuch im Iran steht eben für die systematische Unterdrückung von Frauen. Die Gewalt und die Wut auf die Sittenpolizei ist in den letzten Jahren stärker geworden, weil die Sittenpolizei immer gewalt-samer agiert: Menschen verhaftet, Frauen verhaftet, misshandelt, ins Gefängnis bringt. Zwei Monate bevor Jina Amini ermordet wurde, wurde Sepideh Rashno festgenommen, weil sie kein Kopftuch getragen hat. Sie wurde gefoltert, misshandelt und gezwungen, mit offensichtlichen Foltermerkmalen im Gesicht im Staatsfernsehen aufzutreten und sich zu entschuldigen. Ereignisse dieser Art haben sich sehr gehäuft. In diesem Sinne war Jina Amini nicht der alleinige Auslöser für die Proteste, aber ein wichtiger, unter anderem, weil sie Kurdin und Sunnitin war. Am 17. September wurde sie beerdigt. Daraufhin haben die Proteste angefangen. Die Frauen haben in Massen ihre Kopftücher abgenommen, sie haben „Jin Jiyan Azadî“ („Frau, Leben, Freiheit“) gerufen und protestiert. Der zivile Protest hat in Kurdistan eine lange Tradition und war auch deswegen unglaublich mächtig. Das hat sich auf das ganze Land ausgeweitet.

HS Wir sind hier an einem Gedenkort – wir sitzen vor einer schwarzen Maulbeere, die in Andenken an Jina Amini gepflanzt worden ist. Seit ihrem Tod ist nun ein Jahr vergangen und in der Bericht-erstattung sehen wir schon sehr viel weniger über den Iran. Ich finde es spannend, wie dieses Gedenken jetzt weitergeht. Was sind für dich gute Formen des Erinnerns in diesem Kontext?

GS Zunächst ist es grundsätzlich wichtig, herauszustellen, wie wichtig Erinnern ist. Im Iran wird das Erinnern vom Staat perma-nent, rigoros und gewalttätig verboten. Es werden sogar Gräber von Menschen geschändet, die während der Proteste ermordet wurden. Auch Jina Aminis Grab wurde schon mehrmals geschändet. Wenn Eltern im Andenken an ihr getötetes Kind am Geburtstag draußen an der Hauswand Bilder aufhängen, wird alles abgeräumt. Alle Bereiche, in denen es ums Erinnern geht, werden von diesem Staat völlig aus-radiert. Das betrifft übrigens auch Erinnerungen an die Geschichte des Landes. Man darf nicht an die Geschichte des Landes vor 1979 erinnern. Der Staat will die Erinnerung auslöschen und daran sieht man, wie wichtig sie ist – für das Individuum und für die Gesellschaft.

16. September

Man sieht das auch in Deutschland. Die offiziellen Mahn- und Denkmale zu haben, ist gut, aber sie reichen überhaupt nicht. Wir leben jetzt drei, vier Generationen nach der Shoah, und man sieht, wie schnell vergessen wird. Ein Großteil der Deutschen möchte einen Schlussstrich ziehen, unabhängig von der Anzahl unserer Mahnmäler. Sie sind wichtig, aber sie ersetzen nicht die Arbeit, die in der Gesellschaft gemacht werden muss. Diese Chance hat Deutschland verpasst, und daran leiden gerade viele Menschen in diesem Land. Es wird noch sehr schief gehen, weil in den letzten Jahrzehnten nichts verändert wurde.

Wie soll das aussehen? Ich weiß es nicht. Es kann natürlich Denkmale geben, es kann alle möglichen physischen Formen des Gedenkens geben. Es ist vor allem auch für einzelne Menschen besonders wichtig, dass sie an ein Grab gehen können, dass sie Bücher haben, in die sie schreiben. Aber ich glaube, dass vor allem das politische und das kulturelle Gedenken wichtig ist. Dazu gehört auch die Berichterstattung, Schulbücher, der Buchmarkt, unsere Debattenkultur. Welche Worte benutzen wir, wie viel Menschenverachtung liegt in unserer Sprache? Das ist auch alles Erinnern, weil wir das ja nicht aus einem Vakuum, sondern aus der Geschichte heraus machen.

Es ist sehr, sehr schwierig, die Geschichte zu verleugnen. Dass im Iran vor 1979 ebenfalls viel geschehen ist, ist Teil der Geschichte, und wenn man das wegdrückt, ist es unmöglich in der Zukunft zu wachsen. Genau so ist es ja auch im eigenen Leben. Wenn ich sage, meine Geschichte fängt jetzt–heute–an, dann kann ich all das, was in den letzten Jahren geschehen ist, nicht nutzen. Das ist dann weg und das wollen wir nicht. Weil wir sowohl an dem Schmerz als auch an der Freude, die wir hatten, wachsen. Deswegen ist das Erinnern für mich etwas viel, viel Größeres als nur physisches Handeln. Es muss in allen Teilen der Gesellschaft gegenwärtig sein und ich glaube, dass das oft noch nicht verstanden wird. In Bezug auf den Iran sind es die Menschen dort, die entscheiden müssen, wie ihr Erinnern aussieht. Gerade werden die Menschen von einem Staat regiert, der das Erinnern auslöschen will, genau aus den eben genannten Gründen. Denn Erinnern heißt wachsen, und Erinnern führt zu Mitgefühl und zu Liebe, und das will dieser Staat nicht.

Weltkindertag

Dan Thy Nguyen

Der Kindertag ist ein internationaler Gedenktag, der ins Leben gerufen wurde, um das Bewusstsein für die Rechte und das Wohl von Kindern weltweit zu schärfen. Seit seiner Einführung durch die Vereinten Nationen im Jahr 1954 wird der Kindertag in vielen Ländern an unterschiedlichen Tagen gefeiert. Sein primäres Ziel ist es, die internationale Gemeinschaft daran zu erinnern, dass Kinder eine besonders schutzbedürftige Gruppe sind, die spezifische Rechte besitzt, die es zu wahren gilt. Dieser Tag dient nicht nur der Sensibilisierung, sondern auch der Förderung von Maßnahmen, die darauf abzielen, die Lebensbedingungen von Kindern zu verbessern. Dennoch bleibt der Kindertag trotz seiner symbolischen Bedeutung in vielerlei Hinsicht begrenzt, da Kinderrechte auf internationaler Ebene kein bindendes Recht darstellen.

Historische Entwicklung

Das heutige Eintreten für Kinderrechte ist das Ergebnis tiefgreifender sozialer und politischer Entwicklungen des 19. Jahrhunderts. Diese historischen Wurzeln umfassen eine Vielzahl von Reformbewegungen und Initiativen, die das Bewusstsein für die Rechte und das Wohlergehen von Kindern maßgeblich prägten. Während der industriellen Revolution war die Ausbeutung von Kinderarbeit ein weit verbreitetes Problem. Kinder wurden oft unter gefährlichen und gesundheitsschädlichen Bedingungen in Fabriken, Minen und anderen Industrien eingesetzt. Diese unmenschlichen Zustände riefen schließlich gesellschaftliche und politische Reformen hervor, die zu den ersten Gesetzen zur Regulierung der Kinderarbeit führten. Ein bedeutendes

20. September

Beispiel ist der Factory Act von 1833 in Großbritannien, der den Einsatz von Kindern in Fabriken einschränkte und grundlegende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen einleitete. Diese Reformen legten den Grundstein für den späteren Schutz von Kindern vor wirtschaftlicher Ausbeutung.

Parallel dazu wuchs im 19. Jahrhundert die Überzeugung, dass Bildung ein fundamentales Recht für alle Kinder sein sollte. Diese Erkenntnis führte zur Einführung obligatorischer Schulgesetze, die Kindern den Zugang zu Bildung ermöglichten und eine lebenswerte Alternative zur harten Arbeit boten. Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, wie sie beispielsweise 1763 in Preußen begann und im 19. Jahrhundert in vielen Ländern übernommen wurde, war ein wichtiger Schritt zur Förderung der Chancengleichheit und zur Anerkennung der Bildung als grundlegendes Kinderrecht. In dieser Zeit engagierten sich auch zahlreiche philanthropische Organisationen und Einzelpersonen für das Wohl von Kindern, insbesondere für jene, die unter Armut und Vernachlässigung litten.

Im späten 19. Jahrhundert entstand zudem die systematische Kinderschutzbewegung, besonders in den Vereinigten Staaten und Europa. Diese Bewegung setzte sich dafür ein, gesetzliche Maßnahmen zum Schutz von Kindern vor Missbrauch und Vernachlässigung zu etablieren. Ein Meilenstein war die Gründung der New York Society for the Prevention of Cruelty to Children (NYSPCC) im Jahr 1875, die als erste Organisation dieser Art den Schutz von Kindern in den Vordergrund stellte und somit den Weg für weitere rechtliche und soziale Schutzmechanismen ebnete.

Auch die Frauenrechtsbewegungen spielten eine bedeutende Rolle im Kampf für Kinderrechte. Viele frühe Feministinnen erkannten, dass die Verbesserung der Rechte von Frauen eng mit dem Wohlergehen von Kindern verknüpft war. Organisationen wie die 1899 in den USA gegründete National Consumers League (NCL) kämpften nicht nur gegen ausbeuterische Arbeitspraktiken, sondern setzten sich auch für bessere Lebensbedingungen für Mütter und Kinder ein.

Der erste nationale Kindertag

Vor diesem Hintergrund entstand der erste nationale Kindertag nicht isoliert, sondern auf einer breiten Grundlage von Reformbewegungen und gesellschaftlichen Entwicklungen. So erklärte die türkische Regierung schon 1920 den 23. April zum „Tag des Kindes“ (türkisch: „Ulusal Egemenlik ve Çocuk Bayramı“) – lange vor den internationalen Initiativen. Dieser Tag wurde ins Leben gerufen, um die Bedeutung der Kinder für die Zukunft des Landes zu betonen und fällt mit dem Jahrestag der Gründung des türkischen Parlaments zusammen. Der „Tag des Kindes“ symbolisiert sowohl die nationale Souveränität als auch die zentrale Rolle der Kinder als zukünftige Träger dieser Souveränität. Bis heute wird dieser Tag in der Türkei feierlich begangen, wobei Kinder aktiv an den Feierlichkeiten teilnehmen und symbolisch die Rollen von Regierungsvertreter*innen übernehmen, um die Bedeutung der nächsten Generation für die Nation zu unterstreichen. Dieser frühe Fokus auf Kinderrechte in der Türkei inspirierte später andere Länder und trug wesentlich zur Etablierung des Kindertags als globales Phänomen bei.

Die Genfer Erklärung

Aufgerüttelt durch das massenhafte Elend von Geflüchtetenkindern, insbesondere in Mitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg, gründete die englische Grundschullehrerin Eglantyne Jebb das britische Komitee „Save the Children“. Diese Organisation setzte sich für die Rechte und das Wohl der Kinder ein, die durch die Kriegswirren in Armut und Not geraten waren. Überzeugt von der Notwendigkeit, auf internationaler Ebene für die Interessen des Kindes einzutreten, entwarf Jebb ein Fünf-Punkte-Programm, das sie 1923 an den Völkerbund in Genf sandte. Diese Charta, die als „Genfer Erklärung“ bekannt wurde, stellte einen revolutionären Schritt dar, indem sie die Rechte von Kindern zum ersten Mal explizit in den Mittelpunkt der internationalen Politik rückte. Am 24. September 1924 wurde diese Erklärung von der Generalversammlung des Völkerbundes verabschiedet und bildete damit den Grundstein für die spätere Entwicklung internationaler Kinderrechtskonventionen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gründung der Vereinten Nationen (UNO) nahm die Fokussierung auf allgemeine Kinderrechte wieder an Bedeutung zu. Die Gründung der UNO am 26. Juni 1945

20. September

markierte einen entscheidenden Wendepunkt in den globalen Bemühungen um den Schutz der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Kindern. Mit der Gründung der UNO und der darauf folgenden Auflösung des Völkerbundes im Jahr 1946 verlor die Genfer Erklärung jedoch ihre völkerrechtliche Grundlage, da sie von den Vereinten Nationen zunächst nicht übernommen wurde. Dennoch blieben die Prinzipien der Erklärung im Bewusstsein der internationalen Gemeinschaft präsent und bildeten eine wichtige Grundlage für spätere Entwicklungen im Bereich des Kinderschutzes.

Der Kalte Krieg

In der Zeit des aufkeimenden Kalten Krieges und der daraus resultierenden Blockbildung entwickelten sich unterschiedliche Prozesse zur Etablierung von Kindertagen, die die politischen und ideologischen Differenzen zwischen den beiden Lagern widerspiegelten. Im sozialistischen Block wurde der Internationale Kindertag 1949 auf Initiative des 2. Weltkongress der Internationalen Demokratischen Frauenföderation am 1. Juni etabliert. Bereits im Jahr 1950 wurde dieser Tag in vielen sozialistischen Ländern begangen. Der Internationale Kindertag wurde in den sozialistischen Staaten als „Kampftag für die glückliche und friedliche Zukunft aller Kinder“ verstanden und diente nicht nur dem Schutz von Kindern, sondern auch der politischen Mobilisierung und der Betonung sozialistischer Ideale.

Im Block des sogenannten „politischen Westens“ hingegen wurde am 21. September 1954 der Weltkindertag von der 9. Vollversammlung der Vereinten Nationen empfohlen. Dieser Tag sollte den Einsatz für die Rechte der Kinder sowie die Freundschaft unter den Kindern und Jugendlichen weltweit fördern. Zudem wurden die Regierungen dazu aufgerufen, sich einmal im Jahr öffentlich zur Unterstützung der Arbeit des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen UNICEF zu verpflichten. Die Wahl des genauen Datums und die Art der Feierlichkeiten wurden den UN-Mitgliedsstaaten freigestellt, was zu einer Vielfalt von Ansätzen führte. Während der Internationale Kindertag im sozialistischen Block fest verankert war, entwickelte sich der Weltkindertag in den westlichen Ländern flexibler und weniger politisch aufgeladen.

Trotz der unterschiedlichen Ansätze und ideologischen Hintergründe in den beiden Blöcken trugen beide Traditionen maßgeblich dazu bei, das Bewusstsein für die Rechte und das Wohl von Kindern weltweit zu schärfen. Doch erst 1989 wurde das „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ von der UN-Generalversammlung völkerrechtlich verbindlich verabschiedet. Es ist damit eine verhältnismäßig junge Konvention.

Die Besonderheit des Kindertages in Deutschland

Eine besondere Eigenheit des Kindertages in Deutschland ist die Tatsache, dass er an zwei verschiedenen Daten gefeiert wird: am 1. Juni und am 20. September. Diese doppelte Feierlichkeit spiegelt die historische Teilung Deutschlands während des Kalten Krieges wider und verdeutlicht zugleich, dass trotz einer gemeinsamen Gegenwart die historischen Unterschiede nachwirken und sich in kulturellen Praktiken manifestieren. In der DDR wurde der Internationale Kindertag am 1. Juni eingeführt und war stark politisch geprägt. Er diente dazu, das sozialistische Engagement für die Kinder und die Zukunft des Landes zu demonstrieren und war ein wichtiger staatspolitischer Bestandteil, der die Bedeutung der Kinder für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft betonte.

Im Gegensatz dazu feierte die Bundesrepublik Deutschland den Weltkindertag am 20. September. Dieser Tag, der in Westdeutschland eingeführt wurde, hatte einen stärker sozial geprägten Charakter. Der Weltkindertag betonte die universellen Kinderrechte und stellte das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt der Gesellschaft, unabhängig von politischen Ideologien.

Nach dem Mauerfall wurden beide Termine beibehalten. Während der 1. Juni insbesondere in den neuen Bundesländern weiterhin eine große Bedeutung hat, wird der 20. September als offizieller Weltkindertag in ganz Deutschland gefeiert.

Postkoloniale Kritik

Die postkoloniale und internationale Kritik an Kinderrechten beleuchtet die Herausforderungen und Spannungen, die mit der universellen Anwendung des Weltkindertages verbunden sind. Von postkolonialen Kritiker*innen wird darauf hingewiesen, dass die

20. September

zugrunde liegenden Konzepte oft stark von westlichen Vorstellungen geprägt sind, die nicht immer die kulturellen und sozialen Realitäten in anderen Teilen der Welt widerspiegeln.

In vielen nicht-„westlich“ geprägten Gesellschaften existieren unterschiedliche Auffassungen von Kindheit, Familie und Gemeinschaft, die von den „westlichen“ Modellen, die dem Weltkindertag zugrunde liegen, abweichen. Die universelle Anwendung der Kinderrechte, wie sie am Weltkindertag propagiert werden, kann daher lokale Traditionen und Normen übergehen und stattdessen „westliche“ Werte in den Vordergrund stellen. Dies führt zu Spannungen, wenn hegemonial gewordene, internationale „Standards“ auf andere Gesellschaften übertragen werden. In diesem Kontext neigt der Weltkindertag auch dazu, eine westlich geprägte Sichtweise von Kindheit zu fördern, die auf Schutzbedürftigkeit und Abhängigkeit basiert und Kinder homogenisiert. In vielen Kulturen übernehmen Kinder jedoch frühzeitig Verantwortung innerhalb der Familie und Gemeinschaft, was nicht immer ausreichend berücksichtigt wird.

Darüber hinaus wird die Rolle des Weltkindertages im Kontext globaler Machtverhältnisse kritisiert. Die Durchsetzung und Überwachung von Kinderrechten, wie sie am Weltkindertag thematisiert werden, erfolgt oft durch internationale Organisationen und Akteure aus dem Globalen Norden. Diese Organisationen definieren häufig die „richtige“ Art und Weise, wie Kinder geschützt und erzogen werden sollen, was als Fortsetzung neokolonialer Dynamiken gesehen wird. Länder des Globalen Südens werden in diesem Prozess oft als Empfänger von „Hilfe“ betrachtet und somit ein „top-down“-Ansatz perpetuiert, der lokale Akteure und Gemeinschaften nicht ausreichend in die Entscheidungsprozesse einbezieht.

Die postkoloniale Kritik fordert daher eine reflexivere und inklusivere Herangehensweise an den Weltkindertag, die Machtverhältnisse und kulturelle Unterschiede anerkennt und respektiert.

Fazit

Der Kindertag ist ein internationaler Gedenktag, der das Bewusstsein für die Rechte und das Wohl von Kindern weltweit schärfen soll. Obwohl internationale Abkommen wie die

UN-Kinderrechtskonvention von vielen Staaten ratifiziert wurden, obliegt die tatsächliche Umsetzung und Durchsetzung dieser Rechte weitgehend den einzelnen Ländern. Dies führt zu erheblichen Unterschieden in der Handhabung von Kinderrechten weltweit, die stark von den politischen und sozialen Bedingungen der jeweiligen Staaten abhängen. In vielen Ländern sind die Kinderrechte eher ein idealistisches Ziel als eine rechtlich durchsetzbare Realität. Dadurch werden allgemeine Kinderrechte auf politischer und legislativer Ebene, und damit der Schutz und die Förderung unserer nächsten Generationen leider oft nur als sekundär betrachtet. Ihre tatsächliche Umsetzung und Priorisierung bleibt in vielen Ländern hinter anderen politischen Agenden zurück. Die Leidtragenden sind letztlich die Kinder selbst, deren Bedürfnisse und Rechte von Erwachsenen, die einst selbst Kinder waren, nicht die gebotene Aufmerksamkeit erfahren. Der Kindertag bleibt daher ein symbolisch wichtiger, aber nicht rechtlich verbindlicher Anlass, um die Rechte von Kindern in den Fokus der internationalen Gemeinschaft zu rücken. In diesem Prozess stehen wir als Weltgesellschaft aber erst am Anfang.

Literaturhinweise

Cohn, Ilene, and Guy S. Goodwin-Gill. *Child Soldiers: The Role of Children in Armed Conflicts*. Clarendon Press, 1994.

Woodhouse, Barbara Bennett. *Hidden in Plain Sight: The Tragedy of Children's Rights from Ben Franklin to Lionel Tate*. Princeton University Press, 2008.

Marshall, Dominic, and David M. Smolin. *Children's Rights: A Philosophical Study*. Cambridge University Press, 2015.

Freeman, Michael. *The Moral Status of Children: Essays on the Rights of the Child*. Springer, 1997.

Reynaert, Didier, et al. *A Critical Approach to Children's Rights*. Springer, 2012.

Hanson, Karl. *Globalisation, Global Justice and Social Rights: The Case of Children's Rights*. Elgar Publishing, 2013.

Quennerstedt, Ann. *Education and Children's Rights: Introduction to the Issue*. Routledge, 2010.

17. – 23. September

Abschiebung der im Pogrom von Hoyerswerda angegriffenen Vertrags- arbeiter*innen

Darija Davidović

Plurales und antifaschistisches Gedenken bedeutet unter anderem, rassistische Gewalttaten wie jene, die sich zwischen dem 17. und 23. September 1991 in Hoyerswerda zugetragen haben, nicht zu vergessen. Vor allem die Erinnerung an den Widerstand der Betroffenen selbst, die sich gegen die neonazistischen Angriffe verteidigten, aber auch Erinnerungen an den antifaschistischen Widerstand jener Aktivist*innen, die sich den Neonazis in den Weg stellten, sollten konserviert und als Orientierungspunkte gegenwärtiger und zukünftiger Handlungen herangezogen werden. Vor dem Hintergrund gegenwärtiger Migrations- und Flüchtlingspolitik, der starken AfD in Sachsen sowie Rassismus und Antisemitismus bei der Polizei muss dem Erinnern und Gedenken an die rassistischen Pogrome in Hoyerswerda dringend ein Platz in der offiziellen Erinnerungskultur Deutschlands eingeräumt werden. An dieser Stelle sei deswegen daran erinnert, was sich vor 31 Jahren, wenige Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, zugetragen hat.

1991

17. – 23. September

Zwischen dem 17. und 23. September 1991 kam es in der sächsischen Stadt Hoyerswerda zu mehreren rassistischen Angriffen, die als das erste rassistische Pogrom in Deutschland nach 1945 gelten. Nachdem am 17. September eine mindestens siebenköpfige Gruppe Neonazi-Skinheads vietnamesische Händler*innen auf dem Marktplatz angriffen und die Polizei daraufhin einige von ihnen festnahm, zogen kurz darauf rund 40 weitere Neonazi-Skinheads zum Vertragsarbeiter*innenwohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße, in dem die betroffenen Personen Schutz suchten. Mit Steinen und Flaschen wurde das Wohnheim angegriffen, in dem überwiegend Vertragsarbeiter*innen der Lausitzer Braunkohle AG aus Mosambik und Vietnam untergebracht wurden, die Mitte der 1980er Jahre in die DDR gekommen waren.

Da die Polizei erst zwei Stunden später am Wohnheim eintraf, um das Gebäude abzuriegeln, wehrten sich die Bewohner*innen zunächst aus eigener Kraft gegen die Angriffe der Neonazis, indem sie Gegenstände aus den Fenstern warfen und Barrikaden vor dem Wohnheim errichteten. In der Zwischenzeit hatten sich rund 200 Schaulustige vor dem Wohnheim versammelt, die den Neonazis Beifall klatschen und sich mit Steinwürfen an den rassistischen Gewalttaten beteiligten. Weitere Angriffe folgten zwischen dem 18. und 20. September: Das Wohnheim wurde abermals mit Steinen und Molotow-Cocktails angegriffen und die Abschiebung der Bewohner*innen gefordert. Mit Beifall ermutigten indessen einige der Nachbar*innen aus anderen Wohnblöcken sowie Arbeitskolleg*innen der Betroffenen den neonazistischen Mob. Am 20. September wurde das Wohnheim schließlich unter Polizeischutz evakuiert und die Vertragsarbeiter*innen abgeschoben, womit die Forderungen der Neonazis erfüllt wurden.

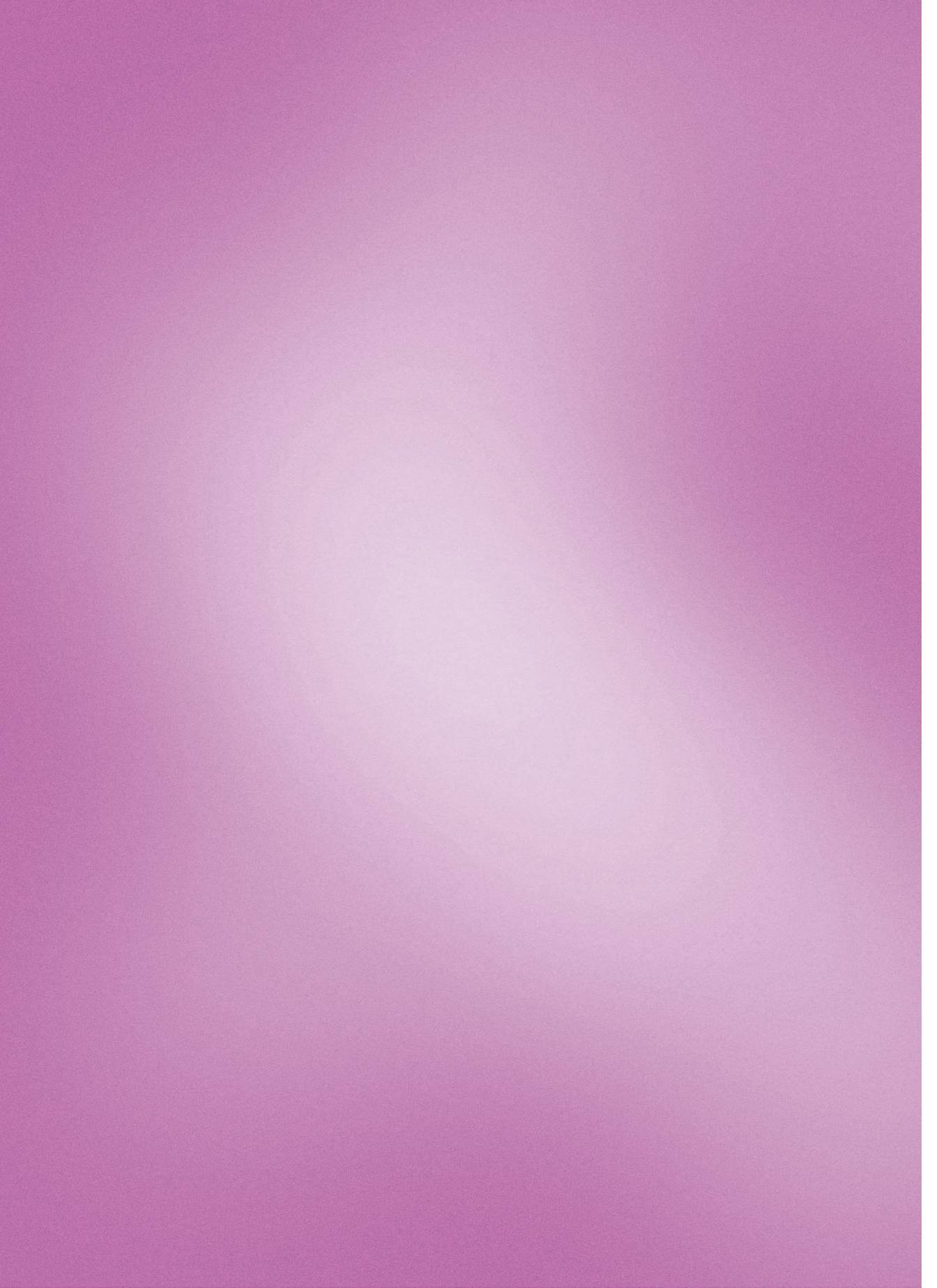
Am 20. und 21. September verlagerten sich die rassistischen Angriffe auf die Flüchtlingsunterkunft in der Thomas-Müntzer-Straße, welche ebenfalls unter Beifall schaulustiger Nachbar*innen und mit Molotow-Cocktails angegriffen wurde. Am 22. September reisten mehrere hundert Antifaschist*innen aus Berlin an, um sich den Neonazis in den Weg zu stellen. Darunter waren neben Mitgliedern von SOS Racisme auch Vertreter*innen jüdischer Gruppen, der Internationalen Liga für Menschenrechte sowie Antifaschist*innen autonomer Gruppen. Am 23. September wurden die Bewohner*innen des Flüchtlingsheims unter

17. – 23. September

Polizeischutz in neue Unterkünfte gebracht. Rund 1000 Menschen versammelten sich bei der Evakuierung des Gebäudes, bewarfen dieses mit Feuerwerkskörpern und die vorbeiziehenden Busse mit Steinen. Einige Neonazis folgten den Bussen gar zu den neuen Unterkünften. Vor der Unterkunft in Schwarzkollm hatte sich bereits vor der Ankunft der Schutzsuchenden eine Menschenmenge versammelt, woraufhin sich die Geflüchteten aus Angst weigerten den Bus zu verlassen. Die Pogrome in Hoyerswerda 1991 markieren den Beginn einer Reihe gewaltsamer rassistischer Angriffe und führten aufgrund der Fahrlässigkeit von Polizei und Justiz zu einer Erstarkung der Neonaziszene. In den darauffolgenden Jahren folgten weitere rassistische Angriffe mit tödlichem Ausgang.

OKTOBER

2. Oktober	Gedenktag der Psychiatrie-Toten	
3. Oktober	Tag der Deutschen Einheit	
3. Oktober	Bootsunglück von Lampedusa	2013
Ab 5. Oktober	Geflüchtetenproteste und Besetzung des Oranienplatzes und der Gerhart-Hauptmann-Schule, Berlin	2012
7. Oktober	Terrorangriff der Hamas auf Israel	2023
9. Oktober	Antisemitischer Anschlag in Halle	2019
24. Oktober	Internationaler Tag der Solidarität mit den vietnamesischen Opfern von Agent Orange	2009
31. Oktober	Das Pogrom in Neu-Delhi	1984



Gedenktag der Psychiatrie-Toten

Andrea Hanna Hünninger

Das Statistische Bundesamt zieht eine bittere Bilanz: Von den rund 500.000 Menschen bundesweit, die durchschnittlich einen Monat in der Psychiatrie waren, sind im Jahr 2023 fast 3.000 dort gestorben. Psychiatrie scheint lebensverkürzend – dort stirbt es sich fünfmal häufiger als außerhalb. Viele Tote kämen zudem gar nicht in den Statistiken vor, weil sie vorzeitig entlassen würden. Die Zahlen sind also schon verharmlosend.

Andererseits haben es psychische Krankheiten an sich, dass die Betroffenen auch körperlich schwächer sind als gesunde Menschen. Die höhere Sterberate läge nicht an der psychiatrischen Behandlung, argumentieren viele Psychiater*innen. Allerdings sei lange Zeit viel zu wenig auf körperliche Probleme der Patient*innen geachtet worden: Haltungsschäden, Kettenrauchen, schlechte Ernährung – das wurde unter „Begleiterscheinung“ abgehakt.

Deshalb wurde der 2. Oktober vom Bundesverband-Psychiatrie-Erfahrener e.V. zum Gedenktag der Psychiatrie-Toten erklärt.

Der Verband der Psychiatrie-Erfahrenen kritisiert besonders den Einsatz von starken Psychopharmaka. Zwar seien die medizinischen Nebenwirkungen – Diabetes, plötzlicher Herztod – in den vergangenen Jahren reduziert worden. Doch beeinflussten diese Medikamente die Persönlichkeit der Patient*innen und führten so indirekt zu einer erhöhten Suizidrate.

2. Oktober

Ein anderes Problem ist zudem Polizeigewalt gegenüber psychisch kranken Menschen. Vor einigen Jahren erschossen Berliner Polizist*innen einen Mann, der in einem Brunnen am Alexanderplatz badete und ein Messer bei sich trug. Der Mann war bereits psychiatrisch bekannt.

Psychopharmaka sind Drogen, argumentieren die einen. Nach dem Motto: Wenn man da zusammengespritzt wird, und vor sich hin dümpelt, ist klar, dass man irgendwann eine Depression bekommt. Und das ist ein wichtiger Punkt, auch wenn es dafür keine Beweise gibt. In den letzten 10 Jahren hat es jedoch allmählich ein Umdenken in den psychiatrischen Anstalten stattgefunden. Patient*innen würden in Entscheidungen eingebunden und Zwangsmedikamentierung finde nur noch in Notfällen statt – wenn die Patient*innen durch ihr Verhalten sich oder andere gefährde. Allerdings gefährde chronische Unterfinanzierung die Versorgung: In 14 psychiatrischen Kliniken allein im Ruhrgebiet sollen 140 Stellen gestrichen werden. Dazu kommen Haushaltskürzungen um rund 5%. Dabei wird gerade in der Psychiatrie Zeit und genügend Personal benötigt, um den Menschen zu helfen.

Dennoch werde willkürlich entschieden, wer gefährlich sei, kritisiert Matthias Seibt, Sprecher des Verbands der Psychiatrie-Erfahrenen. Tatsächlich werden allein in Nordrhein-Westfalen jährlich rund 20.000 Menschen auf der Grundlage des Psychisch-Kranken-Gesetzes zwangseingewiesen – auch dafür muss eine „Selbst- oder Fremdgefährdung“ bestehen. Wer bereits eine gesetzliche Betreuung hat, kann „zum eigenen Wohl“ eine Zwangseinweisung bekommen.

Laut einer Studie der Siegener Universität treffen Zwangseinweisungen besonders alte Menschen, Wohnungslose und Alleinstehende. Das ist vor allem auch ein gesellschaftliches Problem: Wer nervt oder nicht ins System passt, wird eben eingewiesen.

Am 2. Oktober wird also für mehr offene und ambulante Einrichtungen plädiert, damit die Patient*innen den Kontakt zur Außenwelt nicht verlieren. Psychiatrie-Erfahrene haben keine Lobby, mit dem Gedenktag für Psychiatrie-Tote wollen sie das ändern und für mehr Aufmerksamkeit sorgen.

Tag der Deutschen Einheit

Darija Davidović

Anlässlich des diesjährigen Jahrestags der deutschen Wiedervereinigung sprach Frank-Walter Steinmeier davon, dass die ostdeutsche Geschichte stärker Teil der gesamtdeutschen Geschichte werden müsse. Es gehe nach Steinmeier zudem „um das Gefühl, gleichwertig zu sein“ und das nicht nur im materiellen Sinne. Die Einkommensungleichheit zwischen Ost und West scheint mit Blick auf die Feierlichkeiten des 3. Oktober in den vergangenen Jahren ein fortwährendes zentrales Thema zu sein. Hinsichtlich der sozialen Ungleichheit zwischen Ost und West ist das begrüßenswert, da viele darin auch eine der Hauptursachen für die hohe Zustimmung der Alternative für Deutschland (AfD) in den neuen Bundesländern sehen. Abgesehen davon sollte jedoch auch die offizielle deutschen Erinnerungskultur hinsichtlich der Erfolge der AfD in die Verantwortung genommen werden, da blinde Flecken bezüglich der Gewaltgeschichte Deutschlands in den letzten 30 bis 40 Jahre eine Normalisierung der rechtsextremen AfD, die sich kontinuierlich antisemitischen Codes bedient, begünstigen. Eine kritische Revision des Mainstreamnarrativs der deutschen Wiedervereinigung, die migrantische sowie jüdische Erfahrungen in die Erzählung aufnehmen, ist dabei längst im Gange. Allerdings sind diese Perspektiven noch weit davon entfernt, ein bedeutender Teil der offiziellen Erinnerungskultur zu werden.

Die Chronologie der neonazistischen Gewalt, die die migrantische und jüdische Erfahrung der Wiedervereinigung prägte, beginnt zwar bereits vor der deutschen Wiedervereinigung, doch stellen die

3. Oktober

Gewalttaten um den ersten Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung 1991 einen Höhepunkt dar: Bei einem Brandanschlag in Hünxe auf eine Unterkunft für Geflüchtete etwa wurden drei Kinder aus dem Libanon schwer verletzt. In Krefeld wurde ein 47-jähriger Mann türkischer Herkunft auf offener Straße erstochen. Zahlreiche von Migrant*innen bewohnte Unterkünfte wurden im Herbst 1991 angegriffen, allein im Oktober 1991 wurden über 150 Brandanschläge gezählt. Meinungsforschungsumfragen ab 1989, die von den Soziologen Werner Bergmann und Rainer Erb gesammelt und 1991 veröffentlicht wurden, belegen zudem den Fortbestand antisemitischer Ressentiments, negativer Einstellungen gegenüber Jüdinnen*Juden sowie den zunehmenden Wunsch, einen Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit zu ziehen.¹

Laut dem Historiker Janosch Steuer wurden im November 1989, als die Mauer fiel und „die Berliner*innen nach Kreuzberg und Neukölln an die nun offene Mauer strömten und damit durch jene Stadtteile zogen, die sich mit ihrer bisherigen Randlage zu stark migrantisch geprägten Vierteln entwickelt hatten“², die migrantischen und andere Stadtbewohner*innen nach Hause geschickt, „weil diese Feier der Deutschen nicht ihre Party sei“.³

In der Nacht der ersten Feierlichkeiten anlässlich der Wiedervereinigung am 2. und 3. Oktober 1990 kam es zu zahlreichen Gewaltexzessen, bewaffnete Neonazis griffen Migrant*innen, Vertragsarbeiter*innen und Linke an. Die Website „zweiteroktober90“ (<https://zweiteroktober90.de>) dokumentiert über 30 Angriffe in dieser Nacht, bei denen mindestens 1.500 Neonazis beteiligt waren. Auffällig ist dabei unter anderem, dass in vielen Fällen die Polizei erst später einschritt. Es grenzt demnach fast an ein Wunder, dass dabei niemand ums Leben kam.

1 Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989*, Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften 1991.

2 Janosch Steuer, „Deutsche Einheit, deutsche Vielfalt. Auf der Suche nach einer neuen Erzählung für den 3. Oktober“, in *Geschichte der Gegenwart*, 10.10.2021, <https://geschichtedergewegenwart.ch/deutsche-einheit-deutsche-vielfalt-auf-der-suche-nach-einer-neuen-erzaehlung-fuer-den-3-oktober/>, 10.10.2023.

3 Vgl. ebd.

Ferner ist festzuhalten, dass die deutsche Wiedervereinigung auch einen Paradigmenwechsel im Umgang mit dem Nationalsozialismus zur Folge hatte. Laut dem Historiker Frank Stern rückte ab 1991 zunehmend die „kommunistische Gewaltherrschaft“ ins Zentrum öffentlicher Vergangenheitsdiskurse. Dies führte nach Stern zu einer Verschiebung des historischen Bewusstseins hinsichtlich nationalsozialistischer Verbrechen und zu einer Erneuerung des Nationalismus in Deutschland.⁴

Die Feierlichkeiten anlässlich der deutschen Wiedervereinigung sind ein beeindruckendes Beispiel für das Verdrängen spezifischer Aspekte der Vergangenheit innerhalb der deutschen Erinnerungskultur. Indem das Narrativ der „Friedlichen Revolution“ und „Wiedervereinigung“ stets in den Vordergrund offizieller Erinnerungspraktiken gestellt wird, mangelt es an öffentlichkeitswirksamen, kritischen Reflexionen über die Wiedervereinigung. Die Erfahrungen der deutschen Wiedervereinigung von Migrant*innen, Vertragsarbeiter*innen, Geflüchteten, Linken sowie Jüdinnen*Juden müssen daher uneingeschränkt in die deutsche Erinnerungskultur aufgenommen werden, um das historische Bewusstsein für die jüngste Gewaltgeschichte und die Kontinuität antisemitischer Ressentiments zu stärken.

⁴ Vgl. Frank Stern, „Die deutsche Einheit und das Problem des Antisemitismus“, in *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 3/4, 1992, S. 534.

3. Oktober

Bootsunglück von Lampedusa

Anja Fahlenkamp

Am 3. Oktober 2023 jährt sich zum zehnten Mal die Erinnerung an das tragische Bootsunglück vor Lampedusa, das die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft auf das Mittelmeer als Schauplatz von Flucht, Migration und Tod richtete und den hohen Preis, den die Festung Europa einfordert, verdeutlichte.

Am 3. Oktober 2013 geriet vor der Küste der italienischen Insel Lampedusa ein Kutter in Seenot und sank schließlich. An Bord befanden sich etwa 545 Menschen, die aus Somalia und Eritrea geflüchtet waren. Eine größere Zahl von ihnen war auf der Flucht durch Libyen von Milizen und Schleppern gefangen genommen und in ein Internierungslager in Sabha eingesperrt worden, wo sie um Lösegelder erpresst, gefoltert und vergewaltigt worden waren. Anders als andere überlebten sie die Tortur und bestiegen schließlich unter Zahlung hoher Schleppergebühren in der libyschen Hafenstadt Misrata ein Boot in der Hoffnung, nach Europa zu gelangen und hier endlich ein Leben in Sicherheit und Würde leben zu können. Doch das Mittelmeer zeigte sich an diesem Tag grausam, und so verlor die Mehrzahl der Menschen an Bord ihr Leben, als das Boot in Sichtweite der Küste von Lampedusa sank; 366 Körper wurden geborgen und beerdigt. Gegen die Überlebenden leitete die italienische Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren wegen illegaler Einwanderung ein.

2013

Grausam war das Mittelmeer auch einige Tage später, am 11. Oktober 2013, als sich ein weiteres tragisches Bootsunglück ebenfalls vor Lampedusa ereignete. Diesmal war es ein Boot, das von der libyschen Stadt Zuwarah abgelegt hatte und mit etwa 400 Geflüchteten aus Syrien nach Europa unterwegs war. Doch grausamer noch als das Mittelmeer und offenbar unbeeindruckt von dem tragischen Unglück, das sich kaum eine Woche zuvor ereignet hatte, war die italienische Küstenwache: Nachdem Wasser in das Boot eingedrungen war, rief einer der Geflüchteten an Bord mehrmals die italienische Seenotleitstelle an, die jedoch darauf verwies, dass das Boot sich in der maltesischen Seenotrettungszone befinde und man daher nicht verantwortlich sei. Als nach mehreren weiteren verzweifelten Anrufen und Stunden ein maltesisches Patrouillenboot schließlich die Unglücksstelle erreichte, war das Boot bereits gekentert. Weitere Zeit verging, bis schließlich auf maltesische Bitte hin das italienische Kriegsschiff IST Libra, das sich den ganzen Tag ohne einzuschreiten bereits in der Nähe des Unglücks befunden hatte, zur Rettung beordert wurde. In der Zwischenzeit waren bereits über 200 Menschen ertrunken, darunter 60 Kinder. Im Januar 2021 entschied die UN-Menschenrechtskommission OHCHR, dass die Libra früher hätte einschreiten müssen und dass Italien die Familien der Opfer entschädigen solle.

Dass das Mittelmeer einen Schauplatz von Flucht und Erbarmungslosigkeit darstellt, ist keine neue Entwicklung. Nach dem 2. Weltkrieg versuchten Tausende jüdische Holocaustüberlebende, darunter mein Großvater Jacob, mit Booten von den Küsten Südeuropas nach Palästina zu gelangen. 1946 leiteten die Briten die Operation Igloo ein, um jüdische Geflüchtete, die versuchten, unerlaubt in das damalige britische Mandatsgebiet Palästina einzureisen, vor der Küste der Hafenstadt Haifa abzufangen. Die Aufgegriffenen wurden sodann in Internierungslager auf Zypern deportiert. Die Lager waren bald überfüllt waren und es herrschten dramatische humanitäre Zustände. Daraufhin startete die britische Operation Oasis, mit der die Geflüchteten statt nach Zypern wieder auf das europäische Festland zurücktransportiert wurden. Am bekanntesten ist natürlich der Fall des Flüchtlingschiffs Exodus 1947 mit rund 5.000 jüdischen Holocaustüberlebenden an Bord, die gewaltsam an der Schiffseinreise nach Palästina gehindert und von den Briten zynischerweise in ein Internierungslager nach Deutschland verbracht wurden.

3. Oktober

Die Geschichte lehrt uns, dass weder grausame Meere noch hohe Mauern, erbarmungslose Politik oder Berichte über tausende und abertausende Todesopfer Menschen daran hindern können oder werden, aus bedrohlichen Lebenslagen zu fliehen und Zuflucht an sichereren Orten zu finden; nicht zuletzt um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Das fühlte mein Großvater vor 77 Jahren genauso wie die hunderttausenden Menschen, die weiterhin jedes Jahr über das Mittelmeer nach Europa fliehen. Allein dieses Jahr sind auf diese Weise etwa 186.000 Menschen an die europäische Mittelmeerküste gelangt, davon über 130.000 nach Italien, der Rest nach Griechenland, Spanien, Zypern und Malta. Zwischen dem 1. Januar und 24. September dieses Jahres sind offiziell mindestens 2.500 Menschen auf dieser Reise ums Leben gekommen oder wurden vermisst gemeldet; die Dunkelziffer dürfte deutlich höher sein.

Es scheint fast so, als ob Europa sich in den letzten zehn Jahren leider nicht besonders weit bewegt und nicht viel aus den unzähligen Tragödien gelernt hat. Lampedusa bleibt, wie schon vor zehn Jahren, Zielhafen von Flüchtlingsbooten. Die Behörden der Insel, deren Auffanglager aus allen Nähten platzen, versuchen die Geflüchteten an anderen Orten unterzubringen, während die EU-Mitgliedstaaten immer noch darüber streiten, wie Schutzsuchende fair innerhalb der EU zu verteilen wären. Das tragische Bootsunglück am 14. Juni 2023 nur wenige Meilen vor der griechischen Halbinsel Peloponnes mit über 500 Ertrunkenen ist eines der jüngsten, die sich in die lange Reihe von tödlichen Tragödien reihen. Die unzähligen Menschen, deren Körper nicht gefunden wurden, gesellen sich zu den Opfern des Unglücks vor Lampedusa vom 3. Oktober 2013 auf den Meeresgrund – wie viele müssen es noch werden, bevor Europa sich eines Besseren besinnt und dem Sterben im Mittelmeer ein Ende bereitet?

ab 5. Oktober

Geflüchteten- proteste und Besetzung des Oranienplatzes und der Gerhart- Hauptmann- Schule, Berlin

International Women Space*

Der International Women* Space (IWS) wurde von Aktivistinnen im Kontext der Geflüchtetenproteste 2012–2014 und den Besetzungen des Oranienplatzes und der Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg gegründet.

Im Jahr 2012 marschierte eine Gruppe von Asylsuchenden 600 Kilometer von Würzburg, Bayern, nach Berlin und forderte strukturelle Veränderungen im deutschen Asylsystem, wie die Abschaffung der Residenzpflicht sowie der Flüchtlingslager, das Recht zu studieren und zu arbeiten. Der Marsch kam im Oktober 2012 in Berlin an, die Teilnehmenden errichteten ein Protestcamp am Oranienplatz.

2012

ab 5. Oktober

Im Dezember besetzten Aktivistinnen auch die Gerhart-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße, nur wenige Blocks vom Oranienplatz entfernt. Eine Gruppe von Frauen* schuf einen Raum nur für Frauen*, um den Stimmen von Migrant*innen und geflüchteten Frauen*, Gehör zu verschaffen. Von Anfang an konzentrierte sich der IWS darauf, ein Raum für Selbstbestimmung und Selbstorganisation zu sein sowie die Kämpfe von Frauen im Kontext von Migration zu dokumentieren. In den 17 Monaten der Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule interagierten Hunderte von Frauen mit IWS und organisierten sich selbst.

Der Marsch und die Besetzungen erlangten nationale und internationale Aufmerksamkeit und drängten auf Veränderungen im deutschen Asylsystem.

Im April 2014 wurde der Oranienplatz geräumt, nachdem einige Geflüchtete eine Vereinbarung mit dem Berliner Senat unterzeichnet und bei der Zerstörung des Protestcamps geholfen hatten. Die Geflüchtete Aktivistin Napuli Langa leistete Widerstand, indem sie auf einen der Bäume am Oranienplatz kletterte und vier Tage lang gegen die Räumung protestierte. Im Juli 2014 versuchten der Berliner Senat und der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, eine ähnliche Vereinbarung mit den 300 Flüchtlingen zu treffen, die die Schule besetzten. Sie drohten mit der Räumung. Etwa 40 Aktivist*innen, darunter auch Mitglieder des IWS, leisteten Widerstand, indem sie neun Tage lang das Dach des Gebäudes besetzten. Die Nachbarschaft zeigte sich solidarisch. Polizeibeamte aus sechs Bundesländern waren fast 170.000 Stunden lang im Einsatz, was über 5 Millionen Euro kostete und die Aktion zu einer der größten Polizeiaktionen in der Geschichte Kreuzbergs machte. Am Ende wurde eine Einigung erzielt und das Gebäude wurde bis 2018 von einem Dutzend Flüchtlingen weiter genutzt. Der IWS verließ das Gebäude nach der Besetzung des Dachs.

Seit 2015 umfasst die Arbeit des IWS als Gründungsmitglied des Bündnisses internationalistischer Feministinnen – Berlin die Organisation von zwei jährlichen Demonstrationen, am 8. März, dem Frauentag, und am 25. November, dem Tag gegen Gewalt an Frauen. Zudem sind drei Büchern erschienen, „In our own words“, 2015 und „We exist, we are

ab 5. Oktober

here“, 2018 im Selbstverlag und „Als ich nach Deutschland kam“, 2019 im Unrast Verlag. Im Jahr 2022 veröffentlichte der IWS die Video-dokumentationsreihe „Kämpfer*innen“¹ und dutzende Podcasts.

Im Jahr 2022 organisierte der IWS die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Besetzungen mit einer Open-Air-Kunstaussstellung auf dem Oranienplatz unter dem Titel „Oplatz wird 10 – Baustelle Migration“. Der IWS ist weiterhin ein Ort für Frauen*, um Projekte zu entwickeln und sich selbst zu organisieren.

1 <https://kaempferinnen-iwspace.art/>

7. Oktober

Terrorangriff der Hamas auf Israel

Dinah Riese, Gil Shohat & CPPD

Anlässlich des ersten Jahrestages des Terrorangriffs der Hamas auf Israel haben wir mit Dinah Riese, Co-Leiterin des Inlandsressorts der taz, und Gil Shohat, Leiter des Israelbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, gesprochen. Dinah und Gil reflektieren über ihre persönlichen Erfahrungen vom 7. Oktober 2023 und die Zeit danach. Es geht um Themen wie persönliche Trauer, Wut, Empathie und gesellschaftliche Traumata, aber auch um die Frage, wie eine Zukunft für Israelis und Palästinenser*innen gestaltet werden kann und welche Rolle Erinnern an die Gegenwart dabei spielen kann.

CPPD Als Ausgangspunkt möchten wir euch fragen, wie ihr jeweils den 7. Oktober 2023 erlebt habt.

Gil Shohat Ich war am 7. Oktober zu Hause in Tel Aviv und bin erst zwei Tage vorher von einer Reise mit meiner Familie in den Norden Israels zurückgekommen. Eine Verwandte von mir lebt dort in einem Kibbuz kurz vor der Grenze mit Libanon, das mittlerweile seit gut einem Jahr evakuiert ist. Wir haben den Tag, wie so viele Menschen in Israel, zunächst mit dem Erschrecken darüber begonnen, dass es früh morgens Raketenalarm gab. Ich schildere es immer so, dass es eine Situation war, in der die Gegenwart, kaum eingeordnet, immer wieder von den Nachrichten überholt wurde. Einerseits gab es die Berichterstattung im Radio, über die sich entwickelnden Ereignisse.

2023

Dort hieß es zunächst, es gebe Raketenangriffe aus dem Gaza-Streifen. Recht schnell kursierten dann in den sozialen Medien auch Bilder von Hamas-Kämpfern, die innerhalb Israels Ortschaften überfallen und dort Geiseln genommen haben. Dies überholte dann die laufende Berichterstattung im Radio. Wir sind den ganzen Tag nicht aus dem Haus gegangen, es gab mehrmals Alarm in Tel Aviv. Es war eine gespenstische Stimmung in der Stadt. Währenddessen gab es Kämpfe, die im Süden Israels vor sich gingen. Ich habe zwei kleine Kinder. Es war auch nicht einfach, ihnen zu erklären, was da eigentlich gerade passiert. Für uns war schnell klar, dass etwas passierte, was so noch nicht passiert war und dass wir deswegen überlegen müssen, wie wir als Familie weiter verfahren. Am 8. Oktober fiel bei uns die Entscheidung, dass wir Israel zunächst verlassen möchten. Es lief dann wie im Zeitraffer: Packen, Fertigmachen, die Kinder im Schutzraum, den wir zum Glück in unserer Wohnung haben, zu Bett bringen, ihnen erklären müssen, dass wir bald aufbrechen würden – und warum. Dabei hatten wir es noch gut im Vergleich zu vielen anderen, die keinen eigenen Schutzraum haben und immer zum nächsten laufen mussten. Das alles ist noch sehr gegenwärtig. Es ist schwer zu glauben, dass es bald schon ein Jahr her ist.

Dinah Riese Ich war am 7. Oktober in Berlin. Ich war auf ein sehr emotionales Wochenende eingestellt, aber aus ganz anderen Gründen: Der 7. Oktober war ein Samstag und am Freitag haben wir Stolpersteine für meine Familie verlegt. Dementsprechend war Familie zu Besuch, auch Verwandte aus Israel. Ich bin an diesem Morgen aufgewacht und ich habe mitbekommen, dass etwas passiert. Ich habe eine Weile gebraucht, um zu verstehen, dass etwas anderes geschieht als sonst – was an sich schon bizarr ist: zu denken, dass das jetzt etwas anderes ist als der „normale“ Raketenbeschuss. Der Vormittag verging damit, dass wir allesamt die ganze Zeit an unseren Handys waren, mit Bekannten, Familie und Freund*innen geschrieben und versucht haben, herauszufinden, ob sie okay sind. Währenddessen wussten wir noch gar nicht, was genau passiert war. Aber es war klar, dass es furchtbar sein musste. Und so verging dieser Tag. Meine Familie war am Hermannplatz im Hotel untergebracht. Also genau dort, wo am Abend des 7. Oktober Menschen auf der Straße Süßigkeiten verteilten und den Angriff auf Israel feierten. Die Hupkonzerte fanden direkt vor ihrem Fenster statt.

7. Oktober

Wie Gil habe ich auch zwei kleine Kinder. Einerseits waren wir in Schockstarre, andererseits mussten wir uns um die Kinder kümmern, die ja auch nicht wussten, was los ist. Mit der israelischen Familie im Haus hatte ich sowieso das Gefühl, ich müsste ihnen in dieser Situation Freiräume schaffen, weil sie noch viel direkter betroffen sind als ich. Zuerst habe ich mich einfach gekümmert. Darum, dass etwas zu essen auf dem Tisch steht und so weiter. Das hat mehrere Tage angehalten, bis ich dann irgendwann bei der Arbeit einen ziemlichen Nervenzusammenbruch hatte – das war der erste Moment, in dem niemand um mich war, der mich noch dringender brauchte.

CPPD Vielleicht könntet ihr auch die Gedanken der nächsten Tage skizzieren. In Deutschland setzte sehr schnell eine Polarisierung ein, die sich bis heute auf dramatische Art verschärft hat. Innerhalb sozialer Netzwerke, aber auch on the ground – teils auch von Menschen und Gruppen, die in den vergangenen Jahren aktiv im Kontext unserer Arbeit gewesen waren.

DR In den ersten ein, zwei Tagen nach dem 7. Oktober habe ich mit Fassungslosigkeit gesehen, wie manche Menschen dieses Ereignis nahtlos in ihr Narrativ einfügen. Der Begriff „Genozid“ tauchte schon am 8. Oktober auf, bevor der Krieg in Gaza überhaupt begonnen hatte. Dieses Narrativ, das Terror als Widerstand verherrlicht, ist international auf Social Media und auch bei bestimmten Organisationen und Akteur*innen in Deutschland sofort präsent gewesen. Wenn ich fast ein Jahr später darauf zurückblicke, finde ich mich so naiv. Dass ich damals geglaubt habe, ein Terrorangriff, ein Massaker, die Gräueltaten des 7. Oktober müssten alle Menschen einen Moment innehalten lassen.

In meinen Feeds in den sozialen Medien sind viele queerfeministische Accounts, viele antirassistische Accounts. Accounts, deren Inhalte mich sowohl privat als auch bei meiner Arbeit beschäftigen. Es ist nicht neu, dass bestimmte Gruppen zu Demos, zum Beispiel am Jahrestag des Hanau-Anschlags, mit Slogans wie von Hanau bis nach Gaza, Yallah Intifada demonstrieren. Trotzdem dachte ich, dass auch diese Menschen etwas wie den 7. Oktober verurteilen würden und nicht als Widerstand oder als Lektion in Sachen Befreiung feiern.

Ich habe mich geirrt. Ich habe mich darin geirrt, dass es in queer-feministischen Kreisen als unumstößlich gilt, sexualisierte Gewalt zu verurteilen und den Betroffenen, den Frauen, zu glauben. Dass Menschen, die sich in diesen Kreisen bewegen, die massive und systematische sexualisierte Gewalt am 7. Oktober in den Kibbutzim, auf dem Nova Festival und in der Geiselhaft als „zionistische Propaganda“ gelabelt haben – das hat mir buchstäblich den Boden unter den Füßen weggezogen.

GS Wir sind am 9. Oktober nach Berlin ausgereist. Das war für mich sehr emotional. Ausreisen zu müssen, weil ich das damals und auch nachträglich für die richtige Entscheidung halte, vor allem aufgrund meiner familiären Situation. Dennoch fühlte ich mich in Berlin wie in einer surrealen Welt: Mit meinem Kopf und meinem Herzen befand ich mich in Tel Aviv und musste mich erstmal in der neuen Berliner Realität zurechtfinden. Das Wichtigste war mir, auf die Kolleg*innen zu achten, dass es ihnen gut geht und ansprechbar zu bleiben. Dazu sei gesagt, dass unser Team in Tel Aviv ein jüdisch-palästinensisches Team ist. Das heißt, wir haben Mitarbeiter*innen, die am 7. Oktober indirekt betroffen waren, die Freund*innen verloren haben oder Menschen kannten, die Freund*innen verloren haben. Meine palästinensischen Kolleg*innen hingegen, die teilweise auch Familien in Gaza haben, waren in Sorge um ihre dortige Verwandtschaft. Und dafür war es in diesen Tagen sehr wichtig, die unterschiedlichen Bedürfnisse als Leitung abzufragen, zuzuhören und sie zu berücksichtigen. Gleichzeitig gab es eine Dissonanz, die darin bestand, im Kopf und mit dem Herzen in Israel zu sein und geografisch in Berlin. Diese ersten Tage waren also von einer plötzlichen Entwurzelung geprägt: für die Kinder aus ihren Schul- und Kindergartenkontexten und für mich aus dem Arbeitskontext.

Ich habe neun Tage nach dem siebten Oktober einen Beitrag verfasst mit dem Überschrift Humanität bewahren. Darin beschreibe ich einerseits die Erfahrungen, die ich jetzt gerade schildere, und andererseits, was mir zu dem damaligen Zeitpunkt Hoffnung gegeben hat. Und das war die Fähigkeit der Akteur*innen, mit denen wir vor Ort zusammenarbeiten – sowohl jüdische Israelis als auch palästinensische Staatsbürger*innen in Israel – die Fähigkeit, die Trauer und den

7. Oktober

Schmerz auf allen Seiten zu diesem Zeitpunkt zu sehen und die gegenseitige Empathie aufzubringen, die in solchen Zeiten notwendig ist.

Ich stellte mir auch Fragen, wie das alles überhaupt passieren konnte und was es bedeuten könnte, und auch die Frage, was kommt danach? Die Luftangriffe auf den Gazastreifen waren schon sehr intensiv zu diesem Zeitpunkt und gleichzeitig war der unfassbare Schmerz des 7. Oktober noch ganz frisch. Schreiben kann auch Stimmen hervorheben, die keinen Unterschied zwischen dem Leiden der einen oder der anderen Gruppe machen. In meinem Artikel zitiere ich zwei von ihnen und verweise auf die radikale, ungeteilte Humanität. Vom „Strudel der gegenseitigen Dehumanisierung“ habe ich geschrieben. Aber auch, dass es Hoffnung gibt. Wenn ich den Artikel von damals jetzt noch einmal lese, stehe ich immer noch hinter jedem Wort. Es war der Versuch, das Geschehen selbst irgendwie in Worte zu fassen, zu lokalisieren. Auch als Methode, die Hoffnung zu bewahren und nach vorne zu schauen. Es waren mit die intensivsten Tage, an die ich mich erinnern kann. Das waren verrückte Tage, verrückte Wochen, die immer noch nicht vorbei sind.

DR Ich finde es interessant, was du sagst, Gil. Im letzten Jahr habe ich viele berührende Texte von unterschiedlichen Autor*innen gelesen. Und obwohl Schreiben mein Hauptberuf ist, habe ich nicht einen einzigen Text zustande gebracht. Mir haben einfach die Worte gefehlt. Ich schreibe jetzt, zum ersten Jahrestag, den ersten Text über den 7. Oktober. Früher konnte ich es nicht. In diesen ersten Tagen war ich schlicht nicht arbeitsfähig. Ich musste mir erstmal ein paar Tage frei nehmen. Es war für mich völlig unmöglich, mich professionell mit dem zu beschäftigen, was gerade passiert. Andere Kolleg*innen haben es genau anders gemacht und haben sich intensiv ins Arbeiten rund um den 7. Oktober und seine Folgen gestürzt. Menschen haben unterschiedliche Bewältigungsstrategien. Meine Entscheidung damals war: Ich habe eine Familie zu Hause, um die ich mich kümmern muss, dafür brauche ich meine ganze Energie.

CPPD Wir würden gern Eure Gedanken zu einem Aspekt der Trauer- und Verarbeitungsarbeit hören, der in den ersten Tagen kaum Beachtung fand und weiterhin weitgehend vernachlässigt wird: der Umgang mit den Geiseln, die am 7. Oktober genommen wurden.

Dinah, du hast bereits die schreckliche Gewalt gegen Frauen in diesem Zusammenhang erwähnt. Es scheint, als seien die Geiselnahmen in Deutschland sehr schnell in den Hintergrund des Nachdenkens und des Diskurses gerückt. Im Rahmen der Erinnerung an den 7. Oktober könnte das anders sein.

GS Ich erinnere mich an die drei Monate, in denen wir in Deutschland waren. Da hatte ich den Eindruck, dass die Geiselfrage durchaus präsent war. In Berlin gab es Orte, an denen Poster der Geiseln aufgehängt wurden. Für mich war es ständig präsent, weil ich mich ja gezwungenermaßen beruflich mit israelischen Medien beschäftigt habe und mit unseren mitarbeitenden Partnern im Kontakt war. Ich kann gar nicht mehr richtig sagen, ob die Geiselnahme für mich weniger oder mehr präsent war, als sie es in Israel gewesen wäre. Mit dem Kopf war ich diese drei Monate sowieso vorrangig hier in Tel Aviv. Die Orte sind miteinander verschwommen. In Israel ist die Geiselfrage omnipräsent. Es gibt fast keine Werbepause im öffentlich-rechtlichen Radio, in der keine Stimme von Angehörigen der Geiseln zu hören ist. Und es gibt immer noch über 100 Geiseln, von denen wir nicht wissen, ob sie überhaupt noch am Leben sind.

Gleichzeitig erfahren die Geiseln auf politischer Ebene wenig Rücksicht. Das sehen wir schon daran, dass sie noch nicht frei sind. Dementsprechend gibt es eine Dissonanz. Ich habe den Eindruck, dass in der hiesigen Debatte einerseits in Dauerschleife die Erinnerung an die Tatsache, dass es Geiseln gibt, wachgehalten wird, aber sie sich andererseits nicht unbedingt in einen aktiven Einsatz zu ihrer Befreiung übersetzt. Diese Dissonanz zwischen der dauernden Präsenz der Geiseln, im Straßenbild oder im Fernsehen, im Rundfunk, in Gesprächen, auf Demonstrationen auf der einen Seite und dem gleichzeitig offensichtlich Nichthandeln der Regierung im Sinne ihrer Befreiung auf der anderen Seite, lässt mich fragen, inwieweit diese Dauerpräsenz überhaupt dazu führt, dass sich Menschen für die Befreiung der Geiseln einsetzen. Ich habe den Eindruck, dass vieles von der Rhetorik, die sich um die israelischen Geiseln dreht, zu einer Passivität in der Gesellschaft führt. Das hat sich in den letzten Monaten allerdings verändert. Die Proteste sind wieder stark angewachsen. Aber diese Dissonanz, wie sie zustande kommt und was dahinter liegt, treibt mich um.

7. Oktober

CPPD Die anfängliche Sichtbarkeit von Plakaten, die auf die Geiselnahmen aufmerksam machten, wurde schnell durch deren Entfernung oder Beschmieren zerstört. Auch das führte dazu, dass die Forderung nach Geiselnbefreiung im deutschen Diskurs rasch verdrängt wurde, was die menschliche Dimension des 7. Oktober und des Krieges in den Hintergrund rückte.

DR Gil, du hast ja am Ende noch gesagt, dass wir in Israel die größten Proteste auf den Straßen sehen, die es im Land jemals gab. Es sind gerade die Familien der Geiseln und ihre Unterstützer*innenkreise seit einem Jahr unglaublich aktiv im Land wie auch international. Dass sich dieses zivilgesellschaftliche Handeln und Erinnern nicht in Politik umsetzt in diesem Land mit dieser Regierung, ist das große Drama, aber leider wenig überraschend.

Jedes Mal, wenn ich ein Video etwa von den Eltern von Hersh sehe, denke ich: Was sind das für Menschen? Was für unglaubliche Menschen, diese Kraft und auch diese Größe. Sie schaffen es auf eine beeindruckende Art und Weise, eine humanistische Botschaft zu senden, die offensichtlich vielen Menschen fehlt. Leid als Leid zu benennen und als etwas, das nicht nur auf einer Seite stattfinden kann, falls man überhaupt von „Seiten“ sprechen möchte, sondern zu erkennen, dass in dieser Welt genug Leid für alle da ist.

Das bringt mich zu der deutschen Debatte. Ich lese gerade „Gleichzeit“ von Sasha Marianna Salzmann und Ofer Waldmann. Darin haben sie einen Begriff für das geprägt, was wir in diesem Gespräch hier gerade immer so lang ausführen: Am und Seit. Um zusammenzufassen, dass wir ja weder ausschließlich über den 7. Oktober sprechen noch ausschließlich über den darauffolgenden Krieg in Gaza.

Was mich beschäftigt, ist das Ausmaß nicht nur fehlender Solidarität oder fehlender Empathie, sondern aktiver Entsolidarisierung in verschiedene Richtungen. Nachdem am 1. September sechs Geiseln tot geborgen wurden, hat jemand hier in Deutschland ihre Namen in einem Graffiti an die Wand gesprüht um an sie zu erinnern. Jemand anderes hat dann die Namen durchgestrichen und „Free Palestine“ darübergeschrieben. Das ist ja nicht nur eine politische Forderung

nach dem Ende der Besatzung, sondern ein Erniedrigen der Opfer. Genauso gibt es Menschen, die behaupten, dass jedes Kind in Gaza bereits Terrorist sei und dass es keine Zivilbevölkerung in Gaza gebe. Das bedeutet ja nichts anderes, als dass diese Menschen die Bomben, das Leid, das Sterben, den Hunger und die Krankheiten allesamt verdient hätten. Das ist genauso unerträglich. Sich zwischen diesen Polen zu befinden und zu denken, wo ist eigentlich die Menschlichkeit hin? Ich könnte Tausend solcher Beispiele nennen: Im November, als es die erste Waffenruhe gab und die ersten Geiseln gegen palästinensische Gefangene ausgetauscht wurden, war das nicht nur für mich ein Moment unfassbarer Erleichterung. Mir sind aber in den sozialen Medien Menschen begegnet, die mit einer derartigen Verachtung auf diese Erleichterung reagiert haben und sich darüber aufgeregt haben, dass alle Bilder von den freigelassenen israelischen Geiseln zeigen. „Warum feiert denn keiner die freigelassenen Palästinenser*innen?“, lautete die Frage in einem Post. Diese Person hat aber selbst auch keine Bilder der freigelassenen palästinensischen Gefangenen geteilt und sie gefeiert, sondern sich lediglich über die Freude der anderen empört. Freude darüber, dass Frauen und Kinder aus der Geiselhaft einer Terrororganisation entlassen worden sind. Wenn wir über die deutsche Debatte sprechen, dann geht es viel um Virtue Signaling. Darum, sich selbst moralisch zu überhöhen.

Die einen fluten die sozialen Medien mit Bildern, wie sie ihr Baby und ihren Dackel in eine Kufiya wickeln. Und die anderen damit, wie sie am Brandenburger Tor in eine Israelfahne gehüllt stehen und Ausbürgerungen fordern. Niemand davon trägt auch nur im Mindesten dazu bei, dass die Situation der Menschen vor Ort sich verbessert. Darum geht es auch nicht. Im Kern geht es darum, der Welt zu zeigen, dass man auf der „richtigen Seite“ steht – was auch immer die richtige Seite sein soll.

Das ist auch der Bogen zur Erinnerungskultur: Ganz viele sehen in ihrem Handeln erinnerungspolitische Bezüge. Dabei fallen Sprüche wie nie wieder ist jetzt, nie wieder for everyone oder aber auch was werdet ihr mal euren Kindern erzählen, auf welcher Seite ihr gestanden habt. Das scheint viel wichtiger als sich zu überlegen, was man akut gerade tun könnte, um Leben zu retten. Nicht, dass wir hier von Deutschland aus diesen Krieg beenden könnten.

7. Oktober

Aber statt sich zu fragen, wie man produktiv, konstruktiv etwas zu diesem ganzen Horror beitragen könnte, geht es vielen Menschen darum, wie sie selbst in Zukunft dastehen werden.

CPPD Gil, wie hast du persönlich und beruflich die zunehmende Entsolidarisierung nach dem 7. Oktober erlebt, insbesondere in Bezug auf institutionelle Verbindungen? Im Rahmen unserer Arbeit bei Dialogperspektiven und der CPPD mussten wir feststellen, dass Dialog zunehmend unmöglich wurde – bis hin zum Abbruch von Kooperationen und dem Rückzug von Partner*innen. Trotz unserer Versuche, bilaterale Veranstaltungen zu fördern und beispielsweise den Dialog zwischen jüdischen und muslimischen Communities wieder aufzunehmen, stießen wir auf Desinteresse oder Absagen. Hast du diese Dynamik in Deiner Arbeit bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, erlebt?

GS Wir arbeiten innerhalb Israels mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteur*innen aus verschiedensten Kontexten zusammen. Das sind feministische Gruppierungen, Gewerkschaftsinitiativen oder Gewerkschaften, jüdisch-palästinensische Initiativen, Initiativen aus verschiedensten Minderheiten der israelischen Gesellschaft, Geflüchtete sowie Projekte innerhalb der beduinischen Gesellschaft Israels.

Mit unseren Projekten, die wir fördern und durchführen, sind wir sehr breit aufgestellt. Immer wenn ich das mit den Entwicklungen in Deutschland abgleiche, bin ich in sehr froh, hier in Israel zu sein. Das mag sich komisch anhören, aber es war mein ausdrücklicher Wunsch, so bald wie möglich mit meiner Familie zurückzukehren, weil ich hier das Gefühl hatte, dass diese Entsolidarisierung nicht passiert, und wenn doch, dann sehr selten. Die Organisationen, mit denen wir arbeiten, sind alle durch enorme Herausforderungen gegangen. Der 7. Oktober, der Krieg in Gaza, der Tod vieler Palästinenser*innen führt in jüdisch-palästinensischen Initiativen innerhalb Israels und darüber hinaus natürlich auch zu Krisen. Zahlreiche Organisationen konnten ihre Arbeit eine Zeit lang nicht fortführen, weil sie sich erstmal selbst sammeln mussten. Gleichzeitig ist für mich politisch schnell klar geworden, dass es hier ein

Fundament an solidarischem Zusammenhalt zwischen Jüdinnen*Juden und Palästinenser*innen innerhalb Israels gibt. Und das ist nicht so leicht ins Wanken zu bringen. Wir haben viele Beispiele, in denen wir als Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dabei sind, jüdisch-palästinensische Projekte zu fördern. Ein Beispiel ist die sogenannte Friedenspartnerschaft, Peace Partnership, שותפות שלום. Diese Initiative besteht aus über 40 gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen innerhalb Israels, die sich aus verschiedensten Blickwinkeln der israelischen Gesellschaft zusammengetan haben. Von Geflüchtetenorganisationen bis misrachischen Aktivist*innen, über beduinische Organisationen, bis hin zu Chadasch, der linken politischen Partei. Und alle haben gesagt: Wir müssen zusammenstehen, um die Situation zu beenden und uns für einen Waffenstillstand und für einen Geiseldesdeal einzusetzen. Als Stiftung sind wir auch dabei und fördern und unterstützen diese Initiativen, weil dies die einzige Möglichkeit ist, nach vorne zu blicken. Nur die Solidarität von jüdischen Israelis mit palästinensischen Israelis, aber auch umgekehrt, kann dazu führen, dass es hier eine Zukunft gibt. Und deswegen ist, wenn ich all das höre, was ihr beschreibt, auf eine gewisse Weise hier zur Zeit der richtige Ort für mich. Weil sich diese Fragen hier gar nicht vordergründig stellen, sondern schon lange Teil des politischen und aktivistischen Alltags sind. Daher kann ich diese Erfahrungen, die ihr beschreibt, für meinen Kontext in Israel nicht teilen. Ich bin froh darum und ich kann sagen, dass ich aus dieser Arbeit vor Ort viel Kraft schöpfe – und wir als Institution schöpfen viel Hoffnung. Denn solange es diese gemeinsamen solidarischen Kämpfe gibt, solange gibt es die Möglichkeit, dass die Dinge sich wieder zum Besseren wenden. In dieser sehr unsicheren Realität gibt es etwas an der solidarischen Arbeit, an dem Zusammenhalt, sei es bei uns im Büroteam oder mit den Akteur*innen, mit denen wir zusammenarbeiten, was Kraft gibt.

DR Es ist viel verlangt, für alle gleich viel Empathie zu haben. Und das muss vielleicht auch gar nicht sein. Aber schon das pragmatische Anerkennen der Tatsache, dass das eine nicht ohne das andere geht und dass das eine nicht ohne das andere besser wird, ist enorm wichtig. Und das ist auch die Kernbotschaft von Bewegungen wie Standing Together. Zu sagen, dass es weder Freiheit

7. Oktober

und Gleichberechtigung für Palästinenser*innen ohne Sicherheit für Israel geben wird, noch Israel Sicherheit ohne die Befreiung und Gleichberechtigung von Palästinenser*innen haben wird. Und wie sehr diese Arbeit nicht nur nicht gesehen, sondern von manchen Menschen sogar verabscheut wird, sieht man zum Beispiel an dem Boykott-Aufruf von BDS gegen Standing Together. Und das, obwohl BDS ja behauptet, für die Rechte von Palästinenser*innen einzutreten.

In Israel gehen Menschen für einen Geiseldeal und für einen Waffenstillstand auf die Straße. Und sei es nur, weil sie wissen, dass sie den Geiseldeal nur durch den Waffenstillstand bekommen. Menschen, die hier für ein Ende des Krieges und für die Rechte von Palästinenser*innen auf die Straße gehen, sehe ich dagegen kaum einen Geiseldeal fordern. Offensichtlich ist es ein No-Go für manche Menschen, die Geiseln überhaupt zu nennen. Überhaupt anzuerkennen, dass es sie gibt und dass es eine Katastrophe ist, dass sie sich seit elf Monaten in Geiselschaft einer Terrororganisation befinden.

Dieses Aushalten von Gleichzeitigkeiten, von dem ich gesprochen habe, gibt es in Deutschland wenig. Ich frage mich wirklich, warum wir dazu nicht in der Lage sind. Es gibt zum Beispiel die Palestinians and Jews for Peace in Köln, die seit Monaten aktiv sind und Demos machen. Doch das dringt im Diskurs nicht durch. Das ist auch ein Problem.

CPPD Der Kontrast zwischen dem Dialogwillen vor Ort und der tiefen Spaltung des Diskurses in Deutschland ist auffällig. Statt die Zivilgesellschaft zu stärken, führt der Krieg in Gaza und das Gedenken an den 7. Oktober hierzulande zum Zerbrechen zivilgesellschaftlicher Verbindungen, was erhebliche Folgeschäden verursacht. Ein Beispiel dafür ist das fehlende zivilgesellschaftliche Engagement bei den Landtagswahlen, aufgrund fehlender Kooperationen und gegenseitiger Diffamierungen. Gil, uns interessiert deine Einschätzung als Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel: Welche Fragen werden dir in diesem politischen Kontext gestellt? Wie bewertest du die Auswirkungen des Krieges auf die deutsche Zivilgesellschaft?

GS Als Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung werde ich viel danach gefragt, wie die Haltung der uns nahestehenden Partei Die

Linke ist, die, wie die gesamtgesellschaftliche Linke in Deutschland, unterschiedliche Zugänge zu der Situation in Israel und Palästina hat. Ich versuche die Situation dann zu erklären. Ich bin immer darauf bedacht, Akteur*innen aus der Partei, aus dem Bundestag, mit unseren Partner*innen hier vor Ort zusammenzubringen. Die Frage nach der Haltung Deutschlands wird weniger gestellt. Gleichzeitig wird in Gesprächen mit unseren Partner*innen immer wieder gefragt – und zwar unabhängig, ob es jüdische, palästinensische oder andere Akteur*innen sind, die sich links verorten und die einen Stopp des Krieges fordern – warum Deutschland sich politisch so lange hinter Israel gestellt hat. Die Fragen sind oft interessiert und auf die Entwicklung in Deutschland bezogen. Ich erzähle aber auch viel von den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, den Protesten, dem anstrengenden Antisemitismus und von den gleichzeitigen Repressionen gegen pro-palästinensische Proteste, die ganz unabhängig davon stattfinden, ob Gesetze überschritten wurden oder nicht. Gleichzeitig muss ich sagen, dass die Lage hier so akut ist, dass die Zeit für solche Fragen limitiert ist. Viele Partner*innen, mit denen wir arbeiten, leiden unter zunehmender Repression. Das ist polizeiliche, staatliche Repression, aber das sind natürlich auch verbale Angriffe.

Wir versuchen, die Akteur*innen mit den uns nahestehenden Akteur*innen in Deutschland, aus Parteien und dem Stiftungsumfeld ins Gespräch zu bringen. Gleichzeitig versuche ich darzustellen, wie die Entwicklungen hier sind. Denn wie ich schon sagte, die Not ist groß, genauso aber auch die Notwendigkeit internationaler Solidarität oder von Verbindungen zu progressiven Kräften in Europa und anderswo. Ich wiederhole, dass diese Kräfte, die hier in Israel für ein Ende des Krieges und für jüdisch-palästinensische Solidarität und Zusammenhalt auf die Straße gehen, auch die Solidarität der Linken in Europa und anderswo verdienen. Und wie wir schon von dir, Dinah, gehört haben, ist das leider nicht immer selbstverständlich.

CPPD Wir haben mit Bezug auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine festgestellt, dass es auch in einer fortlaufenden Krise eine Chance im erinnerungspolitischen Raum gibt, nämlich den, zum bewussten Handeln zu bewegen. Dem Heraustreten aus der Reflexion und vor allem dem Proklamieren von Positionen: Es gibt eine

7. Oktober

Möglichkeit, Erinnerungen dadurch zu leben, dass man solidarisch und konkret handelt. Mich würde aus euren beiden Perspektiven interessieren, wie ihr so ein Handeln gestaltet sehen wollen würdet.

DR Was ich sinnvoll, wichtig und überfällig finde, ist, dass die Menschen, die nicht emotional oder biografisch betroffen sind, sich rausnehmen, ein paar Schritte nach hinten treten und reflektieren. Dass sie schauen und überlegen: Wie kommen wir da raus? Ich habe sehr viel mehr Verständnis für Menschen, die mit in diesem Krieg und in diesem Alptraum hängen, seien sie Israelis, jüdisch, palästinensisch, muslimisch. Verständnis dafür, dass diese Menschen in ihrem Schmerz, in ihrer Wut und Trauer möglicherweise wenig Ressourcen haben, reflektiert Empathie in alle Richtungen zu verteilen. Auf der anderen Seite gibt es sehr viele Menschen, die das Privileg haben, dass es bei Am und Seit dem 7. Oktober nicht um sie geht.

Hier passiert viel und zwar viel Schlechtes. Weil Gil es angesprochen hat: Die Antwort des Staates auf diese zum Teil unerträglichen, zum Teil offensiv antisemitischen Aktionen, Demonstrationen, Dinge, die auf Uni-Besetzungen passieren, ist eine rein autoritäre. Man befasst sich nicht mit den Ursachen der antisemitischen Vorkommnisse und wie man mit ihnen umgehen und ihnen begegnen kann, wie man Prävention leisten kann. Es wird verboten, verboten, verboten. Beim „Palästina-Kongress“ im April wurden Einreiseverbote verhängt, die später vor Gericht wieder kassiert wurden. Dieser Kongress war absolut unerträglich, aber man hilft der Sache auch nicht, wenn man unrechtmäßige Einreiseverbote verhängt. Es gibt einerseits tatsächlich eine Kriminalisierung von Protest und der Artikulation palästinensischen Leids. Auf der anderen Seite gibt es eine Romantisierung der Repression: Leute beharren darauf, dass Uni-Besetzungen, bei denen Hamas-Symbole an die Wand gemalt werden, friedlich sind, nur weil niemand ins Krankenhaus geprügelt wurde. Als ob die Abwesenheit physischer Gewalt bedeutet, dass etwas friedlich ist. Gleichzeitig ist diese überbordende Repression brandgefährlich, wenn wir auf den Zustand von Demokratie und Rechtsstaat gucken. Was in dieser Situation als Ausnahme etabliert wird, kann beim nächsten Mal in ganz anderen Zusammenhängen wieder auftauchen. Für Minderheiten, egal ob sie rassifiziert, muslimisch oder jüdisch sind, ist ein autoritär agierender Staat immer eine Gefahr. Auch da fehlt

die Fähigkeit, Gleichzeitigkeiten zu denken. Zu sagen: Dieser Protest ist antisemitisch und nicht haltbar. Und gleichzeitig zu sagen, dieser Polizeieinsatz, bei dem Anwälte verhaftet werden, Journalist*innen verprügelt werden, ist genauso unhaltbar.

CPPD Im Kontext der Erinnerungskultur und der aktuellen politischen Entwicklungen stellt sich eine wichtige Frage: Wie erzählen wir unsere Gegenwart, insbesondere angesichts der extremen Polarisierung in Politik und Gesellschaft? Vor dem Hintergrund der Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen scheint der Trend in Richtung Autoritarismus zu gehen. Dabei spielt Erinnerung auch eine zentrale Rolle. Gerade das Erzählen unserer Gegenwart in ihrer Gleichzeitigkeit kann zu neuen Denkweisen führen und auch Perspektiven des Handelns für diejenigen aufzeigen, die unsicher sind, wie sie gerade überhaupt handeln können. Wie denkst Du, Gil, dass wir gemeinsam vorankommen können?

GS In Bezug auf Gedenken und Erinnerung und den 7. Oktober bin ich ambivalent. Wir haben in Israel die Situation, dass es regierungsseitige Versuche gibt, sich der Erinnerung an den 7. Oktober zu bemächtigen, konkret anhand der Frage, ob der Staat eine Gedenkfeier zum 7. Oktober ausrichtet. Die Regierung hat sich dafür entschieden. Das ist wiederum auf wütenden Protest von Angehörigenfamilien der Opfer sowie der Geiseln gestoßen. Sie sagen zu Recht: dieses Ereignis ist nicht abgeschlossen. Nicht, solange unsere Liebsten nicht nach Hause gekommen sind. Solange nicht klar ist, was mit ihnen passiert. Andererseits gibt es meines Erachtens legitime Kritik daran, dass die israelische Regierung die Schrecken des 7. Oktobers nutze, um den seitdem in Gaza tobenden Krieg in den Kampf gegen Nazismus oder Faschismus einzureihen. Und das ist leider auch Teil der Rhetorik hier: Hamas mit Nazis gleichzusetzen. Dadurch wird gesagt, wir müssten diese Nazis heute besiegen. So werden erinnerungspolitische Versatzstücke genommen und in eine Kontinuität gesetzt, die ein Handeln ermöglicht, das zur massenhaften Tötung von Palästinenser*innen führt. Gleichzeitig würde ich nicht sagen, dass man an dieses Datum in Zukunft nicht angemessen erinnern können wird. Ich glaube, dass ein angemessenes Erinnern ein solidarisches Erinnern ist. Dass, einerseits die Erinnerung an die Opfer dieses Tages im Vordergrund steht, und andererseits nicht ausgeklammert wird,

7. Oktober

was seitdem geschieht. Das kann eine Art von solidarischem Gedenken sein. Und der Erfolg davon hängt sehr stark davon ab, wie es begangen wird. Ich tue mich momentan jedoch schwer mit Erinnerung, denn: wir befinden uns mitten im Krieg, mitten in der Unsicherheit über die weiteren Entwicklungen, mitten in der Tatsache, dass über hundert Menschen in Geiselnhaft sind und Zehntausende seit dem 7. Oktober gestorben sind und auch angesichts der Zahl von 1.200 Toten in Israel am 7. Oktober. Ich erlebe immer wieder Gespräche mit Menschen, die sagen, der 7. Oktober sei nicht abgeschlossen, denn sie lebten ihn jeden Tag. Und ich habe keine Antwort darauf, die zufriedenstellend ist. Da spreche ich aus der eigenen Verzweiflung heraus. Ich habe vorhin von Hoffnung gesprochen, ich habe vorhin von Perspektive gesprochen. Ich glaube, wir und viele der Menschen, mit denen wir hier arbeiten, sind mittlerweile an dem Punkt, wo es ganz schwer ist, die Hoffnung aufrechtzuerhalten. Deshalb, weil das Geschehen auf so vielen Ebenen nicht zu Ende geht.

Das Gespräch fand vor dem Ausbruch des Krieges im Libanon und den Angriffen des Iran auf Israel im Herbst 2024 statt.

Antisemitischer Anschlag in Halle

Laura Cazes & Benjamin Fischer

Am 9. Oktober 2019 begegnete ich einem Protestmarsch, der sich als Reaktion auf und in Solidarität mit den schrecklichen Anschlägen auf die Synagoge in Halle organisiert hatte. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich noch keine Gelegenheit gehabt, mein Fasten zu brechen. Durch diese Demonstration erfuhr ich, was heute als einer der schlimmsten antisemitischen Anschläge in der deutschen Nachkriegszeit bezeichnet wird. Plötzlich trat jemand vor den Demonstrationszug und zeigte den Hitlergruß. Ausgelöst durch israelische Fahnen, wie er den heranahenden Polizisten lautstark erklärte. Das war Deutschland, 2019.

Ich bin vor drei Jahren nach Deutschland zurückgekehrt und kann immer noch nicht glauben, dass Halle passiert ist. Halle hätte nicht überraschen dürfen und doch hat der Anschlag die ganze Gesellschaft in Entsetzen versetzt. Seitdem wird jeder Jom Kippur von Nachrichten über neue antisemitische Angriffe auf jüdische Gotteshäuser überschattet.

Der 9. Oktober ist ein guter Tag, um all jenen zu danken, die sich gegen Hass positionieren - ohne finanzielle Mittel, ohne Anerkennung und ja, in manchen Fällen unter lebensbedrohlichen Bedingungen. Es ist ein geeigneter Tag, um allen zu danken, die sich dem Schutz von Betroffenen und Opfern widmen, die Dialog ermöglichen, wo er am nötigsten ist und die sich gegen das Vergessen einsetzen. Das jährliche „Festival of Resilience“ von Hillel Deutschland befähigt nicht nur die

9. Oktober

Betroffenen, ein lebendiges Andenken an die Überlebenden von Halle wachzuhalten, sondern ermöglicht ähnliches auch in Bezug auf die Anschläge in Hanau, Mölln, Rostock Lichtenhagen und den viel zu vielen weiteren.

Die Betroffenen des antisemitischen, frauenfeindlichen und rassistischen Angriffs in Halle entschlossen nur neun Monate später, sich vor einem Magdeburger Gericht zu äußern und sich demjenigen zu stellen, der versucht hatte, sie zu töten. Auch daran soll erinnert werden, wenn wir über den 9. Oktober 2019 reden: An die Resilienz, die sich in Folge des Anschlags bildete und an den Mut, Hass mit Aktivismus zu begegnen. In diesem Zusammenhang möchte ich die weit verbreiteten Worte der deutschen Aktivistin Laura Cazes (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) zitieren, die wie keine andere den Zustand der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland am 9. Oktober erfasst hat:

*Ich schalte an Jom Kippur mein Handy aus. Mit Sicherheitsvorkehrungen sind wir in der jüdischen Gemeinde jedoch aufgewachsen. Ich wusste, dass etwas nicht stimmte, als ich heute um 14:30 Uhr aus meiner Synagoge in Frankfurt trat und Polizist*innen mit Maschinengewehren vor dem Eingang standen. Neben dem Sicherheitspersonal, das ich seit meiner Kindheit kenne. Ich weiß, was das bedeutet. Wir alle wissen es.*

Der Terrorist hat es nicht geschafft, mit seinem Gewehr und mehreren Molotowcocktails die Tür der Synagoge in Halle zu öffnen. Also ging er weiter zu einem türkischen Kebab-Laden und erschoss auf dem Weg dorthin zwei Menschen, die versuchten, ihn aufzuhalten.

Für diejenigen, die nicht glauben, dass es ein weltweit organisiertes Neonazi-Netzwerk gibt, das auf weißer Vorherrschaft basiert: Der Angreifer hat die Schießerei mit seinem Handy gestreamt. Für sein Motiv bediente er sich der gleichen Rhetorik wie der Terrorist von Christchurch:

„Der Holocaust hat nicht existiert. Feminismus führt zu niedrigeren Geburtenraten, deshalb gibt es Massenimmigration – und die Wurzel all dieser Probleme ist ,der Jude (...)“

*Sollte mich jemals wieder jemand fragen, ob ein Polizeiaufkommen vor jüdischen Einrichtungen wirklich notwendig ist – befragen Sie sich selbst: Würden Sie an Weihnachten schwer bewaffnete Polizist*innen vor Ihrer Kirche haben wollen? Glauben Sie, dass es eine Wahl gibt? Haben Sie das Gefühl, dass es beim nächsten Mal auch Sie treffen könnte?*

Vor der Synagoge in Halle war keine Polizei anwesend. Außerdem brauchte sie viel zu lange, um am Tatort einzutreffen. In der Zwischenzeit begannen die Menschen in der Synagoge, Barrikaden mit Hilfe von Möbeln zu bauen. Es grenzt an ein Wunder, dass die Jom Kippur-Gebete in Halle nicht in einem grausamen Massaker endeten.

Ein Anschlag wie dieser geht einem nahe, egal wo er passiert. Er hätte überall passieren können. Er hätte auch uns treffen können. Dieser Anschlag war antisemitisch. Aber das Ziel, das der Terrorist aussuchte, nachdem es ihm nicht gelungen war, in die Synagoge einzudringen, macht eines noch deutlicher: Unsere Solidarität muss all jenen gelten, die von weißer Vorherrschaft und damit verbundener Hassideologien betroffen sind. Zwei Menschen sind heute grundlos gestorben.

Ein Gotteshaus ist ein Ort, an dem Menschen Frieden suchen. Das Gefühl des inneren Friedens siegt über das Gefühl der Unsicherheit. Und das jedes Mal, wenn wir ein Gotteshaus aufsuchen. Aber die Trauer bleibt und die Ungewissheit, wie viele Menschen auf der ganzen Welt noch sterben müssen, bis den Hassenden klar wird, dass sie ihren Kampf schon verloren hatten, bevor sie ihn überhaupt begannen.

Heute Abend, zum Ne'ilah, dem letzten Gebet von Jom Kippur, war unsere Synagoge in Frankfurt voll besetzt. Niemand wird uns daran hindern, hinzugehen. Nicht in die Kirche. Nicht in die Moschee. Nicht in die Synagoge.

24. Oktober

Internationaler Tag der Solidarität mit den vietnamesischen Opfern von Agent Orange

Angela Mani

Einen der verheerendsten Einsätze seit der Verwendung von chemischen Kampfstoffen als Massenvernichtungswaffe führte die US-amerikanische Regierung in den 1970er Jahren vor dem schwellenden Hintergrund des Kalten Krieges gegen die kommunistisch geführten Vietcong durch. Im Verlauf dieses Stellvertreterkrieges blieb er als einer der „größten chemischen Kriegsangriffe der Weltgeschichte“ nicht nur in den Köpfen der US-amerikanischen Veteranen verankert. Während „Apocalypse now“ als einer der ersten und einflussreichsten amerikanischen Antikriegsfilmklassiker des 20. Jahrhunderts den Vietnamkrieg erst 1979 kritisch thematisierte, verewigte der amerikanische Country-Musiker Joe McDonald die Giftgase über dem Dschungel in seinem Protestalbum gegen den Vietnamkrieg bereits 1967 mit dem „Agent Orange Song“:

*„Oh the army tried some fancy stuff,
to bring them to their knees.
Like Agent Orange defoliant,
to kill the brush and trees.“*

2009

Im Verlauf des sogenannten „Vietnamkrieges“ und entgegen dem wachsenden Widerstand der westlichen Länder flogen bis 1971 Flugzeuge und Helikopter der US-Luftwaffe über 6.000 Einsätze. In dieser Zeit versprühten sie flächendeckend bis zu 77 Millionen Liter Herbizide, darunter etwa 45 Millionen Liter „Agent Orange“. Das Herbizid, das nach dem orangefarbenen Kennungsstreifen auf den Fässern benannt ist, diente der Entlaubung des dichten Blätterdschungels, um die Verstecke der Vietcong-Kämpfer*innen sichtbar zu machen und landwirtschaftlich genutzte Felder zu vernichten. Der darin enthaltene hochgiftige Bestandteil Tetrachlordibenzodioxin* war jedoch auch für Menschen gesundheitlich verheerend und führte zu millionenfachen Todesopfern auf vietnamesischer und amerikanischer Seite. Nach acht Jahren Krieg und mehr als acht Millionen Tonnen abgeworfener Bomben zogen die USA 1972 ihre Bodentruppen aus dem Land ab: Für die USA war dies der erste verlorene Krieg.

Seit den 1970er Jahren gilt in Vietnam und bei US-Veteranen der Einsatz von Agent Orange als die Hauptursache für eine ungewöhnlich hohe Zahl an körperlichen und psychischen Erkrankungen, Deformationen, Organschäden, Fehlgeburten und genetischen Schäden nachfolgender Generationen.

Der Krieg liegt weit zurück, aber das vietnamesische Volk ist immer noch mit der Agent-Orange-Katastrophe konfrontiert. In weiten Teilen des Landes sind Ökosysteme zerstört und viele Tier- und Pflanzenarten verschwunden. Auch nach über 30 Jahren ist die Dioxinbelastung im Blut einiger Vietnames*innen immer noch 100-200 Mal höher als im Toleranzbereich. Opferzahlen beruhen auf Schätzungen, zuverlässige Zahlen über Betroffene gibt es nicht.

Eine traurige Tatsache ist, dass es kaum staatliche Unterstützung für Opfer und deren Familien gibt. Ohne die Hilfe von NGOs würden viele Betroffene kaum überleben. Die USA unterstützen vietnamesische Betroffenen-Organisationen mit geringen Beträgen, ohne jedoch einzuräumen, dass es sich um erkrankte Überlebende von Agent Orange handelt. Für ihre eigenen von Agent Orange geschädigten Veteranen hingegen gelten ganz andere Maßstäbe: In den USA müssen Veteranen, die an den Folgen von Agent Orange leiden, keine aufwendigen Beweise erbringen. Von den vietnamesischen Überlebenden verlangen die

24. Oktober

US-Behörden dagegen Belege. Der Zusammenhang von Erkrankungen und Agent Orange wird hier trotz medizinischer Studien, die das Gegenteil beweisen, von der US-Regierung bestritten. Oft werden Ansprüche mit dem Hinweis abgewehrt, es gebe andere Dioxinquellen.

Dao Thi Nguyen, Vorsitzende in der Provinz Dong Nai von VAVA (Vietnam Association for Victims of Agent Orange/Dioxin), eine 2003 gegründete Organisation, die sich für die Mobilisierung aller Ressourcen zur Betreuung, Unterstützung und für Gerechtigkeit gegenüber vietnamesischen Agent Orange-Opfern einsetzt, fordert Solidarität und „von den USA nach wie vor Gerechtigkeit. Die USA stecken zwar mittlerweile sehr viel Geld in die Sanierung der dioxin-verseuchten Hotspots, doch brauchen wir mehr Unterstützung der Opfer von Agent Orange. Die USA müssen endlich die Verantwortung für sie übernehmen.“

Gegen das Vergessen initiierte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Vietnams 2004 den 10. August als Gedenktag. 34 Jahre nach Ende des sogenannten „Vietnamkrieges“, ist in Vietnam damit zum ersten Mal den Opfern des Herbizids „Agent Orange“ gedacht worden. Vom Weltfriedensrat wurde dieses Datum am 24. Oktober 2009 offiziell zum Internationalen Tag der Solidarität mit den vietnamesischen Opfern von Agent Orange erklärt.

26 Jahre nach Inkrafttreten der Chemical Weapons Convention (CWC) im April 1997, die im Laufe der folgenden Jahre von über 193 Staaten ratifiziert worden ist, gilt seit Mai 2018 das internationale Übereinkommen zum Verbot der Entwicklung, Herstellung, dem Besitz, der Weitergabe sowie dem Einsatz chemischer Waffen. Erst im Juli 2023 gab die US-Regierung bekannt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die letzten der offiziell bekannten Chemiewaffen in den USA beseitigt haben.

**TCDD, umgangssprachlich: Dioxin oder seit 1976 auch als sogn. „Sevesogift“ bekannt*

Das Pogrom in Neu-Delhi

André Winzen & Prasanna Oommen

Am 31. Oktober 1984 wurden in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi während eines vier Tage wütenden Pogroms mindestens 3.000 Sikhs getötet. Als Anlass für das Massaker wird üblicherweise die Ermordung der damaligen Premierministerin Indira Gandhi durch ihre der Sikh-Religion angehörigen Personenschützer genannt. Die Gewalt brach jedoch nicht nur entlang der religiösen Spaltung der Stadtgesellschaft aus, sondern traf die ärmeren Außenbezirke Delhis mit besonderer Härte. Sikh-Männer wurden von Mobs auf die Straßen gezwungen und auf brutalste Art und Weise ermordet. Viele Sikh-Frauen wurden Opfer sexualisierter Gewalt. Häuser wurden geplündert.

Schweigen und Untätigkeit

Seine erschreckenden Ausmaße konnte das Blutbad erst durch seine Legitimation seitens politischer Würdenträger, durch die Untätigkeit der Polizei und die damit verbundene Perspektive auf Straflosigkeit erreichen – eine Perspektive, die sich in den Jahren nach dem Massaker verwirklichen sollte. Selbst nach drei Jahrzehnten wurde nur ein verschwindender Teil der Täter und Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Stattdessen stellte die Polizei die Untersuchung von Hunderten von Fällen aus Mangel an Beweisen ein.

Chaurasiye oder 84-ers – Kollektiv eines Traumas

Das Bewahren der Erinnerung an den November 1984 sowie das Beharren auf Gerechtigkeit für seine Opfer fällt also vor allem Überlebenden und ihren Nachfahren zu. Beispielhaft sind die zahlreichen Witwen in Tilak Vihar zu nennen, welche unter den zunächst

31. Oktober

negativ besetzten Namen „Chaurasiye“ oder 84-ers bekannt werden sollten – ein Name, der sich für die Überlebenden des Pogroms zu einer neuen Art kollektiver Identität entwickelte.

Die traumatische Erfahrung dieser Überlebenden wurde durch eine spezifisch indische Form des multiperspektivischen Erinnerns jedoch auch weiter in die Gesellschaft hineingetragen. Vorrangig gelang dies durch seine Verknüpfung mit dem Gedenken an die Massaker der Teilung von 1947.

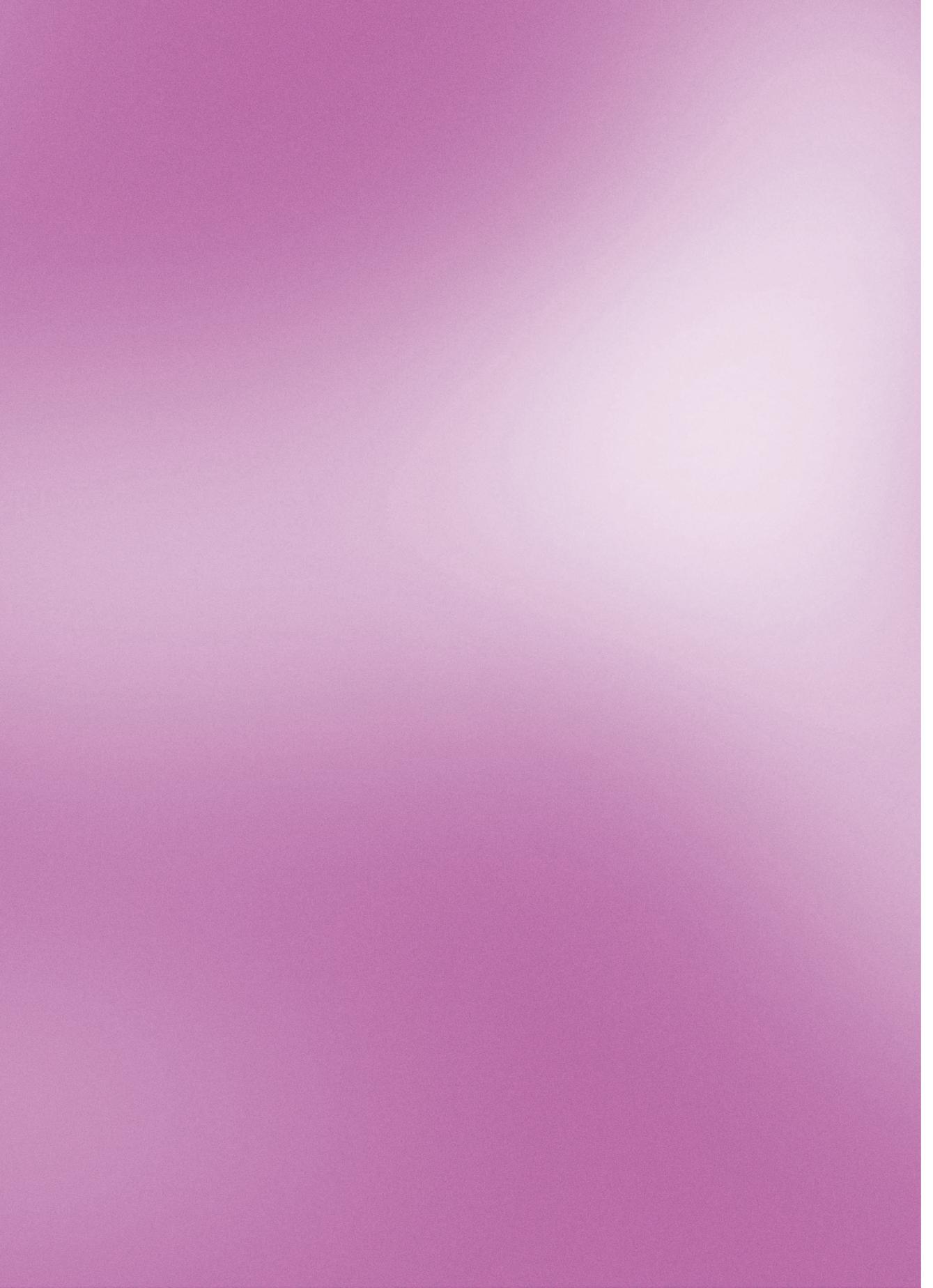
In den letzten Jahren erschien außerdem eine Reihe von Spiel- und Dokumentarfilmen, welche das Massaker zum Thema hatten. Der Spielfilm „Amu“ von Shonali Bose feierte z. B. seine Premiere auf der Berlinale 2005 und wurde als Eröffnungsfilm des Internationalen Frauenfilmfestivals 2006 in Köln gezeigt. Damit verhalf er dem ungesühnten Pogrom 20 Jahre später zu internationaler Aufmerksamkeit.

Forderung von Inklusion in die nationale Erinnerungskultur

Für die Betroffenen und ihre Nachfahren steht jedoch der Ruf nach Gerechtigkeit an erster Stelle, der über die bloße Repräsentation ihrer Erfahrungen und die ihnen vom indischen Staat angebotenen finanziellen „Entschädigungen“ hinausgeht. Erst danach eröffne sich eine wirkliche Chance auf ein besänftigtes Gedenken.

NOVEMBER

2. November	Terroranschlag in Wien	2020
9. November	Fünf Stationen – fünf Erinnerungen	
9. November	Reichspogromnacht	1938
23. November	Der tödliche rassistische Brandanschlag von Mölln	1992
25. November	Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen / Inter- nationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen	
26. November	Tag des Gedenkens an den Holodomor in der Ukraine	1932 – 1933



Terroranschlag in Wien

Tobias Herzberg

Am Abend des 2. November 2020 tötete ein Terrorist im Wiener Ausgehviertel „Bermudadreieck“ vier Menschen und verletzte 23 weitere teils schwer. Kurz vor 20 Uhr hatte der Täter begonnen, wahllos auf Zivilist*innen zu schießen. Die Gassen zwischen der Wiener Hauptsynagoge und der Ruprechtskirche am Schwedenplatz waren belebt, denn es war der letzte Abend, bevor ein zweiter landesweiter Corona-Lockdown Lokale und Clubs für Wochen schließen würde.

Der Täter wurde durch Spezialkräfte der Polizei wenige Minuten nach dem Eingehen des ersten Notrufes erschossen. Stundenlang blieb unklar, ob er allein gehandelt hatte. Die Behörden gingen, verstärkt durch Gerüchte in den Sozialen Medien, zeitweise von mehreren bewaffneten Personen aus. Entwarnung wurde erst in den frühen Morgenstunden gegeben. Die Besucher*innen von Theatern, Kinos und Konzerten mussten in den Veranstaltungssälen bis in die Nacht ausharren, bevor sie von Einsatzkräften hinausgeleitet wurden. Auch ich befand mich im Burgtheater, an meinem damaligen Arbeitsplatz. Wir alle – Belegschaft und Publikum – wurden erst nach Mitternacht zur nächsten U-Bahn-Station eskortiert, von wo aus ein Sonderzug uns aus der Gefahrenzone Innenstadt beförderte.

In den Folgetagen wurden zahlreiche Details zum Attentäter und zum Tathergang bekannt, zum Beispiel, dass der Täter am Morgen vor der Tat auf Instagram ein Treuegelöbnis zum IS-Anführer Abu Ibrahim al-Qurashi gepostet hatte. Der IS reklamierte dann auch noch am Folgetag per Tweet die Tat für sich. Zudem stellte sich

2. November

heraus, dass der Täter wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung bereits vorbestraft war. Nur anderthalb Jahre vor dem Attentat war er zu 22 Monaten Haft verurteilt worden, da er versucht hatte, nach Syrien zu reisen, um sich dort dem IS anzuschließen. Aufgrund seines jugendlichen Alters wurde ein Großteil der Haftstrafe erlassen, so dass er sich seit Dezember 2019 wieder auf freiem Fuß befand. Obwohl der Täter dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung bekannt, war offenbar keine Überwachung erfolgt.

Auch Angaben zu den Todesopfern wurden öffentlich. Es handelte es sich um

- **Nedžib**, einen 21-jährigen Maler aus Korneuburg, der an dem Abend mit Freunden ausgegangen war,
- **Vanessa**, eine 24-jährige Kunststudentin aus Deutschland, die in einem Lokal als Kellnerin jobbte,
- **Gudrun**, eine 44-jährige Angestellte eines Chemieunternehmens, die gerade ihre Arbeitsstätte verlassen wollte und
- **Qiang**, einen 39-jährigen Restaurantbetreiber, der seine Gäste in Sicherheit zu bringen versuchte, als er selbst getroffen wurde.

In den Wochen nach der Terrornacht wurden potentielle Mittäter und Tathintergründe ermittelt. Dabei gerieten die staatlichen Stellen selbst teilweise massiv in die Kritik von Medien und Angehörigen sowie von Überlebenden des Anschlags. Hauptvorwürfe zielten auf Ermittlungsfehler und mangelnde Empathie mit den Betroffenen. Unter anderem wurde bemängelt, dass frühzeitig übermittelte Informationen der slowakischen Polizei über Versuche des späteren Täters, Waffen und Sprengstoff in der Slowakei zu kaufen, von den österreichischen Behörden nicht ernstgenommen wurden; dass trotz der bekannten IS-Nähe und entsprechender Vorstrafe des Täters keine Beobachtung durch den Verfassungsschutz gegeben war; dass die Ermittlungen in der Tatnacht selbst chaotisch und unkoordiniert abgelaufen waren; nicht zuletzt, dass die überlebenden Opfer und die Angehörigen der Getöteten emotional allein gelassen wurden und in Aussicht gestellte Hilfsgelder, etwa Entschädigungen für Behandlungs- und Überführungskosten, monatelang auf sich warten ließen.

Auch einige Boulevardmedien wurden für ihr Verhalten in der Terrornacht erheblich kritisiert. Tausende Beschwerden betrafen ServusTV und oe24. Die beiden Privatsender hatten Handyaufnahmen der Morde unverpixelt veröffentlicht und in der Tatnacht stundenlang wiederholt ausgestrahlt, wofür sie über ein Jahr später von der Medienbehörde KommAustria wegen Missachtung der Menschenwürde und Verstößes gegen ethische Sorgfaltspflichten verurteilt wurden.

Innenminister Nehammer verteidigte die Behörden und sich selbst gegen sämtliche Vorwürfe. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu den Ermittlungsspannen kam in seinem Abschlussbericht ein Jahr nach dem Anschlag zu dem Schluss, dass es in mehreren Behörden zu Misskommunikation und Fehlverhalten gekommen war, dass jedoch keines der einzelnen Versäumnisse „allein kausal“ für das Ermittlungsversagen gewesen sei, weshalb die Tat nicht hätte verhindert werden können. Politische Konsequenzen fanden so nicht auf der personellen, sondern ausschließlich auf der institutionellen Ebene statt, da der Innenminister eine Strukturreform zur Neuordnung von Staatsschutz und Nachrichtendienst einleitete. Rücktrittsforderungen gegen seine Person, die nach der Veröffentlichung des Berichts im November 2021 vonseiten der Opposition laut geworden waren, wies Nehammer zurück. Stattdessen wurde er wenige Tage später im Zuge der österreichischen Regierungskrise um den unter Korruptionsvorwürfen zurückgetretenen Bundeskanzler Sebastian Kurz dessen Nachfolger.

Politisch unter Druck hatte Nehammer bereits unmittelbar nach dem Anschlag noch im November 2020 Ermittlungserfolge präsentieren wollen und ließ eine Reihe von Razzien gegen angebliche österreichische Mitglieder der Muslimbruderschaft und der Hamas durchführen. Die „Operation Luxor“ genannte Ermittlungsaktion gegen den „politischen Islam“ hinterließ in erster Linie verstörte Familien und traumatisierte Kinder; Gerichte erklärten die forcierten Haussuchungen im Nachgang für unrechtmäßig; von den Verdächtigen wurde niemand angeklagt. Eine Stigmatisierung des Islams und muslimischer sowie muslimisch gelesener Menschen in Österreich war und ist die Folge.

2. November

Kürzlich, am 18. Oktober 2022, knapp zwei Jahre nach der Terrornacht, startete ein Prozess gegen sechs mutmaßliche Mitwisser und Komplizen des Attentäters. Durch ihre Unterstützung soll er an Waffen und Munition gekommen und in seinen terroristischen Absichten bestärkt worden sein, so die Staatsanwaltschaft. Die Verteidiger weisen sämtliche Vorwürfe zurück. Erste Aussagen der Angeklagten werden für den 1. Dezember erwartet. Es sind 19 Verhandlungstage vorgesehen. Mit einem Urteil ist nicht vor Februar 2023 zu rechnen.

Die Hochschule, an der eines der Todesopfer studierte, die Universität für angewandte Kunst, ist seit einem Jahr mein neuer Arbeitsplatz. Die Angewandte, wie sie in Wien genannt wird, hat in Gedenken an die Verstorbenen einen Preis begründet. Der Vanessa Preger-McGillivray-Preis wird seit 2021 jedes Jahr für eine Abschlussarbeit aus der Studienrichtung Bildende Kunst vergeben. „Dieser Preis ist uns Erinnerung an eine leidenschaftlich engagierte Studentin und Mahnung eingedenk des Schreckens dieser Terrornacht und ihrer Folgen. Er soll Absolvent*innen zu Gute kommen, ihr Potenzial sichtbar machen und ihnen Wertschätzung vermitteln“, so Rektor Gerald Bast. Am 2. November, dem zweiten Jahrestag des Attentats, wird die Universitätsgemeinschaft wie schon im letzten Jahr zusammenkommen, um einen Tag lang ein Gedenkfeuer zu hüten und so das Angedenken an Vanessa und die weiteren Opfer zu ehren und einander in Trauer beizustehen.

Fünf Stationen – fünf Erinnerungen

Peggy Piesche

Drei Orte, drei Perspektiven:

Erfurt, Pädagogische Hochschule am frühen Abend: Eine 21-jährige Schwarze Studentin ist bereits im Jugendclub – heute würden wir sagen eine Bar – zum studentischen Zusammensein mit anderen Kommiliton*innen, als die nunmehr historisch gewordene Pressekonferenz stattfindet. Es muss erst einmal ein Röhren-TV in diese Bar aufgestellt werden, um zu zeigen, was da eigentlich gerade passiert. Die Stimmung ist zum Greifen: Sehr viel Aufregung, sehr viel Unglauben, sehr viel Unsicherheit. Die junge Schwarze Studentin denkt: „Vielleicht ist ja jetzt Einiges möglich. Möglich, die eigene Familie zu finden. Möglich, nach Nigeria zu reisen. Möglich auch aus der Enge der Kleinstadt der DDR zu kommen.“

Berlin, Heinrich-Heine-Straße, circa 22:00 Uhr: Eine Gruppe von jungen Schwarzen und PoC Jugendlichen aus der DDR erfahren, dass die Grenze auf einmal offen ist. Auch hier Unglauben, auch hier Irritation. Der 9. November steht für etwas anderes. Es fühlt sich nicht richtig an. Sie überlegen sich aber dennoch, zum Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße zu gehen und zu schauen, ob es möglich ist, nach Westberlin zu gehen. Dort treffen sie auf eine Gruppe junger Schwarzer Mitglieder aus der Initiative Schwarzer Menschen (ISM) und machen eine nicht vorhersehbare erste Netzwerkarbeit, die später dann auch zu einem größeren Verbund in der ISM führen wird.

9. November

Berlin, Checkpoint Charlie, ebenfalls ungefähr 22:00 Uhr: Eine junge, Schwarze, queere Aktivistin, die in Westberlin lebt und beruflich oft nach Westdeutschland fahren muss, macht auf ihrer Rückkehr aus Westdeutschland zum ersten Mal die Erfahrung, dass keine DDR-Grenzsoldaten Wache stehen, Ausweispapiere fordern und Einschüchterungspraktiken auf sie abfeuern. Sie überlegt sich spontan, mit ihrer Mutter zum Alexanderplatz zu fahren.

Bruch: Erfahrungen

Mitte Dezember, Berlin-Kreuzberg: Nuran aus der türkisch-kurdischen Community nimmt vermehrt die Begebenheiten in ihrer Community wahr, dass *weiße* Deutsche aus Westberlin in die Läden von türkischen und kurdischen Menschen kommen und ihnen sagen, sie mögen ihre Koffer packen, „jetzt sind wir wieder ein Volk, jetzt kommen die Ostdeutschen“.

Ebenfalls Mitte Dezember, Erfurt, Nähe des Domplatzes, die junge 21-jährige Schwarze Studentin: „Ich erlebe auf einer Demonstration gegen die Vernichtungsaktionen in der Stasizentrale in der Andreasstraße einen ersten Umbruch in der Bewegung. Von ‚Wir sind **das** Volk‘, einem Kommunikationsangebot an die Regierung, hin zu ‚Wir sind **ein** Volk‘ und schließlich war es wieder zu hören: ‚Deutschland den Deutschen‘. In dem Moment weiß ich: Das ist nicht mehr meine Bewegung. Hier bin ich nicht mehr gemeint.“

Transformationswissen – Labor 89

2018/2019: Deutschland erinnert und fühlt sich gut dabei. Es beginnt mit „50 Jahre 68“, einer Emanzipationsbewegung, einer Erfahrung, die Deutschland guttut. Und es geht schließlich weiter mit „30 Jahre sogenannte friedliche Revolution“. Perspektiven wie die hier geschilderten sind nicht dabei, werden beflissentlich nicht nur ausgeblendet, sondern mit einer Leerstelle besetzt. Doch wir machen uns auf, diese Perspektiven einzuholen, ins Gespräch zu bringen, sie sozusagen auszugraben, auszugraben auch aus dem eigenen Gedächtnis. Denn als wir beginnen, ein Projekt zur Erinnerung von „50 Jahre 68“ aus BIPOC-feministischer Perspektive zu gestalten, stellen wir vor allem fest, dass unsere älteren Schwestern sich gar nicht mit den 68ern identifizieren, weil es ihnen als solches nie angeboten wurde. Als wir ein nächstes Projekt beginnen *Labor 89: Intersektionale*

9. November

Bewegungsgeschichten aus West und Ost stellen wir fest, dass wir bereits 1989 viele Schritte unternommen haben, uns kennenzulernen, uns zu vernetzen und unsere Geschichten, auch unsere Bewegungsgeschichten kennenzulernen. Aber auch, dass wir wenig Räume haben, in denen wir diese auch weitertragen können. Denn mittlerweile bin ich eine der älteren Schwestern. Und es ist wichtig, auch diese transgenerationalen Erfahrungen weiterzugeben. Das ist Erinnerung, das ist intersektionale Erinnerung. Und dies nicht nur heute zum 9. November, sondern über das Jahr verteilt, brauchen wir immer wieder diese Räume, um diese Erfahrungen am Leben zu halten, um sie weiterzugeben und sie dann auch in etwas transformieren zu können, sodass nachfolgende Generationen damit etwas sehr Bedeutungsvolles machen werden.

9. November

Reichspogrom- nacht

Bildungsstätte Anne Frank

Am 9. November 1938 begann die systematische Zerstörung von Synagogen und jüdischen Geschäften in ganz Deutschland, die als Reichspogromnacht bezeichnet wird. Nicht nur in den großen Städten, auch auf dem Land griff ein enthemmter Mob jüdische Menschen an und setzte religiöse Stätten in Brand. Sie stürmten Wohnungen, verwüsteten Läden, schändeten Friedhöfe. Hunderte Menschen wurden dabei ermordet, unzählige mehr verletzt.

Während die Nazis die Ausschreitungen als spontane Äußerungen des Volkszorns bezeichneten, organisierten in Wahrheit SA und SS unter aktiver Teilnahme von Polizei und Feuerwehr den Pogrom. Auch die Hitlerjugend und einzelne Unternehmer hetzten die Bevölkerung auf. In der Folge wurden fast 30.000 Jüdinnen*Juden in „Schutzhaft“ genommen und in KZs deportiert. Unter den grausamen Bedingungen kamen dort noch einmal Hunderte ums Leben.

Die Verbrechen vom 9.11. markierten eine neue Qualität der anti-semitischen Repression. Die staatliche Billigung und Förderung von offener Gewalt wird von vielen Historiker*innen als Vorbereitung der weiteren Vernichtungspolitik gesehen. Hervorzuheben ist auch das Bereicherungsinteresse des Regimes, das die Pogrome für Arierisierungen nutzte, die wiederum die Kriegsvorbereitungen finanzieren sollten.

Für die Opfer der Ausschreitungen war besonders schmerzhaft, dass frühere nicht-jüdische Freund*innen oder Bekannte, die Ausschreitungen duldeten, sich versteckten, nichts sagten – oder plötzlich in der johlenden Menge auftauchten. Es gibt kaum Berichte von aktivem Widerstand gegen die Pogrome – insofern dienten sie den Nazis auch als Machtdemonstration nach innen.

1938

Der tödliche rassistische Brandanschlag von Mölln

Ibrahim Arslan

Am 23. November 1992 setzten zwei Neonazis das Haus der Familie Arslan in Mölln in Brand. Bei dem Anschlag wurden die 10-jährige Yeliz Arslan, die 14-jährige Ayşe Yilmaz und die 51-jährige Bahide Arslan ermordet. Weitere Familienmitglieder erlitten teils sehr schwere Verletzungen. Zuvor hatten dieselben Neonazis einen Brandanschlag auf ein weiteres Haus in Mölln verübt, in dem ebenfalls Menschen aus der Türkei lebten. Neun von ihnen waren dabei schwer verletzt worden.

Obwohl der rassistische Hintergrund der Taten sofort offensichtlich war, konzentrierten sich die ermittelnden Behörden zunächst auf die betroffene Familie Arslan. Zusätzlich zu ihrer Trauer wurde sie mit Verdächtigungen belastet: Die Opfer wurden zu Tätern gemacht. Institutioneller und gesellschaftlicher Rassismus und tödliche Gewalt haben Kontinuität – davon zeugen die Taten, die Ermittlungen und die gesellschaftlichen Reaktionen im Umgang mit den Opfern des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) und ihrer Angehörigen sowie vielen weiteren Betroffenen rassistischer Gewalt und ihrer Lieben.

23. November

Möllner Rede im Exil

Seit 25 Jahren kämpft Familie Arslan und explizit Ibrahim Arslan gegen das Schweigen in der Stadt Mölln und die Ignoranz gegenüber ihrer Trauer und ihren Forderungen.

Vier Jahre war die Möllner Rede ein Bestandteil der offiziellen Gedenkveranstaltungen in Mölln. 2013 wurde die Rede, die immer eine kritische Bestandsaufnahme zum gesellschaftlichen Rassismus und Neofaschismus darstellt, aus dem Gedenkprogramm der Stadt Mölln gestrichen. Es war nicht länger erwünscht, dass die Familie die Redner*innen selbst aussuchte.

Im Gedenken an Ayşe Yılmaz, Yeliz und Bahide Arslan wird die „Möllner Rede im Exil“ seitdem am 19. November an unterschiedlichen Orten in Deutschland im Exil gehalten. Als Ausdruck einer selbstgestalteten selbstbestimmten, sichtbaren, solidarischen und empowernden Gedenkpraxis rückt sie die Betroffenenperspektive in den Vordergrund und schafft vielfältige Orte der Verbundenheit in unseren Verletzlichkeiten.

25. November

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen / Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

Nina Prader

Warum müssen wir weiterhin an den Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen erinnern? Weil Gewalt gegen Menschen, die sich als Frauen und als Grrrls identifizieren, ein globales Phänomen und ein Menschenrechtsthema ist!

Es ist gut möglich, dass der Begriff „Frau“ in einigen Kreisen veraltet und stattdessen „FLINTA“ (Frauen, Lesben, Intersex-Personen, Nicht-binäre-Personen, Trans-Personen und Agender-Personen) heutzutage bevorzugt wird. Solange es jedoch um grundlegende Fragen um die Achtung von Menschenrechten geht, müssen wir darauf aufmerksam machen, dass weltweit eine von drei Personen, die sich als Frau identifizieren, von Gewalt betroffen ist. Geschlechtsspezifische Gewalt beinhaltet die Schädigung einer Person oder einer Gruppe von Personen aufgrund ihres tatsächlichen oder vermeintlichen Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung und/oder ihrer Geschlechtsidentität. Dazu gehören häusliche Gewalt, sexuelle und körperliche Gewalt-Übergriffe, Vergewaltigung, Mord- aber auch der Zugang zum öffentlichen Leben wie Bildung, Arbeitsplatz,

25. November

Gesundheitsversorgung und Finanzen. Die Rechte von Menschen, die sich als Frauen identifizieren, haben sich weltweit verschlechtert: Von den Büchern, die wir lesen, über die Kleidung, die wir tragen, bis hin zu den Entscheidungen, die wir über unseren Körper und unsere reproduktive Gesundheit treffen.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat den 25. November dazu bestimmt, das Bewusstsein für diese Form geschlechtsspezifischer Gewalt zu schärfen. Das Datum erinnert an die Mirabal-Schwester (Patria, Minerva und María Teresa), die sich der Trujillo-Diktatur widersetzen und für ihren Widerstand in der Dominikanischen Republik ermordet wurden.

Viele Menschen fühlen sich weiterhin nicht sicher und werden für die vom Patriarchat ausgeübte Gewalt verantwortlich gemacht – obwohl #Metoo in einigen Teilen der Welt die Diskussion über Konsens und Verantwortlichkeiten verändert hat. Es ist bewiesen, dass die meiste Gewalt von cis-Männern ausgeübt wird. Bis heute ist also die Entscheidung für eine heterosexuelle Beziehung möglicherweise eine der gefährlichsten Entscheidungen, die eine Person trifft, die sich als Frau identifiziert. In Österreich ist die Zahl der Frauenmorde sprunghaft angestiegen; in Amerika hat die Aufhebung des Urteils Roe vs. Wade die Wahlfreiheit und den Zugang zu geschlechtergerechter Pflege stark beeinträchtigt; im Iran werden Menschen für ihren Freiheitskampf ermordet; in Afghanistan wird Mädchen der Zugang zu Bildung und zum öffentlichen Leben verwehrt; in Frankreich herrscht ein Verbot der Abaya und in Deutschland wird um geschlechtergerechte Sprache gerungen.

Diese Gewalt hat nichts mit der eigenen Person zu tun, sondern wird durch toxische männliche Privilegien im privaten und öffentlichen Sektor zum individuellen Problem gemacht. Neben Beratungsstellen und Anlaufstellen für Frauen gibt es in einigen Ländern inzwischen auch Möglichkeiten für Männer, sich Unterstützung zu holen.

Wenn Sie sich als hetero-cis-Mann identifizieren und Schwierigkeiten haben, Ihre Gefühle und/oder Körperfunktionen zu kontrollieren oder zu verbalisieren – bitten Sie um Hilfe! Eine friedliche Gesellschaft hängt davon ab.

26. November

Tag des Gedenkens an den Holodomor in der Ukraine

Olesya Yaremchuk

Sogar in meiner Familie gibt es Erinnerungen an den Holodomor: Meine Großmutter erzählte, wie in einem kleinen westukrainischen Dorf Menschen verhungerten oder einfach vor Erschöpfung auf der Straße umgefallen waren. Da der Westen der Ukraine weniger vom Holodomor betroffen war, gingen Menschen aus der Ostukraine in die Westukraine, um Lebensmittel zu kaufen. Meine Großmutter nahm eine Frau, die auf der Straße vor Hunger umgefallen war, mit zu sich nach Hause. Sie gab ihr jeden Tag etwas zu essen, damit sie überleben konnte. Dann ging diese Frau zurück in die Ostukraine.

In den Jahren 1932–1933 löste die oberste Führung der Sowjetunion unter Stalin in den Gebieten der damaligen Ukrainischen SSR eine massive, politisch verursachte Hungersnot aus, der nach Angaben verschiedener Historiker*innen zwischen 4 und 6 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

In der Ukraine wird der Begriff „Holodomor“ für die große Hungersnot von 1932–1933 sowie für die Hungersnöte in kleinerem Maßstab von 1921–1923 und 1946–1947 verwendet. „Holodomor“ leitet sich von dem Wort „Holod (Hunger)“ ab.

1932 – 1933

26. November

Obwohl die fruchtbaren ukrainischen Böden genügend Nahrungsmittel lieferten, nahm die sowjetische Regierung den Menschen alles weg. Die Mitglieder des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD) brachen in die Häuser der Menschen ein und durchsuchten sie, konfiszierten Kühe, Hühner und alle anderen Tiere auf dem Hof, holten Säcke mit Kartoffeln und Gemüse aus den Kellern und nahmen Getreide und andere Vorräte mit. Wenn sie einen Sack Mehl oder andere Lebensmittel fanden, die irgendwo versteckt waren, erschossen sie die Eigentümer oder deportierten sie nach Sibirien.

Aus Augenzeug*innenberichten erfahren wir, wie die Menschen unter Androhung von zehn Jahren Gefängnis im Winter durch die Felder zogen, um nach Weizenähren zu suchen, wie sie Brennesseln, Baumrinde, Gras und Eicheln aßen, Fladenbrot aus Gänsefüßen und Sägemehl machten und Mäuse, Erdhörnchen, Krähen und Spatzen kochten. Viele Menschen starben aufgrund von Magenverstimmungen und anderen Infektionen, die sie sich durch solche Lebensmittel zugezogen hatten.

Es gibt sogar noch schlimmere Geschichten von Menschen, die ihre eigenen Kinder, Verwandte oder Nachbarn aßen. Fotos aus den Jahren 1932–1933 zeigen kleine Kinder mit aufgedunsenen Bäuchen aufgrund des Hungers.

Das Regime verschonte weder Erwachsene noch Kinder. Stalins Hauptziel war die Unterwerfung und physische Vernichtung der Ukrainer*innen, die sich massenhaft gegen die „Kollektivierung“ der Landwirtschaft wehrten und sich gegen das Sowjetregime auflehnten.

Der jüdische Rechtsanwalt Rafal Lemkin, dem es gelang, dem Holocaust zu entkommen, der als erster den juristischen Begriff „Völkermord“ prägte und dessen Forschungen in die Urteile des Nürnberger Tribunals einfließen, veröffentlichte 1953 einen Artikel mit dem Titel „Sowjetischer Völkermord in der Ukraine“.

Im Jahr 1953 richtet der Wissenschaftler in New York einen Appell an dreitausend Zuhörer, in dem er bestimmte antiukrainische Maßnahmen nachwies, die nahelegen, den Holodomor als sowjetischen Völkermord zu verstehen. Zu diesen Maßnahmen zählen unter

anderem Russifizierung, Liquidierung der ukrainischen Kirchen, die Vernichtung der ukrainischen Intelligenz, Massendeportationen, Dekulakisierung, die „Zersplitterung des ukrainischen Volkes durch die Ansiedlung von Ausländern in der Ukraine und gleichzeitige Zerstreuung der Ukrainer in ganz Osteuropa“, Massenmord an Ukrainer*innen, ihre Verbannung nach Sibirien usw.

„Ein klassisches Beispiel für den sowjetischen Völkermord, sein längstes und umfangreichstes Experiment der Russifizierung, ist nämlich die Ausrottung der ukrainischen Nation“, schrieb er.

Die Beweise für die herbeigeführte Massenhungersnot wurden vom walisischen Journalisten Gareth Jones dokumentiert, der seine Erkenntnisse zuerst in „The Guardian“ und „The New York Post“ veröffentlichte. Weitere Informationen finden sich in Büchern wie z. B. „The Holodomor and the Origins of the Soviet Man“ von Vitalii Ogiienko, „The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivisation and the Terror-Famine“ des Historikers Robert Conquest in Zusammenarbeit mit James Mace oder in Anne Applebaums „Roter Hunger: Stalins Krieg gegen die Ukraine“.

34 Länder haben den Holodomor offiziell als Völkermord an der ukrainischen Bevölkerung anerkannt, darunter auch Deutschland. Im Jahr 2022 verabschiedete der Deutsche Bundestag eine Resolution, in der er den Holodomor als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ anerkannte. Zudem wurde die Massenhungersnot in der Resolution nicht als Ergebnis einer Missernte deklariert, sondern die Verantwortung eindeutig der Führung der Sowjetunion unter Joseph Stalin zugewiesen. Die Parlamentarier*innen riefen dazu auf, die russischen Geschichtsdarstellungen zu widerlegen.

Das Ausmaß der Lügen und Fälschungen des kommunistischen totalitären Regimes war so groß, dass Wissenschaftler*innen noch immer nicht die genaue Zahl der getöteten Menschen nennen können. In akademischen Diskussionen schwankt die Zahl der Opfer zwischen 4 und 10 Millionen. Russland erkennt den Holodomor von 1932–1933 immer noch nicht als Völkermord an und verschweigt die Verbrechen des Kommunismus, indem es die NKWD-Archive unter Verschluss hält.

26. November

Im Gegensatz zu Deutschland, wo nach 1945 ein Entnazifizierungsprozess stattfand, hat Russland keinen Prozess der Dekommunisierung durchlaufen. Außerdem glorifiziert Russland weiterhin Stalin, indem Denkmäler errichtet und totalitäre Methoden angewandt werden, um seine Hegemonie weiter auszubauen. Leider nutzt Putin die Hungersnot als Erpressungsinstrument, indem er Dutzende von Ländern an den Rand des Verhungerns zu bringen droht und Bedingungen stellt: Dazu gehören die Freigabe russischer Vermögenswerte sowie die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland.

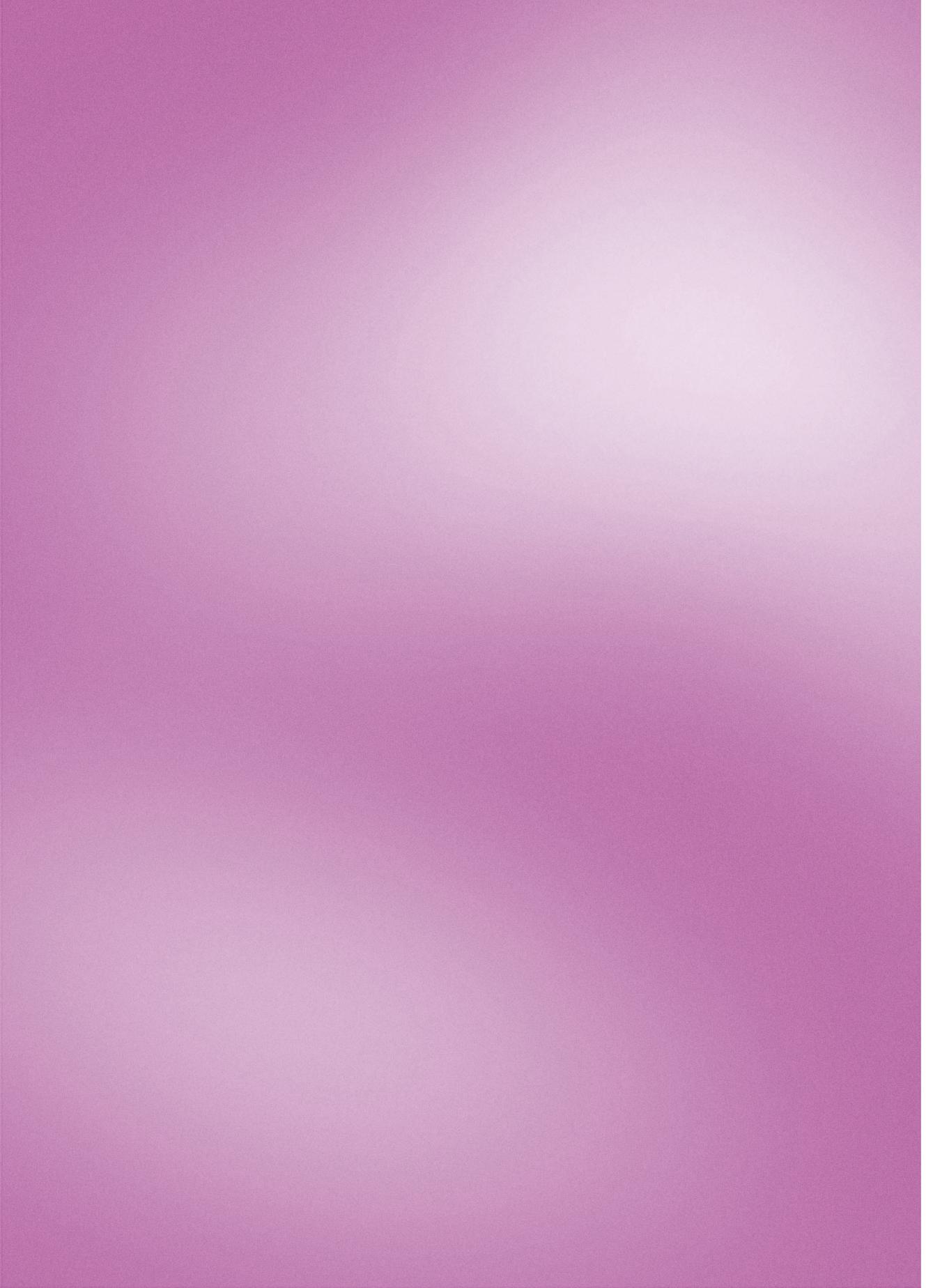
Kurz nach Beginn des Einmarsches in die Ukraine im Februar 2022 hinderte Russland ukrainische Getreideschiffe an der Ausreise in andere Länder. Durch den Exportstopp wurde das Leben von Millionen von Menschen in den ärmsten Ländern der Welt gefährdet. Nach Angaben der Vereinten Nationen waren im Jahr 2022 mindestens 258 Millionen Menschen in 58 Ländern von „akuter Ernährungsunsicherheit“ betroffen – aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine.

Nach der Aushandlung und Unterzeichnung des Schwarzmeer-Getreideabkommens blockierte Russland im Juli 2023 erneut ukrainische Schiffe mit Getreide, Mais und Sonnenblumenöl. Gleichzeitig drohte Russland damit, zivile Frachtschiffe mit Getreide auf hoher See zu beschießen, wenn sie sich ukrainischen Häfen näherten oder verließen.

Am 26. November gedenken wir in der Ukraine der Opfer des Holodomor, indem wir um 16 Uhr Kerzen an den Fenstern anzünden und uns einer Schweigeminute anschließen. Mit dem Gedanken und der Hoffnung, dass sich dieses Übel nie wiederholen möge.

DEZEMBER

Dezember	Tag der Resilienz	
6. Dezember	Todestag von Amadeu Antonio	1990
10. Dezember	Internationaler Tag der Menschenrechte	
17. Dezember	Rassistischer Brandanschlag in Schwandorf	1988
20. Dezember	Anwerbeabkommen zwischen Italien und Deutschland	1955
20. Dezember	Beginn der Auschwitz Prozesse	1963



Tag der Resilienz

Amma Yeboah

Manche Stoffe verformen sich zu bestimmten Momenten, und kehren zu ihrer ursprünglichen Form zurück, ohne dass die Veränderungen durch die Verformungen sichtbar sind. Manche Lebewesen auch; sie erfahren zu bestimmten Phasen ihres Lebens äußerliche und innerliche Erschütterungen, quasi Verformungen, und kehren zu ihrer ursprünglichen äußerlichen und innerlichen Integrität zurück, unversehrt und ohne Spuren der Erschütterungen. Ebenfalls Ansammlungen von Lebewesen zeigen dieses Phänomen und können sich nach zeitweiser Verformung durch Notstand oder Gefährdung erholen und in ihre ursprüngliche Funktionalität als Gesellschaft zurückkehren.

Diese Fähigkeit, nach zwischenzeitlicher Verformung, Erschütterung, Notstand oder Gefährdung die vollständige Erholung und Wiederherstellung der ursprünglichen Unversehrtheit zu erlangen, Resilienz genannt, verdient eine achtsame Würdigung mit einem Gedenktag. Der Beginn der Resilienzforschung der vergangenen fünf Jahrzehnte basiert auf der einfachen Beobachtung, dass manche Menschen offenbar Krisensituationen überstehen können, ohne dass die Erlebnisse psychische Spuren hinterlassen. Die Resilienz wird multidimensional und mit zahlreichen Schwerpunkten definiert, doch bleibt die Kernaussage gleich: Menschen haben die Fähigkeit, psychische – manche schreiben auch seelische – Kompetenzen der Widerstandskraft zu erlangen, die wiederum befähigen, die Herausforderungen im Laufe des Lebens zu meistern. Die gute Nachricht ist: Resilienz kann erworben, trainiert und ein Leben lang

Dezember

erweitert werden. Eine weitere gute Nachricht ist: Die Resilienz-faktoren gelten nicht nur für Individuen, sondern auch für Teams, Organisationen und ganze Nationen. Weitere gute Nachrichten sind: Die Voraussetzungen für Resilienz können sich Systeme beliebig aneignen, und die Kompetenzen flexibel und je nach Kontext dynamisch einsetzen.

Am Tag der Resilienz können wir uns individuell, interpersonell, kulturell, strukturell und gesellschaftspolitisch mit Fragen der eigenen Resilienz auseinandersetzen:

Welche Erwartungen stellen wir an uns selbst? Welche Gefühle und Emotionen überwiegen im Alltag? Können wir Fehler zulassen? Wie gehen wir mit Ängsten und Befürchtungen um? Was sind unsere inneren Antreiber? Erhalten wir (soziale) Unterstützung und können Hilfe annehmen? Verfolgen wir klare Ziele, die sinnvoll erscheinen? Wie ist der Grad unserer Beschäftigung am Tag? Unter welchen Bedingungen und nach welchen Vorgaben beschäftigen wir uns? Wonach orientieren wir uns? Nach welchen Werten leben wir? Fühlen wir uns dort, wo wir unsere Lebenszeit verbringen, verbunden, wertgeschätzt und zugehörig? Haben wir Räume der Selbstreflexion (mit/ohne) Feedback? Teilen wir unsere Vorstellung von Welt und/oder unser Wissen in einer Gemeinschaft? Werden alle in der Gemeinschaft gesehen und gehört? Werden alle in der Gemeinschaft mit ihrem Sein akzeptiert?

Am Tag der Resilienz können wir unsere Resilienz wahrnehmen, uns feiern und kreativ Neues zum Resilienz-Ausbau ausprobieren.

Todestag von Amadeu Antonio

Andrea Hanna Hünninger

Am 6. Dezember 1990, starb Amadeu Antonio in einem Krankenhaus an den Folgen eines Angriffs von rechtsradikalen Skinheads in Eberswalde. Antonio war als angolanischer Vertragsarbeiter in die DDR gekommen. Seine brutale Ermordung hat traurige Berühmtheit erlangt. Er gilt als eines der ersten Todesopfer rechter Gewalt im wiedervereinigten Deutschland. Mehr als 200 weitere Tote zählen Journalist*innen und Initiativen wie die 1998 gegründete Amadeu-Antonio-Stiftung.

Amadeu Antonio kam am 3. August 1987 gemeinsam mit weiteren angolanischen Vertragsarbeiter*innen in die DDR. Er wollte Flugzeugtechnik studieren, wurde aber zum Fleischer ausgebildet und arbeitete im Schlacht- und Verarbeitungskombinat in Eberswalde. Mit dem Mauerfall änderte sich die Situation für ihn und die anderen Vertragsarbeiter*innen schlagartig: Durch die Annullierung der Verträge mit den Herkunftsländern war ihr Aufenthaltsstatus unklar, viele verloren ihren Arbeitsplatz und mussten zurück. Amadeu Antonio, der zu diesem Zeitpunkt 28 Jahre alt war, erhielt nur deshalb eine Aufenthaltsgenehmigung, weil er und seine Freundin aus Eberswalde ein Kind erwarteten.

Eberswalde und das nordöstliche Brandenburg waren damals eines der Zentren von Neonazis. Gleichzeitig lebten dort viele Schwarze Menschen, ehemalige Vertragsarbeiter*innen. Diese konnten aus Angst vor Übergriffen nur in Gruppen auf die Straße gehen, abends verließen sie ihre Unterkünfte nicht.

6. Dezember

Den Abend des 24. November 1990 verbrachte Amadeu Antonio mit Freund*innen aus Angola und Mosambik im „Hüttengasthaus“. Zu dieser Zeit war dies die einzige Gaststätte, in der Nichtdeutsche noch willkommen waren. Im Laufe des Abends informierte die Polizei den Wirt per Telefon, dass eine größere Gruppe Jugendlicher in Anmarsch sei, die Stress machen wolle. Die Polizei wusste zu diesem Zeitpunkt bereits schon eine Woche von dem Treffen der Neonazis. Sie begleitete sogar den Mob bis zur Gaststätte. Die Polizei empfahl dem Wirt lediglich, das Lokal zu schließen. Der Wirt brach daraufhin die Veranstaltung ab und forderte seine Gäste auf, nach Hause zu gehen.

Als Amadeu Antonio mit seinen Freund*innen das Lokal verließ, liefen sie der rund 50-köpfigen Gruppe in die Arme. Zu der mit Baseballschlägern und Zaunlatten bewaffneten Meute gehörten sowohl Skinheads aus Eberswalde und Umgebung als auch „ganz normale“ Jugendliche. Sie griffen die Gruppe sofort an.

Die Angegriffenen rannten um ihr Leben und versuchten, in unterschiedliche Richtungen zu entkommen. Zwei Männer aus Mosambik wurden mit Messern schwer verletzt, konnten dann aber fliehen. Amadeu Antonio selbst schaffte es nicht. Rund zehn Leute umringten ihn und schlugen auf ihn ein, reichten einander den Baseballschläger weiter. Als er bereits am Boden lag, sprang einer der Angreifer mit beiden Füßen auf seinen Kopf.

Drei Zivilfahnder beobachteten das Geschehen aus der Nähe, trauten sich nach eigenen Angaben jedoch nicht, einzugreifen. 20 voll ausgerüstete Polizisten befanden sich ebenfalls in der Nähe, schritten jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt ein.

Amadeu Antonio erlitt schwerste Kopfverletzungen. Ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben, starb er am 6. Dezember 1990 an toxischem Multiorganversagen und Hirngewebeblutungen. Am 9. Januar 1991 wurde sein Leichnam nach Angola überführt – zwei Stunden nach der Geburt seines Sohnes.

Ein Gerichtsverfahren wurde erst eineinhalb Jahre später eröffnet.

Der Prozess war durchsetzt von rassistischen Äußerungen des Richters. Auch die damals dort noch lebenden angolanischen Vertragsarbeiter*innen, die teilweise als Zeuge*innen gehört wurden, waren in Eberswalde permanenten rassistischen Beschimpfungen, Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt gewesen. Nur eine Initiative für die Opfer hatte die Zeug*innen zum Gerichtssaal und nach Hause begleitet, um sie vor Angriffen zu schützen. Die Polizisten wurden nicht belangt. Nur zwei Täter erhielten eine Haftstrafe.

Heute erinnert eine Gedenktafel in Eberswalde an den Mord.

Seit Amadeu Antonios 16. Todestag hält die Gedenkkampagne „Light me Amadeu“ die Erinnerung wach. Sie tritt nicht zuletzt für eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus ein. Zu größerer überregionaler Sichtbarkeit trägt maßgeblich auch die 1998 gegründete Amadeu Antonio Stiftung bei.

10. Dezember

Internationaler Tag der Menschenrechte

Márcia Elisa Moser

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948 durch die Vereinten Nationen verabschiedet. Im Jahr 1950 wurde ebenfalls durch die Vereinten Nationen der 10. Dezember zum internationalen Gedenktag proklamiert.

Unter dem Eindruck der Verbrechen des Nationalsozialismus wurden durch die Mitgliedstaaten der UN 30 Artikel formuliert, mit denen Grundelemente für ein gutes, würdevolles Leben aller Menschen, losgelöst von ihrem jeweiligen Lebenskontext, umrissen werden sollten: von Recht auf Bildung, Unversehrtheit und Versammlungsfreiheit bis zum Recht auf kulturelle Teilhabe, bezahlten Urlaub und selbstbestimmte Eheschließung.

Kritik an den internationalen Menschenrechten formuliert sich aus verschiedenen Positionen und mit Fokus auf jeweils unterschiedliche Aspekte. Aus der Perspektive postkolonialer Theorie und Politik wird die Genese der Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen als eng verwoben mit europäischer Gewaltgeschichte gesehen und herausgestellt, dass diese Gewalt in die Proklamation der Menschenrechte nicht nur eingeschrieben, sondern mit ihnen auch weitergeschrieben würde. So würden mit den Menschenrechten europäische/westliche Ideen für alle Menschen als Normen gesetzt:

Begriffe wie „Würde“ und „Freiheit“ seien z. B. inhaltlich gefüllt mit westlichen Konzepten. Dies veranschauliche sich im Besonderen anhand der argumentativen Einbindung der vermeintlichen Absolutheit von Menschenrechten in westlichen Diskursen über Geschlechterordnungen und Frauenrechte in so genannten nicht-westlichen Ländern.

Über diese Kritik hinaus wird noch grundsätzlicher gefragt: Wer wird normativ, und wer wurde historisch in die Position gesetzt, Rechte zu vergeben? Wer wird und wurde in die Position gesetzt, Rechte zu erhalten? Hier reproduziere sich eine Nord-Süd-Hierarchie, die sich in konkreten Politiken, z. B. durch militärische oder politische Interventionen durch westliche Staaten in Ländern des Südens aber auch in der Arbeit internationaler NGOs, manifestiere.

Neben dieser Kritik aus postkolonialer Perspektive gibt es verschiedene Versuche, den historischen Ursprung der Idee der Menschenrechte zu lokalisieren bzw. Ansätze, die dem entgegen davon ausgehen, dass nicht ein Ursprungskontext identifiziert werden kann, sondern dass vielmehr kontingente Konstellationen letztlich zu der spezifischen Idee der Menschenrechte geführt haben.

Aus Perspektive politischer Theorie und Philosophie werden hinsichtlich der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unter anderem folgende zwei Aspekte problematisiert:

Einerseits stelle sich die Herausforderung einer Verhältnisbestimmung der individuellen, abstrakten Menschenrechte zu einer demokratischen Grundordnung – oder überhaupt zu einer Gemeinschaft und ihrer Ordnung. Die Menschenrechte unterminierten mit ihrem absoluten, abstrakten und entkontextualisierten Anspruch nationale Souveränität auf verschiedenen Ebenen. Menschen wollten und müssten ihre subjektiven Rechte aber vor allem in ihren konkreten, wie zum Beispiel nationalstaatlichen Lebenskontexten, garantiert wissen.

Zum anderen wird kritisch erörtert, welche Perspektiven für politisches Handeln sich aus der Fokussierung auf individuelle Rechte ergeben. Hier ließe sich eine zunehmende Schwächung von Forderungen auf Verteilungsgerechtigkeit aufzeigen. Im

10. Dezember

Kontext von Diskursen um Menschenrechte und ökonomische Sicherheit würde verstärkt eine Argumentation für Suffizienz, also für eine Gewährleistung der Grundsicherung (was sich auch in der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen niederschlägt), propagiert und eine grundlegende Infragestellung von Einkommensverhältnissen nicht vorgenommen werden.

Welche tatsächliche politische, rechtliche und soziale Wirkmacht mit der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 einherging und einhergeht, wird sehr unterschiedlich beurteilt: mal wird eine solche von Grund auf in Frage gestellt und der Verweis auf Menschenrechte, zum Beispiel in politischen Diskursen, als rein rhetorisch gewertet. Mal wird ihre Wirkmacht als nicht überschätzbar beurteilt, da sie zentrales argumentatives Instrument z. B. zur Aufrechterhaltung westlicher, (post-)kolonialer Dominanz über Länder des Südens sei.

Letztlich haben alle dieser hier beispielhaft angeführten Kritiken ein wichtiges, bedenkenswertes Moment. Zugleich hat aber auch keine von ihnen die Qualität, die Idee eines allen Menschen qua Geburt zustehenden, abstrakten und kontextunabhängigen Rechts auf ein gutes Leben – wie auch immer sich das konkret ausgestalten sollte – auf individuelle, selbstbestimmte Entwicklung- und Gestaltungsmöglichkeiten, von Grund auf als hinfällig oder fragwürdig zu erklären – dafür ist das damit verbundene Versprechen zu groß.

Was bedeuten diese kritischen Perspektiven auf die allgemeinen Menschenrechte für ein zukunftsorientiertes Erinnern? Was bedeutet es mit Blick auf den 10. Dezember, den internationalen Tag der Menschenrechte? Es bedeutet, sich der Kritik anzunehmen, sich auseinanderzusetzen und plurale Perspektiven sprechen zu lassen – um aus der Idee ein zukunftsgewandtes, pluralistisches Anliegen werden zu lassen.

Rassistischer Brandanschlag in Schwandorf

Darija Davidović

In der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1988 setzte Josef Saller, der zum Zeitpunkt der Tat 19 Jahre alt gewesen war, einen Brand auf ein Wohn- und Gewerbegebäude in der Schwaigerstraße im oberpfälzischen Schwandorf. Saller suchte sich dabei gezielt ein Gebäude aus, in dem überwiegend migrantische Bürger*innen Schwandorfs wohnhaft waren. Zum Tatzeitpunkt befanden sich darin 16 Menschen, vier von ihnen kamen beim Brandanschlag ums Leben, darunter die Familie Can:

- **Fatma Can**, *Arbeiterin bei Siemens, 43 Jahre alt,*
- **Osman Can**, *Arbeiter im Eisenwerk, aktiv bei der IG Metall, 50 Jahre alt,*
- *der Sohn der Familie* **Mehmet Can**, *12 Jahre alt sowie deren Nachbar* **Jürgen Hübener**, *Akustiker und aktiv in der DKP, 47 Jahre alt.*

Sechs Bewohner*innen wurden bei dem Anschlag schwer verletzt.

Der Brand wurde zunächst nicht als Brandstiftung, sondern als Unfall klassifiziert und obwohl Saller wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Misshandlung eines an einen Rollstuhl angewiesenen Jugendlichen polizeilich bekannt war, schlossen ihn die Behörden anfänglich

17. Dezember

als Täter sowie ein rassistisches Tatmotiv des Brandanschlags aus. Wochen später führten eindeutige Spuren, darunter ein Aufkleber mit rassistischer Botschaft in der Nähe des Tatortes, zum Neonazi Josef Saller.

Saller wurde von Medien und Behörden als „Sonderling“ und „Einzel-täter“ abgetan. Seine engen Verbindungen zur neonazistischen Szene Deutschlands und Österreichs wurden bei den Ermittlungen nicht berücksichtigt, obwohl Saller Mitglied der Partei „Nationalistischen Front“ (NF) gewesen war. Die Journalistin Andrea Röpke wird Jahrzehnte später im NSU-Untersuchungsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags die Aussage treffen, dass es sich bei der NF um eine Partei gehandelt habe, die hintergründig eine „durch und durch militante Kampfgemeinschaft“ war. Die „Nationalistische Front“ wurde 1985 gegründet und 1992 als verfassungswidrige Organisation verboten. Saller besuchte deren Ausbildungslager sowie Bundesparteitage und engagierte sich daneben für die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) sowie die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP), deren Propagandamaterial er verteilte. Josef Saller war in der Kleinstadt ein stadtbekannter Neonazi, der sich selbst als „Sheriff“ bezeichnete und regelmäßig mit Baseballschläger, Bomberjacke und Springerstiefel ausgestattet durch die Stadt zog. Als Motiv für seine Tat gab Saller Hass auf Ausländer*innen an. Er habe bei dem Brandanschlag, den er als „Augenblickseinfall“ bezeichnete, jedoch niemanden verletzen, sondern lediglich „Ausländer*innen ärgern wollen“. Dieses Geständnis widerrief er jedoch wenige Tage später. Saller wurde 1989 zu zwölf Jahren Jugendstrafe verurteilt, die er in der Justizvollzugsanstalt Straubing absaß. Für die Urteilsfindung wurde seine Mitgliedschaft in der NF sowie sein Versuch in Schwandorf, eine „Wehrkampfge- meinschaft“ zu gründen, berücksichtigt. Während seiner Haft wurde Saller von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) betreut.

Sallers Tat wurde von den Behörden und der Öffentlichkeit Jahrzehnte lang verharmlost. Dies spiegelte sich unter anderem im Umgang mit den Opfern und ihren Angehörigen wider, denn offiziell gedacht wurde den Opfern der rassistischen Tat erst 21 Jahre später, am 17. Dezember 2009. „Das Bündnis gegen Rechts“ ließ bereits anlässlich des zehnten Jahrestages des Anschlags 1998 eine Gedenktafel für die Opfer setzen,

diese wurde jedoch wieder entfernt und zahlreiche Anträge für eine Gedenktafel vonseiten des Hauptausschusses des Schwandorfer Stadtrats abgelehnt. Offiziell entschied sich der Stadtrat erst im Herbst 2016 zu einer Gedenktafel, die 2017 schließlich vor der Grünanlage des Gebäudes angebracht wurde.

Derzeit erinnert eine Ausstellung des Memorium Nürnberger Prozesse zum Rechtsterrorismus von 1945 bis heute an den Brandanschlag in Schwandorf, um Kontinuitäten rechter Gewalt, menschenverachtender Ideologien sowie Verschwörungstheorien aufzuzeigen. Ferner gilt es, auch einen Blick auf Konjekturen rechter Gewalt in Deutschland zu werfen und sich gegen Einzeltäter*innenthesen und andere Formen der Bagatellisierungen aufzulehnen, die eine fundierte Aufarbeitung sowie das Gedenken und Erinnern an Opfer rassistischer Gewalt zu Gunsten von Scheindebatten in den Hintergrund rückt.

20. Dezember

Anwerbeab- kommen zwischen Italien und Deutschland

Darija Davidović

Am 20.12.1955 wurde das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und Italien unterzeichnet und somit der Grundstein für Deutschland als Einwanderungsland gelegt. Das bilaterale Abkommen unterzeichneten Bundesarbeitsminister Anton Storch (CDU) trotz heftigem Widerstand aus der eigenen Partei sowie der italienische Außenminister Gaetano Martino, der Mitglied der Partito Liberale Italiano (PLI) gewesen ist. Auf den Vertragsabschluss bereitete sich Italien aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Lage bereits ab 1950 vor. Insbesondere Arbeiter*innen aus dem Süden Italiens wurden angeworben, um in Deutschland zu arbeiten, da trotz Förderprogrammen aus Rom der Süden wirtschaftlich nicht gestärkt werden konnte. Aufgrund von Armut und geringen Bildungsmöglichkeiten sahen sich daher viele Menschen gezwungen, insbesondere den Süden Italiens zu verlassen. Die italienische Regierung hingegen sah im Anwerbeabkommen mit Deutschland eine Möglichkeit die steigende Arbeitslosigkeit des Landes zu verringern und durch Devisen die Wirtschaft zu stärken.

Italienischen Gewerkschaften gelang es, im deutsch-italienischen Abkommen bedeutende Forderungen vertraglich festzulegen.

1955

Neben einer sozialpolitischen und tariflichen Gleichstellung der Arbeiter*innen, sollte auch eine angemessene Unterkunft zugesichert werden. Ziel der Gewerkschaften war es, einer Ausbeutung der italienischen Arbeiter*innen gesetzlich entgegenzuwirken. Die Verträge wurden zunächst auf ein Jahr angelegt und je nach Bedarf der Fabriken verlängert. Ein Rotationsprinzip im Anwerbeabkommen reglementierte die Arbeitsmigration nach Deutschland: Nach Ablauf einer festgelegten Aufenthaltsfrist sollten die Arbeiter*innen wieder nach Italien zurückkehren. Die Arbeiter*innen wurden daher als „Gastarbeiter*innen“ bezeichnet. Im Jahr 1956 kamen um die 12.000 Arbeiter*innen nach Deutschland. In den darauffolgenden Jahren jeweils weitere 20.000. Viele von ihnen kehrten jedoch nicht nach Italien zurück, sondern holten ihre Familien nach Deutschland.

Auch wenn das bilaterale Abkommen zwischen Italien und Deutschland anfänglich mit Euphorie bedacht wurde, waren italienische Arbeiter*innen Rassismus und Ausgrenzung ausgesetzt: Am Eingang zahlreicher Gaststätten und Restaurants in Deutschland prangten Schilder mit der Aufschrift „Kein Eintritt für Hunde und Italiener“ oder „Kein Zutritt für Italiener“. Deutsche Arbeiter verlangten indes, dass ihren italienischen Kollegen Tanzlokale verwehrt blieben, woraufhin einige der Firmen und Fabriken eigens für italienische Männer Tanzhallen errichteten. Eine Trennung zwischen Arbeit und Freizeit führte schließlich dazu, dass italienische Arbeiter*innen ausgegrenzt und ihnen gegenüber Ressentiments geschürt wurden.

Arbeiter*innen aus Italien bleiben in gegenwärtigen Debatten über Gastarbeiter*innen und ihre Geschichten häufig außenvor. Dass sie ebenfalls Rassismus und Ausgrenzung wie Gastarbeiter*innen aus anderen Ländern erfahren haben, ist durch eine Romantisierung Italiens zunehmend in Vergessenheit geraten. Für viele stellte die Migration nach Deutschland jedoch auch eine Möglichkeit dar, sich weiterzubilden, schreiben und lesen zu lernen und sich und ihren Familien ein Leben in besseren Verhältnissen zu ermöglichen.

20. Dezember

Beginn der Auschwitz Prozesse

Andrea Hanna Hünninger

Der Ausgangspunkt des ersten Auschwitz Prozesses war im Frühjahr 1958 die private Anzeige eines ehemaligen Häftlings gegen den früheren Angehörigen der Politischen Abteilung des Lagers, SS-Oberscharführer Wilhelm Boger. In Auschwitz war Boger in seiner Funktion als „Referent für Fluchtsachen und Nachrichtendienst“ an Misshandlungen beim Verhör von Häftlingen beteiligt gewesen. Mit Hilfe von Hermann Langbein, dem Generalsekretär des Internationalen Auschwitz-Komitees, gelang es der zuständigen Stuttgarter Staatsanwaltschaft, mehrere Zeug*innen für ein Strafverfahren gegen Boger ausfindig zu machen. In der Folge beschäftigte sich parallel zu den Stuttgarter Vorermittlungen die neu eingerichtete Zentrale Stelle in Ludwigsburg mit dem Fall Boger und weitete ihn auf weitere Angehörige des KZ-Lagerpersonals aus.

Der zweite Teil der Vorgeschichte des Auschwitz-Prozesses ereignete sich in Hessen. Im Januar 1959 gelangten Original-Schreiben der Kommandantur von Auschwitz-Birkenau in die Hände des Hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer. Die Dokumente blieben erhalten, weil sie im Frühjahr 1945 von dem den KZ-Überlebenden Emil Wulkan aus einem brennenden Gerichtsgebäude in Breslau gerettet worden waren. Wulkan war mittlerweile Mitglied des Gemeinderates der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main. Zusammen mit einer von einem früheren Häftling zusammengestellten Liste mit den Namen

1963

von Angehörigen des Lagerpersonals dienten die Dokumente Generalstaatsanwalt Fritz Bauer als Grundlage für die Beantragung eines Zuständigkeitsbeschlusses beim Bundesgerichtshof. Hier entschieden die Richter am 17. April 1954 „die Untersuchung und Entscheidung in der Strafsache gegen die früheren Angehörigen der Kommandantur des Konzentrationslagers Auschwitz“ dem Landgericht Frankfurt am Main zu übertragen. Bauer konnte daraufhin zwei Ermittler der Frankfurter Staatsanwaltschaft mit der Vorbereitung eines umfassenden Strafverfahrens beauftragen.

Als der erste große Auschwitz-Prozess am 20. Dezember 1963 eröffnet wurde, saß Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in der ersten Reihe des Sitzungssaals im Frankfurter Römer, hinter ihm hing ein großer Lageplan mit den Baracken und Einrichtungen des Lagers. Verhandelt wurde gegen 22 Männer, unter ihnen Robert Mulka, der Adjutant und Vertreter des Lagerkommandanten Rudolf Höß, der 1947 in Polen zum Tode verurteilt worden war.

Die Bedeutung des Prozesses lag und liegt zunächst einmal darin, dass er überhaupt zustande kam. Denn die Deutschen wollten nicht nur einen Schlussstrich – in hohen Ämtern sowie im Bundeskriminalamt saßen NS-Täter, sogar ehemalige SS-Mitglieder. Bauer hatte Gutachten in Auftrag gegeben, die den NS-Machtapparat analysierten, er hatte Zeug*innen auftreten lassen, die das Leiden und Sterben im Lager so eindringlich beschrieben, dass auch die Richter bisweilen um Fassung ringen mussten. Fritz Bauer hatte in Frankfurt eine landesweit arbeitende Behörde mit fast 200 Staatsanwälten und Assessoren unter sich. Zudem besaß er das Vertrauen des hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn, der Bauer zum Chefermittler des Bundeslandes gemacht hatte. Zinn, Jurist und Sozialdemokrat wie Bauer, wollte Hessen zu einem modernen, liberalen Gegenentwurf der Adenauer-Republik machen. Mehrfach verteidigte er seinen Generalstaatsanwalt gegen Angriffe.

Durch umfangreiche Berichte in der Presse war Auschwitz zum Thema in einer Öffentlichkeit geworden, die mehrheitlich am liebsten einen Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen hätte. Viele junge Leute und Student*innen fingen nun an, nach der Rolle ihrer Eltern während des Naziregimes zu fragen.

20. Dezember

Von den Urteilen, die Mitte 1965 nach 183 Verhandlungstagen gesprochen wurden, war Bauer gleichwohl enttäuscht. Zwar gab es sechs Verurteilungen zu lebenslangen Haftstrafen wegen vielfachen Mordes. Zehn Angeklagte wurden vom Gericht aber nur als „Gehilfen“ eingestuft, darunter auch Mulka. Er kam mit 14 Jahren Freiheitsstrafe wegen Beihilfe zum Mord davon.

Bauer hatte dafür gekämpft, dass die Beteiligung an der Mordmaschinerie zu einer Verurteilung wegen Mordes führen sollte – auch wenn nicht nachzuweisen sei, dass ein Angeklagter mit eigenen Händen einen Menschen getötet habe. Er konnte sich nicht durchsetzen. Aber er gab nicht auf; der zweite Frankfurter Auschwitz-Prozess gegen drei weitere Angeklagte begann nur wenige Monate nach dem Urteil.

Auf Zeitgenoss*innen und Beobachter*innen wirkte Bauer in dieser Zeit oft deprimiert und niedergeschlagen. Die Angriffe auf ihn nahmen zu, nicht nur aus der Richterschaft und der Justiz, wo seine Rechtsauffassung kritisiert wurde. Auch konservative Politiker nahmen den Frankfurter Ermittler zunehmend ins Visier. Alfred Dregger, der spätere hessische CDU-Vorsitzende, sprach Bauer im hessischen Landtag die Befähigung ab, Generalstaatsanwalt zu sein. Zudem erhielt Bauer Morddrohungen. „Wenn ich mein Büro verlasse, befinde ich mich im feindlichen Ausland“, wurde er später von einer Kollegin zitiert.

Die Coalition for Pluralistic Public Discourse (CPPD) ist eine einmalige interdisziplinäre Plattform von 75 Künstler*innen, Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen, die zu Pluralen Erinnerungskulturen arbeiten. Zu den Partner*innen der CPPD gehören über 200 zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich auf dem Feld der Erinnerungskultur engagieren. Die CPPD realisiert zivilgesellschaftliche, bildungspolitische und künstlerische Konzepte für ein Plurales Erinnern. Im Zentrum der Arbeit der CPPD steht die Überzeugung, dass, wer Gegenwart und Zukunft im Sinne der Pluralität unserer Gesellschaft gestalten will, Vergangenheit neu erzählen muss. Hiermit ist eine Chance für unsere plurale Demokratie eröffnet: Wer sich in Pluraler Erinnerungskultur abgebildet sieht, setzt sich für die Stärkung von Partizipation als Prinzip unseres demokratischen Zusammenlebens ein.

Website	www.cppdnetwork.com
Instagram:	@cppd_dialogueperspectives_
X:	@CPPD_DP
Podcast:	»ERINNERUNGSFUTUR«

Die CPPD ist ein Programm von DialoguePerspectives e.V., einer europäischen Plattform zur Stärkung der pluralen europäischen Gesellschaft mit Sitz in Berlin. Ihre Schwerpunkte sind religiös-weltanschauliche Dialogarbeit in Europa, europäische Antisemitismusbekämpfung, Etablierung einer europäischen Pluralen Erinnerungskultur sowie die Vermittlung jüdischen Lebens in Deutschland und Europa über das Medium der Kunst.



Der Gedenkkalender ist auch ein Online-Projekt, das stets erweitert wird. Alle Beiträge können Sie unter folgendem QR-Code oder auf unserer Website einsehen.



Die englischen Beiträge des Gedenkkalenders finden Sie unter folgendem QR-Code oder auf unserer Website.

Mitglieder der CPPD

Clara Laila Abid Alsstar, Bekim Agai, Alberta Alkalay, Nanna Ellen Amer, Ulf Aminde, Ibrahim Arslan, Safiyye Arslan, Tasnim Baghdadi, Muhammet Ali Bağ, Manuela Bauche, Jan Bodenstein, Melina Borčak, Hamze Bytyçi, Ali Can, Saba-Nur Cheema, Marina Chernivsky, Ibou Coulibaly Diop, Darija Davidović, Cathy Del Rizzo, Evalina Gomes Dias, Marko Dinic, Anna Dushime, Aladin El-Mafaalani, Anja Fahlenkamp, Jonas Fegert, Karim Fereidooni, Benjamin Fischer, Anne Gersdorff, Daniel Arkadij Gerzenberg, Bassam Ghazi, Kübra Gümüşay, Noa K. Ha, Alice Hasters, Melanelle B.C. Héméfa, Tobias Herzberg, Lin Hierse, Andrea Hanna Hüniger, Jelena Jeremejewa, Gianni Jovanovic, Daniel Kahn, Eşim Karakuyu, Ahmad Milad Karimi, Ozan Zakariya Keskinilic, Melissa Kolukisagil, Esra Küçük, Stephanie Kuhnen, Kelly Laubinger, Swantje Lichtenstein, Márcia Moser, Frederek Musall, Dan Thy Nguyen, Nadja Ofuatey-Alazard, Prasanna Oommen, Peggy Piesche, Nina Prader, Dinah Riese, Gilda Sahebi, Hannan Salamat, Mithu Sanyal, Nicole Schweiß, Nadine Seidu, Cátia Severino, Samuel Stern, Tuğba Tekkal, Thao Tran, Vatan Ukaj, Deniz Utlu, Alice van Dalen, Sonja Vilicic, Luciano Waldman, Julia Wissert, Lea Wohl von Haselberg, Olesya Yaremchuk, Anna Yeboah, Amma Yeboah, Furkan Yüksel, Mirjam Zadoff

Impressum

Herausgeber*innen | Verantwortlich für den Inhalt

Max Czollek, Johanna Korneli, Jo Frank, Hannah Blumas,
Angela Mani und Lea Otremba

Gestaltung

operative.space

Lektorat

Cornelia Kaluschke

Coalition for Pluralistic Public Discourse (CPPD)

DialoguePerspectives.

Discussing Religions and Worldviews e.V.

Käthe-Niederkirchner-Str. 32

10407 Berlin

Eingetragen beim

Amtsgericht Charlottenburg

VR 39877 B

Steuernummer: 27/658/54253

Vorstand

Prof. Dr. Frederek Musall (Vorsitzender)

Hannan Salamat (stv. Vorsitzende)

Maximiliane Linde (stv. Vorsitzende)

Dr. Alexander Graeff (stv. Vorsitzender)

DialoguePerspectives e.V.

Schriftenreihe

Volume 2/2024

© 2024, CPPD

Alle Rechte vorbehalten.

Print

ISSN: 2943-6494

ISBN: 978-3-9826348-2-1

Online

ISSN: 2943-6408

ISBN: 978-3-9826348-3-8

gefördert von:



COALITION FOR
PLURALISTIC PUBLIC
DISCOURSE



DIALOGUE
PERSPECTIVES
E.V.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Auswärtiges Amt